

Sandra Zimmermann

# Zwischen Selbsterhaltung und Anpassung

Die Haltung der Baptisten-  
und Brüdergemeinden  
im Nationalsozialismus

**bruederbewegung<sup>de</sup>**

Diese Arbeit wurde im November 2001 als schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe I dem Staatlichen Prüfungsamt für Erste Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen Dortmund vorgelegt.

Betreuerin: Prof. Dr. Ute Gause-Leineweber, Universität Siegen, Fachbereich 1, Evangelische Theologie.

© 2001, 2004 Sandra Zimmermann, Wölmersen  
Redaktionelle Bearbeitung und Satz: Michael Schneider  
Veröffentlicht im Internet unter  
<http://www.bruederbewegung.de/pdf/zimmermann.pdf>

**brueder***bewegung*<sup>de</sup>

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitende Überlegungen .....	5
1.1. Das Thema .....	5
1.2. Ein Zeitzeuge .....	5
1.3. Zum Vorgehen .....	6
2. Die Prägung der Brüder- und Baptistengemeinden vor 1933 .....	8
2.1. Der rechtliche Status der Gemeinden .....	8
2.2. Theologische Ansichten in den Gemeinden .....	9
2.3. Das Verhältnis zur Weimarer Republik .....	11
2.4. Brüder- und Baptistengemeinden in den Strömungen der Zeit .....	12
2.4.1. Zwischen den politischen Strömungen .....	12
2.4.2. Meinungen zum Nationalsozialismus vor 1933 .....	14
2.5. Die tragende Rolle Paul Schmidts .....	16
3. Die Zeit der Machtübernahme 1933 .....	18
3.1. Das Verhältnis zum neuen Staat .....	18
3.1.1. Kritische Stimmen .....	21
3.1.2. Die Befürworter .....	21
3.2. Entwicklungen innerhalb des Baptistenbundes .....	22
3.2.1. In Sorge vor der Gleichschaltung .....	22
3.2.2. »Das Gebot der Stunde« – gedankliche Vorbereitung der Neuerungen .....	24
3.2.3. Die Einführung des Führerprinzips .....	26
3.2.4. Die Bemühungen um eine »deutsche Freikirche« .....	29
3.3. Gemeinde im Hitler-Staat .....	31
3.3.1. Die Brüdergemeinden im Sog der Gleichschaltung .....	32
3.3.2. Die Auflösung des baptistischen Jugendbundes .....	34
4. Das Jahr 1934 – dem Staat nach dem Mund geredet .....	37
4.1. Die Freikirchen und die Evangelische Kirche .....	37
4.2. Hundertjähriges Jubiläum der Baptistengemeinden in Deutschland .....	39
4.3. Die Weltkonferenz des Baptistenbundes in Berlin .....	40
4.3.1. Nutzung als Propaganda für Deutschland gegenüber dem Ausland ..	40
4.3.2. Der BWA-Kongress in Berlin – zwischen staatlichen und baptistischen Ansprüchen .....	41
4.3.3. Nationalismus als Thema .....	42
5. Die Jahre 1935 und 1936 – Obrigkeitshörigkeit .....	46
5.1. Rechtsunsicherheit bei den Baptisten .....	46
5.2. Zur Judenverfolgung .....	47
6. Die Gleichschaltung der Brüderbewegung – das Verbot der Christlichen Versammlung 1937 .....	51

---

6.1. Die »Stündchenbewegung«	51
6.1.1. Die Vorgeschichte	51
6.1.2. Dr. Hans Becker – eine umstrittene Persönlichkeit	52
6.2. Das Verbot der Christlichen Versammlung 1937	52
6.3. Wege aus der Krise	54
6.4. Die Elberfelder Zusammenkunft am 30. Mai 1937	56
6.5. Gründung des BfC 1937	58
6.6. Zusammenschluss der Offenen und Geschlossenen Brüder	60
6.7. Abweichende Meinungen und erneute Abgrenzungen	61
6.7.1. Die Gegner des BfC	61
6.7.2. Stimmen aus dem Ausland	64
7. Entwicklungen außerhalb der Gemeinden	66
7.1. Die Bemühungen um einen Zusammenschluss der evangelischen Freikirchen	66
7.2. Die Konferenz des Ökumenischen Rates für praktisches Christentum in Oxford 1937	68
8. Bewegungen im Baptistenbund zwischen 1937 und 1941	72
8.1. Die Verbindung mit den Elim-Gemeinden	72
8.2. Annäherungen zwischen BfC und Baptisten	73
8.3. Die Gründung des BEFG	74
9. Die Kriegsjahre	78
9.1. Die Einstellung zum Krieg	80
9.1.1. Offizielle Stellungnahmen in Zeitschriften	80
9.1.2. Als Soldat im Zweiten Weltkrieg	82
9.2. Haltung zur Judenverfolgung	84
10. Die Nachkriegszeit	86
10.1. Der BEFG nach 1945	86
10.2. »Zwölf verlorene Jahre«	87
11. Schlussbemerkungen	89
11.1. Zwischen Selbsterhaltung und Anpassung	89
11.2. Auf das Versagen reagieren	89
11.3. Konsequenzen der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft	90
12. Literaturverzeichnis	92
12.1. Benutzte Archive	92
12.2. Weiterführende Literatur	92
Anhang: Zeitzeugeninterview mit Ernst Schrupp, Wiedenest	95

# 1. Einleitende Überlegungen

## 1.1. Das Thema

Der Weg der Brüder- und Baptistengemeinden im Nationalsozialismus ist ein schwieriges Kapitel der freikirchlichen Geschichte. In dieser Arbeit soll der Frage nachgegangen werden, was die beiden Freikirchen prägte, wie es zu ihrem schmalen Weg zwischen Selbsterhaltung und Anpassung im Dritten Reich kam und wohin er die Gemeinden führte. Die Auseinandersetzung mit diesem Thema ist eine Gratwanderung zwischen einer sachlichen Darstellung und einer kritischen Einschätzung der Ereignisse. Die Beschäftigung mit der Geschichte der Brüder- und Baptistengemeinden kann dazu dienen, die Vergangenheit zu verstehen, sie aber auch zu hinterfragen. Darüber hinaus soll die Vergangenheit auch Konsequenzen für die Zukunft haben.

## 1.2. Ein Zeitzeuge

Die zugänglichen Quellen sind gewöhnlich weitgehend auf gedruckte Materialien in Zeitschriften, Rundschreiben und Veröffentlichungen beschränkt. Teilweise sind auch Briefe und private Notizen einsehbar. Dadurch lässt sich in erster Linie der offizielle Weg der Bundesleitung der Baptisten- bzw. der Brüdergemeinden nachvollziehen. In dieser Arbeit soll daneben noch eine weitere Quelle erschlossen werden. Das Verfahren der »oral history« macht es möglich, durch die Befragung von Zeitzeugen zusätzliche Informationen und Einschätzungen zu einer bestimmten Zeit und ihren Ereignissen zu erschließen. »Der zu interpretierende ›Text‹ des Historikers sind sozusagen die Personen, die bei den Ereignissen dabei waren.«<sup>1</sup>

In dieser Arbeit soll ein Interview mit Ernst Schrupp,<sup>2</sup> der seinen aktiven Ruhestand hauptsächlich in Wiedenest verlebt, dazu dienen, die Ereignisse innerhalb der Freikirchen zu illustrieren. Seine persönliche Geschichte und die seiner Familie im Umfeld der Christlichen Versammlung sollen die Darstellung ergänzen. Aber auch seine Einschätzung der Ereignisse gilt es in die Interpretation miteinzubeziehen. Da das Interview im Rahmen dieser Arbeit nicht vollständig interpretiert werden kann, sollen an dieser Stelle wenigstens grundlegende Informationen und Erfahrungen Beachtung finden.

Ernst Heinrich Schrupp wurde am 6. April 1915 als dritter und letzter von drei Söhnen geboren. Die Familie bewirtschaftete den Hof »Obersondern« im damaligen Landkreis Lennep (heute Remscheid) und gehörte zu einer kleinen Brüdergemeinde in Beyenburg. Das Gymnasium besuchte Ernst Schrupp dann in Wuppertal. Als Hitler 1933 an die Macht kam, war Schrupp knapp 18 Jahre alt. In seiner Familie erlebte er Zurückhaltung gegenüber Hitler und der nationalsozialistischen Ideologie. Auch wenn es ihm als jungem Mann noch nicht ganz klar war, verstand er im Laufe der Jahre immer mehr, dass er sich in einem Unrechtsstaat befand. Dass er als Soldat im Zweiten Weltkrieg zum Instrument Hitlers wurde, hat ihn schließlich sehr belastet. Da seine Familie sich nicht in der Partei oder ihren Untergruppen engagierte, trat auch er nicht der Hitlerjugend (HJ) oder der SA

---

1 Phyllis Rodgerson Pleasants, "Oral history: A Method of Historical Research", in: *Freikirchenforschung* 7 (1997), S. 204.

2 Das Interview ist im Anhang nachzulesen.

bei. Das wirkte sich allerdings ungünstig auf seine Aussichten aus, einen Studienplatz zu bekommen, obwohl er ein gutes Abitur nachweisen konnte. Der Direktor der Schule verwendete sich sogar für ihn und machte eine Eingabe, dass der Schüler Schrupp doch zum Studium zugelassen werden solle. Der Oberstudiendirektor, der dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstand, ging sogar so weit, typisch nationalsozialistische Begriffe zu gebrauchen, um den zuständigen Stellen sein Anliegen vorzutragen. So bezeichnete er Schrupp als Sohn eines »Erbbauernhofes«.<sup>3</sup> Der Direktor und das Kollegium »würden es als einen Verlust auch für die Allgemeinheit betrachten, wenn er nicht zum Studium käme«.<sup>4</sup> Daher sei eine Zulassung zum Studium »im Sinne der Absichten des Führers«, man verspreche sich davon »eine Befruchtung der akademischen Schichten aus wertvollstem bäuerlichen Blut«.<sup>5</sup>

Zum Studentendarbeitsdienst wurde Ernst Schrupp schließlich zugelassen. Dem folgte gleich der Militärdienst. Zum Studium kam Schrupp während des Dritten Reiches nicht. Nach dem Vorbild seines älteren Bruders Erich ging er in die freie Wirtschaft, da man hier nicht so stark mit den Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung konfrontiert war. Sein Bruder wurde als Assessor am Gericht schon im Frühjahr 1933 mit der ungleichen Behandlung der jüdischstämmigen Mitbürger konfrontiert und verließ aus Protest diese Laufbahn.

Von den Schrecken der Reichspogromnacht bekam Ernst Schrupp, der außerhalb von Wuppertal lebte, nichts mit. Ein Freund Schrupps, der in der HJ war, hinterfragte allerdings bei seinem HJ-Führer diese Ereignisse. Unfassbar erscheint, dass man die Jungen zuerst belog und ihnen erzählte, die Vorfälle in Wuppertal seien ein Einzelfall gewesen. Als aber in allen Zeitungen von der reichsweiten »Reichskristallnacht« berichtet wurde, konnte diese Erklärung nicht mehr aufrechterhalten werden. Bei großen Bezirksversammlungen der HJ klärten höhere HJ-Führer dann darüber auf, dass dies »notwendige Maßnahme[n] gegen die ›frechen Juden‹«<sup>6</sup> gewesen seien. Dieses verbreitete Zerrbild machte auch vor christlichen Kreisen nicht halt. Es wird noch zu zeigen sein, dass selbst in vielen christlichen Gemeinden ein latenter Antisemitismus vorhanden war.

Als der Krieg begann, wurde Schrupp bald als Leutnant der Reserve einberufen. Kurz vorher heiratete er Lotte Spiecker. Während des Krieges kamen drei Kinder zur Welt. Da Ernst Schrupp mehrmals verwundet wurde, konnte er immer wieder nach Hause zurückkehren, um für eine Zeit bei seiner Frau und den Kindern zu sein.

Erst nach dem Krieg konnte er in Wuppertal das Studium der Theologie aufnehmen. Sein persönliches Erleben während des Krieges und nach dem Dritten Reich soll unter den entsprechenden Punkten behandelt werden.

### 1.3. Zum Vorgehen

Die Darstellung umfasst die Geschichte der Brüder- und Baptistengemeinden seit dem Beginn des Dritten Reiches 1933. Aber auch die Vorgeschichte und die Prägung der beiden Gruppen wird kurz beschrieben, weil sich diese auf die Zeit des Hitler-Staates aus-

---

3 Anhang, S. 100.

4 Ebd.

5 Ebd.

6 Ebd., S. 102.

wirkten. Da die wesentlichen Ereignisse in den Brüdergemeinden vor 1937 bezüglich ihrer Stellung zum Staat nicht so genau erfasst sind, wird in dieser Zeit stärker auf die Haltung der Baptisten Bezug genommen. In den Kriegsjahren schlossen sich die beiden Denominationen in einem Bund zusammen und durchlebten diese Zeit in ähnlicher Weise.

Vor allem an den Vereinigungsbemühungen wird deutlich, wie zerklüftet und wenig einheitlich die Brüderbewegung bis dahin war. Die »Brüder« waren ihrem Selbstverständnis nach keine eigene Denomination. Die Gemeinden nannten sich meist »Christliche Versammlung«, da sie keiner besonderen kirchlichen oder freikirchlichen Gruppe angehören wollten. Erst Mitte des 20. Jahrhunderts, mit der Festigung organisatorischer Strukturen, wurde die Bezeichnung »Brüdergemeinde« bei den zur Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden gehörigen Gemeinden als offizielle Bezeichnung eingeführt. Im Folgenden soll der Begriff »Brüdergemeinde« für die gesamte Gemeinderichtung gelten. Dabei muss immer wieder zwischen den »Geschlossenen« und den »Offenen« Brüdern unterschieden werden. Für die Thematik dieser Arbeit ist diese Trennung und die spätere Wiedervereinigung in Deutschland wichtig.

Bei den Baptistengemeinden ist es etwas einfacher mit der Bezeichnung. Sie wurde ihnen in ihrer Entstehungszeit Ende des 18. Jahrhunderts von außen angetragen und war eher eine Spottbezeichnung. Im Laufe der Zeit bürgerte sie sich ein. Zwar trifft sie nicht ganz den Schwerpunkt der baptistischen Bewegung, aber sie enthält ein wesentliches Merkmal. Der Schwerpunkt der Baptisten lag auf einem anderen Verständnis von Gemeinde, als sie es im 18. Jahrhundert in der anglikanischen Kirche erlebten. Das besondere Taufverständnis und das darauf gelegte Gewicht ist Folge des Gemeindeverständnisses und nicht der ursprüngliche Grundgedanke.<sup>7</sup>

---

7 Vgl. Andrea Strübind, *Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im »Dritten Reich«*, Neukirchen-Vluyn 1991, S. 24.

## 2. Die Prägung der Brüder- und Baptistengemeinden vor 1933

Im Hinblick auf die Haltung der Brüder- und Baptistengemeinden zum Nationalsozialismus und ihre Äußerungen in der Zeit von 1933 bis 1945 ist es wichtig, die Vorgeschichte und Schwerpunkte zur Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik zu betrachten. Die Prägung der Freikirchen vor dem Anbruch des Dritten Reiches macht manches Verhalten während der NS-Zeit verständlich. Dadurch können Zusammenhänge und Entwicklungen in dieser Zeit besser dargestellt werden.

Die Geschichte der deutschen Baptistengemeinden reicht bis ins 19. Jahrhundert zurück. Eine zentrale Figur ist ihr deutscher Gründer Johann Gerhard Oncken (1800–1884). 1834 gründete er die erste Baptistengemeinde in Hamburg. Weitere wichtige Einflüsse brachte Gottfried Wilhelm Lehmann (1799–1882) ein. Sein Name ist besonders mit der Entstehung des »Bundes der Baptistengemeinden in Deutschland« im Jahr 1849 verbunden. Der dritte Baptist aus der Gründungszeit ist Julius Köbner (1806–1884). Durch seine geistliche Arbeit, durch das von ihm eingebrachte Liedgut und schließlich durch die Gründung der Zeitschrift *Der Wahrheitszeuge* 1882, die zum Organ des Baptistenbundes wurde, brachte er entscheidende Impulse in die junge Gemeindebewegung. Die Baptistengemeinden waren stark missionarisch tätig. Bis 1933 gehörten dem Bund der Baptistengemeinden bereits etwa 70 000 Mitglieder an.<sup>1</sup>

Die Mitgliederzahlen der Brüdergemeinden sind nicht genau erfasst worden, da man gegen jede Form der Organisation war und deshalb auch auf formale Aspekte wie Mitgliederlisten verzichtete. Als es 1937 zum Verbot der Christlichen Versammlung kam, wurden aber in den Schreiben an die Gestapo Zahlen angeführt, um deutlich zu machen, wie viele Gläubige von dem Verbot betroffen seien. In einem Schreiben der führenden »Brüder« an die Gestapo ist von 60 000 »deutschen Volksgenossen« die Rede.<sup>2</sup> Diese Zahl umfasst lediglich die Geschlossenen oder auch Elberfelder Brüder. Hinzu kamen 1937 auch noch etwa 4000 Offene Brüder. Die Spaltung der Bewegung hatte ihren Ursprung in der englischen Brüderbewegung; dort war es schon 1848 zu einer Trennung gekommen. In Deutschland entwickelten sich beide Richtungen unabhängig voneinander. Führende Persönlichkeiten der offenen Richtung waren Albert von der Kammer (1860–1951) und Christian Schatz (1869–1947). Die Geschlossenen Brüder wurden maßgeblich von Carl Brockhaus (1822–1899), Julius Anton von Poseck (1816–1896), Rudolf Brockhaus (1856–1932) und anderen beeinflusst. Ihre wesentliche Prägung erhielten sie jedoch durch John Nelson Darby (1800–1882), der den geschlossenen Teil der Bewegung in England seit der Spaltung von 1848 anführte.

### 2.1. Der rechtliche Status der Gemeinden

Die Geschlossenen Brüdergemeinden wurden wegen ihrer starken Ausrichtung auf John Nelson Darby auch »Darbysten« genannt. Aufgrund ihres Selbstverständnisses (s. u. 2.2.)

---

1 Vgl. Günther Kösling, *Die deutschen Baptisten 1933/34. Ihr Denken und Handeln zu Beginn des Dritten Reiches*, masch. Diss. Marburg 1980, S. 2.

2 Vgl. Friedhelm Menk, *Die Brüderbewegung im Dritten Reich. Das Verbot der »Christlichen Versammlung« 1937*, Bielefeld 1986, S. 66.

lehnten sie jegliche Organisation ab. Sie strebten die Einheit der Christen unabhängig von Organisationen und Bekenntnissen an. Dennoch ließ sich ein gewisses Maß an Organisation nicht vermeiden. Jährliche Konferenzen und die Koordination der Arbeit von »Reisebrüdern«<sup>3</sup> wurden notwendig, »um ein Auseinanderfallen in Lehre und Zucht zu vermeiden«.<sup>4</sup> Gerade die straffe Organisation der Elberfelder Reisebrüder und die damit verbundene Prägung aller Christlichen Versammlungen wurde von Außenstehenden aus anderen Freikirchen kritisiert: »Keine andere Gemeinschaft hat so gegen eine äußerliche Kirchenform protestiert als diese, und keine andere hat ihre Zusammenkünfte so in ein *einheitliches, für alle bindendes Ritual gegossen*, als diese.«<sup>5</sup> Die hier angedeutete Problematik der »Absonderung« der Geschlossenen Brüdergemeinden sollte innerhalb der Bewegung auch noch 1937 bei der Gründung des Bundes freikirchlicher Christen (BfC) und erst recht 1941 bei der Gründung der Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) für interne Schwierigkeiten sorgen.

Ganz anders sah es bezüglich organisatorischer und rechtlicher Fragen innerhalb der Baptistengemeinden aus. Sie bemühten sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts um die Körperschaftsrechte. Bis 1875 hatten sie fast überall im deutschen Reichsgebiet die rechtliche Anerkennung erhalten. Die Situation wurde noch verbessert, als der »Bund der Baptistengemeinden« als übergeordnete Instanz 1888 ebenfalls die staatliche Anerkennung erhielt. In Preußen wurden den Baptisten allerdings erst 1930 die Körperschaftsrechte zuerkannt.

Dennoch wurden die Baptisten- und die Brüdergemeinden in der Bevölkerung und von den Kirchen als Sekten angesehen. Auseinandersetzungen mit kirchlichen Stellen gab es bei Taufen, Eheschließungen oder Beerdigungen. Nur im Rahmen der Evangelischen Allianz arbeiteten die Denominationen zusammen, wobei die Kirchenleitungen diese Kontakte lediglich duldeten. Im Rahmen der Brüdergemeinden hatten jedoch ausschließlich die Offenen Brüder engere Kontakte zur Allianzbewegung. Die Geschlossenen Brüder lehnten dieses Engagement ab, da sie der Zusammenarbeit mit anderen Christen in Körperschaften und »Systemen« grundsätzlich skeptisch gegenüberstanden.

## 2.2. Theologische Ansichten in den Gemeinden

Ein zentrales Thema in der Lehre der »Brüder« ist die »Einheit«. Aufgrund der Erkenntnisse Darbys fußte die Brüderbewegung auf der Überzeugung, dass sie die Einheit des Leibes Christi, die Einheit der Kirche »darstelle«. Diese Einheit sollte nicht in »kirchlichen Systemen« gelebt werden. Besondere Bedeutung für die »Darstellung der Einheit« hatte die allsonntägliche Feier des Abendmahls. Der Einheitsgedanke konnte nur gelebt werden, indem die Gemeinden sich von anderen, systemischen Kirchen »absonderten«.<sup>6</sup> Diese Praxis bedeutete eine scharfe Trennung zwischen Dazugehörigen und Ausgeschlossenen, was den »Brüdern« den nicht unberechtigten Ruf eintrug, einen exklusiven Anspruch auf Wahrheit zu erheben. Gerhard Jordy hebt in seiner Darstellung hervor, dass es ihnen

---

3 Als »Reisebrüder« wurden Lientheologen der Christlichen Versammlung bezeichnet, die haupt- oder nebenberuflich in bestimmten Gebieten die Gemeinden besuchten und dort predigten, zu strittigen Lehrfragen Stellung nahmen oder ggf. seelsorgerliche Aufgaben wahrnahmen.

4 Gerhard Jordy, *Die Brüderbewegung in Deutschland*, Bd. 2: 1900–1937, Wuppertal 1981, S. 16.

5 G[ustav] Nagel, *Die Zerrissenheit des Gottesvolkes in der Gegenwart*, Witten o. J. [1913], S. 81.

6 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 2, S. 62–64.

dabei nicht um Hochmut gegenüber anderen Christen gegangen sei, sondern um »eine Frage des Gehorsams«<sup>7</sup> gegenüber Gott.

Besonders problematisch wurde es in den Gemeinden, wenn es um die Zulassung zum Abendmahl von Brüdern aus anderen Gemeinden oder gar aus anderen Kirchen oder Freikirchen ging. Bei Besuchen wurde die Teilnahme am Abendmahl an ein Empfehlungsschreiben aus der Heimatgemeinde geknüpft, was die Abendmahlsgemeinschaft mit Christen aus anderen Bekenntnissen erschwerte. Um auf der einen Seite dem Anspruch auf Absonderung gerecht zu werden, auf der anderen Seite aber auch die Einheit mit anderen Christen wahrzunehmen und diese anzuerkennen, wurde ein Kompromiss erdacht, der den widersprüchlichen Vorstellungen der »Brüder« gerecht wurde. Man unterschied zwischen dem »Abendmahl« und dem »Tisch des Herrn«. Das Abendmahl konnten alle wahren Gläubigen feiern, die sich in persönlicher Verantwortung vor Gott wussten. Daneben gab es dann die spitzfindig wirkende Abgrenzung zum »Tisch des Herrn«, der nur außerhalb von »kirchlichen Systemen« seinen Platz haben könne. Beim »Tisch des Herrn« werde die Einheit der Kirche Jesu Christi sichtbar dargestellt. Damit verbunden war der Gedanke einer kollektiven Verantwortung der Teilnehmer am Abendmahl. Nähme jemand am »Tisch des Herrn« teil, der im Sinne der »Brüder« »unwürdig«, also nicht wirklich »gläubig« wäre, würden die anderen Teilnehmer Schuld auf sich laden. Daher praktizierte man die Absonderung von Christen anderer Denominationen beim so genannten »Tisch des Herrn«.

Charakteristisch für Brüder- und Baptistengemeinden ist die Unabhängigkeit der Ortsgemeinde von übergemeindlichen Organisationsformen. Letztlich traf jede Ortsgemeinde selbst die Entscheidung, wie sie bestimmte Lehrfragen handhaben wollte. Das allgemeine Priestertum (ein wesentliches Element der Lehre bei »Brüder« und Baptisten) gestand allen männlichen Gemeindegliedern die Kompetenz zu, sich in Lehrfragen zu äußern. Nach Andrea Strübind macht es jedoch gerade die Unabhängigkeit der Gemeinden schwer, den theologischen Standpunkt der Baptisten festzustellen,<sup>8</sup> da sich in den Gemeinden abweichende Schwerpunkte ergeben konnten.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den meisten Freikirchen und den Kirchen liegt im Taufverständnis. Brüder- und auch Baptistengemeinden halten die Gläubigentaufe für richtig und praktizieren diese seit Beginn ihrer Gemeindebewegungen im 19. Jahrhundert.<sup>9</sup>

Der Staat spielte im geistlichen Denken der »Brüder« und der Baptisten nur eine untergeordnete Rolle. Man wollte sich der Obrigkeit im Sinne von Römer 13,1 unterordnen: »Jede Seele unterwerfe sich den übergeordneten (staatlichen) Mächten; denn es ist keine (staatliche) Macht außer von Gott, und die bestehenden sind von Gott verordnet.«<sup>10</sup> Aus dieser Aussage leitete man ab, dass man sich als Christ nicht in die Politik einzumischen

---

7 Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 2, S. 63.

8 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 40.

9 Darby vertrat die Säuglingstaufe, daher findet man in Brüdergemeinden außerhalb Deutschlands auch die Säuglingstaufe. Ein einheitliches Taufverständnis konnte nicht entwickelt werden, doch führte dies nie zu Lehrstreitigkeiten, da die Frage nicht als fundamental angesehen wurde. Die deutschen Brüdergemeinden konnten sich daher von der Meinung Darbys ohne Probleme abgrenzen und die Erwachsenentaufe praktizieren. Näheres bei: Erich Geldbach, *Christliche Versammlung und Heilsgeschichte bei John Nelson Darby*, Wuppertal 1972, S. 121–125.

10 *Die Heilige Schrift. Aus dem Grundtext übersetzt, Revidierte Elberfelder Bibel*, Wuppertal 1985. Sämtliche Bibelstellen werden im Folgenden nach dieser Ausgabe zitiert.

habe. Die Baptisten begründeten dies auch mit ihrer Rezeption der »Zwei-Reiche-Lehre«. Nach ihrer Vorstellung waren beide Reiche, das weltliche und das geistliche, unabhängig voneinander. Christen lebten im geistlichen Reich und hätten deshalb mit dem weltlichen nichts zu schaffen, also auch keine politischen Interessen zu verfolgen. Die Gläubigen hätten sich einfach der herrschenden Obrigkeit unterzuordnen, zumal diese von Gott selbst in ihre Aufgaben gestellt sei. Begrenzt werde dieser Gehorsam nur durch den Gehorsam gegen Gott, der in diesem Denken allen menschlichen Hierarchien übergeordnet ist. Allerdings wurde in den Gemeinden immer wieder darauf hingewiesen, dass man für die Obrigkeit beten solle.

Die theologischen Ansichten der beiden Freikirchen hatten noch weitere Gemeinsamkeiten. Beispielsweise war das Geschichtsverständnis beider Gruppen eschatologisch ausgerichtet. Nicht nur biblische, sondern auch zeitgeschichtliche Ereignisse wurden heilsgeschichtlich ausgelegt. In allen positiven und negativen Wendungen der Geschichte sah man das Wirken Gottes. Und schließlich fragte man sich schon vor 1933 angesichts der »Zeichen der Zeit«, ob die Endzeit angebrochen sei. Im *Hilfsboten*, einer Zeitschrift für die baptistischen Prediger, schrieb Paul Schmidt 1931:

»Wird die Entwicklung schon gradlinig zum Ende hinführen? [...] Sind die Vorzeichen des Neuen Testaments für das Ende, d. h. für das Reifwerden des Bösen und für die Entrückung der Gemeinde, schon heute erkennbar? Sicherlich ist einiges bereits erkennbar, wie z. B. die Sammlung Israels in Palästina, die weltweite Verkündigung des Evangeliums, die Ausreife des Bösen [...] die Zentralisierungsmöglichkeit durch Fernspruch, Fernbild, Fernflug.«<sup>11</sup>

Bis in diese Details wurden die Geschehnisse der Zeit interpretiert. Aber selten hinterfragte man diese oder zog gar eine Einmischung in Erwägung.

Die theologischen Ansichten der Brüder- und Baptistengemeinden waren eine Grundvoraussetzung für ihren Weg im Nationalsozialismus und bargen für die folgenden Jahre Konflikte innerhalb der Gruppierungen und auch mit anderen Freikirchen, Kirchen und der neuen Obrigkeit.

### 2.3. Das Verhältnis zur Weimarer Republik

Entgegen dem pauschalen Urteil von Karl Zehrer: »Die meisten Glieder der evangelischen Freikirchen Deutschlands und diese Kirchen selbst sahen in der Weimarer Republik ein schlimmes Übel«<sup>12</sup> schreibt Günther Kösling, dass die deutschen Baptisten in vielen Punkten der neuen Staatsform gegenüber durchaus nicht abgeneigt waren.<sup>13</sup> Die meisten hatten wohl ein ambivalentes Verhältnis zur Weimarer Republik.

Die Umbrüche nach dem Ersten Weltkrieg und die Entstehung der jungen Demokratie der Weimarer Republik brachten für die Baptisten positive Veränderungen mit sich. Sie waren von jeher demokratisch organisiert und begrüßten zunächst einmal die neue staatliche Form der Republik. Allerdings hatten sie auch vorher kein Problem gehabt, mit ihrer demokratischen Struktur in einer Monarchie zu leben.

11 *Der Hilfsbote* 41 (1931), S. 277, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 46.

12 Karl Zehrer, *Evangelische Freikirchen und das »Dritte Reich«*. *Geschichtliche Darstellung und Dokumente*, Berlin 1986, S. 13.

13 Vgl. Kösling, *Baptisten*, S. 6.

Die Reichsverfassung sicherte erstmals in Deutschland die Religionsfreiheit und das Recht auf Meinungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit als Grundrecht. Diese große Freiheit wurde in freikirchlichen Kreisen aber auch kritisiert, da der Staat sich damit auf einen neutralen Standpunkt zurückzog, wohingegen im Kaiserreich christliche Maßstäbe und Werte die politische Landschaft viel eher geprägt hatten. Andere wiederum befürworteten die angestrebte Trennung von Staat und Kirche in der jungen Demokratie. Gerade den Baptisten war diese Trennung sehr wichtig, auch wenn sie schließlich enttäuscht darüber waren, dass die Großkirchen faktisch immer noch Privilegien von Seiten des Staates erhielten.

Die wirtschaftliche Krise in Deutschland betraf auch die Mitglieder der Brüder- und Baptistengemeinden. Man sehnte sich wieder nach einem starken Führer, so wie man den Kaiser gesehen hatte. Im Kaiserreich war das Verhältnis zur Obrigkeit durchaus von Loyalität geprägt gewesen.

Im Lauf der Weimarer Zeit nahmen immer mehr Christen eine patriotische Haltung ein. Durch die staatliche Anerkennung fühlten sich die Baptisten gestärkt.<sup>14</sup> Die Weimarer Republik wurde begrüßt, solange sie Freiräume und Vorteile für die Freikirchen bot. Als aber ihre Schwächen immer stärker zutage traten, war man auch bereit, sich von dieser Staatsform abzuwenden und andere, führungsstärkere Kräfte zu akzeptieren und auch zu unterstützen.

## 2.4. Brüder- und Baptistengemeinden in den Strömungen der Zeit

### 2.4.1. Zwischen den politischen Strömungen

Die »Brüder« und die Baptisten betrachteten sich weithin als unpolitisch. Die offiziellen übergeordneten Stellen, also der Bund bzw. die Brüderkonferenzen, forderten von ihren Gemeindemitgliedern eine solche Haltung. In der *Christenfibel* des Baptisten Johannes Fleischer aus dem Jahr 1929 heißt es: »Kinder Gottes überlassen daher die Weltregierung den weltlichen Mächten, denen sie von Gott übergeben worden ist.«<sup>15</sup> Ebenso fragte der Schriftleiter der Zeitschrift für Jugendliche aus dem Umfeld der Brüdergemeinden, *Die Tenne*, 1932: »Was haben wir Christen eigentlich damit [mit der politischen Auseinandersetzung der Parteien im Wahlkampf] zu tun?«<sup>16</sup>

Dennoch konnte sich niemand von den Einflüssen der politischen Ereignisse frei machen. Manche wollten aus Begeisterung, andere aus dem Gefühl, einen Beitrag leisten zu müssen, in Parteien eintreten. Zunehmend trat ein Zwiespalt zwischen den theologischen Grundsätzen und der Praxis in den Gemeinden auf. Die strenge Abgrenzung von politischer Beteiligung verlor sich langsam. In baptistischen Kreisen wiesen Einzelne sogar darauf hin, dass es günstig wäre, sich an den Wahlen zu beteiligen, damit eine »Vermittlungsinstanz zwischen den beiden Reichen«,<sup>17</sup> dem weltlichen und dem geistlichen Reich, christliche Werte in die Politik einfließen lassen könne. Eine Alternative zu den vorhandenen politischen Parteien bildete der »Christlich-Soziale Volksdienst« (CSVD). Die Grün-

---

14 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 37.

15 Johannes Fleischer, *Christenfibel*, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 44.

16 *Die Tenne* 10 (1932), S. 149 (DZ).

17 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 56.

ding dieser Partei wurde von vielen begrüßt, da sie ein Forum für Christen in der Politik bot. Der CSVD entstand am 28. Dezember 1929 aus einem Zusammenschluss des »Christlichen Volksdienstes« und der »Christlich-Sozialen Reichsvereinigung«.<sup>18</sup> Im Rahmen dieser Partei setzten sich Christen für eine dezidiert christliche Politik ein, die frei von monarchischen und nationalistischen Werten sein sollte. Ein wichtiges Mitglied des CSVD war der Baptist Paul Schmidt, der ab 1935 als Bundesdirektor dem Baptistenbund vorstand. Sein politisches Engagement wurde im Bund kritisch zur Kenntnis genommen, und Kösling deutet an, dass die Jahre von 1930 bis 1932 für Schmidt als Abgeordneter des Reichstages sehr belastend gewesen seien.<sup>19</sup> Die Bundesleitung wollte nicht mit dem CSVD identifiziert werden und fürchtete eine ungute Verbindung von Christen mit der Welt der Politik. »Der Irrtum dieser Skepsis bestand allerdings darin zu glauben, daß die Gemeinden mit dieser sich aufgezwungenen (partei-) politischen Indifferenz unpolitisch wären.«<sup>20</sup>

Diese Tendenz findet man vermutlich noch stärker bei den Brüdergemeinden. Auch wenn sie sich selbst für unpolitisch hielten, konnten sie sich von einer politischen Gesinnung nicht frei machen. Jordy bezeichnet die politische Richtung der »Brüder« als »nationalpatriotisch, monarchisch und konservativ«.<sup>21</sup> Das bedeutete, dass sie die Vorteile des neuen Staates genossen, sich aber dann aufgrund seiner Schwachpunkte bald wieder nach dem althergebrachten, führungsstarken Kaiserreich zurücksehnten. Obwohl man offiziell weiterhin auf der Enthaltung von der Politik beharrte, setzte man sich doch mit politischen Fragen auseinander und engagierte sich teilweise auch. Wo dies in Gemeindekreisen offiziell wurde, kam es wahrscheinlich zu Reaktionen, wie Ernst Schrupp sie schildert. Er erzählt, dass das politische Engagement seines Vaters zwar nicht gern gesehen oder gar verstanden wurde, aber dass man den positiven Nutzen darin erkannte und deshalb keine weiteren Einsprüche erhob. Interessant ist sicherlich, dass sich am Beispiel seines Vaters bestätigt, dass man nationalen Tendenzen durchaus nicht abgeneigt war. Denn der CSVD repräsentierte nicht alle Christen, die sich in der Politik engagierten. Es gab in den Brüder- und Baptistengemeinden nicht nur christlich-soziale Tendenzen, auch nationale und nationalistische Vorstellungen wurden unterstützt. Über seinen Vater berichtet Ernst Schrupp, dass dieser sich keinesfalls linken Zielvorstellungen verschrieben hätte. Er war »national« ausgerichtet, und für die Familie Schrupp galt der CSVD schon als »linke«, zum Sozialistischen tendierende Partei.<sup>22</sup>

In der Weimarer Zeit musste zunehmend zum politischen Geschehen Stellung genommen werden. Der Raum, durch Wahlen oder auch durch Engagement in einer Partei aktiv in die Politik einzugreifen, wuchs. Doch betraf dies nur eine Minderheit in den Kreisen der Brüder- und Baptistengemeinden. Trotz des politischen Interesses und der notwendigen Meinungsbildung war man nicht bereit, umfassend politische Verantwortung zu übernehmen, Entwicklungen wahrzunehmen und zu kritisieren. Letztlich gaben viele zu be-

---

18 Näheres bei Werner Neuer, »Christlicher Volksdienst«, in: Helmut Burkhardt / Uwe Swarat (Hg.), *Evangelisches Lexikon für Theologie und Gemeinde*, Bd. 1, Wuppertal 1992, S. 376.

19 Vgl. Kösling, *Baptisten*, S. 53f.

20 Ebd., S. 54.

21 Vgl. Gerhard Jordy, *Die Brüderbewegung in Deutschland*, Bd. 3: *Die Entwicklung seit 1937*, Wuppertal 1986, S. 32.

22 Anhang, S. 97.

denken: »Sitzt Er [Gott] nicht im Regimente und führet alles wohl?«<sup>23</sup> Der göttlichen Führung wollte man die Politik überantworten und die Veränderungen aus Gottes Hand annehmen, aber keinesfalls durch eigenes Mitwirken daran schuldig werden.

#### 2.4.2. Meinungen zum Nationalsozialismus vor 1933

Der oben bereits zitierte Artikel aus der *Tenne* macht das breite Spektrum der Ansichten über den Nationalsozialismus deutlich. Unter der Überschrift »Der Nationalsozialismus und wir – Eine Antwort auf viele Fragen« reagierte Fritz von Kietzell auf diverse Zuschriften zu einem Artikel, der bereits im März 1932 erschienen war. Der Autor selbst hegte Bedenken gegenüber der NSDAP und forderte auch andere auf, sich von den politischen Auseinandersetzungen im Rahmen des Wahlkampfes fernzuhalten. In diesem Artikel nahm von Kietzell zu mehreren Leserbriefen Stellung, in denen die verschiedenen durchaus positiven Einstellungen und Argumente der Leser zum Nationalsozialismus deutlich wurden. Man gestand zwar ein, dass die NSDAP antichristliche und antijüdische Tendenzen aufweise, aber dies seien nur »Macken«, über die man hinwegsehen könne. Des Weiteren unterstellte man Hitler wohlwollende, christliche Motive und klammerte sich an die Aussagen über das »positive Christentum«. Auf diese Zuschriften reagierte Fritz von Kietzell mit der Einschätzung, dass das positive Christentum »im Grunde nichts als ein nichtssagendes Schlagwort«<sup>24</sup> sei. Er befürchtete, dass die NSDAP, wenn sie an die Macht käme, die Freiheit der religiösen Bekenntnisse trotz aller anders lautenden Erklärungen einschränken würde, womit er langfristig recht behielt. Daher sollte man seiner Einschätzung nach diese Partei nicht unterstützen, um sich selbst nicht schädlichen Einflüssen auszusetzen, und schließlich Gott die Führung überlassen, damit er die »richtigen Wege« führen könne. Charakteristisch für viele »Brüder« war aber auch, dass sie – wie Fritz von Kietzell – Hitler und die NSDAP nicht kategorisch ablehnten. Immerhin sah der Schriftleiter in der NSDAP ein »Gegengewicht gegen Bolschewismus und Gottlosenbewegung«,<sup>25</sup> das als solches durchaus zu begrüßen sei.

Mit dieser Stellungnahme blieben die weitgehend jungen Leser der *Tenne* in ihrer Entscheidung, wie sie mit der nationalsozialistischen Ideologie und der Partei umgehen sollten, allein gelassen. Diese Zurückhaltung in öffentlichen Organen fand sich aber nicht nur in der *Tenne*. Gerade weil Christen aus Brüderkreisen sich gegen eine Einmischung von »übergeordneten Stellen« wehrten, fehlte eine einheitliche, klare Linie in der Führung der Brüdergemeinden.

In baptistischen Kreisen findet man vor der »Machtergreifung« einige deutliche Stellungnahmen. Vor allem der bereits erwähnte Paul Schmidt, Pastor und zeitweise Reichstagsabgeordneter des »Christlich-Sozialen Volksdienstes«, hatte vor 1933 bei Tagungen und in den verschiedenen Organen der Baptisten seine Bedenken gegenüber dem Nationalsozialismus geäußert. Als Mitglied des CSVD stand er, entsprechend der Parteilinie, völkisch-nationalen Tendenzen ohnehin kritisch gegenüber. Im *Hilfsboten* veröffentlichte Schmidt 1931 Auszüge aus einem Artikel des Pfarrers Karl Gustav Schürmann. Dieser

---

23 *Die Tenne* 10 (1932), S. 150 (DZ).

24 Ebd., S. 149.

25 Ebd., S. 150.

äußerte sich zu »Christliche[n] Bedenken gegen das Programm der NSDAP«. <sup>26</sup> Im Schlusssatz heißt es:

»Zieht man aus dem Gesagten den letzten Schluß, so kann ein Christ, der ernstlich und wahrhaftig auf dem biblischen Boden, vor allen Dingen des Neuen Testaments steht und stehen will, mit der NSDAP, wie sie sich heute zum Judentum stellt, nicht mitgehen.« <sup>27</sup>

Indem Schmidt diesen Satz unkommentiert abdruckte, machte er deutlich, dass er diese Ansicht teilte.

1931 bewegte die Baptisten vor allem die Frage, ob Christen sich in der NSDAP engagieren könnten. <sup>28</sup> »Es sind nicht wenige«, so Paul Schmidt, »die mit einem klaren Nein antworten, aber eine ebenso große Zahl hatte ein bestimmtes Ja.« <sup>29</sup> Die von der NSDAP bekannt gewordenen Ansichten über die Juden und die Ablehnung des Alten Testaments waren für die baptistischen Christen nicht annehmbar. Allerdings hoffte man hier – wie auch in Brüdern – darauf, dass sich diese Schattenseiten noch erhellen würden. Schmidts grundlegend kritische Sicht war daher nicht repräsentativ für die Baptisten insgesamt. Nur einige ahnten damals die verheerenden Auswirkungen, die eine politische Machtstellung Hitlers und der NSDAP haben würde. In weiten Kreisen der »Brüder« und der Baptisten gab es dagegen eine Affinität zum Nationalsozialismus. Ein Grund dafür war sicher auch die Furcht vor dem Kommunismus, der aus Russland hätte herüberschwappen können. Vor allem in baptistischen Kreisen, wo man mit den verfolgten russischen Baptisten mitfühlte, wurde der Kommunismus mit Gottlosigkeit identifiziert. Die Baptisten fürchteten die atheistische Ideologie des russischen Staates.

Der Prediger Arnold Koester sah im Nationalsozialismus eine ebenso große Gefahr wie im Kommunismus. Er stellte beide wegen ihrer Gottlosigkeit gleich. Kösling erklärt: »Mit seiner Interpretation der sich selbst zum Gott setzenden Kommunisten und Nationalsozialisten wollte Koester den Blick für das schärfen, was zwangsläufig auch in Deutschland kommen würde, falls Hitler sich durchsetzen sollte.« <sup>30</sup> Diese kritische Sicht teilten nur wenige Baptisten. Eher ließ man sich von den Nationalsozialisten weiter auf das schon etablierte Feindbild »Kommunismus« einschwören.

Viele empfingen den Nationalsozialismus daher mit Begeisterung und blinder Zustimmung. Vor seinen offensichtlichen Fehlern verschloss man anfangs die Augen, und später war es nicht mehr ohne Risiko möglich, sich von dem neuen Staat loszusprechen. Wie viele andere Deutsche waren die »Brüder« und die Baptisten bereit, eine neue Führung anzunehmen. Durch die mitgebrachte Prägung, die wirtschaftlichen Misstände in der Weimarer Republik und die Naivität und Unerfahrenheit vieler im Umgang mit politischen Fragen wurde der Nationalsozialismus als möglicher Weg Gottes akzeptiert.

---

26 Vgl. *Der Hilfsbote* 41 (1931), S. 16, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 60.

27 Ebd.

28 Vgl. Kösling, *Baptisten*, S. 18.

29 *Der Wahrheitszeuge* 53 (1931), S. 51, zit. nach: Kösling, *Baptisten*, S. 18.

30 Kösling, *Baptisten*, S. 17.

## 2.5. Die tragende Rolle Paul Schmidts

Schon vor Beginn des Dritten Reiches war der Baptist Paul Schmidt (1888–1970) ins öffentliche Leben des Baptistenbundes involviert. Nach einer kaufmännischen Ausbildung in Berlin studierte er von 1911 bis 1914 und dann noch einmal 1919 am baptistischen Predigerseminar in Hamburg-Horn. Seine ersten Dienstjahre verbrachte er mit seiner Familie in Breslau und Zürich, wo er weiter Theologie und Philosophie studieren konnte. 1928 ging er als Schriftleiter des baptistischen Verlagshauses nach Kassel und betreute die diversen Organe des Baptistenbundes. Hier bekam er auch Kontakt zum CSVD und nahm von 1930 bis 1932 das Amt des Reichstagsabgeordneten in Berlin an. Wahrscheinlich geriet er in dieser Zeit durch die Doppelbelastung, Schriftleiter und Reichstagsabgeordneter zu sein, so unter Druck, dass er 1932 das Amt des Reichstagsabgeordneten zugunsten des Verlagshauses wieder aufgab. In dieser Stellung blieb er bis 1935. Dann wurde er als Nachfolger von Otto Nehring zum Bundesdirektor berufen. In dieser Position hatte er vielfältige Aufgaben. Zusammen mit dem Bundeshaus unterstand ihm die Haushalts- und Vermögensverwaltung des Bundes. Die Koordination missionarischer Aktivitäten lag auch nicht mehr allein auf der gemeindlichen Ebene, ebenso gehörte die Vermittlung der Prediger zu seinem Aufgabengebiet. Besonders wichtig für die folgende Zeit war seine Rolle als Vertreter des Bundes in öffentlichen und rechtlichen Fragen. Für dieses Amt war Schmidt sicher geeignet, da er schon vor Amtsantritt im Rahmen seines parteipolitischen Engagements Kontakt mit staatlichen Stellen gehabt und Erfahrungen gesammelt hatte.

Auch im konfessionellen Rahmen der Freikirchen hatte Schmidt schon früher Kontakte aufgebaut. Seit 1929 war er im Vorstand der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF).<sup>31</sup> Zusammen mit ihm gehörte der spätere methodistische Bischof Otto Melle zur Leitung dieser losen Vereinigung der Freikirchen. Als Bundesdirektor nutzte er diese Kontakte, um die Baptistengemeinden und den Bund möglichst unbeschadet durch die Zeit des Nationalsozialismus zu führen. Strübind nennt Schmidt einen »Entscheidungs-träger«.<sup>32</sup> »Er [...] gehörte durch sein politisches Engagement und weites Interessenspektrum zu den wenigen Baptisten, die über den konfessionell vorgegebenen Rahmen hinaus auch im gesellschaftlichen und volkskirchlichen Bereich kompetent waren.«<sup>33</sup> Auch wenn er durch seine Wahrnehmung und seinen Weg mit den Baptistengemeinden im Dritten Reich in die Kritik geraten ist, war er doch ein kompetenter und umsichtiger Verhandlungspartner.

Schon vor der »Machtergreifung« Hitlers hatte man in den verschiedenen Freikirchen mit einer Regierungsübernahme durch die NSDAP gerechnet.<sup>34</sup> Auch Schmidt erwartete diesen Umbruch. Zu diesem Zeitpunkt sah er die Entwicklungen in Deutschland allerdings noch kritisch. 1932 mahnte er die Baptisten im *Wahrheitszeugen*: »Sie [die Gemeinde]

---

31 Die VEF bestand seit 1926 als einheitliche Vertretung der Freikirchen gegenüber dem Staat und den Kirchen. Dazu gehörten der Bund der Baptisten, die Bischöfliche Methodistenkirche, die Evangelische Gemeinschaft und der Bund Freier evangelischer Gemeinden. Später kamen auch noch die Mennoniten und der Bund freikirchlicher Christen hinzu (vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 89).

32 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 10.

33 Ebd.

34 Vgl. Zehrer, *Freikirchen*, S. 15.

kann keine Hoheitsrechte irgendwelcher Art über sich anerkennen«. <sup>35</sup> Schmidt wies hier auf einen Artikel von Dr. Hans Luckey hin, in dem es um »Unsere Stellung zu Rasse und Blut« ging. Er legte den Lesern die Lektüre und Auseinandersetzung mit diesem Thema ans Herz und umriss die politische Situation mit folgenden Worten:

»Links von der Gemeinde formiert sich die Front blanker und brutaler Gottlosigkeit, rechts von ihr bahnt sich eine Vergötzung des Staates an, eine Verherrlichung der Rasse und des Blutes. Will links die Vernichtung des Christentums, so will rechts seine Durchdringung und Unterordnung. Beides ist für die Gemeinde lebensgefährlich.« <sup>36</sup>

Dieser klaren Charakterisierung des Kommunismus und des Nationalsozialismus folgte er allerdings nach der Machtübernahme nicht mehr. Auch wenn Schmidt den Geschehnissen weiter kritisch und mit Vorbehalten gegenübertrat, wurde in der Zeit des Dritten Reichs die nationalsozialistische Durchdringung des Christentums weitestgehend hingenommen.

---

35 *Der Wahrheitszeuge* 54 (1932), S. 229 (OA).

36 Ebd.

### 3. Die Zeit der Machtübernahme 1933

Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, begrüßten dies viele. Kritische Stimmen waren wie weggeblasen, und man erhoffte sich einen Aufschwung für Deutschland. Man erwartete von den neuen Mächtigen wirtschaftliche und politische Veränderungen. In diesem ersten Jahr begann Hitler mit seinem Stab das Land in eine Diktatur zu verwandeln und alle Bereiche des Staats- und Volkslebens gleichzuschalten. Die straffe, hierarchische Struktur seiner Partei sollte immer mehr auf die staatlichen und öffentlichen Einrichtungen übertragen werden.

In dieser Umbruchszeit standen auch die Gemeinden vor der Herausforderung, ihren Platz im neuen Staat einzunehmen. Zum einen ließen sich Stellungnahmen zu den politischen Verhältnissen nicht vermeiden, zum anderen begann die Sorge um die Erhaltung der Gemeinden in diesem Staat. Immer wieder keimte in den Leitungskreisen der Brüder- und Baptistengemeinden die Furcht vor der Gleichschaltung oder einem Verbot auf. Waren noch in der Weimarer Zeit viele Menschen den Freikirchen beigetreten, stagnierte das Wachstum der Gemeinden nun. Auch die rechtlichen Verbesserungen der Weimarer Zeit konnten infolge des Machtwechsels nicht mehr garantiert werden. Die nationalsozialistische Diktatur überschattete die erhoffte Stärkung der Freikirchen.

#### 3.1. Das Verhältnis zum neuen Staat

Die Entwicklungen im Jahr 1933 wurden von vielen »Brüdern« und Baptisten begrüßt. Anfangs wurden teilweise noch kritische Stimmen laut. Gewisse Bedenken wurden vor allem zur Ideologie von Rasse und Volk, aber auch zur Stellung der Partei gegenüber den Juden und zur Abwertung des Alten Testaments geäußert. Zu Beginn des Jahres 1933 fand man dies auch noch in den freikirchlichen Zeitschriften. Trotzdem verstand man die »Machtergreifung« und die Änderungen im Staat als göttliche Führung. Schmidt forderte die Gemeinden auf:

»Wir aber beten auch für diese Regierung und wünschen ihr ehrlich Erfolg zum Wohle unseres Volkes. Für uns kommt nichts von ungefähr, auch in unseres Volkes Geschichte nicht. Wir können in allem Gottes Hand sehen – zum Heil, zum Gericht, jedenfalls zur Erfüllung der Geschichte. Ob diese Regierung die Erwartungen erfüllt, ob sie uns eine Periode des Volksheils bringt, das werden wir bald erleben. Freilich wissen wir, daß auch diese Herren kein Wasser in Wein verwandeln können.«<sup>1</sup>

In diesen Worten vom Februar 1933 klingen die Bedenken Paul Schmidts gegenüber dem Nationalsozialismus noch an. Ende des Jahres, in seinem Rückblick, haben die Verlautbarungen einen ganz anderen, wesentlich wohlwollenderen, hoffnungsvolleren Ton. Er hebt die Maßnahmen des Staates gegen die »Gefahr« des Bolschewismus und die moralischen Einbrüche (Nacktkultur, Verbrechen), die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Besserung der wirtschaftlichen Lage positiv hervor.<sup>2</sup> Doch auch dabei verkennt Schmidt die Schattenseiten dieser Wende nicht: »In diesem großen Sturm sind gewiß manche Einzelmaßnahmen für Einzelne hart und schwer, aber das Ziel, Befreiung des Volkes

---

1 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 54 (OA).

2 Vgl. *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 430 (OA).

aus innerer und äußerer Not, bedingt und rechtfertigt einen hohen Einsatz«. <sup>3</sup> Schmidt resümiert das Jahr 1933 als »ein Wendejahr in der deutschen Geschichte, es wird Europa verändern und darüber hinaus die übrige Welt«. <sup>4</sup> Wie recht er mit dieser Einschätzung hatte, konnte er am Ende des Jahres 1933 noch nicht überblicken.

Auch im März 1933 hatte Schmidt im *Wahrheitszeugen* schon die Maßnahmen des Staates gelobt, doch klang hier noch eine abwartendere Haltung an:

»Wenn wir uns auch bewußt bleiben, daß damit noch kein Neues geschaffen worden ist, so freuen wir uns doch außerordentlich über die klaren Maßnahmen und wünschen, daß es darüberhinaus gelingen möge, unser Volk zu einer echten Erneuerung zu führen«. <sup>5</sup>

Im selben Artikel betonte Schmidt, dass es wichtig sei, in diesem neuen Staat »ungehemmte Verkündigungs- und Gestaltungsfreiheit im Sinne des Evangeliums [zu] behalten«. <sup>6</sup> Die Freiheit der Gemeinde müsse auch im totalen Staat bestehen bleiben, da sie, bei allem Gehorsam gegenüber der herrschenden Obrigkeit, doch in letzter Instanz Gott unterstellt sei. »Sie muß das ›So spricht der Herr!‹ als das Unwandelbare behalten und kann das niemand und nichts unterstellen«. <sup>7</sup>

Schmidts Äußerungen in dieser ersten Phase werden als repräsentativ für die Bundesleitung angesehen, <sup>8</sup> auch wenn er dieser noch nicht angehörte. Seine Meinung wurde allerdings nicht von allen geteilt. Die Bundesleitung selbst solidarisierte sich zwar in einem ersten offiziellen Schreiben vom 27. April 1933 mit Schmidt, <sup>9</sup> es gab aber auch weit aus weniger distanzierte Stellungnahmen zum neuen, totalitären Staat. So hieß es beispielsweise in einem Artikel des Bundesverwaltungsmitglieds Friedrich Rocksches:

»Ach wieviel überspitzte Demokratie und öder Parlamentarismus hat sich in die Kirchen und Gemeinden hineingeschlichen! Diesen unfruchtbaren Parlamentarismus mit all den Zänkereien können wir doch nicht ohne weiteres als eine Schöpfung des Heiligen Geistes bezeichnen.« <sup>10</sup>

Rocksches lehnte das alte System völlig ab und war bereit, den neuen Staat nicht nur zu akzeptieren, sondern sogar aktiv zu unterstützen, auch innerhalb des Bundes. Er widersprach damit übrigens auch der Organisation des Baptistenbundes, der ja ebenfalls parlamentarisch aufgebaut war. Es dauerte daher nicht lange, bis man sich damit auseinandersetzte, wie man den Bund zentralisieren könne.

In den Reihen der Brüdergemeinden zeichnete sich ein ähnliches Bild ab, wie es hier bereits für die Baptisten dargestellt wurde. Allerdings gab es hier ja offiziell keine Führung, die allgemeine, repräsentative Verlautbarungen von sich geben konnte. Für beide Gruppen ist wohl anzumerken, dass es sowohl Befürworter des Nationalsozialismus als auch Gegner und unentschlossene Gemüter gab. In den Zeitschriften spiegelt sich ein Teil

---

3 Ebd.

4 Ebd.

5 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 102, zit. nach: Kösling, *Baptisten*, S. 29.

6 Ebd.

7 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 127, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 74.

8 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 75; Kösling, *Baptisten*, S. 27.

9 Vgl. ebd.

10 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 174 (OA).

dieser Einstellungen wider. In der *Tenne* wurde der Wandel und die neue Führung von Schriftleiter Fritz von Kietzell freudig begrüßt:

»Es kann wohl kein Zweifel sein, daß es jetzt um das Ganze ging, und wir dürfen Gott wiederum danken, daß Er uns zur rechten Stunde eine Obrigkeit gab, die den Willen und die Kraft zu haben scheint, ›das Schwert nicht umsonst zu tragen‹. Ein ungeheurer Umschwung, eine ›historische Wende‹, trat ein, wie ihn sich die glühendsten Patrioten nicht träumen ließen.«<sup>11</sup>

Im Zuge dieser teilweise euphorischen Begeisterung war man sogar bereit, sich ein Stück weit aus der Absonderung zu lösen und den Gemeindegliedern die Unterstützung des Staates nahe zu legen. Eine Wahlbeteiligung war nun nicht mehr ausgeschlossen, und man rechtfertigte dies auch mit biblischen Argumenten. So schrieb Fritz von Kietzell in einem Brief: »Ich selbst halte es nicht nur aus Selbsterhaltungstrieb, sondern auch grundsätzlich *diesmal* für richtig, an der Abstimmung teilzunehmen. Es handelt sich um die Bekundung, daß man Römer 13 *verwirklicht*«. <sup>12</sup>

Nicht nur, dass man sich der Obrigkeit verpflichtet fühlte, die »Brüder« sahen auch christliche Maßstäbe verwirklicht und ließen sich von Hitlers »Vertrauensfeldzug«<sup>13</sup> gern in den Bann ziehen. Denn »Hitler tat in den ersten acht Wochen, der Zeit des Wahlkampfes und des Ringens um das Ermächtigungsgesetz, alles, um die Christen für sich einzunehmen«. <sup>14</sup>

Hitler wurde als von Gott eingesetzter Herrscher angesehen (auch wenn der totalitäre Staat in den Augen mancher nicht dem idealen »Staatsbild« entsprach). Besonders deutlich spricht dies Gottlob Maier in seinem Jahresrückblick aus. Im *Wahrheitszeugen* nennt er das Jahr 1933 »eine neue Gnadenzeit«. <sup>15</sup> Hitler wird dabei mit Vokabeln bedacht, die deutlich an einen religiösen Retter erinnern. »Der unbekannte Soldat aus dem blutigen Krieg ist aus dem Zusammenbruch unseres Reiches auferstanden und hat ein Wunder über das andere vollbracht.«<sup>16</sup> Weiter schreibt Maier, dass Gott selbst Hitler »zubereitet und zur rechten Zeit, in der letzten Stunde berufen [habe], unser untergehendes Volk am Abgrund des Verderbens zurückzureißen und zu erretten«. <sup>17</sup> Diese grenzenlose Bewunderung zeigt, dass schon 1933 bei großen Teilen der Baptisten und der »Brüder« die kritische Distanz zum nationalsozialistischen Staat verloren ging.

Die politische Diskussion, die in dieser Zeit mehr oder weniger offen geführt wurde, macht deutlich, dass es viele Befürworter des Nationalsozialismus gab. Dennoch sollte hervorgehoben werden, dass in den Reihen der »Brüder« und der Baptisten auch kritische Stimmen laut wurden.

---

11 *Die Tenne* 11 (1933), S. 88 (DZ).

12 Zit. nach: Menk, *Brüderbewegung*, S. 40.

13 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 59.

14 Ebd.

15 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 431 (OA).

16 Ebd.

17 Ebd.

### 3.1.1. Kritische Stimmen

Auch wenn die Zweifler und Gegner des Nationalsozialismus eine geringere Rolle spielten und in den offiziellen, uns erhaltenen Dokumenten kaum auftauchen, gab es sie dennoch. Exemplarisch soll hier nun von den Gegnern des Nationalsozialismus, die Ernst Schrupp in seiner Jugendzeit kennen lernte, die Rede sein.

Bezeichnend ist die Haltung eines Onkels, der den Hitler-Gruß verweigerte. Er begründete sein Verhalten damit, dass er in Hitler eine »dämonische Gewaltgestalt« sehe.<sup>18</sup> Dieser Meinung schlossen sich auch Schrupps Vater, sein älterer Bruder und andere an. Der christliche Glaube, so Schrupp, ließ sie erkennen, dass Hitler und seine Partei widergöttlich waren.<sup>19</sup> So erlebten sie manche Ereignisse als »Warnung« vor Hitler und seinem Gedankengut. Der jüngere der beiden Brüder Schrupps fiel von einer Leiter und brach sich das Bein, nachdem er beim Streichen eines Stallgiebels ein Hakenkreuz an die Wand geschmiert hatte. »Und das hat ihm als bleibende Warnung gedient, nicht der Partei oder irgendeiner Gliederung sich anzuschließen, obwohl man [von Seiten der Partei] viel versucht hat.«<sup>20</sup> Die Kritiker des Nationalsozialismus standen in diesem Gewissenskonflikt. Sie waren »irgendwie gehalten, nicht mitzumachen. Ja, bis zum Widerstand, der dann ins Martyrium führte, hat es für manche nicht gereicht.«<sup>21</sup>

Über seine Ortsgemeinde erzählt Ernst Schrupp, dass man ein unpolitisches Verhalten an den Tag legen wollte und daher zu den politischen Ereignissen weitgehend schwieg mit der Begründung aus Römer 13, dem Staat untertan zu sein. »Römer 13 – das war gewissermaßen die Rechtfertigung, nicht zum Widerstand zu kommen.«<sup>22</sup> Diejenigen, die das dennoch auf sich nahmen, wurden von den Nazis in Konzentrationslager oder an die Front geschickt, wo sie dem Tod meist nicht entrinnen konnten.

### 3.1.2. Die Befürworter

Bei Hitlers Machtübernahme waren die meisten Christen der Meinung, dass die Gefahr von »links« schlimmer sei. Die Sorge, eine kommunistische Revolution zu erleben und Zustände wie in Russland zu haben, förderte bei vielen Christen eine Tendenz zum Nationalsozialismus. Kösling schreibt allerdings, dass der Ursprung und »die Furcht vor jeder kommunistischen Regung nicht erst ein spätes Ergebnis der nationalsozialistischen Propaganda war[en].«<sup>23</sup> Vielmehr hatte man über die Verhältnisse in Russland, den schweren Stand der Christen dort, schon vorher viel gehört und brachte daher dem Nationalsozialismus, der dasselbe »Feindbild« hatte, Vertrauen entgegen.

Dies klingt auch in Zeitschriftenartikeln der »Brüder« und der Baptisten an. Im *Wahrheitszeugen* heißt es in einem Artikel Carl Brauns':

---

18 Anhang, S. 99.

19 Ebd.

20 Ebd., S. 98.

21 Ebd., S. 99.

22 Ebd., S. 103.

23 Kösling, *Baptisten*, S. 15.

»Wir sind unserem Gott dankbar, daß er uns so über Erwarten freundlich angeschaut hat, uns nicht in das Chaos wie in Rußland hat abgleiten lassen. In der nationalen Bewegung ruft er uns noch einmal ähnlich wie in der Reformationszeit zur Einkehr und zur Buße.«<sup>24</sup>

Ebenso spricht von den Ereignissen ein Rundbrief der Brüdergemeinden:

»Denken wir an Rußland, und wie leicht es möglich gewesen wäre, daß die dortigen entsetzlichen Verhältnisse auch auf unser Land übergegriffen hätten, so haben wir wahrlich alle Ursache, nicht nur Gott für unsere Regierung, die uns unter Seiner Vor-  
sorgung vor diesen Schrecken bewahrt hat, zu danken, sondern auch viel für sie zu beten.«<sup>25</sup>

So fühlte man sich in den Gemeinden vor einer großen Gefahr bewahrt und war deshalb bereit, den »Retter« Hitler und seine Regierung nicht nur im Gebet, sondern »ihre guten Bestrebungen nach Kräften [zu] unterstützen«.<sup>26</sup>

Ernst Schrupp bestätigt diese Sicht. Er erklärt, dass man tatsächlich Sorge hatte, dass der Kommunismus in Deutschland Einzug halten könnte. »Das hat ein Stück dazu verleitet, weniger die Gefahr von der rechten Seite zu sehen.«<sup>27</sup>

## 3.2. Entwicklungen innerhalb des Baptistenbundes

Das Jahr 1933 war nicht nur von der weitgehend begrüßten Machtübernahme Hitlers gekennzeichnet, sondern auch von der stärker werdenden Sorge über die Rolle der Freikirchen im neuen Staat. Man ging davon aus, dass die Position der Freikirchen nach der Gleichschaltung der meisten Landeskirchen im Juli 1933 nicht mehr dieselbe bleiben könne. »Die meisten führenden Freikirchenleute rechneten fest damit, daß die NSDAP nach der Zusammenfassung der Landeskirchen eine Zusammenfassung der Freikirchen und womöglich auch noch deren Anschluß an die DEK [Deutsche Evangelische Kirche] fordern würden.«<sup>28</sup>

### 3.2.1. In Sorge vor der Gleichschaltung

Die Sorge vor einer Gleichschaltung war bei den Baptisten anzutreffen, und man wollte durch eigene Veränderungen einem Eingreifen des Staates zuvorkommen.

Die Bemühungen der Baptisten gingen in zwei Richtungen. Auf der einen Seite bemühte man sich um eine Vereinigung der meisten Freikirchen, die die freikirchliche Selbständigkeit neben der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) bewahren und als »dritte Säule« neben den Kirchen stehen konnte. Auf der anderen Seite wollte man unabhängig

---

24 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 257, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 81.

25 »Vertrauliche Mitteilung« von Ernst und Wilhelm Brockhaus, Oktober 1933, zit. nach: Menk, *Brüderbewegung*, S. 39.

26 Ebd.

27 Anhang, S. 113.

28 Zehrer, *Freikirchen*, S. 19.

von anderen Freikirchen den Bund der Baptisten zentralisieren. Diese Idee fand bei pro-nazistischen Baptisten Anklang, da sie dem Führerprinzip entsprach. Aber auch andere rechtfertigten die Zentralisierung, da man schon länger das lose Verhältnis zwischen Ortsgemeinden und Bundesverwaltung vertiefen wollte. Schmidt beispielsweise befürwortete eine Änderung der Organisationsform. Er wollte zwar keinesfalls die Freiheit der Gemeinden vom Staat aufgeben, aber den Baptistenbund dennoch den zeitgeschichtlichen Gegebenheiten anpassen. Schmidt trennte das Innere der Kirche, also die Kirche des Glaubens, von der äußeren Form. Diese äußere Kirche, die dem geformten Willen der Gemeinde entspreche, könne sich an die zeitgeschichtlichen Umstände anpassen. In dieser Zeit bedeutete das eine Rückkehr zur Bundesleitung anstelle der demokratischen Bundesverwaltung.

Aber nicht nur innerhalb des Bundes strebte Schmidt eine Veränderung an. Er wollte auch auf der Ebene der VEF die Bildung einer gesamtdeutschen Freikirche herbeiführen. Im Frühjahr 1933 suchte er das Gespräch mit der Reichsregierung, um die freikirchliche Position im Staat klären.

Wegen eines Vetos aus den Reihen der Methodisten konnten die Verhandlungen mit der Regierung nicht von den Vorsitzenden der VEF, Paul Schmidt und Otto Melle, als Repräsentanten geführt werden. Der Bischof der Methodisten, John Louis Nuelsen, blockierte diese Verhandlungsebene, da die VEF seit ihrem Bestehen ein lockerer und mit nur wenigen Kompetenzen ausgestatteter Verband gewesen sei. Anstelle eines gemeinsamen Verhandlungsführers aus den Reihen der VEF riet er den VEF-Gemeinden, separate Verhandlungen mit der Reichsregierung zu führen und die jeweiligen Absprachen zu treffen. So trafen sich die Baptisten Otto Nehring und Friedrich Rockschie am 2. Mai 1933 mit dem Wehrkreispfarrer Ludwig Müller. Das Gespräch mit dem späteren Reichsbischof führte jedoch nicht zu den erhofften handfesten Aussagen. Er riet ihnen ganz unverbindlich, die äußere Form der Gemeinden an die neuen Verhältnisse anzupassen. Trotz dieser vagen und eigentlich bedrückenden Ergebnisse waren Nehring und Rockschie von ihrem Gesprächspartner begeistert und brachten ihm ihr Vertrauen entgegen. Im Laufe des Jahres kam es noch zu verschiedenen Gesprächen mit kirchlichen und staatlichen Stellen. Die Kompetenzfrage war zu diesem frühen Zeitpunkt noch nicht geklärt. Doch hielt das einmal gefasste Vertrauen zu Ludwig Müller an. Ende des Jahres hieß es im *Wahrheitszeugen* über den neuen »Bevollmächtigten in Kirchenfragen«: »Dieser fromme Mann mit dem warmen und weiten Herzen, der auch für die Freikirchen und alle Bestrebungen des Reiches Gottes Verständnis und Liebe hat, ist wahrlich auch ein rechter Reichsbischof, für den wir beten wollen«.<sup>29</sup>

Schmidt und Rockschie forcierten weiter eine Verfassungsänderung des Baptistenbundes. Dabei geriet das eigentliche Argument, die Anpassung an die Verhältnisse im nationalsozialistischen Staat, in den Hintergrund. Vielmehr wurden bundespolitische und theologische Begründungen herangezogen. Für den 23. und 24. Mai 1933 wurde ein Verfassungsausschuss zusammengerufen, der bis zur Tagung des Bundes im August einen Entwurf vorlegen sollte.

---

29 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 431 (OA).

### 3.2.2. »Das Gebot der Stunde« – gedankliche Vorbereitung der Neuerungen

Die Diskussion innerhalb des Baptistenbundes über eine Verfassungsänderung wurde auch durch einen programmatischen Aufsatz und einen weiteren Artikel des Hamburger Predigerkreises bestärkt.

Der Aufsatz zur Frage des Führerprinzips in den Baptistengemeinden wurde von Dr. Hans Luckey verfasst. Der 33-jährige Lehrer am Predigerseminar der deutschen Baptisten überschrieb ihn mit dem Titel »Das Gebot der Stunde«. Er richtete das Schreiben am 28. April 1933 an die Bundesverwaltung. Luckey sah großen Handlungsbedarf von Seiten der Freikirchen und besonders der Baptisten. Er forderte, dass man sich ein Urteil über den Staat, die Kirche, die Freikirchen und das baptistische Werk bilden und Maßnahmen zur Festigung der baptistischen Position ergreifen solle. Zunächst sprach er sich gegen jegliches politische Engagement in Parteien aus und spielte besonders auf den CSVD an. Um dem neuen Staat, der ja in dieser Zeit die Parteien schon praktisch aufgelöst hatte, den notwendigen Handlungsfreiraum zu gewähren, solle ihm die Möglichkeit gegeben werden, »alle Nester des Widerstandes auszuheben. Jede noch existierende Partei ist von hieraus gesehen nichts anderes, als ein überflüssiges Übel.«<sup>30</sup> Luckey rechtfertigte diesen Rückzug auch geistlich, indem er darauf hinwies, dass dieser ratsam sei, »damit wir als Freikirchen endgültig darauf verzichten, auf dem Wege über eine Partei unsere Interessen zu vertreten.«<sup>31</sup>

Nach Luckeys Einschätzung hatte man aber vom Staat weniger zu befürchten als von den beiden Kirchen. Das folgende Zitat verdeutlicht, in welche Richtung die Lösung des jungen Predigers tendierte:

»Wollen die Freikirchen als Gebilde des öffentlichen Lebens existieren, dann haben sie allen Grund, sich in einer festen Einheit zusammenzuschließen und die neuen Männer zu achten, damit sie nicht bei einem Konkordat zwischen Staat und Kirchen geraten, um von beiden zermalmt zu werden.«<sup>32</sup>

Neben der hier anklingenden Vorstellung von einer einheitlichen deutschen Freikirche, »die den einzelnen Gruppen ihre Eigenart belässt, die aber dem Staat bestimmte Gewähr für einheitliche Führung im nationalen Geist bietet«,<sup>33</sup> stellte sich Luckey auch innerhalb des Baptistenbundes einige Veränderungen vor. Er behauptete, dass die bisherige Verfassung auch schon »ein Kind ihrer Zeit« gewesen sei, und stellte die Leser nun vor die Entscheidung, »ob wir uns zurückbilden wollen zum Independentismus der Vorkriegszeit oder ob wir vorwärtsschreiten und das Führerprinzip der neuen Generation aufgreifen«.<sup>34</sup>

Die Forderungen nach einer einheitlichen deutschen Freikirche und einer Zentralisation im Inneren erweiterte Luckey noch um einige Punkte. Die Veränderungen innerhalb des Bundes sollten eine Absage des Weltkongresses der Baptist World Alliance (BWA) im

---

30 Hans Luckey, »Das Gebot der Stunde«, 28. April 1933, zit. nach: Kösling, *Baptisten*, S. 59.

31 Ebd.

32 Hans Luckey, »Das Gebot der Stunde«, 28. April 1933, zit. nach: Günter Balders, »Eine ›Theologie des Führerprinzips? Deutsche Baptisten auf der Suche nach einem Weg im Dritten Reich«, in: *Theologisches Gespräch* 1–2/1979, S. 30.

33 Ebd.

34 Ebd.

Jahr 1933 in Deutschland mit sich bringen. Diese Absage wäre eine Demonstration der Loyalität der Baptisten gegenüber dem Staat und könnte das Vorurteil, eine »angelsächsische Sekte« zu sein, entkräften. Stattdessen sollte die Bundesversammlung schon innerhalb des Jahres 1933 einberufen werden, um die Neuerungen bald umzusetzen und die Vorbereitung einer neuen Verfassung unter Hinzuziehung der jungen Generation<sup>35</sup> zu beschleunigen. Dieser letzte Punkt lag ihm und auch einigen anderen der jüngeren Generation sehr am Herzen, da sie sich aus der bisherigen Leitung des Bundes herausgedrängt fühlten.

Eineinhalb Monate später erschien das »Hamburger Wort«, das am 18. Mai 1933 vom Hamburger Predigerkreis verabschiedet wurde. Zu diesem Kreis gehörten Fehr, Harnisch, Luckey, Pohl, Pryzigodda, Riemenschneider und Rockel, die ebenfalls zur jüngeren Generation zählten. Sie plädierten noch einmal für die Zentralisation der Baptistengemeinden und eine einheitliche Führung. Theologisch legitimierten sie ihre Forderungen mit der Theologie der Schöpfungsordnungen. Indem sie das Ordnungsprinzip auf die Gemeinde übertrugen und somit »bestimmte Ordnungen für die Gemeinschaft«<sup>36</sup> behaupteten, rechtfertigten sie eine Hierarchie, die das Führerprinzip im Baptistenbund als Schöpfungsordnung erscheinen ließ. Es gebe drei Ordnungen: zum einen die persönliche Verantwortung vor Gott, zum anderen die Gemeinschaft des Leibes Christi und über beiden das Hirtenamt. Entsprechend könne man die Einzelgemeinde dem Bund unterstellen und darüber den Bundesführer als den Hirten. Würde diese Schöpfungsordnung praktisch umgesetzt, könne kein »Parlamentarismus« [...] immer wieder die zarte Autorität der Hirten lähmen oder verändern«.<sup>37</sup>

In der Beurteilung dieses Ansatzes gibt Günter Balders zu bedenken, dass das Hirtenamt als dritte Schöpfungsordnung auf ein »katholisches Amtsverständnis« hinauslaufe.<sup>38</sup> Dies sei allerdings nicht mit dem in den Freikirchen hochgehaltenen Prinzip des »Priestertums aller Gläubigen« vereinbar.

Anders argumentierte Paul Schmidt im August 1933 im Hinblick auf Karl Barths Broschüre *Theologische Existenz heute*. Bezüglich der evangelischen Kirche stimmte er mit Barth überein, dass das Führerprinzip dem »katholischen Episkopalismus«<sup>39</sup> entspreche. Er wies allerdings darauf hin,

»daß das Kirchenvolk auch zugleich Staatsvolk ist, daß also eine so gewaltige umwälzende Bewegung, die das Staatsvolk in seinen Tiefen erfaßt hat und ihm neues Denken und neue Lebensformen bringt, auch selbstverständlich damit das Kirchenvolk erfaßt hat.«<sup>40</sup>

Daher sei zumindest für die Freikirchen das Führerprinzip vorstellbar, da eine Führerpersönlichkeit nicht nur aus der zeitgeschichtlichen Situation erwachse, wie Hitler, sondern auch als Begabung in Einzelnen angelegt sei. Eben diese Persönlichkeiten brauche die Gemeinde. Und da die Formen der Politik und somit auch die der Gemeinden wandel-

---

35 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 86.

36 Vgl. »Hamburger Wort«, zit. in: Balders, »Eine ›Theologie des Führerprinzips?«, S. 32.

37 Ebd., S. 33.

38 Vgl. ebd., S. 38.

39 Vgl. *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 278 (OA).

40 Ebd.

bar seien, »mag nach der Meinung der Brüder, wie die Stunde es fordert, im Glauben und im Heiligen Geiste entschieden werden.«<sup>41</sup>

Auffällig am »Hamburger Wort« ist auch der Spagat in der Haltung zum Staat. Klingt im Vorwort an, dass man aus nationaler Begeisterung eine Umgestaltung des Bundeswerkes in Betracht ziehe<sup>42</sup> und sich somit den politischen »Erwartungen« unterordne, heißt es doch am Ende wiederum:

»Soll die Gemeinde dieser großen Aufgabe [gemeint ist die Mission] gegenüber dem Volk gerecht werden, dann muss sie unter allen Umständen ihre ewigen Quellen rein erhalten und darf sich nicht mit dem ihr fremden Mittel der Politik in die Öffentlichkeit begeben.«<sup>43</sup>

Auf der einen Seite wollte man dem Staat entsprechen und sich somit in politische Forderungen und Formen miteinschließen lassen, auf der anderen Seite lehnte man jegliches politische Engagement außerhalb der Belange des Baptistenbundes ab. Dem Ideal der Baptisten hätte eine Trennung von Staat und Kirche entsprochen. Mit der oben skizzierten Konzeption war eine solche jedoch nicht erreichbar. Zwar lehnten die Verfasser politisches Engagement ab, bauten ihre Vorstellungen von einer neuen Verfassung aber auf politische Kategorien auf.

Bedenklich erscheint dieser Ansatz der Schöpfungsordnungen auch im Hinblick auf das Verständnis der natürlichen Ordnungen, in denen Christen und Nichtchristen gemäß dieser Anschauung leben. Diese Ordnungen seien z. B. Ehe, Volkstum, Stände und Staat.<sup>44</sup> Hier klingt die Nähe der neulutherischen Ordnungstheologie zu völkisch-nationalen Vorstellungen an. Die jungen Prediger gebrauchten »Volkstum« als religiöse Kategorie und hatten keine Bedenken, nationale Begeisterung als Beweggrund für eine Umgestaltung der Gemeinden und des Bundes zu verwenden.<sup>45</sup> Luckey und seine Mitstreiter hatten in ihrem »Hamburger Wort« nicht nur die theologische Vorarbeit leisten wollen, sie entwarfen in einem letzten Abschnitt auch die »Grundzüge einer neuen Bundes-Verfassung«.<sup>46</sup>

### 3.2.3. Die Einführung des Führerprinzips

Bis zum August 1933 arbeitete die Verfassungskommission, zu der auch Paul Schmidt und Johannes (Hans) Fehr (Mitverfasser des »Hamburger Wortes«) gehörten, an einem Vorschlag für die neue Bundesverfassung. Die Mitglieder dieser Kommission hatten fast alle verschiedene Gründe, weshalb sie eine Änderung der Verfassung für notwendig hielten. Strübind umreißt das Spektrum der Positionen folgendermaßen: »der systematisch-theologische Ansatz von H. Fehr, die eher freikirchlich-ökumenische Orientierung Schmidts, die

---

41 Ebd.

42 Vgl. »Hamburger Wort«, zit. nach: Balders, »Eine ›Theologie des Führerprinzips?«, S. 31. In der Präambel heißt es: »Wir begrüßen von Herzen, daß durch die nationale Revolution wieder die geistigen Werte zur Herrschaft kommen sollen. [...] Es kommt also heute alles darauf an, daß wir [...] dann im lauterem Bekenntnis unser Bundeswerk gestalten« (ebd.).

43 »Hamburger Wort«, zit. nach: Balders, »Eine ›Theologie des Führerprinzips?«, S. 33.

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 88.

46 Vgl. »Hamburger Wort«, zit. in: Balders, »Eine ›Theologie des Führerprinzips?«, S. 33f.

bundespolitische Ausrichtung Nehrings und das Interesse an der missionarischen Zentralisierung Simoleits«. <sup>47</sup> Hinsichtlich ihrer Begründungen konnte sich das Gremium vermutlich nicht einigen, aber sie fanden einen Konsens in der Forderung, das Führerprinzip im Bund der Baptistengemeinden einzuführen.

Am 26. August 1933 wurde ein vorbereitender Bundestag abgehalten, auf dem in kleinerem Kreis über die Organisations- und Verfassungsfragen beraten wurde. Mit geringfügigen Änderungen versehen wurde der Vorschlag der Verfassungskommission der Bundesverwaltung überstellt. Er sah vor, langfristig Änderungen in der Organisation und der Verfassung des Bundes vorzunehmen, um »als selbständige Körperschaft fortbestehen zu können«. <sup>48</sup> Es folgten mehrere Vorschläge, was nun zu ändern sei. Das demokratische und parlamentarische Prinzip sollte abgeschafft werden, da es nur zu Zersplitterung führe. Ein wichtiges Anliegen war die Zentralisierung der Missionsbemühungen, um eine Vergeudung der Kräfte und Mittel zu vermeiden. Des Weiteren sollten die Gemeinden sich enger zusammenschließen und dem Bund unterordnen. Die Unabhängigkeit der Ortsgemeinden führe zu einer Zersplitterung, die weder dem Bund noch den Gemeinden zuträglich sei. <sup>49</sup> Man solle auch über neue Bestimmungsrechte für die Bundesleitung nachdenken:

»Wenn wir auch das *Führerprinzip*, wie es für den Staat und der [sic] Reichskirche passend und notwendig sein mag, nicht restlos auf die Gemeinde Christi anwenden können, so müssen wir uns doch mit Ernst und Entschlossenheit dem Führungsprinzip – von drei verantwortlichen Brüdern ausgeübt – zuwenden.« <sup>50</sup>

Hier wurde bereits den Schwächen des »Hamburger Wortes« Rechnung getragen, indem die politische Seite der Umstrukturierung entschärft wurde. Nicht nur ein Bundesführer, sondern eine Bundesführung, die sich aus drei Personen zusammensetzte, sollte in die Leitung berufen werden. Die Kommission forderte die Teilnehmer der Konferenz auf, ohne langwierige Debatten, »sondern auf dem Wege der wohlüberlegten, treu durchbeteten brüderlichen *Bestimmung und Wegweisung der Führerschaft* [...] willig Folge zu leisten«. <sup>51</sup> Zum Schluss klang eine versteckte Drohung an. Jede Gemeinde sollte sich überlegen, »ob sie noch und fortan dem Bunde der deutschen Baptisten anzugehören, sich seiner verordneten Führung zu unterstellen und die für alle dann bestehenden Pflichten zu übernehmen bereit sei«. <sup>52</sup>

Im Rahmen der 28. Versammlung des Bundes der Baptistengemeinden (26.–29. August 1933) wurde in einer nichtöffentlichen Sitzung über die Vorschläge der Kommission beraten. Die Teilnehmer der Konferenz hatten sich aufgrund verschiedener Artikel in den Zeitschriften des Bundes <sup>53</sup> bereits auf eine Veränderung eingestellt. In seinem Artikel

---

47 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 100.

48 Vorlage der Bundesverwaltung zu »Organisationsfragen«, zit. nach: Günter Balders, »Heilige Gefolgschaft. Über das »Führerprinzip« im Bund der Baptistengemeinden am Anfang des Dritten Reiches«, in: *Theologisches Gespräch* 3–4/1979, S. 5.

49 Ebd., S. 6.

50 Ebd.

51 Ebd.

52 Ebd.

53 Vgl. Friedrich Rockschieß, »Gleichschaltung« auch im Bunde?«, in: *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 164f. (OA); ders., »Die »Gleichschaltung« und wir«, in: *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 174 (OA).

»Gleichschaltung« auch im Bunde?» bemühte sich Rockschieß, den ängstlichen und kritischen Beobachtern die Angst vor einer solchen zu nehmen. Dabei griff er auch auf Onckens Ansichten zurück. Dieser »wollte eine Gleichschaltung im ganzen Bunde durch seine Gründerpersönlichkeit und die »ordnenden Brüder des Bundes« durchführen und erhalten«. <sup>54</sup> Rockschieß verwies auch darauf, dass die Idee einer Verfassungsänderung nicht neu sei und schon in früheren Bundeskonferenzen erörtert worden sei. Nach der Darstellung seiner Leitsätze für eine Erneuerung des Bundes bat er die Leser, über diese Gedanken »betend einsam und gemeinsam« <sup>55</sup> nachzudenken.

Kösling stellt heraus, dass die geistlichen und ideologischen Gründe für die Verfassungsänderungen bei den Vertretern der Gemeinden ebenso vielfältig waren wie in der Verfassungskommission selbst. »Kurz, die Vielschichtigkeit der Argumente hatte den Boden für eine Änderung vorbereitet, aber nicht eigentlich für die Änderung, die letztlich kommen sollte«. <sup>56</sup>

Zu einer Verfassungsänderung konnte man sich nicht entschließen. Carl Brauns legte den Abgeordneten nahe, »drei Brüdern das Vertrauen zu geben, die die Bundesarbeit führen sollen«. <sup>57</sup> Somit sei ein erster Schritt in Richtung einer Veränderung der Ordnung getan. Vehementere Gegenstimmen kamen aber auch zu Wort. So entgegnete der Landgerichtsdirektor August Rausch,

»daß uns einem Zwang gegenüber nur zwei Möglichkeiten bleiben, entweder wir ändern unser Wesen und werden unserer Mission untreu – für diesen Fall würde ich gleich eine Rückkehr in die Landeskirche für das Vernünftigste halten –, oder wir wählen das Mittel, womit sich unsere Glaubensgenossen seit Constantin durch die Jahrhunderte hindurch allen Gleichschaltungsbestrebungen der römischen und der protestantischen Kirche gegenüber durchgesetzt haben: das Martyrium«. <sup>58</sup>

Dennoch stimmte Rausch letztlich einer Verkleinerung der Bundesverwaltung und einer Zentralisierung der Bundesführung zu. <sup>59</sup>

Es wird angenommen, dass es wegen starker Meinungsverschiedenheiten an diesem Tag zu keiner Einigung bezüglich der Ordnungs- und Verfassungsfragen mehr kam. Die Unruhe über die gravierenden Änderungsvorschläge war zu groß. Am nächsten Tag wurde jedoch sehr bald ein einmütiger Beschluss gefasst. Eine spontan gebildete Interimskommission schlug das weitere Verfahren vor. Drei Brüder und ihre Ersatzmänner sollten für die Bundesverwaltung bestimmt, dazu ein Geschäftsführer des Bundes ernannt und zwölf Sachwalter ins Amt gesetzt werden. Im Konferenzbericht heißt es,

»daß die Wahl der drei Brüder (Absatz 1) sowie der zwölf Sachwalter (Absatz 4) nicht von der Konferenz, sondern von der dazu bestimmten Kommission getätigt werden soll. Ohne Diskussion und Widerspruch werden diese Vorschläge von der Konferenz durch Erheben von den Plätzen angenommen.« <sup>60</sup>

---

54 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 164 (OA).

55 Ebd.

56 Kösling, *Baptisten*, S. 89.

57 Zit. nach: Balders, »Heilige Gefolgschaft«, S. 6.

58 Zit. nach: Balders, »Heilige Gefolgschaft«, S. 6.

59 Vgl. ebd., S. 7.

60 Bericht der Bundeskonferenz 1933, zit. nach: Balders, »Heilige Gefolgschaft«, S. 7.

Diese Einigkeit erscheint in Anbetracht der grundsätzlichen Diskussionen des Vortags verwunderlich. Durch das »Erheben« stimmten die Abgeordneten zu, die Auswahl der Personen für die neu zu besetzenden Ämter der Kommission zu überlassen und keinen weiteren Einspruch mehr zu erheben. Die neu bestätigten Bundesältesten wurden Friedrich Wilhelm Simoleit, Friedrich Rockschieß und Hans Fehr.

Die Bundesältesten wurden mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet und versuchten, ihre Zentralisierungsmaßnahmen autoritär durchzusetzen. Dies traf in den folgenden Wochen und Monaten aber immer stärker auf den Widerstand der Gemeinden. Und nicht nur in den Gemeinden wurden Zweifel an der Neuordnung des Bundes, der Gemeinden und der Vereine laut, auch die Bundesführung erkannte schon Anfang 1934, dass dies nicht der richtige Weg gewesen war. Der Leiter des Bundeshauses Otto Nehring nahm an den Sitzungen der drei Bundesältesten teil und beschrieb die Fehlentwicklung mit folgenden Worten:

»Vor der Geschichte wird es eine beschämende Tatsache bleiben, dass wir nach 100-jährigem Bestehen auf dieser Grundlage in der Stunde der Prüfung uns vom Wind der Zeit, wenigstens für einen Augenblick, abdrängen liessen [...] Es darf aber jetzt wohl als feststehend angesehen werden, dass die große Mehrzahl der Gemeinden [...] den Kirchenführer als unvereinbar mit unserer Gemeindeordnung ablehnt.«<sup>61</sup>

In Schmidts Jahresrückblick klingt ebenfalls an, dass die Umwälzungen im Bund nicht reibungslos verlaufen waren. Auch wenn er »eine Abkehr von dem zu stark Aufgegliederten in den letzten sechzig Jahren unserer Geschichte«<sup>62</sup> begrüßte, musste »hier noch mit ganz großer Sorgfalt die Linie der Schrift herausgestellt werden [...] Das gilt besonders von der Stellung der Einzelgemeinde zu den anderen Gemeinden und von dem neuen staatlichen Führerprinzip«.<sup>63</sup>

Da die Bundeskonferenz nur alle drei Jahre tagte, konnte der »Fehler« erst 1936 wieder behoben werden. Das gescheiterte Führerprinzip wurde abgeschafft, indem man den Ältestenkreis weitgehend neu besetzte und auf sechs Personen erweiterte.

### 3.2.4. Die Bemühungen um eine »deutsche Freikirche«

Parallel zu den Verhandlungen innerhalb des Baptistenbundes bemühten sich vor allem Paul Schmidt und der Methodist Otto Melle um eine Einigung der VEF-Freikirchen. Schmidt lag es besonders am Herzen, die Distanz zwischen Freikirchen und Staat aufrechtzuerhalten. Daher bemühte er sich um eine Stärkung der freikirchlichen Position innerhalb des neuen, totalitären Staates. Dabei verfolgte er die Ereignisse in den Landeskirchen mit besonderem Interesse.

Am 19. April 1933 tagte die VEF und fasste den Entschluss, das Gespräch mit der Reichsregierung zu suchen, um die Situation der Freikirchen zu klären. Daneben sollten die Freikirchen so genannte »Aktionsausschüsse« bilden, in denen über die Klärung der Fragen und die weitere Vorgehensweise verhandelt werden sollte. Aufgrund der geringen

---

61 Otto Nehring, »Bemerkungen zur Verfassungsänderung«, 1. März 1934, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 107.

62 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 431 (OA).

63 Ebd.

Kompetenzen der VEF wurden die ersten Verhandlungen mit dem Staat von jeder Freikirche selbst geführt (s. o. 3.2.1.).

Schmidt und Melle bemühten sich trotzdem weiter um Verhandlungen mit staatlichen und kirchlichen Stellen. Ende Juli führten sie ein Gespräch mit Karl Fezer, einem Mitarbeiter des Reichsbischofs Müller. Fezer gehörte zur einstweiligen Kirchenleitung der Deutschen Christen (DC) und wurde von den Freikirchen als offizieller Vertreter und Verhandlungspartner von Seiten der Kirche angesehen. Er begrüßte den Vorschlag der beiden Vorsitzenden des VEF. Eine selbständige Freikirche innerhalb der deutschen Volkskirche entsprach seinen Vorstellungen, da man in der »Landeskirche« tatsächlich schon an eine Eingliederung der Freikirchen in die neue DEK gedacht hat<sup>64</sup>.

Infolge dieses Gesprächs machten sich Schmidt und Melle daran, einen Vorschlag auszuarbeiten, um im Herbst weiter mit den Deutschen Christen über den Zusammenschluss zu verhandeln, obwohl sie von den Mitgliedskirchen des VEF gar nicht zu so weitreichenden Verhandlungen berechtigt worden waren. Im September 1933 trafen sie sich noch einmal mit einem anderen Vertreter der Deutschen Christen, dem Reichsreferenten für das Gemeinschaftswesen Karl Jakubski. Er bestätigte ihnen, dass eine deutsche Reichskirche inklusive der Freikirchen angestrebt würde.<sup>65</sup>

Für den 4. Oktober 1933 riefen die Vorsitzenden der VEF die Vertreter der Mitgliedskirchen zusammen, um die Verhandlungen mit den verschiedenen Stellen besser zu koordinieren und »um über das Verhältnis der Freikirchen zum neuen Reich und zur DEK zu beraten«.<sup>66</sup> Bei dieser Tagung kamen Zweifel auf, ob die bisherigen Verhandlungspartner als Vertreter der Deutschen Christen die richtigen Vertreter der Reichsregierung seien. Daher erkundigte man sich und trat nun ins Gespräch mit dem Referenten für Kirchenfragen im Innenministerium, Dr. Walter Conrad. Dieser erklärte, dass keine Eingliederung und keine Gleichschaltung der Freikirchen angestrebt würden.<sup>67</sup>

Die Vereinigungsbestrebungen der VEF wurden dennoch fortgeführt und erst fallen gelassen, als im Oktober ein weiterer kirchlicher Gesprächspartner auftrat. Für zwei Monate wurde Dr. Simon Schöffel als Kirchenminister ins Amt berufen, und er war auch für das Freikirchenreferat zuständig. Er erklärte am 26. Oktober 1933 alle bisherigen Verhandlungen für private und unverbindliche Gespräche und bestätigte noch einmal, dass man ein freundschaftliches Nebeneinander der Kirchen anstrebe und keine Eingliederung der Freikirchen. Lediglich im missionarischen Bereich wolle man zusammenarbeiten.<sup>68</sup> Das Ergebnis dieser Gespräche wurde ihnen auch schriftlich bestätigt:

»Auf mehrfachen Wunsch, der mir aus den Kreisen der evangelischen Freikirchen Deutschlands entgegengebracht worden ist, darf ich Ihnen nach Rücksprache mit dem Herrn Reichsbischof ausdrücklich bestätigen, daß in der Deutschen Evangelischen Kirchenregierung keinerlei Absichten bestehen, zwangsweise die Freikirchen in die Deutsche Evangelische Kirche einzugliedern.«<sup>69</sup>

---

64 Zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 95.

65 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 108.

66 Zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 23.

67 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 109.

68 Besprechung Schöffel – Schmidt/Melle, 26. Oktober 1933, zit. in: Armin Boyens, *Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939. Darstellung und Dokumentation*, München 1969, S. 353f.; vgl. auch: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 111.

69 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 405, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 111, Fußn. 195.

Als »Gegenleistung« hatten die Freikirchen, »sofern sie dem Staat und der Deutschen Evangelischen Kirche gegenüber wirklich frei bleiben, besondere Möglichkeiten für die politische und kirchliche Neugliederung in ausländischen Kreisen, vor allem in den angelsächsischen Ländern, aufklärend zu wirken«. <sup>70</sup>

Mit dem Rücktritt Schöffels Ende November ergab sich allerdings wieder eine neue Situation. Innerhalb der VEF-Kirchen gab es aber auch Widerstände gegen das eigenmächtige Vorgehen Schmidts und Melles. Wie andere Vertreter der Freikirchen wollte der Vorsitzende des methodistischen Aktionsausschusses, Bernhard Keip, die Verhandlungen der VEF-Vorsitzenden bremsen. »Deswegen überreichte er am 1. November 1933 der Reichskirchenregierung ein Schreiben, in dem der VEF die Befugnisse abgesprochen wurden, namens der ihr angeschlossenen Kirchen mit der DEK zu verhandeln.« <sup>71</sup> Die Reichskirchenregierung nahm dieses Veto zwar zur Kenntnis, aber sie verhandelte weiter mit der VEF.

Die Verhandlungsbemühungen Schmidts und Melles im Rahmen der VEF machen deutlich, dass im Staat kein wirkliches Interesse an der Klärung der freikirchlichen Position bestand. Wechselnde Verhandlungspartner und einander widersprechende Aussagen machten es für die schwache Verhandlungsposition der VEF unmöglich, sich gegenüber der Reichskirche und den freikirchlichen Vorständen zu behaupten. Ihr Ziel, die Zusammenfassung der Freikirchen in einer »dritten Säule« neben der evangelischen und der katholischen Kirche, verlor sich schließlich angesichts der nicht zu klärenden Fragen.

### 3.3. Gemeinde im Hitler-Staat

In den Jahren 1933 und 1934 waren die Freikirchen in ihrer Freiheit und Eigenständigkeit kaum durch den Staat beeinträchtigt. Vor allem ihre missionarischen Aktivitäten liefen uneingeschränkt weiter. Durch die Zentralisierung des Baptistenbundes konnten die missionarischen Einsätze besser koordiniert werden. Man gewöhnte sich zunehmend an die neue Regierung. Die innenpolitischen Neuerungen wurden euphorisch begrüßt, und als Deutschland am 15. Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat, stimmte man auch diesem Schritt zu. Man arrangierte sich in der ersten Euphorie selbst mit erschreckenden Ereignissen wie z. B. dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« im April 1933. Aufgrund des »Arierparagraphen«, den dieses Gesetz enthielt, wurden die jüdischstämmigen Beamten zwangsweise in den Ruhestand versetzt und durften fortan keine deutsche Staatsautorität mehr vertreten. Die wenigen Gegenstimmen hierzu wurden kaum gehört. Sicher waren die um sich greifenden nationalsozialistischen Gepflogenheiten wie der »Hitler-Gruß«, das Hissen der Hakenkreuzfahne an Feiertagen, das Hitler-Bild in allen öffentlichen Räumen, die Verpflichtung der Kinder zur HJ usw. für viele Christen eine Zumutung, aber nur wenige wollten und konnten diesem Druck standhalten und sich auch äußerlich vom Nationalsozialismus abgrenzen.

An zwei konkreten Beispielen wird diese Entwicklung besonders deutlich: an den Reaktionen der Brüdergemeinden auf die Gleichschaltungswelle des Jahres 1933 und an der Auflösung des baptistischen Jugendbundes.

---

70 Besprechung Schöffel – Schmidt/Melle, 26. Oktober 1933, zit. nach: Boyens, *Kirchenkampf*, S. 354.

71 Zehrer, *Freikirchen*, S. 23.

### 3.3.1. Die Brüdergemeinden im Sog der Gleichschaltung

Die Sorge vor der Gleichschaltung betraf auch die Brüdergemeinden. Die Gerüchte über den Anschluss der Freikirchen an die Reichskirche oder einen Zusammenschluss aller Freikirchen hielten sich hartnäckig, und man verfolgte die Verhandlungen der Baptisten und der Methodisten mit den Deutschen Christen seit Mai 1933 aufmerksam. Hinzu kamen sowohl bei den Offenen Brüdern als auch bei den Christlichen Versammlungen behördliche Eingriffe in das Gemeindeleben. Nachdem es bei den Offenen Brüdern sogar zu örtlichen Versammlungsverboten gekommen war, beriet man am 14. Mai 1933 in Altena darüber, was man vom Staat zu erwarten habe und wie man sich selber zum Staat stellen solle.<sup>72</sup> Man erkannte schon zu diesem Zeitpunkt, dass man gegenüber dem Staat nicht mehr lange so gesichtslos, ohne Namen und ohne Führung bleiben konnte. Entsprechend lautete ein Rundbrief von Christian Schatz an die Gemeinden:

»Da die Regierung aber eine Einordnung aller ihrer Bürger und aller gesellschaftlichen und christlichen Einrichtungen in den Staat fordert, werden nicht nur die Freikirchen, sondern auch die christlichen Versammlungen durch von diesen bestimmte Vertreter mit der Regierung zu verhandeln haben. Ohne Zweifel werden einzelne Männer aus den christlichen Kreisen der Regierung gegenüber die Verantwortung zu übernehmen haben.«<sup>73</sup>

Dem Staat gegenüber stellte man die eigene Loyalität heraus, wobei man einige Brüder dazu ermahnen und die teilweise anklingende Kritik am Nationalsozialismus hinter beschwichtigenden Formulierungen verstecken musste. So riet man davon ab, »junge Brüder, die der SA oder SS angehören, zu beeinträchtigen. [...] Wir haben auch als Christen dem Staat gegenüber eine tätige Verantwortung«.<sup>74</sup> Am 20. November 1933 erreichten Christian Schatz und Johannes Warns beim Kirchen- und Reichsinnenministerium eine Zusicherung, dass die Offenen Brüder hinfort ungestört ihre Zusammenkünfte abhalten konnten.

Im folgenden Jahr traten die Offenen Brüder der VEF bei, um bei weiteren Verhandlungen mit dem Staat einen Rückhalt zu haben. Sie gingen einen Vertrag mit dem Staat ein, in dem sie sich einen Namen und eine Organisation mit bevollmächtigten Leitern gaben, alle ihr zugehörigen Gemeinden in einem Verzeichnis erfassten und dies dem Reichsinnenministerium übergaben. Man einigte sich auf die offizielle Bezeichnung »Kirchenfreie christliche Gemeinden« (KcG), doch sollte diese Bezeichnung nur nach außen hin gelten. Von Christian Schatz wurde eine *Kurze Darlegung über kirchenfreie christliche Gemeinden*<sup>75</sup> verfasst. Neben den geschichtlichen Eckdaten, den Ordnungen der Gemeinden und ihren Organen erläuterte Schatz auch die Haltung zum Staat. Der folgende Wortlaut ist nur bei Jordy zitiert, in den eingesehenen Dokumenten waren diese Formulierungen nicht zu finden. Allerdings klingt dort ebenfalls die Anerkennung der Regierung und die eigene Freiheit von politischen Aktivitäten an. Jordy zitiert:

---

72 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 75.

73 Christian Schatz, Rundbrief Nr. 2, 26. Mai 1933, zit. nach: Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 75.

74 Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 76.

75 DZ.

»Wir haben aber besonders hervorzuheben, daß wir die heutige Regierung Deutschlands als durch Gottes besonders gnädige Führung unserem Volk geschenkt ansehen und sie mit innerster Zustimmung, fester Überzeugung und ganzem Herzen bejahen.«<sup>76</sup>

Hier stellt sich die Frage, ob sich die Verantwortlichen aus Überzeugung dem herrschenden Sprachstil anpassten oder aus Angst vor weiteren Übergriffen einen so anbiedernden Ton anschlugen.

Die Elberfelder Brüder waren wesentlich zurückhaltender gegenüber dem Staat und reagierten im Jahr 1933 nur mit beschwichtigenden Worten, »daß der Reichsregierung, der wir allein unterstellt sind, irgendwelche Gleichschaltungsabsichten in dieser Hinsicht völlig fernliegen«.<sup>77</sup> Aber auch in ihren Versammlungen bekam man die Übergriffe örtlicher Behörden zu spüren, und so berief man Anfang 1934 eine Brüderzusammenkunft in Siegen ein. Bei dieser Sitzung wurde der Schriftleiter der *Tenne*, Major a. D. Fritz von Kietzell, beauftragt, eine Denkschrift über die Christliche Versammlung zu verfassen. Ähnlich wie Christian Schatz im Namen der Offenen Brüder verfasste von Kietzell im Lauf des Jahres 1934 die Schrift *Betrifft: »Christen ohne Sonderbekenntnis«*.<sup>78</sup> Anders als die Offenen Brüder stellte er jedoch die Organisationslosigkeit und die Absonderung als Grundprinzip heraus. Dadurch sollte auch deutlich werden, dass sie als »Christen ohne Sonderbekenntnis«

»in Wirklichkeit keinen Namen tragen. Selbst wenn wir uns einen solchen zulegen wollten, so würde dies praktisch garnicht ausführbar sein, weil wir keine Körperschaft sind und keine Organisation haben. [...] Lediglich zur äußeren Kenntlichmachung unserer Versammlungssäle findet sich mancherorts die Aufschrift ›Christliche Versammlung‹, womit nicht anderes zum Ausdruck gebracht wird, als daß sich hier eine Anzahl Christen zum Gottesdienst versammeln.«<sup>79</sup>

Auf der einen Seite muss man den Christlichen Versammlungen ihre Kompromisslosigkeit zugute halten, auf der anderen Seite gefährdete sie ihr öffentlich vertretener Standpunkt, was sich 1937 im Versammlungsverbot auch bestätigte. Ihr Festhalten an für den totalitären Staat unverständlichen und undurchsichtigen Prinzipien ließ sie in den Augen des Regimes als Keimzelle des Widerstands erscheinen, die sich seinem Einfluss entziehen wollte.

Ebenso verzichtete von Kietzell trotz seiner nationalen Haltung darauf, »irgendeine Verbindung zwischen den Grundsätzen der Versammlung und denen der ›Welt‹ zu ziehen«,<sup>80</sup> da dies mit ihren Grundsätzen unvereinbar gewesen wäre.

---

76 *Kurze Darlegung über kirchenfreie christliche Gemeinden*, zit. nach: Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 79.

77 Ebd., S. 80.

78 Vgl. ebd.

79 Fritz von Kietzell, *Betrifft: »Christen ohne Sonderbekenntnis«* (DZ).

80 Ebd.

### 3.3.2. Die Auflösung des baptistischen Jugendbundes

Der baptistische Jugendbund (BJB) erfuhr als eines der ersten Werke Einschränkungen von Seiten des Staates. Ende des Jahres 1933 schloss Reichsbischof Ludwig Müller einen Vertrag mit Baldur von Schirach, dem Hitlerjugend-Führer. In diesem Vertrag wurde besiegelt, dass das Evangelische Jugendwerk in die Hitlerjugend eingegliedert würde. Im Februar 1934 löste sich der BJB auf, um nicht ebenfalls in die HJ eingegliedert zu werden.

Anfang des Jahres 1933 war der Nationalsozialismus von den Jugendvereinen freudig begrüßt worden, und der BJB zeigte, wie auch der Baptistenbund, Loyalität gegenüber dem Staat. Im *Jungbrunnen*, einer baptistischen Jugendzeitschrift, hieß es im Mai 1933: »Es gilt zu erkennen, daß wir als junge Christen von Gott dahineingestellt sind und uns die geschichtliche Stunde als Aufgabe gestellt ist. Dann können wir zum Geschehen unserer Tage ein freudiges ›Ja‹ sprechen. Und das wollen wir.«<sup>81</sup>

Man fürchtete im Frühjahr 1933 aber auch staatliche Einschränkungen der konfessionellen Jugendarbeit. Die zunehmenden Ansprüche der HJ an die Jugendlichen und die Gleichschaltungsbestrebungen ließen bei den freikirchlichen Jugendbünden Sorge aufkommen. Der BJB bemühte sich um eine stärkere Bindung an die größeren Jugendbünde, da man vor allem die kleineren, freikirchlichen Bünde in Gefahr sah. Gerade die Stellungnahmen von Schirachs nährten solche Befürchtungen. Im Juni 1933 verkündete er, dass mit der »in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen ›Kampfansage‹ der Hitlerjugend gegen die ›Bünde‹ [...] keinesfalls die großen Verbände des evangelischen Jugendwerkes gemeint seien«.<sup>82</sup> So suchte man auf der einen Seite die Nähe zum Evangelischen Jugendwerk als Absicherung, auf der anderen Seite wollte man sich keinesfalls zu eng an die landeskirchlichen Vereine binden, da man nicht im Zuge der kirchlichen Gleichschaltung als Freikirche in die Reichskirche eingegliedert werden wollte. So standen sich auch die Zielsetzungen des BJB und des Evangelischen Jugendwerkes diametral entgegen. Das Jugendwerk wollte Kompromisse mit der HJ eingehen, um Schwierigkeiten für die Jugendlichen zu vermeiden. Man war bereit, eine Doppelmitgliedschaft in HJ und Jugendwerk anzuerkennen. Das wollten die Baptisten keinesfalls. Das freikirchliche Prinzip der Trennung von politischen und geistlichen Angelegenheiten wäre damit verletzt worden. Der BJB war daher bereit, eventuelle Nachteile für die Jungen und Mädchen in Kauf zu nehmen.

Da nun das Jugendwerk einen anderen Schwerpunkt legte als der BJB, war man dankbar, keine zu enge Verbindung mit dem Jugendwerk eingegangen zu sein. Schon im Herbst 1933 zeichnete sich die Distanzierung des BJB vom Jugendwerk ab. Hans Herter, der Initiator der »Jugendmissionswagen-Mission«, besann sich im September auf die eigentlichen Aufgaben des BJB:

»Es gilt die Zusammenfassung unserer Kräfte auf das Wesentliche [...] Der frühere Schreckensruf: ›Nur ja nicht einseitig werden!‹ wird uns vielleicht bald den einzigen Rettungsweg zeigen zu einer fruchtbaren Arbeit: eine heilige Einsichtigkeit, eine Konzentrierung und Beschränkung auf die großen [...] Grundelemente, die unser Leben tragen, auf Gebet, Gottes Wort und Gemeinschaft untereinander«.<sup>83</sup>

---

81 *Der Jungbrunnen* 11 (1933), S. 81, zit. nach: Kösling, *Baptisten*, S. 215.

82 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 220, zit. nach: Kösling, *Baptisten*, S. 218.

83 *Der Jungbrunnen* 11 (1933), S. 152, zit. nach: Kösling, *Baptisten*, S. 223.

In den folgenden Wochen geschah, was sich schon bei der Einführung des Führerprinzips in den Bund (s. o.) ereignet hatte: die Verdrängung des eigentlichen Problems. Das politische Problem wurde durch geistliche und intern-organisatorische Argumente verdrängt. Man erhob grundsätzliche Zweifel am Sinn bündischer Formen, da man sich schon in der Vergangenheit am Nebeneinander des BJB und des Baptistenbundes gestört hatte. Das Drängen von außen wurde intern auch durch andere Gründe gerechtfertigt. Im März 1934 bezeichnete Otto Nehring die Auflösung des Jugendbundes aufgrund der staatlichen Vereinnahmung als eine »Korrektur aus Gottes Hand«.<sup>84</sup>

Zuvor, im November 1933, hatte Paul Schmidt als Leiter des BJB im Auftrag aller freikirchlichen Jugendverbände noch einmal das Verhältnis zum Evangelischen Jugendwerk geklärt. Das Gespräch mit Erich Stange, dem Vorsitzenden des Jugendwerkes, führte zu einer Verlautbarung, die den freikirchlichen Jugendverbänden zusicherte, in Zukunft als »eine Einheit geführt« und bei allen Aktivitäten nur insoweit beteiligt zu werden, »als es dem Verhältnis der Freikirchen zur Deutschen Evangelischen Kirche entspricht«.<sup>85</sup> Insofern traf der Vertrag vom 19. Dezember 1933 zwischen Reichsbischof Ludwig Müller und Baldur von Schirach die freikirchlichen Jugendbünde nicht. Sie sahen sich dieser staatlichen Anordnung nicht unterstellt. Da sie der Verordnung aber auch nicht ausweichen konnten, wurde der Jugendbund am 10. Februar 1934 aufgelöst. Im *Wahrheitszeugen* des Monats Februar gab Schmidt die Auflösung offiziell bekannt:

»Die Neugestaltung des gesamten Staats- und Volkslebens im Dritten Reich überwindet die bisherige Form der Jugendarbeit. Wir erkennen die einheitliche staatspolitische Erziehung der deutschen Jugend durch den nationalsozialistischen Staat und die Hitlerjugend als Trägerin der Staatsidee an [...] Im Hinblick darauf lösen wir mit dem 10. Februar den Jugendbund der deutschen Baptistengemeinden mit all seinen Gliederungen auf. Wir stellen es unseren jugendlichen Mitgliedern anheim, sich in das Jungvolk, in die Hitlerjugend und den Bund deutscher Mädel einzugliedern.«<sup>86</sup>

Im Weiteren hob Schmidt die Verantwortung der Gemeinden für die Fortführung der Jugendarbeit auf geistlichen Gebiet hervor. Zwar durften nun keine sportlichen Aktivitäten mehr stattfinden, aber die missionarische Arbeit konnte ohne weitere Einschränkungen bis 1940 fortgesetzt werden.

Wie aus dem eben zitierten Abschnitt hervorgeht, war es der Verantwortung des Einzelnen überlassen, an der staatlichen Jugendarbeit teilzunehmen. Es ist anzunehmen, dass viele Jugendliche freiwillig oder aus Angst vor Repressalien in die staatlichen Organisationen eintraten. Dies erschwerte natürlich dauerhaft die Jugendarbeit, da die Zeit der jungen Menschen von diversen Veranstaltungen, gerade auch sonntags, in Anspruch genommen wurde.

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft sahen die Baptisten keinen Anlass, ihre Loyalität gegenüber dem Staat aufzugeben. Die Skepsis galt eher dem kirchlichen Lager, das den Freikirchen kritisch gegenüberstand. Im Rahmen des Baptistenbundes war man bereit, »den Staat anzuerkennen, sich ihm aber nicht »auszuliefern«.<sup>87</sup>

---

84 Brief von Otto Nehring an die Gemeindeleiter, 26. März 1934, zit. in: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 139.

85 *Der Jungbrunnen* 11 (1933), S. 200, zit. nach: Kösling, *Baptisten*, S. 228f.

86 *Der Wahrheitszeuge* 56 (1934), S. 59, zit. nach: Kösling, *Baptisten*, S. 233.

87 Kösling, *Baptisten*, S. 238.

Die Brüdergemeinden waren von diesem Verbot und der Eingliederung der Jugendlichen in die HJ nicht betroffen, da sie gar keine bündische Jugendarbeit pflegten. Zwar hatte man schon seit Mitte der zwanziger Jahre eine Sicht dafür bekommen, dass die Gemeinden eine Verantwortung für die Jugendlichen und Kinder hatten, doch blieb diese Arbeit auf das Engagement der örtlichen Gemeinden beschränkt. Ähnlich der »Wortbetrachtung«<sup>88</sup> bei den Erwachsenen wurden geschlechtsgetrennte Kreise angeboten, in denen die Beschäftigung mit der Bibel im Vordergrund stand. Nur die Jugendzeitschrift *Die Tenne* ging über diesen Rahmen hinaus. In ihr wurden nicht nur biblische Werte, sondern auch Informationen zu kulturellen, naturwissenschaftlichen und technischen Themen weitergegeben.<sup>89</sup> Erst als die Brüdergemeinden 1937 im Rahmen des BfC auch die Jugend- und Kinderarbeit verstärkt wahrnahmen, wurde die Jugendarbeit stärker strukturiert. Auf die Beschäftigung mit geistlichen Fragen und die musikalische Betätigung in Chören legte man viel Wert. Lediglich den Sport klammerte man aus, da dies vom Staat verboten war. Freizeiten und Schulungen für Mitarbeiter konnten dagegen angeboten werden.

Tatsächlich stand die Jugendarbeit der Christlichen Versammlung in Konkurrenz zur HJ und anderen Jugendvereinen. Die Faszination, die gerade von der bündischen Jugendarbeit ausging, bewegte viele, nicht nur aus Prestige Gründen oder wegen eines Ausbildungsplatzes der HJ oder dem BDM beizutreten. Ernst Schrupp wollte in seiner Jugendzeit ebenfalls einem Jugendbund beitreten.<sup>90</sup> Die HJ kam für ihn nicht in Frage, aber er wäre gern dem Stahlhelm-Verband beigetreten, was jedoch nicht mehr möglich war, da dieser zuvor aufgelöst worden war.<sup>91</sup>

---

88 Im Sprachgebrauch der Brüdergemeinden meint die Bezeichnung »Wortbetrachtung« ein Gespräch über einen biblischen Text.

89 Vgl. Marcus Gommert, *Jugendarbeit in der Brüderbewegung*, Diplomarbeit Berlin 1990, S. 45.

90 Dies geht aus einer handschriftlichen Darstellung Schrupps hervor.

91 Der »Stahlhelm« wurde auf Befehl Hitlers am 1./2. Juli 1933 der obersten SA-Führung unterstellt.

## 4. Das Jahr 1934 – dem Staat nach dem Mund geredet

Die oben angedeutete staatsbejahende Haltung der Gemeinden setzte sich im Jahr 1934 fort. Vor allem die Offenen Brüder- und die Baptistengemeinden legten viel Wert darauf, ihre Treue zum deutschen Volk, zu Hitler und zum Staat zu demonstrieren. So wurden zu allen wichtigen Anlässen Glückwunsch- oder Grußtelegramme an Hitler gesandt.

Es war ganz im Sinne des Staates, dass es 1933 nicht zu einem Anschluss der Freikirchen an die Reichskirche gekommen war. Langfristig sollten ohnehin sämtliche christlichen Vereinigungen ausgelöscht werden.<sup>1</sup> Je kleiner und zersplitterter diese waren, desto leichter würde deren Vernichtung für den Staat werden.

### 4.1. Die Freikirchen und die Evangelische Kirche

Nachdem 1933 die Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche vorläufig beendet worden waren, hielt die Bundesleitung der Baptisten ein distanzierendes Verhältnis zum Kirchenkampf für angemessen. Man hoffte, von den Konflikten zwischen den Deutschen Christen und der Bekennenden Kirche unbehelligt bleiben zu können. Daneben gab es aber auch einige Stimmen, die sich zur Bekennenden Kirche stellten und den Kirchenkampf, »wenn auch zunächst als Reserve in der zweiten Reihe«,<sup>2</sup> unterstützten.

Da nach dem Sportpalastskandal<sup>3</sup> im November 1933 die Deutschen Christen im nächsten Jahr wieder erstarkten, lag es auch Paul Schmidt am Herzen, dass die Freikirchen sich von dieser Bewegung distanzieren. So verdeutlichte er, dass die Freikirche mit der Volkskirche auch theologisch unvereinbar sei:

»Die Kirche ist die gesicherte, vom Bekenntnis und Tradition lebende, von allerlei menschlichen Machtmitteln abhängige christlich erzogene Volksmasse [...] Nie aber kann die Gemeinde (= Baptisten) in den Linien der Kirche gedeihen, sie muß darin verkümmern und schließlich ihren Charakter verlieren.«<sup>4</sup>

Ohne vom Baptistenbund bevollmächtigt worden zu sein, suchte Schmidt erneut zusammen mit dem Methodisten Otto Melle im Rahmen der VEF das Gespräch mit der Kirchenleitung. Während eines Gesprächs mit Nicolaus Christiansen in Berlin am 9. Mai 1934 ergab sich der Vorschlag, dass die VEF an der Erarbeitung eines DEK-Verfassungsausschusses beteiligt werden sollte.

»Dabei möchte ich [...] auch hier noch einmal erwähnen, daß der von uns in Aussicht genommene Zusammenschluß nicht etwa eine Eingliederung in die Reichskirche darstellt, sondern unter voller Wahrung der Selbständigkeit eine wahre Arbeitsgemein-

---

1 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 214.

2 *Der Wahrheitszeuge* 56 (1934), S. 72, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 124.

3 In einer Versammlung der Deutschen Christen am 13. November 1933 im Sportpalast in Berlin sorgte eine Rede des Berliner Gauobmanns Reinhold Krause für Aufsehen in der deutschen Öffentlichkeit. Näheres bei: Kurt Meier, *Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich*, München<sup>2</sup>2001, S. 49–58.

4 *Der Wahrheitszeuge* 56 (1934), S. 70, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 125.

schaft für die künftigen Aufgaben der evangelischen Kreise auf möglichst weitgehenden gemeinschaftlichen Wegen mit der Reichskirche vorsieht.«<sup>5</sup>

Kurzfristig beriefen die beiden Vorsitzenden der VEF eine Versammlung ein. Die Teilnehmer begrüßten zwar prinzipiell den Vorschlag der Kirchenleitung, aber man konnte sich nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen. Unter anderem legte der methodistische Pastor Bernhard Keip Einspruch ein. Er wollte, dass die Meinung der Bekennenden Kirche eingeholt werde, die tatsächlich gegen einen Zusammenschluss war. In einem Schreiben von Hans Asmussen,<sup>6</sup> das allerdings nicht abgesandt wurde, kommt dies zum Ausdruck:

»Dem vom Vicepräsidenten Christiansen den Deutschen Freikirchen gemachten Vorschlag muß die Deutsche Bekenntnissynode mit größter Zurückhaltung gegenüberstehen, weil sie der Überzeugung ist, daß mit diesem Vorschlage das auch sonst in dem Bestreben der Reichskirchenregierung sichtbar werdende unionistische Wollen nur noch eine Verbreiterung erfährt. [...] Das non liquet in Lehrfragen in weitgehendster Zusammenarbeit ist die Wurzel aller unsauberer Union.«<sup>7</sup>

Eigentlich hatten die Freikirchen erwartet, dass die Bekennende Kirche sich über einen Anschluss an die Freikirchen Gedanken machen und nichtvolkskirchliche Formen übernehmen würde. Da ihre Erwartungen enttäuscht wurden und es nicht zu einem Dialog kam, nahmen sie nun verstärkt eine neutrale Haltung gegenüber dem Kirchenkampf an. Damit verbauten sich die Freikirchen, so Strübind, die Chance, ihre Haltung im und zum Dritten Reich zu überprüfen.

»Diese freikirchliche *conditio sine qua non* verhinderte eine notwendige Auseinandersetzung mit den theologischen Zielen und Erkenntnissen der BK, die ein grundlegendes Durchdenken der eigenen freikirchlichen Position im ›Dritten Reich‹ ermöglicht hätte.«<sup>8</sup>

Die Verhandlungen mit der DEK wurden aber aufgrund anderer Ereignisse schon vorher abgebrochen. Für den 17. Juni 1934 war eine gemeinsame Tagung der Reichskirchenregierung und der VEF geplant worden. Im Vorfeld kam das Gerücht auf, dass der Ministerialdirektor Dr. Rudolf Buttman beurlaubt und durch Dr. August Jäger ersetzt werden sollte. Bernhard Keip, der schon vorher befürchtet hatte, dass die Selbständigkeit der VEF-Freikirchen beschnitten werden sollte, wollte sich vom Reichsinnenministerium den Wechsel des Verhandlungspartners bestätigen lassen. Dort verneinte man die Einsetzung Jägers. Wegen dieser peinlichen Vorfälle war das Vertrauen der VEF zur DEK gebrochen. Die VEF weigerte sich fortan, weitere Gespräche über eine Einigung zu führen.

---

5 Brief an Otto Melle, 11. Mai 1934, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 119.

6 Er schrieb im Auftrag von Präses Karl Koch an Max Diestel.

7 Brief von Hans Asmussen an Superintendent Max Diestel, 9. Juni 1934, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 122.

8 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 131.

## 4.2. Hundertjähriges Jubiläum der Baptistengemeinden in Deutschland

Im April 1934 begingen die deutschen Baptisten ihre Jubiläumsfeiern. Man beschäftigte sich mit der eigenen Geschichte und freute sich über viele positive Presseberichte. Nachdem die Baptisten in Deutschland noch wenige Jahre zuvor als Sekte gegolten hatten, stärkte sie nun ein neues Selbstbewusstsein. Im *Hilfsboten* schrieb Schmidt zu diesem Thema:

»Baptistengemeinden sind im neuen Deutschland keine Fremdkörper, sondern Zellen Gottes, durch die Heil und Segen und neues Leben in unseren Volkskörper strömt. Deshalb haben sie auch ihren festen Platz und dürfen ihre große Aufgabe ungestört ausrichten.«<sup>9</sup>

Neben der positiven Berichterstattung in der Presse empfanden die Baptisten ihre Situation als gefestigt, da ihnen die Glaubensfreiheit zugesichert worden war. Die Weltkonferenz des Baptistenbundes war ebenfalls vom Staat begrüßt und gefördert worden, weshalb man die Situation sehr positiv einschätzte. Die nationale Begeisterung führte zu weiteren taktischen, aber auch zu aufrichtigen Loyalitätsbekundungen. Die Grenze zwischen beiden Motiven ist nicht genau auszumachen. Strübind hält allerdings die »Botschaft des Bundesältesten an die Gemeinden« für ein taktisches Bekenntnis:<sup>10</sup>

»Wir sind Deutsche! Der nationalsozialistische Staat als Diener Gottes vertritt die Ordnungen der Gerechtigkeit, der Sittlichkeit und der Gemeinschaft. So sind wir berufen, uns hierbei mit allen Kräften einzusetzen.«<sup>11</sup>

Auf der anderen Seite besann man sich auch immer wieder auf die eigenen Grundsätze und erinnerte in Zeitschriften an die Trennung der Kirche vom Staat und dass die Gebote Gottes im Zweifelsfall höher zu achten seien als die Forderungen des Staates. Diese Grenzziehung betonte auch der Baptistenpastor Martin Klumbies in seinem Jubiläumsvortrag:

»Kein Papst, kein Bischof, kein Staat steht uns über dem Wort Gottes [...] Wir denken auch nicht gering von der weltlichen Obrigkeit. Wir achten sie als Gottes Ordnung [...] Im Falle einer Kollision der Pflichten handeln wir dagegen nach dem Petriwort: »Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.«<sup>12</sup>

Während der Hauptversammlung der Baptisten am 23. April 1934 in Hamburg kam aber auch zum Ausdruck, dass man das Wohlwollen der neuen Regierung sah und begrüßte. Von den hohen Erwartungen an den Staat sprach der Bundesälteste Friedrich Wilhelm Simoleit in seiner Rede. »Wir haben lange gelitten unter diesem Mißverständnis, und es ist heute für uns eine große Freude, eine schöne hellklingende Note, von der heutigen Regierung ganz anders erkannt und bezeichnet zu werden.«<sup>13</sup> Der Staatssekretär Georg

9 *Der Hilfsbote* 44 (1934), S. 110, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 140.

10 Vgl. ebd., S. 141.

11 *Der Wahrheitszeuge* 56 (1934), S. 123, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 141.

12 *Der Wahrheitszeuge* 56 (1934), S. 151f., zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 142.

13 *Der Wahrheitszeuge* 56 (1934), S. 165, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 144.

Friedrich Ahrens sprach als Vertreter des Bürgermeisters ebenso positiv von der Rolle der Baptisten im Staat. Er sah im neuen Staat christliche Maßstäbe verwirklicht:

»Ich darf vielleicht an das Bibelwort erinnern: ›Du sollst Gott über alle Dinge lieben und deinen Nächsten als dich selbst«. Der Inhalt dieser Worte liegt in Richtung der Staatsauffassung und der politischen Weltanschauung, die heute unter dem Zeichen des Hakenkreuzes vom gesamten öffentlichen Leben in Deutschland Besitz ergriffen hat«. <sup>14</sup>

Dass der Meinung Ahrens' längst nicht alle Nationalsozialisten zustimmten, zeigte sich erst später, als man die Freikirchen stärker einschränkte und bedrängte. 1934 wollten und konnten die Baptisten nicht erkennen, dass ihre Position im nationalsozialistischen Staat nicht gefestigt war. Strübind zieht ein ernüchterndes Fazit: »in der Euphorie der Jubiläumsfeiern glaubten die Baptisten an diesen Umschwung in der staatlichen Beurteilung. Diese Illusion täuschte sie zunächst über ihre ungesicherte reale Position im NS-Staat hinweg.« <sup>15</sup>

### 4.3. Die Weltkonferenz des Baptistenbundes in Berlin

Das augenscheinliche Wohlwollen des Staates setzte sich in der Planung der Weltkonferenz des Baptistenbundes in Berlin weiter fort. Entsprechend reagierten die Baptisten mit Akklamationen an den Staat. Zu Beginn des Kongresses wurde ein Telegramm »An den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, Berlin« <sup>16</sup> gesandt. Man nahm dabei auch Bezug auf den Tod des Reichspräsidenten Hindenburg und sprach Hitler und dem deutschen Volk »das herzliche Mitgefühl aus«. Weiter hieß es: »Wir haben aufrichtige Wünsche und Gebete für das Wohl von Reich und Volk. Wir danken der Regierung und der Stadt Berlin für Willkomm und Gastfreundschaft«. <sup>17</sup> Unterzeichnet wurde das Telegramm von Dr. James Henry Rushbrooke, dem Generalsekretär der BWA.

Während die Baptisten sich bemühten, ein ausreichendes Maß an Loyalität zum Ausdruck zu bringen, nutzte der Hitler-Staat die Konferenz für seine Zwecke. Die isolierte Position der Freikirchen innerhalb Deutschlands und ihre Kontakte zum Ausland waren ihm nützlich, um die »Gräuelpropaganda« der westlichen Welt zu zerstreuen.

#### 4.3.1. Nutzung als Propaganda für Deutschland gegenüber dem Ausland

Im Vorfeld der Konferenz war auf baptistischer Seite schon mehrmals abgewogen worden, ob man die Tagung der BWA tatsächlich nach Deutschland einladen sollte. Seitdem die deutschen Baptisten 1928 zugesagt hatten, dass die Konferenz in Deutschland stattfinden sollte, schoben sie diese Einladung vor sich her. Als es 1933 erneut um die Frage des Tagungsortes ging, wollten die deutschen Baptisten aufgrund der »Gräuelpropaganda« und

---

14 Zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 145.

15 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 145f.

16 Walter Harnisch / Paul Schmidt (Hg.), *Fünfter Baptisten-Welt-Kongreß. Deutscher Bericht des in Berlin vom 4. bis 10. August 1934 gehaltenen Kongresses*, Kassel 1934, S. 38 [im Folgenden BWA 34].

17 Ebd., S. 38.

der kritischen Stimmen aus dem Ausland wiederum die Konferenz absagen. Für die Baptisten unerwartet schalteten sich staatliche Stellen wie das Auswärtige Amt ein, die die Baptisten bestärkten, die BWA-Tagung nach Berlin einzuladen. In einem Schreiben der DEK an das Auswärtige Amt vom 20. Juli 1933 hieß es: »Die Abhaltung der Welttagung in Berlin ist nicht nur im außenpolitischen Interesse, sondern auch vom ökonomischen Gesichtspunkt aus erwünscht.«<sup>18</sup> Entsprechend wurde auch an Missionsdirektor Simoleit ein Brief gesandt, in dem das Auswärtige Amt versicherte, »soweit erforderlich und möglich, mit Rat und Tat behilflich zu sein«.<sup>19</sup> Simoleit reiste daher nach New York, um bei der Tagung des Vorbereitungskomitees für Berlin als Tagungsort zu werben. Außerdem nutzte er auch schon diesen Auslandsaufenthalt, um im Sinne der nationalsozialistischen Propaganda für Deutschland zu sprechen.

Für die Baptisten bestand kein Zweifel daran, dass der Kongress nicht nur ihren inneren Belangen »wertvollen Gewinn bringen wird, sondern daß er auch unserem Vaterlande nützen wird«.<sup>20</sup> Dieses Zitat aus dem *Wahrheitszeugen* vom Dezember 1933 zeigt, wie wichtig es den Baptisten war, den Wünschen und Initiativen des Staates zu entsprechen. Erneut wird hier deutlich, dass seitens der Bundesleitung der deutschen Baptisten offiziell kein Zweifel am neuen Staat und seinen Zielen bestand.

Nach Einschätzung Strübinds wollte die nationalsozialistische Regierung die Freikirchen Ende 1933 hauptsächlich wegen deren »propagandistischer Wirksamkeit gegenüber dem Ausland«<sup>21</sup> nutzen, wie sie es schon früher getan hatte. Deutsche Baptisten hatten schon zuvor bei Auslandsreisen, vor allem im angelsächsischen Raum, die politische Situation in Deutschland verteidigt. Entsprechend formulierte E. Schöffel, ein Verhandlungspartner der Baptisten aus dem Geistlichen Ministerium, im Hinblick auf den BWA-Kongress: »Die Abhaltung dieses Kongresses ist sowohl von außenpolitischer wie von ökumenischer Bedeutung«.<sup>22</sup>

#### 4.3.2. Der BWA-Kongress in Berlin – zwischen staatlichen und baptistischen Ansprüchen

Über den letzten Vorbereitungen des Kongresses in Berlin lag die Sorge um die Äußerungen der Redner. Thematisch sollte es um Nationalismus, Rassismus und Weltfrieden gehen, was bei der gegenwärtigen Situation in Deutschland heikel werden konnte. Rushbrooke, der englische Generalsekretär der BWA, forderte ausdrücklich die Redefreiheit für den Kongress. Die kritische Haltung der ausländischen Schwesterkirchen gegenüber dem Nationalsozialismus und den Deutschen Christen war den deutschen Baptisten bekannt, und man fürchtete sich vor einem Eklat. Paul Schmidt veröffentlichte in der letzten Vorbereitungsphase immer wieder Artikel, in denen er die Besucher des Kongresses bat, Verständnis für die Situation in Deutschland aufzubringen und in ihren Beiträgen auf Kommentare zur politischen Situation in Deutschland zu verzichten. Eine Aktennotiz der DEK vom 22. Juli 1934 bestätigt, dass die deutschen Baptisten dem Propagandaministeri-

---

18 DEK an das Auswärtige Amt, 20. Juli 1933, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 116.

19 Auswärtiges Amt an Simoleit, 31. Juli 1933, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 116.

20 *Der Wahrheitszeuge* 55 (1933), S. 406, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 119.

21 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 119.

22 Besprechung Schöffel – Schmidt/Melle, 26. Oktober 1933, zit. nach: Boyens, *Kirchenkampf*, S. 354.

um und dem Auswärtigen Amt Zurückhaltung der Redner zugesichert hatten: »Die deutschen Baptisten glaubten versichern zu können, daß keine Ausfälle seitens der ausländischen Teilnehmer erfolgen würden.«<sup>23</sup>

Während der Konferenz kam es zu keinem offenen Eklat. Alle kritischen Äußerungen gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, aber auch manche stark nationalsozialistisch gefärbten Stellungnahmen wurden von umsichtigen Verantwortlichen entkräftet oder revidiert. Dies ist auch in einem »Vermerk« Dr. Friedrich Wilhelm Krummachers vom kirchlichen Außenamt über den Verlauf des Kongresses zu lesen. Dort heißt es, »daß hier nicht der Ort sei, über Differenzen zu diskutieren, daß es jedoch einige Punkte in den Begrüßungsreden gäbe, bei denen die anwesenden bapt. Vertreter wohl wesentlich anderer Meinung sein würden.«<sup>24</sup> Erstaunlicherweise stimmten die deutschen Baptisten allen Resolutionen zu, obwohl in ihren Reihen einige weitaus mehr Nähe zu nationalsozialistischen Positionen vertraten. Es ist anzunehmen, dass jegliche Auseinandersetzung vermieden werden sollte.

Es gab aber auch einige Reden, in denen die Loyalität zum Dritten Reich betont wurde. So hieß es in der Erklärung der deutschen Delegation: »Wir, die wir im neuen Deutschland leben, stehen in Vertrauen und Treue zu unserem Führer und Reichskanzler. Wir beten für unsere Regierung. Wir freuen uns des neuen Reiches.«<sup>25</sup> Die Gründe für diese doch repräsentativ gedachte Erklärung, die nicht nur Einzelmeinungen widerspiegeln sollte, sind schwer nachzuvollziehen. Möglicherweise wollte man den staatlichen Erwartungen entsprechen und, nachdem zu Beginn des Kongresses bereits staatliche Vertreter zu Wort gekommen waren, nun mit eigenen Worten bekräftigen, dass man sich zur Regierung stellte. Dennoch gibt Strübind zu bedenken, das »Ja zu Hitler nicht als rein taktische Maßnahme zu bagatellisieren, sondern [es] bleibt Ausdruck einer gefährlichen Akkomodation an die Politik des NS.«<sup>26</sup>

So wurden auf der Konferenz auch kaum konkrete Schritte festgelegt, wie man der Problematik des Nationalismus und des Rassismus begegnen wollte. Vielmehr schienen alle Seiten bemüht, die bestehenden Fronten zwischen ausländischen und deutschen sowie zwischen innerdeutsch konträre Positionen beziehenden Baptisten nicht aufeinander prallen zu lassen.

### 4.3.3. Nationalismus als Thema

Schon 1931 waren aufgrund der zeitgeschichtlichen Entwicklungen mehrere Kommissionen gegründet worden, die sich mit aktuellen Themen auseinandersetzen. Auf dem BWA-Kongress 1934 sollten die Arbeitsergebnisse nun vorgestellt und in Resolutionen zusammengefasst werden. Die Kongressteilnehmer hatten die Aufgabe, über deren Verabschiedung zu diskutieren und abzustimmen.

Den ersten Bericht erstattete der Schwede Nils Johan Nordström. Er war Seminardirektor und Vizepräsident des Weltbundes. Das Thema seiner Kommission lautete Nationalismus. Sein Vortrag sprach genau in die Problematik Deutschlands hinein. Dennoch

---

23 Aktennotiz in der DEK, 22. Juli 1934, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 117.

24 Friedrich Wilhelm Krummacher, 21. August 1934, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 117.

25 BWA 34, S. 93.

26 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 169.

blieb seine Rede sehr zurückhaltend, lediglich einige Anspielungen konnten von den Zuhörern auf die Situation in Deutschland bezogen werden. Nach Nordström sprach Paul Schmidt, zu dieser Zeit noch Schriftleiter des baptistischen Bundesverlags, zu den Kongressteilnehmern. Die beiden Reden zeigen verschiedene Modelle auf, wie man sich zum Staat stellen kann.

Nordström setzte sich zuerst mit der Frage auseinander, was Nationalismus und was übertriebener Nationalismus sei. Zudem zeigte er die Grenzen auf, die von christlicher Seite in ethisch-moralischer Hinsicht vorhanden seien. Er stellte das Gebot der Liebe über alles.

»Sofern der Nationalismus in dem hier verstandenen Sinn mit dem von Jesu verkündigten Evangelium vom Reich Gottes und den darin enthaltenen religiösen und moralischen Grundprinzipien unvereinbar ist, hat die Kirche ein genügendes Recht, gegen einen solchen Nationalismus mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen.«<sup>27</sup>

Nordström zeigte zwar immer wieder die Berechtigung zum Widerstand auf, wurde aber nicht konkret. Im Folgenden unterschied er zwischen einem gesunden Patriotismus und einer übermäßigen Gier nach Macht, einem engen Nationalismus.<sup>28</sup> In einen gesunden Patriotismus sei auch der Christ hineingestellt. Aber grundsätzlich könne nicht nur derjenige Nächstenliebe empfangen, der dem eigenen Volk angehöre, »sondern jeder, der unsere Hilfe und unseren Dienst braucht, ohne Rücksicht auf Rasse und Nationalität oder seine Religion«.<sup>29</sup> Möglicherweise spielte er hier auf die Verfolgung der Juden in Deutschland an, die im Ausland bekannt wurde. Diese »Gräuelpropaganda« wollten die Nationalsozialisten aber gerade entschärfen und als »unsachgemäß« unterbinden.

Nordström sprach in erster Linie von der Verantwortung der Kirchen. Aber das Leben als Christ in der Gemeinde sei nicht von seinem Leben in Volk und Staat zu trennen. Darum weitete er die Verantwortlichkeit des Einzelnen und der Kirchen aus:

»Die sittlichen Forderungen dürfen nicht nur für das persönliche Leben der Einzelpersonlichkeit bestimmend sein, sondern sie müssen auch in alle Beziehungen zu den Mitmenschen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Volksgemeinschaft, richtunggebend werden. Der einzelne Christ sollte dieselben moralischen Grundsätze in seinem Verhältnis zu Volk und Vaterland ausleben, welche seine Lebenshaltung in anderen Lebensumständen bestimmen.«<sup>30</sup>

Aber Nordström erkannte auch die Schwierigkeit dieser Haltung: »Ja, es ist seine moralische Pflicht, soweit es möglich ist, dieselben Grundsätze auch in seinen sozialen und internationalen Beziehungen zur Geltung zu bringen.«<sup>31</sup> Dennoch forderte er Christen und Kirchen dazu auf, Erscheinungen, die mit dem Geist Christi unvereinbar seien, entgegenzutreten und bei ihrer Überwindung zu helfen.<sup>32</sup> Eine große Gefahr sah er darin, dass sich der Nationalismus nur allzu leicht mit dem Militarismus verbinde, und forderte deshalb auch die Kirchen auf, die internationalen Friedensbemühungen, wie sie damals

---

27 BWA 34, S. 191.

28 Vgl. ebd., S. 193.

29 Ebd.

30 Ebd., S. 194f.

31 Ebd.

32 Vgl. ebd., S. 197.

beispielsweise innerhalb des Völkerbundes angegangen wurden, zu unterstützen.<sup>33</sup> Gerade seine Bezugnahme auf den Völkerbund war für die deutschen Baptisten ein Affront, hatten sie doch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund im Oktober 1933 begrüßt.

Nordström riet zur unbedingten Trennung von Kirche und Staat. Wichtig war ihm auch die Erziehung der Jugend zum Frieden. Würde man Jugendliche frei von nationalistischen Gedanken und hin zu Frieden und Verständigung erziehen – »eine neue Geisteshaltung wird das Ergebnis sein«. <sup>34</sup> Im letzten Teil appellierte er an die Baptisten der Welt, »das Evangelium Jesu Christi mehr denn je mit allem Ernst und ganzer Hingabe zu verkündigen, damit nicht nur der Einzelne, sondern auch die ganze menschliche Gesellschaft Rettung finde«. <sup>35</sup>

Nach diesen Ausführungen zu schließen tendierte Nordström zum Pazifismus. Seiner Vorstellung, dass das Evangelium Maßstab und Rettung für diese Welt sein könne, widersprach Paul Schmidt in seiner »Unterrede« deutlich. Schmidt stellte heraus, dass diese Errettung der Welt gerade nicht möglich sei. Ausgehend von der Zwei-Reiche-Lehre erklärte er, dass man als Christ in dieser Spannung lebe, zu beiden Reichen mit ihren unterschiedlichen Ordnungen zu gehören. Als Christ müsse man dies akzeptieren. Christliche Werte wie Nächstenliebe seien allerdings nicht auf das politische Leben übertragbar. Für die Erhaltungsordnung, die für alle, Christen wie Heiden, Völker und Rassen, gelte, seien von Gott andere Gebote gegeben. Er nennt als natürliche Ordnung den »Kampf der Völker«, wobei der Lauf der Geschichte gezeigt habe, dass die Starken die Schwachen besiegten und neue starke Völker aufstünden und wieder andere besiegten. Zu den Ordnungen gehöre ein gesunder Nationalismus und auch Gewalt, die sich ja eben im Kampf zeige. Umfassender Friede könne letztlich nicht erreicht werden. »Christus hat die Völker auch noch nicht zur Ruhe gebracht, noch ihnen gültige und von ihnen beachtete Gesetze gegeben«. <sup>36</sup> Daneben gebe es den Auftrag für die Christen, gewisse Gebote an die Völker weiterzugeben. »Von diesen Grundgesetzen hat die Gemeinde zu reden und damit auch dem entarteten Nationalismus, der die Nation vergottet und ihr absolutes Recht über den Schöpfer hinaus zuerkennt, zu widersprechen.« <sup>37</sup> Dabei solle die Gemeinde aber von politischer Betätigung frei bleiben.

Diese klare Aussage macht deutlich, wie sehr Schmidt sich seit seinem Ausstieg aus der Politik verändert hatte. Der frühere engagierte Politiker vertrat nun absolute Distanz zu politischem Engagement. Schmidt zählte zu den Geboten, die die Gemeinde verkünden solle, auch die Zehn Gebote. <sup>38</sup> Letztlich verglich er die Arbeit der Gemeinde an der Welt mit der eines Arztes. Ein Arzt betreue seinen unheilbar kranken Patienten, so gut es gehe, auch wenn keine Aussicht auf Heilung bestehe. Ebenso sei es mit dem weltlichen Reich. »So warnt die Gemeinde vor falschem Nationalismus, vor Krieg und sozialer Ungerechtigkeit und fördert den Frieden und seine gesunde Volks- und Vaterlandsliebe.« <sup>39</sup> Daher widersprach Schmidt Nordström auch bezüglich der weltweiten Friedensbestrebungen: »Der ewige Friede wird weder durch eine internationale Rechtsnorm, selbst wenn sie

---

33 Ebd.

34 Ebd., S. 200.

35 Ebd., S. 203.

36 Ebd., S. 207.

37 Ebd., S. 208.

38 Vgl. ebd., S. 209.

39 Ebd., S. 210.

möglich wäre, noch durch einen wie immer gearteten Völkerbund erreicht werden können.«<sup>40</sup> Aus diesem Grund sei auch die von Nordström geforderte Erziehung zum Frieden nicht möglich. Vielmehr solle man sich in dieser Zeit darauf konzentrieren, die Gemeinde zu bauen und ihr zu dienen.

Kösling hebt die Eindeutigkeit der Rede Schmidts hervor: »Tatsächlich hatte sich in der Zeit der NS-Herrschaft nie wieder ein deutscher Baptist öffentlich eindeutiger und grundsätzlicher von aller Partei- und Staatsbindung distanziert.«<sup>41</sup> Dennoch kann man hinterfragen, inwieweit sein sozialdarwinistisches Geschichtsbild zutreffend ist. Offen blieb bei Schmidt auch, wie das Warnen der Gemeinde, ihre Widerspruchspflicht, aussehen sollte. Neben der Würdigung dieser Rede stellt sich doch die Frage, wie die Baptisten ihren Weg im Dritten Reich nun konkret weiter beschreiten sollten.

Bezeichnend ist, dass nach Schmidt das Warnen und der Widerstand der Christen tatsächlich erst dann einsetzen sollte, »wenn das Evangelium außer Geltung gesetzt und die aus dem Evangelium gewachsene Bruderschaft verhindert wird.«<sup>42</sup> Rückblickend schrieb Schmidt:

»Immer wieder wurde die Frage in das Licht von Römer 13 gerückt und immer wieder wurde von neuem erkannt, daß das große Nein der Gemeinde Jesu gegenüber dem Staat und seiner Führung erst dann zu sprechen sei, wenn die Verkündigung des Evangeliums verboten werden und die persönliche christliche Lebensführung desgleichen.«<sup>43</sup>

Auf der einen Seite kann man ihm Glauben schenken, dass er nach bestem Wissen und Gewissen handelte und Stellung bezog. Angesichts des geschehenen Unrechts im NS-Staat kommen dennoch Zweifel auf, ob er und andere die Situation nicht verkannten.

Im Rahmen der Konferenz wurde weder von deutschen noch von ausländischen Baptisten über konkrete Schritte nachgedacht, wie man dem Nationalismus oder auch dem Rassismus, um den es in einer weiteren Kommission ging, begegnen sollte. Sämtliche einmütig verabschiedeten Resolutionen täuschen darüber hinweg, dass man die brisanten Themen nicht diskutiert hatte. Strübind macht darauf aufmerksam, dass man Unstimmigkeiten vermied. »Das Problem eines totalitären Staates wurde im Konferenzverlauf nicht genügend reflektiert, da man auf jeden Fall konsensfähige Vereinbarungen treffen wollte.«<sup>44</sup>

---

40 Ebd.

41 Kösling, *Baptisten*, S. 342.

42 BWA 34, S. 210.

43 Paul Schmidt, *Unser Weg als Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in den Jahren 1941–1946*, o. O. 1946, S. 8 (DZ).

44 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 164.

## 5. Die Jahre 1935 und 1936 – Obrigkeitshörigkeit

Die Jahre 1935 und 1936 bedeuteten für die Baptisten einen immer stärkeren Rückzug in sich selbst. Um dem Staat Konformität zu suggerieren, beteuerte man von Seiten des Bundes und der Gemeinden weiter Loyalität. Nachdem man 1935 in der Diskussion um das »Neuheidentum« feststellte, dass man damit leicht in den Fokus des Staates und der Partei gelangen konnte, zog man sich in die Defensive zurück. Nun sollte verstärkt das Gemeindeleben gepflegt werden, was in einem Schreiben an alle Gemeinden gefordert wurde. Die Vorstände der Gemeinden sollten hier besonders ihre Verantwortung wahrnehmen. »Im Vorstand soll sich die Arbeits- und Zeugnisernergie der Gemeinde zusammenfassen, dort soll das Zentrum des Glaubenslebens und Glaubensdienstes liegen.«<sup>1</sup> Weiter erging die Aufforderung an die Gemeinden: »Brüder, macht das Gesamtwerk stark und helft, dass wir in dieser Stunde unsere missionarische Gesamtaufgabe in unserm Vaterland erfüllen können!«<sup>2</sup> Ihre ausgeprägte Missionstätigkeit setzten die Baptisten so lange wie möglich fort. So resümierte auch Paul Schmidt in seinem Rechenschaftsbericht 1946:

»Immer wieder sahen wir den größeren Gewinn darin, den Evangeliumsdienst so lange wie nur möglich und so stark wie nur möglich zu tun, als ihn zu früh aufs Spiel zu setzen. Der sich daraus ergebende Gewinn erschien uns größer als der etwaige Gewinn eines zu früh herbeigeführten Verbotes.«<sup>3</sup>

### 5.1. Rechtsunsicherheit bei den Baptisten

Nach dem gescheiterten Zusammenschluss im Rahmen der VEF bemühten sich die Baptisten nun darum, die Position des Bundes zu klären und abzusichern. Ähnlich wie die Methodistenkirche<sup>4</sup> strebten sie die Körperschaftsrechte an. Im Laufe des Jahres 1935 wurde eine Verfassungsänderung vorbereitet, um diese auf der 1936 tagenden Bundeskonferenz zu verabschieden. Als Paul Schmidt zu Beginn des Jahres 1936 beim Reichskirchenministerium bezüglich der Körperschaftsrechte anfragte, wurde sein Gesuch abgelehnt, da dies keine reichsrechtliche, sondern eine landesrechtliche Angelegenheit sei. Diese Ungleichbehandlung gegenüber den Methodisten mussten die Baptisten hinnehmen. Die offene rechtliche Situation sorgte für Unsicherheit. Man hatte sich durch die Körperschaftsrechte eine größere Absicherung erhofft. Strübind ist der Meinung, dass diese allerdings auch kein Garant gegen staatliche Übergriffe gewesen wären. »Im Rückblick ist dadurch dem Bund der Baptistengemeinden kein schwerwiegender Nachteil erwachsen«,<sup>5</sup> lautet ihre Einschätzung.

Im Jahr 1935 gerieten die »Sekten«, zu denen zu dieser Zeit auch die Baptisten- und die Brüdergemeinden gezählt wurden, immer mehr in den Fokus der Gestapo. Zur Überwachung der kleineren Religionsgemeinschaften wurden von den örtlichen Gemeinden

---

1 *Bundespost* 6/35, September 1935, S. 1 (OA).

2 Ebd., S. 2.

3 Schmidt, *Unser Weg*, S. 8 (DZ).

4 Die Bischöfliche Methodistenkirche Deutschlands erhielt am 1. Dezember 1935 die Körperschaftsrechte. Vgl. Zehrer, *Freikirchen*, S. 31.

5 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 185.

Mitgliederlisten mit Details über Berufe und politische Einstellungen angefordert. Dass in den Freikirchen nur wenige Parteimitglieder waren, rief bei der Gestapo Misstrauen hervor. So wurde selbst die Unterlassung des Hitler-Grußes zu einer politischen Handlung.<sup>6</sup> Den polizeilichen Zwang, der in einem solchen Fall ausgeübt wurde, kennt auch Ernst Schrupp aus seiner Vergangenheit. Wie schon erwähnt, berichtet er von seinem Onkel, der den Hitler-Gruß verweigerte – »da wollt man ihn zwingen mit der Pistole, SA oder SS, das weiß ich nicht mehr, er hat's nicht gesagt«.<sup>7</sup> Ebenso wurden öffentliche Missionsveranstaltungen gestört: Versammlungsaufösungen oder das Verbot, Handzettel zu verteilen, hemmten die Baptisten und sorgten bei der Bevölkerung für Misstrauen gegenüber den »Sekten«.

Die baptistische Bundesleitung beschwichtigte die Gemeinden, indem sie wie schon früher die Entgleisungen den unteren Dienststellen zuschrieb und das Wohlwollen des Innenministeriums hervorhob. Es wurde viel Wert auf diesen guten Kontakt gelegt. Man ließ sich vom Innenministerium »Unbedenklichkeitserklärungen« ausstellen, um gegebenenfalls den Repressalien entgegenzutreten zu können. Hier zeigt sich nun deutlich, dass die offizielle Linie, die Taktik der Bundesführung, darin bestand, sich anzupassen und dadurch für die Erhaltung des Bundes und der Gemeinden zu sorgen. Die Loyalität wurde zum Zwang, wobei die Begeisterung für den Nationalsozialismus und Hitler abnahm. Dennoch wurde von offizieller Seite kein Protest, kein Widerstand gefordert. Man riet vielmehr sogar davon ab, Glieder aus verbotenen Religionsgemeinschaften bei sich aufzunehmen.

»Die Solidarität mit den Verfolgten des NS-Regimes sollte zugunsten der eigenen Sicherheit aufgegeben werden, eine Entscheidung, die bereits 1933 mit dem weitgehenden Schweigen zur Verfolgung der jüdischen Mitbürger getroffen worden war und sich nun fortsetzte.«<sup>8</sup>

## 5.2. Zur Judenverfolgung

An dieser Stelle ist anzumerken, dass es sich um die Darstellung des offiziellen Weges der Gemeindeleitungen handelt. Auch im Verhältnis zu den Juden gab es Einzelne, die sich dem Staat und auch der gemeindlichen Linie entgegenstellten und mutig Partei für Verfolgte ergriffen. So half beispielsweise der Onkel Schrupps, von dem oben bereits die Rede war, den Juden im KZ, indem er ihnen Unterstützung in Form von Lebensmitteln zukommen ließ.<sup>9</sup> Schrupps Bruder zog sich aus der Beamtenlaufbahn als Gerichtsassessor zurück, als die jüdischen Mitarbeiter »rausgeworfen wurden«,<sup>10</sup> da er die zunehmende Unrechtsprechung nicht mitmachen wollte. Als er in der freien Wirtschaft tätig war, kam es zu einer Auseinandersetzung mit der SS. Da ihm mit dem KZ gedroht wurde, bestand die einzige Alternative darin, sich für die Front zu melden, wo er sehr bald fiel und seine Frau mit zwei Kindern zurückließ. Solche Berichte von einzelnen Personen und Familien

---

6 Vgl. ebd., S. 188.

7 Anhang, S. 99.

8 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 192.

9 Vgl. Anhang, S. 101.

10 Ebd., S. 98.

zeigen wiederum die Problematik, die mit dem Widerstand verbunden war. Schrupp konnte auch von einem Onkel Karl berichten, der um seiner Familie willen eine Erklärung unterschrieb, dass er sich nicht weiter gegen Hitler und die nationalsozialistische Ideologie auflehnen würde. Nach mehrmaligen Verhaftungen und Verhören hatte dieser Mann die Entscheidung getroffen, dem Gang ins KZ zu entgehen, doch weiß Schrupp von ihm, »dass dieser Onkel Karl das nie wieder losgeworden ist, dass er das unterschrieben hat«. <sup>11</sup> Der Gewissenskonflikt, der diesen Mann quälte, ist kaum vorstellbar. Für die Familie und den zu bewirtschaftenden Bauernhof war es allerdings eine Erleichterung, dass der Ehemann und Vater da blieb. Die Tochter erklärte Schrupp rückblickend: »Denn was hätten wir davon gehabt, wäre er als Märtyrer verschwunden?« <sup>12</sup>

Diese inneren Konflikte kennzeichneten einen Teil der Christen, auch der freikirchlichen. Andere folgten dem Kurs der Bundesleitung bzw. dem der Brüderkonferenzen. Direkte Stellungnahmen zur »Judenfrage« gab es kaum. 1933, nach dem Boykott jüdischer Geschäfte Anfang April und der Einrichtung des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« am 7. April 1933, interpretierte man die Ereignisse in »Brüder«-Kreisen als »endzeitliche« Geschehnisse. Man wisse aus der Heiligen Schrift, »daß gegen Ende der Gnadenzeit die zwei Stämme Israels [...] in das verheißene Land zurückkehren werden«. <sup>13</sup> Entsprechend sah man auch die Abwanderung der Vertriebenen nach Palästina aufgrund der »Säuberung Deutschlands von den staatsfeindlichen, insbesondere den eingewanderten jüdischen Elementen« <sup>14</sup> als Zeichen der Endzeit. Daher rechtfertigte man das eigene Schweigen später mit dem Argument, in diesen Ereignissen Gottes endzeitliches Handeln gesehen zu haben.

Schon im November 1933 wurde in der *Tenne* »Die Judenfrage als Weltproblem« <sup>15</sup> behandelt. In diesem Artikel wurden ohne weiteren Kommentar »bemerkenswerte Ausführungen« aus dem österreichischen Baptistenblatt *Der Täuferbote* zitiert. Hier wurde die latente antisemitische Haltung vieler freikirchlicher Kreise deutlich. Zwar empfanden die meisten den scharfen Antisemitismus des Nationalsozialismus als Schattenseite, aber Jordy gibt auch zu bedenken, »daß der antisemitische Geist aus jahrzehntelanger Gewohnheit eine viel zu enge Verbindung mit der nationalen Gesinnung eingegangen war, als daß man hier ein wirklich feines Empfinden gehabt hätte«. <sup>16</sup>

Ernst Schrupp erlebte das Schweigen zur Judenverfolgung auch in seiner Gemeinde und bestätigt diesen Antisemitismus. »Es gab sogar Sympathie zu solchen Aktionen [= Reichspogromnacht], weil hier und da die Juden auch in den Gemeinden so angesehen wurden. Die Juden waren allgemein nicht beliebt.« <sup>17</sup> Man befürwortete eine Begrenzung des jüdischen Einflusses. Entsprechend hier der Wortlaut des *Täuferboten*:

»Dieser Verschmelzung der Juden mit den anderen Völkern hat Gott durch die nationale Revolution in Deutschland wieder einmal ein gewaltiges ›Halt‹ entgegengerufen, denn für die deutsche Regierung bleibe auch der christlich getaufte Jude ein Jude,

---

11 Ebd., S. 99.

12 Ebd.

13 *Die Tenne* 11 (1933), S. 380 (DZ).

14 Ebd., S. 381.

15 *Die Tenne* 11 (1933), S. 331 (DZ).

16 Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 69.

17 Anhang, S. 102.

der, als Angehöriger einer fremden Rasse, dem Deutschen nicht gleichgestellt werden dürfe.«<sup>18</sup>

Die Argumentation bezüglich der »Judenfrage« findet sich auch im *Hilfsboten*, einer baptistischen Zeitschrift, wieder. 1933 wurde hier fortlaufend ein Aufsatz von Arthur Bach veröffentlicht, der schon im März 1932 verfasst worden war. In seinem ersten Teil deckte Bach die Wesenszüge des Volkes Israel auf. Ein geheimer Grundzug jüdischen Wesens sei die Bereitschaft, »die wirkliche Machtausübung zu tarnen, wenn er [ein Jude] dadurch nur an der Macht bleibt bzw. sie noch erweitern kann«.<sup>19</sup> Dabei sei es allerdings Gottes Sache, dem Volk Israel Gnade zu gewähren. Vom Vorbild Jesu, der sich des jüdischen Volkes annahm, sollte auch das Handeln der Christen bestimmt sein, »also nur von der Liebe diktiert werden«.<sup>20</sup> Das bedeutete, dass man sich auch missionarisch den Juden verpflichtet sah:

»Unsere Missionspflicht an Israel steht über allen politischen und völkischen Notwendigkeiten, die wir sonst glauben dem Judentum gegenüber ergreifen zu müssen. [...] Judenhaß und der Ruf: ›Jude verrecke!‹ sind innerhalb eines Christentums, das Gottes Gebote für sich noch als vorbildlich ansieht, unmöglich.«<sup>21</sup>

Andererseits sah Bach eine Grenze an der Stelle, wo rassische Konflikte aufkämen:

»Der Christ kann um seines Volkes willen die Pflicht haben, durch die Ermöglichung von Ausnahmegesetzen für das Judentum sein Volk vor Einflüssen, die es schwächen und damit hindern, seine weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen, zu bewahren.«<sup>22</sup>

Doch rät Bach, »sich freizuhalten von Fanatismus und Haß, von Selbstsucht und Egoismus«.<sup>23</sup> Auf diesen Artikel reagierte Paul Schmidt mit einer Nachschrift, in der er seinen Bedenken Ausdruck gab: »Frei und offen muß gesagt werden, wir können nicht mit allem, was geschehen ist, uns einverstanden erklären.«<sup>24</sup> Dennoch verwies er auf das Recht und die Verantwortung der Obrigkeit, die ja letztlich Gott Rechenschaft schuldig sei. Die Trennung zwischen staatlichem und gemeindlichem Bereich, die immerzu betont wurde, verhinderte auch hier ein Aufbegehren gegen diese »volkspolitischen Maßnahmen«.

Doch waren die Gemeinden selbst auch von der Problematik betroffen, da sie mit Judenchristen in den eigenen Reihen umgehen mussten. Hier konnte man sich nicht auf eine unpolitische Haltung zurückziehen. Die Bundesführung und die Gemeinden setzten sich jedoch nicht grundsätzlich mit dieser Thematik auseinander. Man fügte sich sowohl bei den Baptisten als auch bei den »Brüdern« dem Druck des Staates und sah davon ab, Christen jüdischer Abstammung in den Gemeinden zu Wort kommen zu lassen.<sup>25</sup> Die missionarischen Bemühungen unter Juden wurden nicht mehr unterstützt. Aus Angst vor

---

18 *Die Tenne* 11 (1933), S. 331 (DZ).

19 *Der Hilfsbote* 43 (1933), S. 110 (OA).

20 Ebd., S. 153.

21 Ebd., S. 154.

22 Ebd., S. 156.

23 Ebd., S. 157.

24 Ebd.

25 Vgl. Menk, *Brüderbewegung*, S. 41.

Repressalien schwieg man zur Judenverfolgung und hoffte, die eigene Sicherheit gewährleisten zu können, indem man sich staatskonform verhielt.

Als sich 1935 die Situation durch die Verabschiedung der »Nürnberger Rassengesetze« auf dem Reichsparteitag vom 15. September weiter zuspitzte, wurde wiederum keine Stellungnahme abgegeben. In der *Bundespost* hieß es lapidar:

»Die neue Judengesetzgebung schafft grundsätzlich neues Recht auf diesem Gebiet, dessen letzte Wirkung heute noch nicht übersehen werden kann. [...] Irgend eine wesentliche Veränderung unserer Rechtslage und Missionslage ist nicht vorgekommen.«<sup>26</sup>

Immer weiter griff innerhalb der Gemeinden die Desolidarisierung mit den Judenchristen um sich. Auf der einen Seite lag dies sicher in der Furcht vor Konflikten mit der Gestapo begründet, auf der anderen Seite mag auch der Antisemitismus in den Gemeinden selbst einigen Raum eingenommen haben. In der *Bundespost* vom September 1935 wurde darauf hingewiesen, dass eine negative Verlautbarung in der Presse schnellstmöglich demontiert worden sei. In zwei schlesischen Tageszeitungen war im Juli 1935 zu lesen gewesen: »Weiterhin wurde ich auf das hochverräterische Treiben der Baptistensekte aufmerksam gemacht. Sie arbeitet Hand in Hand mit den Juden und treibt eine Propaganda gegen das neue Deutschland, wie sie schlimmer garnicht gedacht werden kann.«<sup>27</sup>

Unzweifelhaft haben es die Gemeinden versäumt, ihre Verantwortung gegenüber der jüdischstämmigen Bevölkerung wahrzunehmen. Ihre Neutralität ist zwar verständlich, aber sie half den betroffenen Menschen nicht. Jordy fasst diese Haltung in ein treffendes Bild: »Helfen konnte es den Betroffenen, den Juden, nicht, wie es eben einem Ertrinkenden nichts nützt, wenn man ihm versichert, daß man nichts gegen ihn habe, aber keinen Finger rührt, um ihn zu retten.«<sup>28</sup>

---

26 *Bundespost* 6/35, September 1935, S. 4 (OA).

27 Ebd., S. 3f. (OA).

28 Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 72.

## 6. Die Gleichschaltung der Brüderbewegung – das Verbot der Christlichen Versammlung 1937

Das Jahr 1937 war für die »Brüder« der erste große Einschnitt in der Zeit des Nationalsozialismus. Nach dem Verbot bemühte man sich, einen Weg zu finden, um das Gemeindeleben der Christlichen Versammlungen weiterführen zu können. Die eilige Gründung eines Gemeindebundes für die ehemaligen Versammlungsmitglieder war allerdings bei den »Brüdern« sehr umstritten.

### 6.1. Die »Stündchenbewegung«

#### 6.1.1. Die Vorgeschichte

Die »Stündchenbewegung« entstand aus dem Bedürfnis einiger junger, aufgeschlossener Brüder, die die ererbten Traditionen der Elberfelder Christlichen Versammlung nicht einfach übernehmen wollten. Sie trafen sich in so genannten »Stündchen«, um sich die Erkenntnisse der Älteren selbst zu erarbeiten und zu erschließen. Schon seit 1922 gab es diese Bewegung, aber erst nach dem Tod von Rudolf Brockhaus im September 1932 geriet sie verstärkt in die Kritik. Die meisten Reisebrüder der Christlichen Versammlung stellten sich gegen die Bewegung, da man den kritischen Vergleich der »Lehre der Brüder« mit der Praxis als Anmaßung empfand. In mehreren Aussprachen seit Juli 1936 debattierte man über die kritischen Punkte. Da die Diskussionen sehr emotional und persönlich geführt wurden, kam es nie zu einer Einigung. Im Februar 1937 schrieb Carl Koch, ein »Stündchen«-Freund, in einem Rundbrief:

»Zu unserem aufrichtigen Schmerz müssen wir feststellen, daß eine Kluft zwischen uns und den alten Brüdern besteht, die ihren Ausgang genommen hat gelegentlich der Zusammenkunft auf ›Hohegrete‹ im Jahr 1935. [...] Allerdings gab es schon lange vorher, zu einer Zeit also, als wir noch in keinem einzigen Punkte von der Auffassung der ›Brüder‹ abwichen, unter den Brüdern, die ›im Werke stehen‹, eine ganze Anzahl, die gegen die Stündchen eingestellt waren und aus dieser ihrer Einstellung auch keinen Hehl machten. [...] Der jetzige Zustand in dem Verhältnis zwischen Alt und Jung beugt uns nieder und schmerzt uns.«<sup>1</sup>

Man warf den »Stündchen«-Brüdern vor, sich zu theologisch mit den Fragen auseinander zu setzen. Tatsächlich lockerte sich im Rahmen der »Stündchen« das strenge Verständnis der »Einheit des Leibes Christi«. Die Teilnehmer bewegten sich also in ihren Ansichten auf die Offenen Brüder zu. Geprägt wurde dieser Kreis vor allem von Dr. Hans Becker, der in der folgenden Zeit eine tragende Rolle für die gesamte Brüderbewegung einnehmen sollte. Die Elberfelder Brüder empfanden die Gegensätze als so gravierend, dass sie »in Dortmund eine Exkommunikation Dr. Beckers aus der ›Christlichen Versammlung«<sup>2</sup> vorbereiteten. Diese konnte aber nicht mehr vollzogen werden, da das Versammlungsverbot die Situation schlagartig veränderte.

---

1 Carl Koch, 25. Februar 1937, zit. nach: Menk, *Brüderbewegung*, S. 47f.

2 Menk, *Brüderbewegung*, S. 49.

### 6.1.2. Dr. Hans Becker – eine umstrittene Persönlichkeit

Als Sohn einer Kaufmannsfamilie aus Essen war Hans Becker (1895–1963) eine höhere Ausbildung zugekommen. Sein Jurastudium wurde vom Ersten Weltkrieg unterbrochen, in dem er Fliegeroffizier war und eine Glaubenskrise durchlebte, die er aber während seines Weiterstudiums nach 1918 überwand. Er promovierte schließlich an der Universität Greifswald zum Dr. jur. Nach dem Abschluss seines Studiums arbeitete er als Manager beim Hoesch-Konzern in Essen und lebte ab 1932 mit seiner Familie in Dortmund.

Durch die Christliche Versammlung wurde er schon früh geprägt und engagierte sich in der Gemeinde in verantwortlicher Stellung. Als leitender Bruder der »Stündchenbewegung« hatte er ihr auch seine Prägung gegeben. Besonders lag es ihm am Herzen, »die durch die darbystische Absonderungslehre gesetzte Abgrenzung der ›Christlichen Versammlung‹ zu durchbrechen und in Aufnahme der Gemeinschaft mit anderen wahrhaften Christen die *eine* Gemeinde Jesu Christi zu suchen.«<sup>3</sup> Er hätte es wohl auch in Kauf genommen, dieses Ziel ohne das alte Brüdertum zu verfolgen. Durch das Verbot der Christlichen Versammlung sah er sich in die Aufgabe hineingestellt, der gesamten Christlichen Versammlung zu helfen und die Trennung der »Stündchenbewegung« zurückzustellen. Jordy beschreibt ihn als einen Mann, der es von Berufs wegen gewohnt war, »zu handeln und zu organisieren, Menschen zu leiten und Aufgaben zu delegieren.«<sup>4</sup> Durch seinen Führungsstil geriet er allerdings auch in die Kritik. Nach dem Dritten Reich hinterfragte man ihn besonders, da er, nationalsozialistisch eingestellt, sein Handeln und Reden entsprechend ausgerichtet hatte. (Er stand zwar nationalsozialistischen Kreisen nahe, trat aber nie der NSDAP bei.) Nach dem Ende des Dritten Reiches bekannte er seine Schuld, was ihm hoch anzurechnen ist. Auch wollte er sein Amt als Vorsitzender des BEFG aufgeben. Es ergibt sich allerdings ein schwankendes Bild, denn Becker ließ sich dazu überreden, seine Führungsposition 1946 wieder aufzunehmen.

## 6.2. Das Verbot der Christlichen Versammlung 1937

Am 13. April 1937 wurden die Gemeinden der »Brüder« durch einen Erlass des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei aufgelöst und verboten. Von dem Verbot waren etwa 60 000 Personen betroffen, die den Christlichen Versammlungen in Deutschland angehörten. Die Offenen Brüder, die sich seit 1934 »Kirchenfreie christliche Gemeinden« nannten, waren diesem Verbot noch nicht unterworfen. Sowohl sie als auch die Baptisten reagierten mit Zurückhaltung. Man forderte die Gemeinden dazu auf, »keinesfalls Personen in die Gemeinde aufzunehmen, die von dem Verbot betroffen«<sup>5</sup> seien.

Dr. Fritz Richter, der Rechtsbeistand der Brüdergemeinden, zitierte in einem Brief vom 28. April den genauen Wortlaut des Verbots:

---

3 Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 103.

4 Ebd., S. 104.

5 Christian Schatz / Heinrich Neumann / Werner Freiherr von Schleinitz, KcG-Rundschreiben, 3. Mai 1937 (DZ); Ähnliches aus baptistischen Quellen ist zu finden bei: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 220.

»Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat hat der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern folgende Sekten mit sofortiger Wirkung für das gesamte Reichsgebiet aufgelöst und verboten: die Sekte ›Schopdacher Freundeskreis‹, die Sekte ›Siebenten-Tags-Adventisten vom III. Teil‹, und die Sekte ›Christliche Versammlung‹ auch ›Darbysten‹ oder ›Christen ohne Sonderbekenntnis‹ genannt.«<sup>6</sup>

In diesem Schreiben rät Richter den Gemeinden, alle Zusammenkünfte zu vermeiden, solange die Situation nicht geklärt sei. Er werde sich bemühen, die Gründe für das Verbot herauszufinden und Möglichkeiten zur Aufhebung zu finden.<sup>7</sup>

Den Vertretern der Christlichen Versammlung wurden jedoch keine genauen Gründe für das Verbot genannt. Sie hatten lediglich das Schreiben der Gestapo, in dem als gesetzlicher Rahmen für das Verbot die Reichstagsbrandverordnung angeführt wurde. Aufgrund neuerer Quellenfunde stellt Andreas Liese die These auf, dass das Verbot entgegen bisherigen Vermutungen ideologisch begründet gewesen sei.<sup>8</sup> In einem Schreiben der Gestapo vom 3. Juni 1937 an die verschiedenen Staatspolizeistellen heißt es:

»Die ›Christliche Versammlung‹ ist verboten worden, weil sich unter dem Einfluss der in ihr massgeblichen darbystischen Richtung, die jegliche positive Einstellung zu Volk und Staat verneint, verschiedentlich Bibelforscher und Marxisten zu ihr gefunden und sich als solche auch weiterhin betätigt haben.«<sup>9</sup>

Der Vorwurf, dass die »Brüder« »Bibelforschern« und »Marxisten« Unterschlupf gewährt hätten, ist vermutlich zurückzuweisen.<sup>10</sup> Mehr Gewicht wird darauf zu legen sein, dass, wie es auch im Verbot anklang, die »Brüder« als »Darbysten« bezeichnet wurden. Aufgrund der konfessionskundlichen Literatur von Scheurlen und Algermissen aus den dreißiger Jahren<sup>11</sup> musste man bei der Gestapo den Eindruck gewonnen haben, dass die »Darbysten« nicht am weltlichen und politischen Geschehen teilnehmen wollten, was für einen großen Teil ja auch zutraf. »Die Interpretation des Darbysmus als Ablehnung aller irdischen Werte und die daraus folgende Einschätzung der C[hristlichen] V[ersammlung] als einer staatsfeindlichen ›Sekte‹ stellte nun eine Begründung für das Verbot dar.«<sup>12</sup> Aus dem eigenen Schrifttum und anderen Darstellungen war bei den führenden Stellen der Gestapo der Eindruck entstanden, dass die Christlichen Versammlungen eine Gefährdung für den Staat hätte darstellen können. Auch wenn eine strikte Anlehnung an die Grundsätze Darbys oft nicht mehr der Gemeindepraxis entsprach, konnte dies den entsprechenden Stellen nicht transparent gemacht werden.

---

6 Fritz Richter, 28. April 1937, in: Hartmut Kretzer (Hg.), *Quellen zum Versammlungsverbot des Jahres 1937 und zur Gründung des BfC*, Neustadt/Weinstr. 1987, S. 72.

7 Ebd.

8 Vgl. Andreas Liese, »War alles ganz anders? Anmerkungen zur Geschichte der Brüderbewegung im Dritten Reich im Lichte neuerer Quellenfunde. Ein Forschungsbericht«, in: *Freikirchenforschung* 6 (1996), S. 120–130.

9 Schreiben der Gestapo, 3. Juni 1937 (DZ).

10 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 100.

11 Vgl. ebd., S. 100; Liese, »War alles ganz anders?«, S. 121.

12 Liese, »War alles ganz anders?«, S. 124.

Jordy führt als Grund für das Verbot »die als ›Volks- und Staatsgefährdung‹ empfundene Undurchsichtigkeit der ›Christlichen Versammlung‹ als Organisation«<sup>13</sup> an. Nach dem oben angeführten Argument scheint die Organisationsfrage als Ursache des Verbots eher zweitrangig gewesen zu sein. Im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Milderung des Verbots hingegen wurde diese Frage wichtiger. An den staatlichen Auflagen für die Gründung des BfC ist zu erkennen, dass den loyalen Kreisen der früheren Christlichen Versammlungen »eine Möglichkeit der religiösen Betätigung nicht verweigert werden«<sup>14</sup> sollte. Unter staatlicher Steuerung wurde im Mai 1937 allmählich der Weg für die Gründung des BfC geebnet.

Die Tage nach dem Verbot waren von dem Bemühen geprägt, beim Polizeiamt der Gestapo doch noch eine Aufhebung herbeizuführen. Mit der Autorität der Brüderkonferenz unterzeichneten die Brüder Fritz Richter, Ernst Brockhaus und Hugo Hartnack ein Schreiben an die Gestapo, in dem sie versicherten, dass die Brüdergemeinden keinesfalls im Sinne des Verbots eine Gefahr für die Volksgemeinschaft darstellten:

»Tatbestände dieser Art sind uns aus unserem Kreise auch nicht in etwa bekannt. [...] Nach alledem können wir nur annehmen, daß dem Verbot unserer Gemeinschaft entweder eine Verwechslung mit anderen, ähnlich benannten Gemeinschaften oder Sekten oder aber eine böswillige und unberechtigte Verleumdung zugrunde liegt.«<sup>15</sup>

Die Eingaben bei der Gestapo in Berlin und auch das persönliche Vorsprechen der oben genannten Vertreter am 29. April 1937 konnten jedoch keine Aufhebung des Verbots bewirken. Daher musste man sich bald Gedanken darüber machen, wie man die Zusammenkünfte der Gemeinden wieder ermöglichen könne.

### 6.3. Wege aus der Krise

In Gemeindekreisen verstand man das Verbot als Eingreifen Gottes. Man bemühte sich herauszufinden, wo die Gemeinden geistlich versagt hatten und welche Konsequenzen man aus dem Verbot für das geistliche Leben in den Gemeinden ziehen sollte.

Bei einem Teil der Gemeinden kamen schnell Gedanken auf, dass das gemeindliche Leben wiederhergestellt werden müsse. Auslöser für das Gericht Gottes in Form des Verbots war nach Ansicht dieser Richtung die Spaltung und das Festhalten an Dogmen, die die »Brüder« voneinander trennten. Daher waren sie auch gerne bereit, in einer neuen organisatorischen Form einen Bund mit anderen Gemeinden einzugehen, um in Einheit mit ihnen zu »leben«. Die Initiative für das Fortbestehen der Christlichen Versammlung nahm Dr. Hans Becker in die Hand. Er hatte Kontakte zum Reichskirchenministerium und leitete erste Gespräche ein.

Schon am 30. April 1937 konnte Becker seine Kontakte geltend machen und persönlich beim Staatspolizeiamt Berlin vorsprechen. Er betonte bei dieser Gelegenheit, dass er nicht eine Aufhebung des Verbots bewirken wolle, wie die Vertreter der Gemeinden es am Vortag versucht hatten. Des Weiteren legte er Wert darauf zu beteuern, dass die Christlichen Versammlungen politisch unbedenklich seien. Wenn bei diesem Gespräch

---

13 Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 100.

14 Liese, »War alles ganz anders?«, S. 125.

15 An das Geheime Staatspolizeiamt, 29. April 1937 (DZ).

von Seiten des Staates auch keine Zusicherungen gegeben wurden, so scheint es bei der Gestapo doch der Auslöser gewesen zu sein, darüber nachzudenken, »ob nicht dem von dem Verbot betroffenen Kreis von Menschen die Möglichkeit weiterer Zusammenkünfte zu religiösen Zwecken gegeben werden könne«.<sup>16</sup>

Am 7. Mai erging an Becker die Aufforderung, bei der Gestapo eine Selbstdarstellung der Christlichen Versammlung einzureichen. Daraufhin berief er für den 9. Mai eine Versammlung in Velbert ein, bei der er eine Milderung des Verbots in Aussicht stellte, wenn die Brüder ihm die Verhandlungsvollmacht zugestehen und einigen Veränderungen in ihrem Selbstverständnis zustimmen würden. Ganz im Sinne der »Stündchenbewegung« zielte Becker darauf ab, dass die »Brüder« sich mehr in »Duldsamkeit« üben sollten. Duldsamkeit gegenüber anderen christlichen Kreisen, wie z. B. im Rahmen der Allianz, sollte an die Stelle der bisherigen Absonderung treten. Dazu forderte Becker auch ein größeres Maß an »Duldsamkeit« bezüglich der Schriftauslegung. Die Schriften der »Brüder« sollten der Bibel wieder stärker untergeordnet werden. Erstaunlicherweise stimmten die Versammelten in Velbert Beckers Forderungen zu. So erklärte Hugo Hartnack:

»Wir sollten uns still beugen unter die mächtige Hand Gottes, die uns gedemütigt hat. [...] Wenn es möglich sein sollte, daß wir uns wieder im Namen Jesu versammeln können, dann sollte es mehr in Verbindung mit andern Gläubigen geschehen.«<sup>17</sup>

Allerdings wurden hier auch schon Zweifel an Beckers Alleingang laut. Einer der Brüder, August Schumacher, verließ aus Protest die Versammlung. Bezeichnenderweise waren die meisten der rund 70 Reisebrüder der Elberfelder Versammlung nicht vertreten. Sie standen schon vor dem Verbot in Konflikt mit Beckers Ansichten.

Nach dieser Konferenz wurde Becker umgehend nach Berlin eingeladen, wo er am 12. Mai erneut mit Beamten des Staatspolizeiamtes in Gespräche eintrat. Bei diesen Gesprächen ging es vor allem um zwei Fragen. Zum einen sollte die Einstellung der Christlichen Versammlung zu Volk und Staat geklärt werden. Becker konnte dabei die dezidiert unpolitische Haltung der »Brüder« nicht verleugnen. Denn so hieß es ja auch in den Selbstdarstellungen von Kietzells und Beckers: »Wie wir von kirchlichen Streitigkeiten unberührt geblieben sind, so haben sich unsere Bestrebungen auch von politischen Tendenzen grundsätzlich freigehalten.«<sup>18</sup> Aber Becker wies auch darauf hin, dass die Praxis inzwischen anders aussehe. Dasselbe Argument führte er auch zur Frage nach der Einstellung der »Brüder« zur Kultur an. Er verdeutlichte den Beamten, dass die offiziell ablehnende Haltung zu den genannten Punkten zwar in den Veröffentlichungen der »Brüder«-Kreise auftauche, aber nicht mehr der Praxis entspreche.<sup>19</sup>

Nach diesen Erklärungen kam das Gespräch auf die Einrichtung einer Organisation der Brüdergemeinden. Die Versammlung in Velbert hatte ihn damit beauftragt, die Form dieser Organisation zu erörtern. Die Regierung wollte eine durchschaubare Organisation mit einem Reichsbeauftragten an der Spitze, der für alle ihm untergeordneten Landes- bzw. Ortsbeauftragten verantwortlich sein sollte. Mit diesem vorläufigen Ergebnis wurde Becker entlassen. Man wollte ihn in den nächsten Tagen schriftlich über die Entschlüsse informieren.

---

16 Hans Becker, *Die Wahrheit über den Bund freikirchlicher Christen*, o. J., S. 2 (DZ).

17 Protokoll der Zusammenkunft in Velbert, 9. Mai 1937, S. 6 (DZ).

18 Becker, *Die Wahrheit über den Bund freikirchlicher Christen*, S. 39 (DZ).

19 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 110.

Anstelle einer schriftlichen Mitteilung wurde Becker am 20. Mai 1937 telefonisch in Kenntnis gesetzt. Dr. Richter, der in dieser Krisenzeit die Gemeinden über Rundschreiben auf dem Laufenden hielt, schrieb am folgenden Tag:

»Die Verhandlungen betreffend das Verbot der ›Christlichen Versammlung‹ mit den zuständigen Berliner Dienststellen haben zu einem gewissen Abschluss geführt, welcher unter einigen Voraussetzungen demnächst ein Wiederzusammenkommen möglich erscheinen lässt. Die Einzelheiten hierüber werden Ihnen von mir Anfang nächster Woche mitgeteilt.«<sup>20</sup>

Für den 23. Mai wurde eine weitere Versammlung nach Dortmund einberufen, bei der auch ein Gestapo-Beamter zugegen war, der die Ausführungen Beckers über die neue Organisation und ihre Form bestätigen konnte. Auch bei diesem Treffen erhielt Becker die Zustimmung der anwesenden Brüder. Am nächsten Tag schrieb Dr. Richter an alle Versammlungen einen Brief, in dem er über die Neuerungen informierte und mindestens einen Vertreter pro Versammlung für den 30. Mai 1937 nach Elberfeld einlud. Dort sollte über den weiteren Weg der Gemeinden informiert werden, damit es dann örtlich zu Abstimmungen kommen konnte, ob man dem neuen Bund beitreten wolle.<sup>21</sup>

Richter stellte deutlich heraus, dass eine Aufhebung des Versammlungsverbots nicht mehr zur Debatte stehe. Den Ansprüchen des Staates folgend sollte ein Name gefunden werden,

»der *einheitlich* den Personenkreis kennzeichnet (und sich von anderen Kreisen unterscheidet) [...] Der Staat erhebt Anspruch darauf, daß künftig durch eine ordnungsgemäße Verwaltung der Religionsgemeinschaft eine Körperschaft nachgewiesen wird, die a) in ihrer Führung, b) in ihrer Personenzusammensetzung, c) in ihrer Zielsetzung übersichtlich und durchsichtig, d. h. politisch anstandsfrei und *nicht etwa volks- und staatsfeindlich* ist.«<sup>22</sup>

## 6.4. Die Elberfelder Zusammenkunft am 30. Mai 1937

Am 29. Mai, also einen Tag vor der Konferenz in Elberfeld, wurde Becker von der Gestapo informiert, dass ein kollektiver Eintritt der Ortsgemeinden in den BfC nicht möglich sein werde. Von staatlicher Seite befürchtete man, dass damit wieder die alten »staatsfeindlichen« Elemente Einzug halten würden. Ein Aufleben des Darbysmus in diesem Sinne wollte man auf jeden Fall verhindern. Dieser Einspruch löste auch ein Problem Beckers. Er hatte befürchtet, dass auch diejenigen in den Bund eintreten würden, die die geistlichen Anliegen Beckers und der »Stündchenbewegung« nicht mittragen konnten. Durch die Auflage des Staates, dass jeder persönlich in den BfC einzutreten habe und dies von dem jeweiligen Ortsbeauftragten zu genehmigen sei, hatte Becker die Möglichkeit, diesen Personenkreis auszuschließen.

Auf der Konferenz in Elberfeld löste diese kurzfristige Wende Erstaunen aus. Vor allem beunruhigte die Konferenzteilnehmer die nahezu absolute Macht Hans Beckers in

---

20 Fritz Richter, Rundschreiben, 21. Mai 1937 (DZ).

21 Vgl. Fritz Richter, Rundschreiben, 24. Mai 1937 (DZ).

22 Ebd., S. 1. Hervorhebungen im Original.

diesem Unternehmen. Es erfolgte aber nur eine schwache Gegenwehr, da man die soeben wieder entstehende Freiheit nicht aufs Spiel setzen wollte.

In seiner Rede vor den rund 1000 Teilnehmern der Zusammenkunft in Elberfeld legte Becker am Nachmittag des 30. Mai 1937 sowohl die geistlichen als auch die staatlichen Bedingungen der neuen Organisation dar. Er betonte vor der Versammlung noch einmal die geistlichen Gründe für das Verbot. In der »Nichtverwirklichung der Einheit« und der »Überschätzung der Lehre der Brüder«<sup>23</sup> sah er die Schwächen und forderte daher »Duldsamkeit«.

»Neu anfangen heißt nicht ein neues Fundament des Glaubens legen und darauf einen Neubau errichten. [...] Ihr erster Grundsatz soll Duldsamkeit sein gegenüber Auffassungen, die nach der Schrift möglich sind, auch wenn sie nicht in den Schriften der »Brüder« gefunden werden oder ihnen sogar widersprechen.«<sup>24</sup>

Becker sprach auch von dem Verantwortungsgefühl des Einzelnen, wie er sich über andere Personen oder Ereignisse äußere. Dies sollte unter den Ortsbeauftragten in rechte Bahnen zu friedvollem Umgang miteinander geführt werden. Auch nach außen sollte sich eine größere Einheit darstellen. Becker strebte die Einheit des Leibes Christi nicht nur im Rahmen der Christlichen Versammlung an. Daher sagte er: »Eins aber soll grundsätzlich und entscheidend neu werden: unser Verhältnis zu anderen Kreisen von Gläubigen.«<sup>25</sup> Anschließend sprach Becker über die staatlichen Forderungen. An erster Stelle stand die »Staatsbejahung«. Er erklärte:

»Es dürfen nur solche Christen aufgenommen werden, die staatsbejahend sind. Staatsbejahung ist nicht die Haltung, die zwar nichts gegen den Staat unternimmt, aber ihm doch mit mehr oder weniger Gleichgültigkeit gegenübersteht.«<sup>26</sup>

Das zweite Stichwort hieß »Lebensbejahung«. Die »Brüder« sollten ihre »lebensverneinende« Haltung gegenüber Gebieten wie Technik, Kunst, Wissenschaft oder sportlicher Betätigung aufgeben, da sie »an sich weder gut noch böse«<sup>27</sup> seien. Nach diesen Forderungen mussten die folgenden Worte beschwichtigend auf die Zuhörer wirken: »Das Gesagte ist für viele unter uns nichts Neues. Sie hatten auch bisher schon die richtige Einstellung zu Volk und Staat, überhaupt zu allen Werten der diesseitigen Welt.«<sup>28</sup>

Über die Grundsätze des »Bundes freikirchlicher Christen« konnte im Rahmen der Versammlung in Elberfeld nicht diskutiert werden. Zum einen gab es sicherlich eine Reihe von Teilnehmern, die mit den Neuerungen einverstanden waren, zum anderen verhinderte die Anwesenheit der Gestapo-Beamten eine offene Aussprache der Bedenken und Widersprüche. Abschließend nannte Becker noch einmal die Grundsätze des BfC:

- »1. Biblisch-christlicher Glaube.
2. Einwandfreier Lebenswandel und guter Ruf.
3. Der Wille in Wort und Tat ein Zeuge für Jesus Christus zu sein.

---

23 Vgl. *Elberfelder Zusammenkunft vom 30. Mai 1937 (kurze Zusammenstellung der Ausführungen von Dr. Hans Becker)*, S. 4f. (DZ).

24 Ebd., S. 5f.

25 Ebd., S. 6.

26 Ebd., S. 7.

27 Ebd., S. 8.

28 Ebd.

4. Staatsbejahung im oben erläuterten Sinne.
5. Bewußtes Streben nach der Einheit mit allen Gläubigen.
6. Duldsamkeit untereinander.
7. Aufgeschlossenheit für die Dinge dieses Lebens.«<sup>29</sup>

Ausdrücklich bezog Becker die Möglichkeit ein, dem BfC nicht beizutreten. Dabei zielte er besonders auf die Vertreter eines strengen »Darbyismus«:

»Jeder, der nicht ehrlich bereit ist, diesen neuen Weg zu gehen, tut besser, wenn er sich nicht um die Mitgliedschaft bemüht. [...] Abwarten mögen vor allem die Verfechter dessen, was man »Darbyismus« nennt. [...] Es war zwar nur ein kleiner Teil, der so dachte; aber er war führend. Diese Führung muss endgültig erledigt sein.«<sup>30</sup>

Damit meinte Becker jedoch nicht die breite, konservative Masse der Gemeinden; sie bezeichnete er als die »große Masse der Geführten. Von ihr zu verlangen, daß sie von heute auf morgen umlerne, wäre unbillig. Sie wird Gegenstand der zukünftigen Aufklärung und Belehrung sein.«<sup>31</sup>

In mancher Hinsicht war der 30. Mai ein »Schwarzer Sonntag«.<sup>32</sup> Ohne dass die große Masse der Gemeindevertreter es registrierten, hatte sich die Christliche Versammlung dem Führerprinzip untergeordnet. Angesichts der starken inneren Konflikte wurde vielen die weitreichende organisatorische Durchdringung der Gemeinden durch die Staatskontrolle gar nicht recht bewusst. Vielmehr stand den Besuchern der Bruch mit der lange gepflegten Einheit innerhalb des Rahmens der Christlichen Versammlungen vor Augen.

Für die Geschichte der Brüderbewegung waren die Umbrüche im Frühjahr 1937 ein tiefer Einschnitt. Diese Ereignisse lösten eine Spaltung innerhalb der Brüderbewegung aus, die nach dem Krieg nicht behoben werden konnte und bis heute besteht.

## 6.5. Gründung des BfC 1937

Trotz aller Bedenken trieb man die Gründung des BfC weiter voran. Am 3. Juni 1937 unterzeichnete Gestapo-Chef Reinhard Heydrich eine Verfügung, die die Gründung des BfC legalisierte. Hierin wurde zum wiederholten Male betont, dass man von Seiten des Staates Dr. Becker an der Spitze des neuen Vereins sehen wollte:

»Da gegen die Person und die Lehre von Dr. Hans Beckers, wohnhaft zu Dortmund, keine Bedenken bestehen, so ist demselben zwecks religiöser Betreuung der durch das Verbot der »Christlichen Versammlung« betroffenen Volksgenossen die Gründung eines Bundes »freikirchlicher Christen« gestattet worden und zwar mit solchen Mitgliedern der »Christlichen Versammlung« die bisher auf dem Boden der national-sozialistischen Weltanschauung stehen und zum Teil alte Parteigenossen sind.«<sup>33</sup>

---

29 Ebd., S. 10.

30 Ebd., S. 11.

31 Ebd.

32 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 117.

33 Reinhard Heydrich, Verfügung, 3. Juni 1937 (DZ, Fehler im Original).

Am selben Tag erging ein Rundschreiben Dr. Richters, der die Geschäftsstelle in Düsseldorf leitete, an die Gemeinden, in dem er über das Vorgehen zur Neugründung der Ortsgemeinden aufklärte. In weiteren Rundbriefen ermahnte er die Gemeindeglieder immer wieder, sich an das Verfahren zu halten. Für die »Brüder« war es äußerst ungewohnt, mit Formularen, Genehmigungen und großem Verwaltungsaufwand umzugehen. Während der ersten Zusammenkunft des BfC am 20. Juni 1937 in Düsseldorf erklärte Richter noch einmal ausdrücklich das Verfahren, wie eine BfC-Gemeinde rechtmäßig zusammenkommen könne:

»Es ist wichtig, in diesem Zusammenhang ausdrücklich festzustellen, daß die Ortsbeauftragten vom Vertrauen der örtlichen Gemeinde getragen sein sollten. Sie werden daher auch von ihrer Gemeinde gewählt und können ihr Amt ausüben, wenn sie vom Reichsbeauftragten bestätigt worden sind. Die Bestätigung durch den Reichsbeauftragten muß erfolgen, weil dieser der Regierung gegenüber die politische Verantwortung für den Bund persönlich trägt und daher auch die Gewähr haben muß, daß der einzelne Ortsbeauftragte neben seinen Eigenschaften als Christ die politischen, an dieses verantwortungsvolle Amt geknüpften Voraussetzungen erfüllt.«<sup>34</sup>

In diesem System von Verantwortlichkeiten war Becker vom Staat die absolute Führung zugesprochen worden. In Zusammenarbeit mit dem überzeugten Nationalsozialisten hatte der Staat auch Zugriff auf die Mitgliederlisten und konnte jedes Gemeindeglied politisch überprüfen und überwachen. Als Bundesbeauftragter konnte Becker über jede Mitgliedschaft, jeden Orts- oder Bezirksbeauftragten entscheiden. Diese Möglichkeit nutzte Becker auch aus. Die frühere »darbystische« Führungsschicht schloss er teilweise von der Mitgliedschaft im BfC oder jedenfalls von verantwortlichen Ämtern aus.<sup>35</sup>

Etwa 10 % der früheren Christlichen Versammlung traten dem BfC nicht bei. Als es zur Entscheidung über die Gründung kam, schieden sich die Geister vor allem an der Person Beckers. Einige hätten in den Bund eingewilligt, wollten aber nicht unter der Leitung Beckers und seiner »liberalen« Ansichten stehen. Andere kritisierten stärker die theologische Aufweichung des Gemeindeverständnisses. Sie wollten nicht in einer »Organisation« sein. Lieber nahmen sie das Verbot in Kauf und trafen sich heimlich. Auch sie sahen in dem Verbot ein Gericht Gottes. Ihrer Ansicht nach sollte jeder vor Gott stehen und sich neu auf ihn ausrichten. Ein Zusammengehen mit anderen Gemeinden hätte ihrer Meinung nach die Maßstäbe nur weiter aufgeweicht.

Nachdem am 12. Juni 1937 den Gemeinden und den Behörden ein Verfassungsentwurf vorgelegt worden war, dauerte es bis zur endgültigen Verabschiedung der Bundesverfassung aber noch zwei Jahre. Erst auf der Elberfelder Konferenz im Mai 1939 wurde die endgültige Fassung verabschiedet. Am 25. Juli 1939 wurde sie dann dem Amtsgericht Düsseldorf vorgelegt und der BfC ins Vereinsregister eingetragen. Diesen langen Zeitraum nutzten die Brüder, um sich mit dem Gemeindeverständnis auseinander zu setzen. Die Frage, wie man die zivilrechtliche Organisation des BfC mit dem neutestamentlichen Gemeindeverständnis vereinen könne, war Thema der Konferenzen, die in diesem Zeitraum stattfanden. Der erste Satzungsentwurf hatte dazu gedient, dass die Gemeinden sich bald wieder versammeln konnten, er wurde aber noch überarbeitet. In einem Rundschreiben spielte Becker die Bedeutung des BfC herunter:

---

34 Fritz Richter, 20. Juni 1937, in: Kretzer, *Quellen*, S. 117.

35 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 128.

»Dieser Bund ist lediglich eine verwaltungsmässige Organisation, die nicht den Anspruch stellt, Gemeinde im Sinne der Schrift zu sein, sondern ein Werkzeug zur Hilfe für die Gemeinde, so wie es etwa die Vereine sind, die in Deutschland vielfach Träger des Versammlungsvermögens waren, da die ›Chr. Versammlungen‹ Eigentum nicht besitzen konnten.«<sup>36</sup>

Im Gemeindeleben wirkte sich die Kontrolle des religiösen Lebens durch den Staat aber nicht nur in der Organisation aus. Versammlungen waren nur erlaubt, wenn sie gottesdienstlichen Charakter hatten. Die Gemeindechöre wurden dem Christlichen Sängerbund und damit der Reichsmusikkammer unterstellt.<sup>37</sup> Auch die Finanzierung des Bundes über Spenden, so wie es vor dem Verbot praktiziert worden war, gestaltete sich schwieriger. Die Kassenführung hatte weiterhin Ernst Brockhaus in Wuppertal-Elberfeld. Durch das Verbot von Kollekten, wie sie vor 1937 in den sonntäglichen Versammlungen durchgeführt worden waren, ging ein biblisch bewährtes Prinzip verloren. Die nach wie vor freiwilligen Beiträge mussten nun auf Listen festgehalten werden.<sup>38</sup>

## 6.6. Zusammenschluss der Offenen und Geschlossenen Brüder

Schon zu Beginn des Jahres 1937 war von den Baptisten angeregt worden, als christliche Gemeinden näher zusammenzurücken. Auf der Kasseler Konferenz am 20. August 1937 trafen dann der Bund der Baptistengemeinden, der Bund freikirchlicher Christen und die Kirchenfreien christlichen Gemeinden (Offene Brüder) zusammen. Es kristallisierte sich heraus, dass einer Verbindung zwischen »Brüdern« und Baptisten noch eine Reihe von abweichenden Einstellungen im Weg standen. Aber die Offenen und die BfC-Brüder stellten fest, dass ihre Auffassungen nicht mehr so stark voneinander abwichen. Vor allem die Veränderungen des Gemeindeverständnisses im Zuge der BfC-Gründung trugen wesentlich zu einer Annäherung bei. Am 20. August 1937 kam man mit Hilfe Paul Schmidts als »Makler«<sup>39</sup> zu einer gemeinsamen Erklärung. Die BfC-Brüder Dr. Hans Becker, Ernst Brockhaus, Hugo Hartnack und Dr. Fritz Richter sowie die Offenen Brüder Walter Vogelbusch, Christian Schatz, Werner Freiherr von Schleinitz, Heinrich Neumann und Ernst Lange unterzeichneten gemeinsam das entsprechende Dokument. In dem Schreiben hieß es:

»Die Aussprache hat somit ergeben, daß zwischen diesen beiden Gruppen in Deutschland keine Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen. [...] Wir halten es daher für unsere Pflicht vor Gott, unsern Geschwistern zu empfehlen, das vor 90 Jahren abgeschnittene Band der Gemeinschaft wieder anzuknüpfen. [...] Die praktische Durchführung dieser Vereinigung wird in weiteren Besprechungen erfolgen.«<sup>40</sup>

Der Zusammenschluss verzögerte sich noch bis zum Ende des Jahres, da vor allem in den Reihen der Kirchenfreien christlichen Gemeinden (KcG) einige Bedenken aufkamen. Auf

---

36 Schreiben von Dr. Hans Becker, 2. Mai 1938 (DZ).

37 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 126.

38 Vgl. ebd., S. 132.

39 Vgl. Menk, *Brüderbewegung*, S. 139.

40 An die Mitglieder des BfC und der KcG, 20. August 1937 (DZ).

der Berliner Konferenz der KcG vom 15. bis 17. November 1937 konnten diese nach langen Aussprachen ausgeräumt werden, sodass die 300 Teilnehmer am 17. November einer Vereinigung mit den BfC-Brüdern zustimmten. Ein Teilnehmer schrieb bewegt:

»Der Bund ist ein Zweckverband, nicht ein Bund von Gemeinden, sondern von Christen. [...] Die bisher von uns getrennten Brüder kommen also nicht ›zu uns‹ und wir nicht ›zu ihnen‹, sondern wir kommen zusammen und bilden von jetzt ab eine durch Gottes Geist gewirkte, in Seinem Worte geoffenbarte und von unsren Herzen verwirklichte Einheit.«<sup>41</sup>

Hans Becker und Christian Schatz, der Leiter der KcG, trieben die Vereinigung bis zum Jahresende voran. Im Rundschreiben vom 30. Dezember 1937 hieß es:

»Nachdem auf den Zusammenkünften, die innerhalb des B. f. C. und innerhalb der ›Kirchenfreien Christlichen Gemeinden‹ [...] stattfanden, einstimmig die Übereinstimmung zum Ausdruck kam, daß von der Schrift her eine Trennung der im B. f. C. und den ›Kirchenfreien Christlichen Gemeinden‹ vereinigten Brüder nicht mehr zu verantworten sei, ist inzwischen die Vereinigung dieser beiden Kreise vollzogen worden.«<sup>42</sup>

Die Anfrage beim Regierungspräsidenten wurde ebenfalls positiv beantwortet. Am 31. Januar 1938 wurde dem BfC und den KcG bestätigt, »dass gegen die Eintragung der Mitglieder ihrer Sekte in die Personenstandsliste unter der Bezeichnung ›Bund freikirchlicher Christen‹ keine Bedenken bestehen«.<sup>43</sup> Die Brüder der KcG übernahmen die Bezeichnung »Bund freikirchlicher Christen« und erhielten dieselbe Organisation mit Ortsbeauftragten und Ortsbeirat. Wo zwei Gemeinden am selben Ort ansässig waren, empfahl man eine Zusammenlegung der Veranstaltungen. Die Reisebrüder der KcG wurden vom BfC übernommen. Gemeinsam versahen die etwa 80 Brüder nun den Dienst in den Gemeinden.

Begrüßt wurde auch die durch den Anschluss der Offenen Brüder hinzugewonnene Bibelschule in Wiedenest. Um »Unklarheiten und manchmal irrtümlche [sic] Ansichten«<sup>44</sup> zu beseitigen, erhielten die Ortsbeauftragten ein Rundschreiben mit Informationen über dieses Werk zur Aufklärung der Gemeinden.

## 6.7. Abweichende Meinungen und erneute Abgrenzungen

### 6.7.1. Die Gegner des BfC

Auch wenn es nur ein kleiner Teil war, der sich dem BfC nicht anschließen wollte, sollen die wesentlichen Argumente und Überlegungen dieser Minderheit hier dargestellt werden. Vor allem in der Diskussion nach dem Krieg, als es zu erneuten Trennungen kam, wurde diese Auseinandersetzung wieder aufgegriffen.

Ende des Jahres 1937 brachte die Bundesleitung des BfC ihr Bedauern über die Spaltung zum Ausdruck:

---

41 August Freiherr von Wedekind, »Gedanken zur Verschmelzung der Brüder«, in: Kretzer, *Quellen*, S. 127.

42 BfC-Rundschreiben 18/37 (DZ).

43 Schreiben des Regierungspräsidenten, 31. Januar 1938 (DZ).

44 BfC-Rundschreiben 5/38, 29. März 1938 (DZ).

»Mit stillem Weh denken wir an solche unsrer Brüder, mit denen wir früher in der ›Versammlung‹ vereint waren, die aber den Weg zum B. f. C. bisher noch nicht gefunden haben. Sie sind und bleiben unsere Brüder, und wir möchten wünschen, daß der Herr auch ihnen in Seiner Gnade den Blick weite und auch ihnen schenke ›Einsicht in die Zeiten!‹ (1. Chron. 12. 32).«<sup>45</sup>

Diejenigen, die nicht dem BfC beitraten, waren meist einzelne Personen oder Familien. Seltener verweigerten ganze Gemeinden den Beitritt, so z. B. im Dillkreis. Die Gegner empfanden den massenhaften Übertritt in den BfC als ein »erdrutschartiges« Abweichen von den Grundsätzen der Christlichen Versammlung.<sup>46</sup> Sie führten dies auf den Wunsch vieler zurück, sich wieder versammeln zu können. Auch warfen sie namhaften führenden Brüdern wie Ernst und Walter Brockhaus vor, die Masse mitzuziehen: »Daß sogar manche führenden Brüder haltlos zusammenbrechen, beweist nur, daß hinter glänzenden äußeren Gaben ein mangelhafter Herzenszustand verborgen sein kann.«<sup>47</sup> Ein geteiltes Bild ergab sich bei den Reisebrüdern der Christlichen Versammlung. Ein Onkel Beckers wandte sich beispielsweise nach einigem Zögern vom BfC ab. Aus den Briefen geht hervor, dass August Schumacher sich bemüht hatte, mit seinem Neffen ins Gespräch zu kommen. Dieser wies die Anfragen seines Onkels aber als »gefühlsmäßige Einwendungen« ab, und Schumacher schied auch aus dem Reisebruder-Dienst aus. Er teilte seinem Neffen im September mit, warum er dem BfC nicht betreten wolle:

- »1. Ich kann den menschlich gewiesenen Weg unmöglich gehen, weil Du menschliche, ungöttliche Forderungen bis jetzt aufgestellt und in der neuen Niederschrift noch erweitert hast.
2. Weil ich die geistliche Führung und jede Bevormundung Deinerseits ablehne.
3. Weil ich mich nicht durch gefühlsmässige Einwendungen, sondern durch die Richtlinien des Wortes Gottes leiten liess.
4. Weil jede Bemühung, Dir in brüderlicher Liebe zu dienen, zwecklos ist.«<sup>48</sup>

Das letzte Argument deutet darauf hin, dass Becker die Auseinandersetzung mit Gegnern hochmütig zurückwies und deren Anfragen als emotional abtat.

Die Aufzählung Schumachers umfasst die meisten Beweggründe der Bundesgegner, die für die Distanzierung vom BfC angeführt wurden. Viele, vor allem die älteren Brüder, konnten Beckers Forderungen nach »Lebensbejahung« und Duldsamkeit nicht mittragen. Denn gerade diese Forderungen bedeuteten eine Loslösung von der Tradition, die man lange als biblisch erkannt und seit fast 90 Jahren gepflegt hatte. »Aber der Boden, auf dem wir zusammenkamen, ist in der Schrift bestätigt«, betonte Johannes Menninga. »Das ist ein Grund, und zwar der Hauptgrund, daß wir der neuen Gemeinde nicht beitreten können. Welcher Mann auch an der Spitze stehen mag.«<sup>49</sup>

Andere konnten gerade Dr. Becker als Führung nicht akzeptieren. In einem anonymen Papier werden mehrere Argumente gegen Beckers Führungsstil angeführt. Es sei im BfC entgegen allen Behauptungen eben nicht mehr wie früher, »weil von dem Führer ein

---

45 BfC-Rundschreiben 19/37 (DZ).

46 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 170.

47 Brief von Prof. H. Menge, 5. Juli 1937 (DZ).

48 Brief von August Schumacher, 29. September 1937 (DZ).

49 Brief von Johannes Menninga, 16. Juli 1937, in: Kretzer, *Quellen*, S. 330.

180-gradiger Kurswechsel auf der Gründungssitzung mit Nachdruck gefordert wurde«. <sup>50</sup> Auch könne man Beckers Behauptung, »der Bund sei nur eine äußere Form, die vorgeschrieben sei«, nicht bestätigen, da »tatsächlich die Satzungen das Ideengut des Bundesführers darstellen«. <sup>51</sup> Zuletzt prangerte man die absoluten Machtbefugnisse des Bundesführers an, »die in dem Schliessen ganzer Gemeinden gipfeln«. <sup>52</sup> Tatsächlich forderte Becker zwar Duldsamkeit, übte sie jedoch nicht gegenüber der konservativen Linie der früheren Christlichen Versammlung aus. Schon seit der »Stündchenbewegung« sah man ihn »als Führer einer Art Oppositionsgruppe« <sup>53</sup> an. So stand nach Ansicht der meisten Bundesgegner einer Organisation durchaus nichts entgegen, jedoch nicht unter seiner Führung und nicht in der Form, die Becker initiiert hatte.

Auch der Forderung Beckers nach »Lebensbejahung« brachte man Widerstand entgegen. Seine Ausführungen in der Elberfelder Versammlung hatten viele entsetzt. »Man mag über Lebensbejahung denken, wie man will, aber was am 30. Mai 1937 und nachher darüber gesagt worden ist, steht im Gegensatz zu den Linien, die das Wort Gottes zeigt.« <sup>54</sup> Beckers Anspruch auf Staatsbejahung wiesen die meisten, wie Franz Kaupp, ohnehin als unbegründet von sich: »Wer unter uns, die nicht im B. f. C. sind, verneint den nat. soz. Staat Adolf Hitler's? Wer ist nicht von Herzen dankbar, dass Gott uns diesen Mann als Retter aus der Not und Schmach gegeben hat?« <sup>55</sup>

Die Neubildung nach dem Versammlungsverbot Ende April 1937 empfanden die Kritiker als überstürzt. Dr. Hans Neuffer schrieb im Juni 1937:

»Persönlich glaube ich, daß wir zunächst noch in der Stille bleiben und Gott bitten sollen, uns den ganzen Segen dieser Prüfung zu schenken. Es erscheint mir jetzt nicht das Wichtigste, daß wir uns möglichst bald wieder versammeln«. <sup>56</sup>

Lediglich ein kleiner Teil wollte zu den alten Formen zurück. Die besondere Lehre der Elberfelder Brüder, die Absonderung, sollte keinesfalls aufgegeben werden. Denn man habe bisher nicht erkennen können, dass »die von Gott eingesetzte obrigkeitliche Gewalt, das Recht hat, der Kirche Jesu Christi eine Verfassung zu geben und ein Kontrollrecht über sie auszuüben«. <sup>57</sup> Diese Gruppe sah den Grund für das Verbot der Christlichen Versammlung darin, dass man sich nicht genau genug an die Absonderung gehalten hatte. Gerhard Löwen fragte: »Hat nicht all dies einen tieferen Grund in dem Mangel an Leben, der allgemeinen Lauheit dem erschreckenden geistlichen Tiefstand, der weithin zu Tage trat und von vielen; aber doch von viel zu wenigen erkannt wurde?« <sup>58</sup> Der Kreis um Becker dagegen interpretierte die Ereignisse als Mahnung Gottes, die Absonderung auf-

---

50 Anonym (ohne Datum), in: Kretzer, *Quellen*, S. 321.

51 Ebd.

52 Ebd.

53 Franz Kaupp, *Die Ekklesia Gottes*, November 1937, S. 3 (DZ).

54 Anonym (ohne Datum), in: Kretzer, *Quellen*, S. 322.

55 Franz Kaupp, *Die Ekklesia Gottes*, S. 4 (DZ).

56 Brief von Dr. Hans Neuffer, Juni 1937 (DZ).

57 Edwin Seitz (vermutlich), »*Bund freikirchlicher Christen*« oder »*Kirche (Gemeinde, Versammlung) Jesu Christi*«, Anfang Juni 1937 (DZ).

58 Gerhard Löwen, *8 Fragen*, 1937 (DZ).

zugeben und sich in Duldsamkeit zu üben. Daher ging man tatkräftig und selbstsicher ans Werk.

Aus den Quellen wird deutlich, dass es in der Frage des Verbots und der BfC-Zugehörigkeit in erster Linie darum ging, theologisch, im Sinne des Gemeindeverständnisses richtig zu handeln. Ob und inwieweit man sich damit dem Staat unterordnete und sich gleichschalten, ins Führerprinzip einbinden ließ, war eine zweitrangige Frage. Nur selten wird in den Stellungnahmen ausdrücklich zu bedenken gegeben, dass man mit der Gründung des BfC den staatlichen Forderungen entsprach und damit dem nationalsozialistischen Staat Einfluss auf die Versammlungen ermöglichte. Es gilt aber auch zu bedenken, dass der Bund freikirchlicher Christen die einzige Möglichkeit war, das Gemeindeleben auf legale Weise fortzuführen, und daher war es für viele, wie Ernst Schrupp schildert, keine grundsätzliche Frage: »Ja, es war schon im Gespräch, aber es hat nicht so sehr berührt, denn so konnte das Leben in der Gemeinde einfach weitergehen wie bisher. [...] Also, es war so: Wir können dann ja weitermachen wie bisher, warum sollen wir nicht uns organisieren?«<sup>59</sup>

### 6.7.2. Stimmen aus dem Ausland

Die Reaktionen der ausländischen »Brüder« war anfangs durchaus positiv. Bei einem Treffen am 27. und 28. August 1937 in Zürich stimmte nur ein kleiner Teil für einen Abbruch der Beziehungen zum BfC. Die meisten befürworteten Gespräche, um einen gemeinsamen Weg mit den deutschen »Brüdern« im BfC zu finden. Vom 3. bis 5. September kam eine neunköpfige Delegation nach Deutschland, um mit der BfC-Führung und den Gegnern Gespräche zu führen. Die Gegner waren enttäuscht, dass Becker die Delegation für seine Sache gewinnen konnte. Die Delegation riet den Kritikern sogar, um der Einheit willen dem Bund beizutreten. Sie sahen zunächst keinen Trennungsgrund. Das änderte sich allerdings, als im Ausland der Zusammenschluss des BfC mit den Offenen Brüdern bekannt wurde. Bei dem Treffen im September wurde die Delegation nicht über den Entschluss vom 20. August 1937 informiert. Doch mit diesem weitreichenden Schritt war die Toleranzgrenze der ausländischen »Brüder« überschritten. Am 10. Oktober 1937 wurde ein »Mahnruf an die Brüder in Deutschland, die zum ›Bunde freikirchlicher Christen‹ gehören«, <sup>60</sup> verfasst. Darin sprach man sich deutlich gegen die Organisation des BfC und die Position Beckers aus: »Wir sehen nirgends in Gottes Wort, daß die Kinder Gottes einen ›Bund freikirchlicher Christen‹ bilden. Die hl. Schrift belehrt uns, daß es seit Pfingsten auf der Erde nur einen Leib Christi gibt.«<sup>61</sup> In Bezug auf Becker hieß es in scharfem Ton:

»Woher kommt es, daß Ihr als obersten Führer Eurer Organisation einen Mann angenommen habt, von dem Ihr genau wußtet, daß *er in manchen Punkten der Lehre nicht gesund ist* und der schon längere Zeit eine Ursache ernster Beunruhigungen unter den Brüdern war?«<sup>62</sup>

---

59 Anhang, S. 105.

60 Bundesleitung des BfC (Hg.), *Ein Briefwechsel* [1. Teil], Düsseldorf, Januar 1938 (DZ).

61 Ebd., S. 3.

62 Ebd., S. 7.

Mit Empörung verwies man darauf, dass die Verantwortlichen ihnen »sorgfältig den ersten Beschluß verborgen haben, den sie am 20. August faßten«. <sup>63</sup> Den Zusammenschluss mit den Offenen Brüdern konnte man keinesfalls akzeptieren. Wenn es möglich gewesen wäre, hätte man den deutschen »Brüdern« empfohlen, sich noch einmal damit auseinander zu setzen, wie es 1848 zur Trennung gekommen war. Der Bethesda-Streit <sup>64</sup> sei nicht so einfach zu überwinden. <sup>65</sup> Die seit Jahrzehnten erhärteten Fronten bezüglich der Absonderungsfrage ließen sich nicht mehr aufweichen. Von der anfänglichen Zustimmung wollten die ausländischen »Brüder« nun nichts mehr wissen.

Dieser Bruch mit den ausländischen »Brüdern« wurde auf einer Konferenz am 23. Juli 1938 in Den Haag noch durch einen weitreichenden Entschluss gefestigt. Dort beschloss man die Exkommunikation aller BfC-Anhänger aus der weltweiten Gemeinschaft der Geschlossenen Brüder. Deutlich kritisierte man noch einmal den bereits beschrittenen Weg:

»Der ›Bund‹ hat die Wahrheit von der Einheit *gemäß der Schrift* verlassen, indem er eine nationale Grundlage nahm; er hat Eingriffe getan in die Rechte des Heiligen Geistes durch die Annahme des *Führerprinzips*. Er ist eine ganz neue Gemeinschaft, steht unter dem Einfluß der irdischen Obrigkeit und wird im Prinzip auch durch sie geleitet: eine Vermischung von Dingen des Staates mit denen der Versammlung Gottes.« <sup>66</sup>

Die Argumente, die in Deutschland angeführt wurden, vor allem die Forderungen Beckers nach Lebens- und Staatsbejahung, wurden vom Ausland nicht aufgenommen, vielmehr erkannte man von außen den Einfluss des Staates. Man sah in der Annahme einer Organisation und im Zusammenschluss mit den Offenen Brüdern eine Rückkehr »zu den Systemen«, von denen sich die ersten »Brüder« fast hundert Jahre vorher abgekehrt hatten. <sup>67</sup> Die ausländischen »Brüder« zogen die Konsequenz: »Daher glauben wir, daß Gott will, daß wir diese neue Gemeinschaft verwerfen, weil sie den schriftgemäßen Boden des Zusammenkommens verlassen hat.« <sup>68</sup> Das bedeutete, dass die BfC-Mitglieder vom Abendmahl der Geschlossenen Brüder ausgeschlossen wurden. Für die Gegner des Bundes war die klare Stellungnahme der ausländischen Mitstreiter ein Rückhalt, der sie in der Zeit des Nationalsozialismus stärkte. Denn sie erwartete eine Zeit der Isolierung und teilweise auch der Verfolgung. Nach dem Krieg fanden sie bei den gleich gesinnten Gruppen im Ausland große Unterstützung.

---

63 Ebd., S. 5.

64 Der Bethesda-Streit führte 1848 zur Trennung der Geschlossenen von den Offenen Brüdern. Darby selbst war dabei in eine Auseinandersetzung mit der Bethesda-Gemeinde in Bristol verwickelt. Seine Lehre von der Absonderung wurde zum Stein des Anstoßes. Näheres bei Gerhard Jordy, *Die Brüderbewegung in Deutschland*, Bd. 1: *Das 19. Jahrhundert: Englische Ursprünge und Entwicklung in Deutschland*, Wuppertal 1979, S. 33–35.

65 Vgl. Bundesleitung des BfC (Hg.), *Ein Briefwechsel* [1. Teil], S. 6.

66 Bundesleitung des BfC (Hg.), *Ein Briefwechsel*, 2. Teil, Düsseldorf, Januar 1939, S. 4 (DZ).

67 Ebd., S. 5.

68 Ebd.

## 7. Entwicklungen außerhalb der Gemeinden

### 7.1. Die Bemühungen um einen Zusammenschluss der evangelischen Freikirchen

Die Kritik innerhalb und außerhalb Deutschlands am Zusammenschluss des BfC mit den KcG bezog sich auch auf die weiterreichende Perspektive Beckers. Auf der einen Seite sprach er immer wieder davon, dass der BfC lediglich eine äußere Form sei, die das Gemeindeleben nicht beeinflussen solle,<sup>1</sup> auf der anderen Seite hatte er schon in Elberfeld erklärt, dass es zu prüfen sei, »ob es überhaupt noch schriftgemäße Gründe gibt, die uns von den anderen Gemeinschaften von Gläubigen trennen«.<sup>2</sup>

Angeregt durch die Baptisten kam diese Frage nun wieder stärker ins Blickfeld der freikirchlichen Gemeinden. Eines der Hauptanliegen Paul Schmidts war die Einung der taufgesinnten Gemeinden. Nachdem seine ersten Bemühungen innerhalb der VEF 1934 gescheitert waren, fasste er im Jahr 1937 wieder den Entschluss, sich um eine Vereinigung zu bemühen. Angesichts der politischen Situation konnte dies eine Stärkung bedeuten. Die Baptisten und die Methodisten galten im Staat offiziell als Freikirchen und waren der Verantwortlichkeit des Reichskirchenministeriums unterstellt. Die Brüdergemeinden wurden als Sekten eingestuft. In der Verbotssituation wurde deutlich, dass sie unter dem Einfluss der Gestapo immer geringere Chancen auf Selbständigkeit haben würden, denn die Gestapo verfolgte einen antikirchlichen Kurs und betrieb die Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens mit zunehmender Härte.

Schmidt, der die kirchliche Situation weiter beobachtet hatte, fürchtete nach wie vor negative Auswirkungen auch für die Freikirchen. In der vierten baptistischen Theologischen Woche im April 1937 trug er sein Anliegen vor und fand auch Gehör.<sup>3</sup> Es wurde beschlossen, dass die Baptisten Kontakt mit den Christlichen Versammlungen und den Freien evangelischen Gemeinden aufnehmen sollten. Schmidt erhoffte nicht nur eine äußere Stärkung der Gemeinden im Hinblick auf die Körperschaftsrechte und damit verbundene rechtliche und finanzielle Vorteile, er erwartete auch, dass die Gemeinden dann mehr als bisher ein »Zeugnis an die Welt«<sup>4</sup> würden. Diese theologische Begründung trat in der weiteren Argumentation für eine Vereinigung immer stärker in den Vordergrund. Auch in einem Rückblick nach Kriegsende kommt die geistliche Seite des Entschlusses vom April 1937 zum Ausdruck:

»Anfang April 1937 wurde in Hamburg auf der 4. baptistischen Theologischen Tagung in einer Gebetsgemeinschaft der 170 Brüder auf innere Eingebung einmütig die Anregung zu engerer Gemeinschaft der Gemeindechristen aufgenommen. Anschließend besuchten die Brüder P. Schmidt und Rockschieß in Elberfeld Bruder E. Brockhaus und andere führende Brüder der Christlichen Versammlung und hörten zu ihrer Über-

---

1 Vgl. Becker, *Die Wahrheit über den Bund freikirchlicher Christen*, S. 26 (DZ).

2 *Elberfelder Zusammenkunft vom 30. Mai 1937*, S. 6 (DZ).

3 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 216.

4 Paul Schmidt, *Bundespost 3/37*, April 1937, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 217.

raschung, daß dort ähnliche Gedanken der Verbindung mit andern Gläubigen bereits besprochen waren.«<sup>5</sup>

Ebenso positiv äußerte sich auch der Evangelist Ernst Lange aus den Reihen der Brüdergemeinden: »Wenn solcher Zusammenschluss aus anderen Gründen auch im Sinne der Regierung ist, (die von Gott eingesetzt ist), so sehe ich darin nur ein Eingreifen Gottes zur Förderung des einheitlichen Zeugnisses.«<sup>6</sup>

Durch das Verbot der Christlichen Versammlung und die darauf folgenden Veränderungen innerhalb der Brüderbewegung verzögerten sich weitere Gespräche. Nach dem Zusammenschluss der Offenen Brüder mit dem BfC kam am 17. September 1937 ein weiteres Beratungsgespräch zustande, an dem Vertreter der Freien evangelischen Gemeinden (FeG), der Baptisten, des BfC und der noch unabhängigen Offenen Brüder teilnahmen. Bei diesem Treffen traten jedoch gravierende Differenzen zwischen den Baptisten und den Vertretern der FeG auf. Sowohl in Lehrfragen als auch bezüglich einer notwendigen Umstrukturierung der Organisation gab es unterschiedliche Meinungen. Dagegen zeichnete sich schon hier das Entgegenkommen der Baptisten und der »Brüder« ab, auch wenn die »Brüder« von ihrem geistlichen Verständnis her den FeG näher standen.

Am 4. Dezember 1937 beauftragte die Bundesleitung Dr. Richter, den BfC als Mitglied der VEF anzumelden. Die Erwartungen an diesen Verein waren unterschiedlich. Für manche war es lediglich eine zweckmäßige Verbindung, die die Zusammenarbeit in organisatorischen Fragen erleichtern sollte. Andere erwarteten langfristig einen engeren Zusammenschluss der Freikirchen.

Auf Initiative der FeG trafen sich Vertreter der drei Denominationen vom 17. bis zum 21. April 1939 in Solingen-Auf-der-Höhe. Dort kam es zu ersten Schritten einer Verschmelzung. Man beschloss, eine Vereinigung unverzüglich anzugehen und gegebenenfalls auf die FeG keine Rücksicht zu nehmen.<sup>7</sup> Obwohl die Vertreter der FeG eine gemeinsame Organisation bisher abgelehnt hatten, regten sie an, nicht nur einen Dreierbund, sondern einen Fünferbund anzustreben: »Die Brüder der Freien Gemeinde waren der Ansicht, daß nicht unsere drei Kreise allein den Weg zueinander finden sollten, auch ›Methodisten‹ und ›Evang. Gemeinschaft‹ müßten dabei sein.«<sup>8</sup>

Auf der Ebene der VEF begannen dann die Verhandlungen über einen Fünferbund. Dies gestaltete sich allerdings ebenso schwierig, da keine der Denominationen ihr Eigenleben aufgeben wollte. Am 20. Juni 1939 entschlossen sich die Verhandlungspartner auf einer Tagung in Siegen-Geisweid, von einem Fünferbund Abstand zu nehmen.

Noch eine weitere Idee wurde vor Beginn des Krieges aufgegriffen. In einem föderalistischen System sollte jede Freikirche ihr Eigenleben wahren können. Diese Vorstellung von einem Zusammenschluss mit dem Namen »Vereinigte evangelische Freikirchen« traf aber auch wieder auf Gegenstimmen. Der Kriegsbeginn vereitelte vorerst alle Bemühungen, und man beschloss, »die Verhandlungen bis zum Ende des Krieges auszusetzen«.<sup>9</sup>

---

5 »Bundesbrief für die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden im Westen Deutschlands«, 25. Juni 1945, in: Hans Platte / Dieter Boddenberg (Hg.), *Versammlungen der »Brüder«. Bibelverständnis und Lehre, mit einer Dokumentation der Geschichte von 1937–1950*, Dillenburg 1977, S. 59.

6 Ernst Lange, Gedanken über die Einigungsvorschläge der Baptisten, 26. Mai 1937 (DZ).

7 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 207.

8 BfC-Rundschreiben 3/40, 5. November 1940 (DZ).

9 Ebd.

Doch dabei blieb es nicht. Zwei Jahre nach Kriegsbeginn kam es zu einem Zusammenschluss zwischen BfC und Baptistenbund. 1938 hatten sich auch schon die Elim-Gemeinden dem Baptistenbund angeschlossen.

## 7.2. Die Konferenz des Ökumenischen Rates für praktisches Christentum in Oxford 1937

Ein weiteres Ereignis prägte das Jahr 1937. Die Vorgänge während der 2. Weltkonferenz des Ökumenischen Rates für praktisches Christentum, die im Juli 1937 in Oxford stattfand, zeigten, dass die Freikirchen mit ihren Auslandskontakten nach wie vor von den Nationalsozialisten ausgenutzt wurden. Ebenso bejahten sie aber auch den NS-Staat und standen zu ihrer Loyalität.

Im Vorfeld der Konferenz wurden der methodistische Bischof Otto Melle und der baptistische Bundesdirektor Paul Schmidt von der VEF als freikirchliche Vertreter Deutschlands für die Weltkonferenz ausgewählt. Da es aber innerhalb der DEK unklar blieb, wer entsandt würde, fragte Schmidt am 13. April 1937 beim Kirchlichen Außenamt nach, ob es ratsam sei, ohne eine DEK-Delegation auszureisen. Schon hier erklärte er seine Bereitschaft, die Anliegen der DEK zu unterstützen. In einem Aktenvermerk hieß es: »Man wolle seitens der Freikirchen sich hier stark nach den Interessen und Wünschen der DEK richten und nichts tun, was dem Reich und der Kirche abträglich sein könnte.«<sup>10</sup> Mit dieser Erklärung setzte man sich von Anfang an der Manipulation durch das Kirchliche Außenamt und damit den staatlichen Interessen aus. Trotz eines Verbots Hitlers erhielten Melle und Schmidt eine Ausreisegenehmigung. Vertretern der evangelischen Kirche dagegen wurde der Besuch der Konferenz aufgrund des Verbots vom 3. Juni 1937 verwehrt.

Der Leiter des Kirchlichen Außenamts, Bischof Theodor Heckel, setzte Melle und Schmidt für seine Interessen ein. Sie sollten über den Verlauf der Konferenz nach Berlin berichten und Kontakt mit der Botschaft in London aufnehmen, von wo aus die VEF-Delegierten während der Konferenz weitere Instruktionen erhalten würden. In Oxford waren insgesamt vier deutsche Vertreter anwesend. Neben Schmidt und Melle nahmen noch ein Vertreter der altkatholischen Kirche, Dr. Rudolf Keussen, sowie der russisch-orthodoxe Bischof Seraphim Lade an der Konferenz teil. Daneben gab es noch eine Gruppe auslandsdeutscher Delegierter, die teilweise von der DEK finanziert wurde und Absprachen mit dieser in Berlin getroffen hatte.

Die Weltkonferenz tagte vom 12. bis 26. Juli 1937. Dass keine Delegation der DEK vertreten war, stand im Mittelpunkt des Interesses. Das Thema der Konferenz, »Kirche und Staat«, wurde nun noch stärker auf die Situation in Deutschland, auf die Frage nach der Kirche im totalitären Staat ausgerichtet. In mehreren Sektionen wurde zu verschiedenen Themenschwerpunkten gearbeitet. Die Sektion II beschäftigte sich mit »Kirche und Staat«. Hier meldeten sich Schmidt und Melle zu Wort. In einem Bericht wurde darauf hingewiesen, dass Deutschland zwar nicht direkt genannt wurde, »aber man spürte immer wieder die versteckten Angriffe«.<sup>11</sup> Aufgrund dieser »Einseitigkeit« nahmen Schmidt und

---

10 Aktenvermerk im Kirchlichen Außenamt der DEK, 13. April 1937, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 137.

11 Bericht der volksdeutschen evangelischen Kirchen an das Kirchliche Außenamt, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 139.

Melle zur Diskussion Stellung. Schmidt bemühte sich, Deutschland in ein besseres Licht zu rücken. Er wies darauf hin, dass der Staat den Freikirchen durchaus »Glaubens- und Gewissensfreiheit« gewähre.<sup>12</sup> Melle ermahnte die Konferenz: »Wir dürfen nur solche Entschlüsse fassen, die von allen gehört werden können und für alle Staaten bestimmt sind.«<sup>13</sup> Damit forderte Melle dazu auf, sich nicht nur über die Situation in Deutschland Gedanken zu machen. Beide Äußerungen wurden von den Versammelten mit Beifall begrüßt, hatten die beiden deutschen Delegierten doch nicht nur ein anderes Bild von der Situation in Deutschland gezeichnet, sondern auch eine Korrektur der Zielsetzung angebracht.

Im weiteren Verlauf der Konferenz gerieten Melle und Schmidt zwischen die Fronten. Am 18. Juli wurden Melle und ein Teil der auslandsdeutschen Delegierten im Auftrag der Konferenzleitung zu George Kennedy Allen Bell, dem Bischof von Chichester, gebeten. Dort wurde ihnen unterbreitet, dass die Konferenzleitung eine Botschaft an die DEK verfasst habe und diese durch eine Kommission überreichen lassen wolle. Bischof Bell verweigerte jegliche Änderung an den Formulierungen der Botschaft und wies auch Melles Anliegen zurück, eine Präambel, die die Leistungen des NS-Staates hervorhebe, hinzuzufügen. In Schmidts Bericht an das Kirchliche Außenamt hieß es, »daß ein positives, helfendes und weiterführendes Wort fehlte«.<sup>14</sup>

Die Botschaft wurde lediglich mit einfacher Mehrheit angenommen. Melle und Schmidt wollten aus Protest gegen diesen Entschluss vorzeitig abreisen. Die deutsche Botschaft in London riet ihnen jedoch am 19. Juli davon ab. Melle und Schmidt verfassten eine Protestresolution<sup>15</sup> und machten sich somit zu Interessenvertretern des Kirchlichen Außenamts. Am 20. Juli beantragten sie, eine Erklärung zu der Botschaft an die DEK abgeben zu dürfen. Am 22. Juli gewährte man ihnen während einer Plenarsitzung vier Minuten Redezeit. Mit dieser Ansprache geriet vor allem Bischof Melle in die Kritik. Er nahm Bezug auf die politische Situation in Deutschland, was ihm negativ angerechnet wurde, zumal die beiden Deutschen doch vorher in der Sektionssitzung für eine Ausklammerung politischer Fragen plädiert hatten. Melle sprach seine Dankbarkeit aus,

»daß Gott in seiner Vorsehung einen Führer gesandt hat, dem es gegeben war, die Gefahr des Bolschewismus in Deutschland zu bannen und ein 67-Millionen-Volk vom Abgrund der Verzweiflung, an den es durch Weltkrieg, Vertrag von Versailles und dessen Folgen geführt worden war, zurückzureißen und ihm anstelle der Verzweiflung einen Glauben an seine Sendung und an seine Zukunft zu geben«.<sup>16</sup>

Dieses pro-nationalsozialistische Bekenntnis empörte viele Konferenzbesucher, doch der Satz »Ich wünschte zu Gott, die Kirchen hätten nicht versagt, daß Gott sie hätte gebrauchen können, einen ähnlichen Dienst zu tun«<sup>17</sup> löste nach der Konferenz in der ausländischen Presse und auch in Deutschland einen Sturm der Entrüstung aus. Melles Äußerung

---

12 Ebd.

13 Ebd.

14 Paul Schmidt, »Die deutschen evangelischen Freikirchen in Oxford«, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 143.

15 Vgl. Melle und Schmidt an den Geschäftsausschuss der Weltkonferenz in Oxford, 20. Juli 1937, zit. in: Boyens, *Kirchenkampf*, S. 354f.

16 Otto Melle, 22. Juli 1937, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 140.

17 Ebd., S. 141.

wurde als Angriff auf die evangelische Kirche verstanden. Erst seine Richtigstellung, dass er mit »Kirche« sowohl Landes- als auch Freikirchen gemeint habe, beschwichtigte die Gemüter. Dennoch wurden gerade seine politischen Äußerungen als »eine unredliche propagandistische Ausnutzung seines Rederechtes«<sup>18</sup> angesehen. Melles vorrangiges Anliegen war es jedoch gewesen, mit der Protestresolution und der Rede die Konferenz dazu zu bewegen, »daß diese ›Botschaft‹ nicht das letzte Wort der Weltkirchenkonferenz in Oxford an die Christen in Deutschland sein möge«.<sup>19</sup>

Das Kirchliche Außenamt wollte nun verhindern, dass die Botschaft mittels einer Abordnung nach Deutschland gelangte. Daher instruierte Bischof Heckel Melle am 22. Juli über die Botschaft in London, noch einmal deutlich zu machen, dass die Entsendung einer Delegation nach Deutschland als politische Kritik aufgefasst werden könnte und die ökumenischen Beziehungen erschweren würde. Am 23. Juli kam es noch einmal zu einem Treffen zwischen Melle und Bischof Bell. Bell wich jedoch nicht von seinem Vorhaben ab. Er verschob lediglich die Aussendung der Delegation auf einen unbestimmten Zeitpunkt. Melle, Schmidt und der Altkatholik Dr. Keussen reisten auf Anraten Ernst Woermanns, eines Mitarbeiters der deutschen Botschaft, schon vorzeitig ab.

Nach ihrer Rückkehr wurde vor allem Melle wegen seines Auftretens in Oxford angegriffen. Sowohl von der Bekennenden Kirche als auch aus den eigenen Reihen schlug ihm Kritik entgegen. Ein Konferenzteilnehmer, Prof. Dr. Friedrich Siegmund-Schultze, der im Exil lebte und auf Seiten der Bekennenden Kirche stand, beschrieb die Situation wie folgt:

»Die Intervention des deutschen Methodistenbischofs hinterließ einen äußerst peinlichen Eindruck. Die Art, wie sich ein deutscher Protestant gegenüber den deutschen evangelischen Kirchen desolidarisierte, sie richtend und ihnen alle Schuld zuschiebend, das alles gegenüber Leidenden und Verfolgten, wurde als schwere Taktlosigkeit empfunden.«<sup>20</sup>

Anders reagierte man in der Presse der Brüdergemeinden. Man stellte sich auf die Seite Melles, der »den deutschen Standpunkt auch mündlich mit der von ihm gewohnten Klarheit«<sup>21</sup> vertreten habe. Wesentlich kritischer und differenzierter nahm der Baptist Jakob Köbberling zur Weltkirchenkonferenz Stellung. Er bemängelte, dass die freikirchlichen Vertreter sich nicht mit der Bekennenden Kirche solidarisiert hätten, sondern »die Gunst der kirchenfeindlichen Staatsbehörden höher [achteten] als die Einheit mit den verfolgten Brüdern«.<sup>22</sup> Gerade durch diese Haltung hätten sich die Freikirchen von der Bekennenden Kirche distanziert.

Genau das geschah auch infolge der Konferenz. Mit diesem Vorfall wurde das Verhältnis der Freikirchen zur Bekennenden Kirche weiter geschwächt. Auch im Hinblick auf die ökumenischen Beziehungen waren die Freikirchen nach diesen Ereignissen isoliert. Für die beiden freikirchlichen Abgesandten hatte sich mit der Konferenz ursprünglich die Hoffnung verbunden, mit anderen Kirchen ins Gespräch zu kommen und auf interna-

---

18 Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 241.

19 Otto Melle, 22. Juli 1937, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 141.

20 Friedrich Siegmund-Schultze, 1937, zit. nach: Zehrer, *Freikirchen*, S. 146.

21 *Die Tenne* 15 (1937), S. 199 (DZ).

22 Jakob Köbberling, »Stellungnahme zur Freikirchlichen Vertretung zur Weltkirchenkonferenz in Oxford 1937«, Oktober 1937, in: Kretzer, *Quellen*, S. 273.

tionaler Ebene anerkannt zu werden, wenn die Beziehungen zur DEK in Deutschland schon scheiterten.

Die nationalsozialistische Propaganda schlachtete die Ereignisse in Oxford publizistisch aus.<sup>23</sup> Von staatlicher Seite erhielten Schmidt und Melle Anerkennung, da sie »in Oxford dauernd in sehr wirkungsvoller Weise in privaten Unterhaltungen und sonst für das Nationalsozialistische Deutschland eingetreten«<sup>24</sup> seien. Schmidt stellte die Botschaft der DEK und die Rede Melles im *Wahrheitszeugen* ohne weitere Kommentare gegenüber und beteuerte: »Die freikirchlichen Delegierten haben versucht, schlicht und gehorsam das zu tun, was eine überaus schwierige Situation von ihnen forderte.«<sup>25</sup> So setzten die Baptisten auch hier ihren Kurs fort. Man passte sich den Forderungen des Staates an in der Erwartung, den Bund der Baptisten so gegen staatliche Repressalien abzusichern.

---

23 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 244f.

24 Ernst Woermann, Bericht der deutschen Botschaft, 21. Juli 1937, in: Boyens, *Kirchenkampf*, S. 361.

25 Paul Schmidt, »Die deutschen evangelischen Freikirchen in Oxford«, in: *Der Wahrheitszeuge* 59 (1937), S. 269 (OA).

## 8. Bewegungen im Baptistenbund zwischen 1937 und 1941

### 8.1. Die Verbindung mit den Elim-Gemeinden

Die Elim-Gemeinden gab es in Deutschland seit Mitte der zwanziger Jahre. Der Evangelist Heinrich Vietheer stand der Pfingstbewegung nahe und gründete die erste Elim-Gemeinde 1926. Schon zu Beginn des Dritten Reiches geriet die Gruppe um Vietheer ins Gerede. Daher erfolgte am 27. Juli 1936 eine Übereinkunft zwischen Reichskirchenministerium und Gestapo, die Elim-Gemeinden wegen »Verwirrung der Volksgenossen«<sup>1</sup> zu verbieten. Bis zum Sommer 1937 erging allerdings kein Erlass zur Auflösung der Gemeinden. Im September 1937 fragte Vietheer bei der Bundesleitung der Baptistengemeinden an, ob eine Aufnahme in den Bund möglich sei. Die Bundesleitung entschied, dass weitere Verhandlungen mit Vietheer geführt werden sollten. Eine Anfrage beim Reichskirchenministerium am 8. September 1937 wurde positiv beantwortet. Man erhielt die mündliche Zusage, dass eine Aufnahme der Elim-Gemeinden in den Bund möglich sei. Am 13. September erfolgte auch die Zusage der Gestapo. Ende des Jahres, am 31. Dezember 1937, erhielten die Baptisten dann offiziell die Genehmigung, die Elim-Gemeinden unter Beachtung der Auflagen des Reichskirchenministeriums aufzunehmen. Wie bei der Gründung des BfC durften die Gemeinden nicht geschlossen übertreten. Nur der Anschluss einzelner Personen wurde erlaubt. So verlief die Eingliederung der Elim-Gemeinden zwischen Januar und Mai 1938 ohne weitere staatliche Schwierigkeiten.

Bei den Verhandlungen der Gemeinden war es nicht um Lehrfragen gegangen, sondern lediglich um die politische Absicherung. Intern führte dies zu einigem Widerspruch sowohl in der Bundesleitung als auch in Gemeindekreisen. Doch Schmidt ging über diese Proteste weitgehend hinweg, ohne sich mit den Kritikern auseinander zu setzen. Er sah in diesem Schritt eine Möglichkeit, die lange ersehnte Vereinigung der Freikirchen zu beginnen. Letztlich sollte der Baptistenbund größer werden und damit an Relevanz im Staat gewinnen. Wie Vietheer wollte Schmidt die Existenz der Gemeinden dauerhaft sichern.

Dieses durchaus positiv zu bewertende Anliegen spiegelte sich auch in der Presse der Brüdergemeinden wider. In einer Mitteilung in *Gnade und Friede*, einer Monatszeitschrift aus dem Dönges-Verlag, berichtete man über den Zusammenschluss:

»Wie wir dazu von führenden Brüdern der Baptisten hören durften, hat der Anschluß in den einzelnen Gemeinden viel Freude und Dank gegen den Herrn hervorgerufen. Auch wir freuen uns mit, denn Zusammenschlüsse von Christen haben zweifellos einen lieblicheren Klang und bringen mehr Segen als Entzweiungen und Trennungen!«<sup>2</sup>

Von Seiten des Staates beobachtete man diesen Zusammenschluss weitaus kritischer. Die Aufgeschlossenheit der Baptisten gegenüber anderen, verbotenen Freikirchen oder Sekten förderte das Misstrauen. Man befürchtete im Reichskirchenministerium, dass die Baptisten zum Sammelbecken für alle kleineren Gruppen werden würden.

Die Elim-Gemeinden blieben in der Notgemeinschaft mit den Baptisten nur so lange wie nötig. Schon bald nach dem Krieg regten sich Unabhängigkeitsbestrebungen. 1954 trat man wieder aus dem BEFG aus.

---

1 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 223.

2 *Gnade und Friede* 29 (1938), S. 123 (DZ).

## 8.2. Annäherungen zwischen BfC und Baptisten

Auf Seiten der »Brüder« hatten die Vereinigungsbemühungen einen wesentlichen Impuls durch die Elberfelder Konferenz vom 26. bis 29. Mai 1938 erhalten, die unter dem Thema »Die Ekklesia Gottes im Neuen Testament« stand. Neben den Referaten, die sich mit der theologischen Einheit der Gemeinde befassten, erlebte man auch die als Referenten geladenen Vertreter der Baptisten und der Freien evangelischen Gemeinden in praktischer Einheit. Selbst der skeptische Beobachter Hugo Hartnack äußerte sich nach der Konferenz positiv zu den Einheitsbestrebungen. Er begrüßte die Auseinandersetzung mit dem Thema »Ekklesia«, denn »durch unsere Tage hindurch tönt das Rauschen einer neuen Zeit, einer Zeit nicht mehr des Auseinanderstrebens, sondern des Zusammenstrebens der christlichen Gruppen«. <sup>3</sup> Weiter hieß es in der Zeitschrift *Gnade und Friede*:

»Das alles, was uns getrennt hat, erscheint uns erbärmlich klein gegenüber der großen Wahrheit von der Einheit der Gemeinde, die Einheit, die durch Christi Geist geschaffen und durch Christi Blut besiegelt ist. Diese Einheit ist vorhanden, sie braucht nicht erst gemacht zu werden. Aber sie soll auch nach dem Willen des Herrn in Erscheinung treten. Nur dann kann die Gemeinde ihre Zweckbestimmung erfüllen.« <sup>4</sup>

Auch wenn die Gespräche, die anschließend geführt wurden, keinen Erfolg brachten, hatte die Gemeinschaft mit den Brüdern anderer Denominationen doch in geistlicher Hinsicht den Wunsch nach Einheit geweckt. Man erkannte Gottes Willen in dem Bibelwort, dass »sie alle eins seien, [...] damit die Welt glaube«, dass der Vater den Sohn gesandt hatte (Joh 17,21). Der frühere »Weg der Absonderung« wurde verlassen. Man hielt es nun für richtig, die praktische Einheit mit anderen Christen aus freikirchlichen Kreisen zu leben. Dies sollte sich vor allem auch auf die missionarischen Bemühungen der Gemeinden positiv auswirken.

Neben dieser neuen geistlichen Perspektive gab es noch andere Aspekte, die die »Brüder« und die Baptisten zu einer Vereinigung anspornten. Zunächst fürchtete man, dass der politische Druck von Seiten des Staates größer werden würde. Angesichts des Kampfes der Weltanschauungen müssten die Christen zusammenfinden, um »Schulter an Schulter zu stehen mit all denen, die den Herrn anrufen aus reinem Herzen«. <sup>5</sup> Paradoxerweise einte aber auch die gemeinsame nationale Begeisterung. So hörte man bei einer Gemeinschaftstagung in Wettersbach am 26. September 1938 die Führerrede zur Sudetenkrise an und fühlte sich durch dieses Erlebnis fest zusammengeschlossen. <sup>6</sup> Die Einheitsbestrebungen erkannte man als das »Gebot der Stunde«. <sup>7</sup> Da vor allem in »Brüder«- und Baptistenkreisen der Wunsch nach einer Vereinigung laut wurde, bestätigten sich ihre Zielsetzungen in den folgenden praktischen Schritten.

---

3 Hugo Hartnack, »Elberfelder Konferenz«, *Gnade und Friede* 29 (1938), S. 93 (DZ).

4 Ebd.

5 Hans Becker, »Worte des Gedenkens zum 20. August 1937«, *Gnade und Friede* 29 (1938), S. 123 (DZ).

6 Vgl. Menk, *Brüderbewegung*, S. 140 (vermutlich heißt der Ort Wettersbach, vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 214).

7 W. Brockhaus, *Die Botschaft* 87 (1939), Heft 1, Umschlagtext vorne (DZ).

Entscheidend waren dabei die Führungspersönlichkeiten der beiden Gruppen. Hans Becker und Paul Schmidt verfolgten schon seit längerer Zeit dasselbe Ziel. Daher war der Beschluss, ein Zusammengehen mit der jeweils anderen Freikirche in Angriff zu nehmen, eine Entscheidung auf höchster Ebene und nicht von der Gemeindebasis her. Becker trieb angesichts des Krieges die Frage um, wie er seinen Dienst in der BfC-Führung neben seinen Pflichten als Reserveoffizier der Luftwaffe auf Dauer bewältigen sollte. Ungern wollte er die organisatorisch unbedarften »Brüder« sich selbst überlassen, wohingegen er die Baptisten als bewährte Organisatoren kennen gelernt hatte.<sup>8</sup> Neben diesen Motiven spielten bei der schnell vorangetriebenen Verschmelzung der beiden Bünde jedoch vor allem die Auswirkungen des Krieges eine wesentliche Rolle.

### 8.3. Die Gründung des BEFG

Nach Beginn des Krieges im September 1939 war die deutsche Wehrmacht nach Osten vorgedrungen und Polen damit unter deutsche Herrschaft geraten. Für die Christlichen Versammlungen in diesem Gebiet bedeutete dies im Oktober 1940, dass sie unter das Verbot von 1937 fielen. Der BfC war nur auf das Altreichsgebiet beschränkt und konnte den Gemeinden nicht helfen. Ebenso wurde in Rumänien und der Slowakei ein Verbot sämtlicher freikirchlicher Versammlungen erlassen, was auch die Baptistengemeinden in Bedrängnis brachte. Daher erkannten die »Brüder« die Chancen der Baptisten, da diese die Körperschaftsrechte besaßen und international anerkannt waren. Walter Brockhaus schrieb am 3. Oktober 1940 an Erich Sauer:

»Es bleibt also nur übrig, daß du den dortigen Brüdern rätst, sich den Baptisten anzuschließen. [...] Wenn ich denke, wie die Erschwerungen auf allen Gebieten fortschreiten, so möchte ich es beinahe für das Beste halten, wir schließen uns auch möglichst bald mit den Baptisten zusammen.«<sup>9</sup>

Deshalb ergriff Walter Brockhaus auch die Initiative und lud die Bundesleitung des BfC für den 1. und 2. November 1940 zu einer Notsitzung nach Dortmund ein. Schon in seinem Brief an Erich Sauer war die Befürchtung angeklungen, dass, »wenn die Sache [der Zusammenschluss] zwangsläufig von oben kommt«,<sup>10</sup> die stärksten Gruppen diesen Prozess diktieren würden. Ein Gespräch von Dr. Becker mit dem Regierungsrat des Reichskirchenministeriums hatte ergeben, dass man einer Vereinigung von Freikirchen eher mit Ablehnung begegnete. Zudem gab Regierungsrat Werner Haugg ihm zu verstehen, dass nach dem Krieg den kleinen Freikirchen die Existenzberechtigung entzogen werden solle.<sup>11</sup>

In der Hoffnung, den staatlichen Einschränkungen durch eine frühzeitige Absicherung entgegen zu können, wurde die Vereinigungsfrage nun vorangetrieben. Am 5. November 1940 ging ein Rundschreiben an die BfC-Gemeinden, in dem ihnen die Absicht zum Zusammenschluss mit den Baptisten bekannt gegeben wurde. Allerdings kamen die politi-

---

8 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 220

9 Schreiben von Walter Brockhaus an Erich Sauer, 3. Oktober 1940, zit. nach: Menk, *Brüderbewegung*, S. 142.

10 Ebd.

11 Vgl. Protokoll zur Sitzung der Bundesleitung in Dortmund am 1. und 2. November 1940, zit. in: Menk, *Brüderbewegung*, S. 143.

schen Gründe nicht zu Wort. Vielmehr bezog man sich noch einmal auf »den seinerzeit von uns allen so stark empfundenen Ruf Gottes«. <sup>12</sup> Die führenden Brüder seien nicht bereit, diesen Ruf »noch länger zu überhören und haben erneut mit der Bundesleitung der Baptisten Fühlung genommen«. <sup>13</sup> Man fragte auch bei den FeG an. Diese waren aber noch nicht zu einem solchen Schritt bereit.

Zur Information und Beschlussfassung wurden die Ortsbeauftragten aller Gemeinden für den 17. November 1940 nach Berlin, den 24. November nach Wuppertal-Elberfeld oder den 1. Dezember nach Frankfurt am Main eingeladen. »Damit jeder Kreis ungestört sein Eigenleben weiterführen kann«, <sup>14</sup> sollten sich beide Denominationen unter einen neuen Namen stellen, eine einheitliche Organisation mit Beteiligung beider Kreise in der Leitung erhalten und nach den »Wittener Richtlinien« ausgerichtet werden. Letztere waren bereits im November 1938 vom Bund der Baptistengemeinden, dem BfC und dem Bund der FeG zusammengestellt worden. <sup>15</sup> In ihnen wurde das praktische Zusammenleben der Gemeinden geregelt. Neben einem »gutbrüderlichen« Verhältnis zwischen den Gemeinden sollten vor allem Aktivitäten wie die Kinder- und Jugendarbeit oder Evangelisationen gemeinsam organisiert und durchgeführt werden.

Das zügige Voranschreiten der Vereinigung stieß jedoch bei den Gemeinden auf Widerstand. Da es keine »gewachsene« Entscheidung war, fühlten die Gemeinden sich übergangen und nicht genügend über die weitreichenden Entscheidungen der Bundesleitung aufgeklärt. Zudem sollte schon am 17. November 1940 in Berlin der endgültige Beschluss fallen, sodass die Entscheidungen der Brüder bei den noch folgenden Treffen in Wuppertal und Frankfurt übergangen würden. Gerade die lehrmäßigen Differenzen wurden beiseite geschoben, obwohl diese für viele das zentrale Hindernis waren. In einem weiteren Rundschreiben des BfC vom 12. Dezember tat man diese Bedenken mit den Worten ab: »Es geht heute nicht mehr um die Lehre, Gemeindeverfassung, gottesdienstliche Formen oder sonstige Fragen, die am Rande liegen. Es geht um das Zentrum, Jesus Christus und sein Evangelium.« <sup>16</sup> Dennoch wurde den Ortsbeauftragten keine Mitbestimmungsmöglichkeit gegeben. Laut Verfassung war dies auch nicht nötig, da Ortsbeauftragte und Mitglieder kein Stimmrecht hatten. <sup>17</sup>

Indem man die endgültige Beschlussfassung noch einmal auf ein Treffen in Elberfeld am 15. Dezember 1940 verschob, wollte man den »Stachel« wegnehmen, »als sollten die einzelnen einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden«. <sup>18</sup> Im Rundschreiben 5/40 wurde dann bekannt gegeben: »Die Vereinigung soll daher mit Wirkung vom 1.1.41 vollzogen werden.« <sup>19</sup> Beim Reichskirchenministerium wurde der Antrag auf Genehmigung des »Bundes Evangelisch Freikirchlicher Gemeinden« am 11. Januar 1941 eingereicht, doch erhielten die Gemeinden vorerst nur eine mündliche Zusage.

---

12 BfC-Rundschreiben 3/40, 5. November 1940 (DZ).

13 Ebd.

14 Ebd.

15 Vgl. Anlage zum BfC-Rundschreiben 15/38, 28. Dezember 1938 (DZ).

16 BfC-Rundschreiben 5/40, 20. Dezember 1940 (DZ).

17 Vgl. Menk, *Brüderbewegung*, S. 144.

18 Schreiben von Walter Brockhaus an Erich Sauer, 14. Dezember 1940, in: Menk, *Brüderbewegung*, S. 145.

19 BfC-Rundschreiben 5/40, 20. Dezember 1940 (DZ).

Auch in baptistischen Kreisen rief der überstürzte Zusammenschluss Kritik hervor. Vor allem die Aufgabe des eigenen Namens traf auf vehementen Widerspruch. Auch wenn niemand offen davon reden wollte, war der »Zusammenschluss« doch mehr ein Aufnehmen des BfC unter den Schutz der Körperschaft der Baptisten. Denn ohne deren internationale Kontakte hätten die bedrohten Ost-Gemeinden Schweres zu erleiden gehabt. Die Sorge um das Wohl der BfC-Gemeinden nach dem Krieg trug ebenfalls zu diesem Schritt bei.

Die Gründungsversammlung tagte am 22. und 23. Februar 1941. Im Vorfeld war von Hans Fehr (Baptisten) und Hugo Hartnack (BfC) am 3. Januar 1941 eine Verfassung für das Bündnis erarbeitet worden. Der Entwurf orientierte sich an der Verfassung des Baptistenbundes, da man die Bedingungen für die Körperschaftsrechte erhalten wollte. Trotz der Einsprüche von Anwesenden wurde er bei der Gründungsversammlung mit überwältigender Mehrheit angenommen. Die offizielle Bezeichnung der Vereinigung sollte lauten: »Bund Evangelisch Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts«. Die allgemeine Bezeichnung sollte Raum dafür lassen, dass sich noch andere freikirchliche Gemeinschaften anschließen könnten. Der Höhepunkt der Tagung war das gemeinsam gefeierte Abendmahl, das nach Art der »Brüder« begangen wurde. Damit kam man den Vertretern des BfC entgegen, obwohl sie in der Minderzahl waren.

Die Gründungsfeier war auf den Termin der Bundesversammlung der Baptisten gelegt worden. Lediglich 30 bis 40 »Brüder« nahmen an den Feierlichkeiten teil. Die führenden Brüder des neuen Bundes, Dr. Hans Becker und Paul Schmidt, betonten in ihren Vorträgen zum wiederholten Mal, dass sie in der Einheit den Willen Gottes sähen. Sie gestanden aber auch ein, dass der Zusammenschluss zeitbedingt sei. Becker verglich die Kriegssituation und die Vereinigung der Gemeindebünde mit pathetischen Worten:

»So, wie wir Deutschen das neue Reich bauen wollen, das erst im Ansatz ist, damit es ein riesengroßes Reich werde, so wollen wir kämpfen für das grosse Reich unseres Gottes. Wir wollen nicht teilen, damit man uns beherrschen kann. Wie wir als Soldaten für unseren Führer Adolf Hitler stehen, so wollen wir zu unserem himmlischen König stehen.«<sup>20</sup>

In den folgenden Jahren lebten die Gemeinden weitgehend in ihren alten Formen. Die offiziell aufgegebenen Bezeichnungen BfC bzw. Baptisten wurden an den Bundesnamen angehängt. Man legte den kleineren Gemeinden nahe, sich zusammenzuschließen, doch bestand dazu kein Zwang.

Für diejenigen, die sich dem BEFG nicht anschließen wollten, begann eine schwierige Zeit. In einem Rundschreiben des BfC wurde darauf hingewiesen, dass die Gemeinden in den BEFG übernommen würden, wenn sie sich nicht dagegen aussprächen. Man wies aber darauf hin, dass sie in letzterem Falle »wieder unter das Verbot der Christlichen Versammlung«<sup>21</sup> fielen. Dr. Becker sei zudem aufgefordert worden, diese Gruppen der Gestapo zu melden. Hier bröckelte nun die seit 1937 mühsam angestrebte Einheit erneut. Doch brach der Konflikt darüber erst nach dem Krieg aus.

Auf der Ebene des Bundes und der Gemeinden war nun der Beschluss besiegelt. Doch fehlte die staatliche Genehmigung des Zusammenschlusses. Diese ließ aufgrund der innenpolitischen Veränderungen auf sich warten. Das Dritte Reich hatte sich mehr und mehr zu einem SS-Staat gewandelt. Und unter Himmler und Heydrich wollte man keine Vereini-

---

20 Hans Becker, *Eine Hand. Rede in der Festversammlung*, 23. Februar 1941 (DZ).

21 BfC-Rundschreiben 1/41, 7. März 1941 (DZ).

gungen im religiösen Rahmen mehr fördern, vielmehr zielte man auf einen Partikularismus der kirchlichen und freikirchlichen Gruppen. Zudem sagte der Gestapo die durchschaubare Struktur des BfC eher zu als der neue Bund, in dem die Souveränität der Ortsgemeinden bestärkt wurde. Der Referent für Freikirchenfragen im Reichskirchenministerium, Werner Haugg, war den Bündnispartnern allerdings wohlgesonnen. Er nutzte eine günstige Situation aus, um nach fast zweijähriger Wartezeit den Antrag des BEFG zu bestätigen. Wegen einer Urlaubsvertretung konnte Haugg am 30. Oktober 1942 die staatsaufsichtliche Genehmigung herbeiführen.

Im November erging an die BfC-Gemeinden ein letztes Rundschreiben, in dem die freudige Nachricht bekannt gegeben wurde. In der Anlage befand sich eine erste Mitteilung unter dem Briefkopf des BEFG, der vorher noch nicht gebraucht werden durfte. In diesem Schreiben warnte man allerdings davor, über diese »gnädige Führung Gottes [...] große Feste zu feiern«, <sup>22</sup> da man keinesfalls das Misstrauen der Gestapo wecken wolle. Im Rundschreiben des BfC wurde zum wiederholten Mal erklärt, dass es nicht die rechtlichen Vorteile seien, die »irgendwie Ursache unseres Handelns gewesen« <sup>23</sup> seien. Man betonte erneut den Geist der Einheit:

»Wir leben in einer geschichtlichen Zeitenwende. In dieser für das Christentum bedeutungsvollen Stunde wollen wir wach sein für die Wirkungen des Geistes Gottes. Was an uns liegt wollen wir tun, damit das Wort Jesu in Erfüllung gehe ›daß sie alle eins seien, [...] auf daß die Welt glaube, daß Du mich gesandt hast.« <sup>24</sup>

So wollten die »Brüder« und die Baptisten ihren gemeinsamen Weg in erster Linie als Führung Gottes sehen. Die selbst gesteckten Ziele der Führungspersönlichkeiten, die Sorge vor der bedrängenden politischen Situation in Deutschland und den östlichen Nachbarländern sollten hinter diesem Argument zurückstehen. Friedhelm Menk meint, dass die »nüchterne Existenzfrage« das bedeutendste Motiv der »Brüder« und der Baptisten gewesen sei. <sup>25</sup> Dem ist allerdings nur insofern zuzustimmen, als die Gemeinden in Sorge um ihre Existenz nach dem Krieg waren. Zum Zeitpunkt der Verschmelzung waren die reichsdeutschen Gemeinden des BfC und der Bund der Baptisten von einem Verbot oder dergleichen nicht bedroht.

---

22 Paul Schmidt / Walter Vogelbusch, BEFG-Rundschreiben, November 1942, in: Platte/Boddenberg, *Versammlungen*, S. 47.

23 BfC-Rundschreiben, November 1942 (DZ).

24 Ebd.

25 Menk, *Brüderbewegung*, S. 152.

## 9. Die Kriegsjahre

Die Kriegsjahre waren von großer Unsicherheit geprägt, da man lange auf die Bestätigung des Reichskirchenministeriums warten musste. Aber auch weitere innere und äußere Schwierigkeiten machten der Bundesleitung und den Gemeinden zu schaffen.

Auf der Leitungsebene arbeitete man schon seit 1941 zusammen, obwohl die Bundesleitung vom Staat noch gar nicht bestätigt war. Am 11. Februar 1941 war die Bundesleitung festgelegt worden. Friedrich Rockschie (Baptisten) hatte das Amt des 1. Vorsitzenden, Dr. Hans Becker (BfC) das des 2. Vorsitzenden inne. Paul Schmidt (Baptisten) und Walter Vogelbusch (BfC) waren zu Bundesdirektoren ernannt worden. Vogelbusch übernahm auch die Geschäftsführung, anfangs in Berlin, dann wieder an seinem Heimatort Kettwig.

Man arbeitete an der Verfassung, der Satzung und den entsprechenden Erläuterungen. Im Dezember 1942 regelte man endgültig die Aufnahme der BfC-Gemeinden in den BEFG. Das Verfahren war nicht so aufwendig wie bei der BfC-Gründung. Die Gemeinden konnten geschlossen in den BEFG eintreten, persönliche Anmeldungen waren nicht nötig. Die Frage der ehemaligen Reisebrüder des BfC regelte die Bundesleitung, indem sie diese in die Predigerliste aufnahm. Daneben wurde auf Vorschlag von BfC-Mitgliedern eine Mindestbesoldung der Prediger eingeführt. Den Einfluss der Reisebrüder auf die BfC-Gemeinden hielt die Bundesleitung bei der Eingliederung für entscheidend. Daher verdeutlichte Rockschie den Brüdern bei einer Gebetswoche im März 1941 in Wiedenest ihre wichtige Aufgabe: »Ihr Reiseprediger könnt in allem helfen oder alles verderben!«<sup>1</sup> Allerdings wurde ihr Dienst ab 1944 immer schwieriger und kam schließlich zum Erliegen.

Ein provisorisches Gesangbuch wurde von Paul Ernst Ruppel erstellt. Die *Gemeindelieder* sollten bei gemeinsamen Veranstaltungen gesungen werden. Dr. Hans Luckey und Erich Sauer wurden beauftragt, ein gemeinsames Glaubensbekenntnis zu erstellen, das 1944 angenommen wurde. Für die Gemeinden hatte dies jedoch keine große Bedeutung. Den »Brüdern« waren solche Bekenntnisse ohnehin fremd. Zudem bewegten die Gemeinden zu diesem Zeitpunkt andere Fragen.

An der Basis ging die Vereinigung der beiden Gemeinderichtungen langsam vonstatten. Zusammenschlüsse von kleineren Ortsgemeinden waren selten. Meist dominierte die eine oder die andere Prägung, sodass ein Teil mit der neuen Form nicht mitgehen konnte und unzufrieden war. In der Tauffrage waren die Baptisten den »Brüdern« schon weit entgegengekommen. In der Verfassung hieß es, die Mitgliedschaft werde erworben »durch Aufnahme auf Grund eines Bekenntnisses zum erfahrenen Heil in Christus«.<sup>2</sup> Die Mitgliedschaft wurde also nicht mehr mit der Taufe verknüpft, was nach dem Dritten Reich zu ernstesten Anfragen von Seiten des Weltbaptistenbundes führte. Uneins war man auch über den Stellenwert des Abendmahls. Bei den Baptisten wurde die Mahlfeier viel geringer geachtet als bei den »Brüdern«. Auch störte die »Brüder« das Predigersystem der Baptisten, da sie großen Wert auf die Beteiligung möglichst vieler Brüder am Gottesdienst legten. Damit verbunden war noch ein weiterer Streitpunkt. Bei den Baptisten war es üblich, dass auch Frauen im Gottesdienst beten durften. Die »Brüder« lehnten diese Form der Beteiligung der Frauen ab. In der Bundesleitung täuschte man sich etwas über die

---

1 Zit. nach: Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 238.

2 Verfassung, Anlage zum BfC-Rundschreiben, November 1942, in: Platte/Boddenberg, *Versammlungen*, S. 49.

langsamen Fortschritte in den Gemeinden hinweg und betonte, dass die bestehenden Differenzen keine grundsätzlichen Trennungsgründe seien.

Aber nicht nur interne Differenzen hemmten das Zusammenwachsen der Gemeinden. Kriegsbedingte Einschränkungen erschwerten zudem die Kommunikation zwischen der Bundesleitung und den Gemeinden.

Das Jahr 1941 brachte die gefürchtete kirchenpolitische Wende. Durch den Russlandfeldzug und den Kriegseintritt Amerikas spitzte sich die Situation in Deutschland zu. Der nationalsozialistische Staat wurde immer mehr durch die SS geprägt. Auch kirchenpolitisch wurde der bisherige Scheinfriede durch aggressivere Maßnahmen gegen die Kirchen und Freikirchen abgelöst. Mit der Begründung, die Maßnahmen des Staates seien »kriegsnotwendig«, wurden Beschlagnahmungen von Gebäuden und Einschränkungen der Presse gerechtfertigt. Seit 1940 wurde die Veröffentlichung des Jahrbuchs der Baptisten, eines Gemeindeverzeichnisses, verhindert. Ab 1941 konnten immer weniger Tagungen und Konferenzen stattfinden. Im Juni 1941 wurde jegliche christliche Presse verboten. Daraufhin mussten die Zeitschriften der Bünde unverzüglich eingestellt werden. Ab August desselben Jahres konnte mit Genehmigung und unter Kontrolle der Reichspressekammer allerdings das *Amtsblatt* wieder erscheinen. In sehr eingeschränkter Weise ermöglichte dies den Informationsfluss zwischen Bundesleitung und Gemeinden. Ab Dezember 1942, kurz nach der Genehmigung des Zusammenschlusses, konnte das *Amtsblatt* als Organ des BEFG weitergeführt werden.

Den Luftangriffen fielen wichtige Gebäude zum Opfer. Die Verlagshäuser der »Brüder« in Wuppertal-Elberfeld und der Baptisten in Kassel wurden 1943 zerstört. Im selben Jahr wurden auch das Predigerseminar in Hamburg und das Bundeshaus in Berlin von Bomben getroffen. Der Unterricht des Predigerseminars konnte gemeinsam mit den Wiedenester Bibelschullehrern im Oberbergischen fortgesetzt werden. Da den Baptisten und den »Brüdern« schon seit längerer Zeit die Mission in Ost- und Südosteuropa am Herzen lag, bildeten sie in Wiedenest slawische Brüder aus, die in ihrer Heimat am Aufbau von Gemeinden mitarbeiten sollten. Die Durchführung des Schuljahres 1944/45 wurde jedoch von der Gestapo verhindert, da man generell gegen die Ausbildung von Menschen slawischer Abstammung in Deutschland war. Die beiden Seminare arbeiteten bis 1948 zusammen.

Das bisherige Bemühen der Baptisten und der »Brüder«, im Windschatten des Kirchenkampfes unbeschadet alle Schwierigkeiten zu umgehen, wurde durch den aggressiven Kurs der Gestapo vereitelt. Die Loyalitätsbekundungen an den Staat wurden immer mehr zur erzwungenen Pflichtübung, da man mehr und mehr den antichristlichen und antikirchlichen Charakter des totalitären Staates erkannte. Man entschloss sich dennoch, den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen und sich bis zuletzt dem Staat anzupassen, um die Sicherheit des Gemeindebundes so lange wie möglich zu erhalten.

Ein Risiko brachte jedoch das Geschichtsverständnis beider Richtungen mit sich. Die Ereignisse im Dritten Reich und im Krieg wurden in Baptisten- und »Brüder«-Kreisen immer wieder zu einer theologischen Geschichtsdeutung in Beziehung gesetzt. »Gott macht Geschichte«, hieß es, und das bedeutete, dass die Christen sich hinter diese Formulierung zurückziehen konnten. Sie wollten weder für noch gegen den Staat Partei ergreifen. Die Gestapo verfolgte diese Passivität, und wie schon in den Jahren vor dem Krieg wurde den Gemeinden vorgeworfen, den Staat abzulehnen. Nachdem es sogar zu Verhaftungen von Predigern gekommen war, die in ihren Predigten apokalyptische Interpretationen der Zeitereignisse äußerten, schritt die Bundesleitung mit mahnenden Worten ein:

»Es ist ratsam, das Geheimnis zu wahren, das die Schrift selber im Blick auf die Endereignisse hütet und sich nicht in Deutungen zu verlieren, für die keiner von uns im Ernst die Verantwortung übernehmen kann. [...] Die endgeschichtlichen Darlegungen der Heiligen Schrift nehmen im Verhältnis zu ihrer Gesamtheit einen engen Raum ein. Ob es nicht nützlich ist, auch dieses Verhältnis zu beachten und vor allen Dingen jene Zurückhaltung zu üben, die der Herr Jesus selber übte?«<sup>3</sup>

Trotz aller äußeren Loyalität gegenüber dem NS-Regime ist anzunehmen, dass in vielen Mitgliedern des BEFG während der Kriegsjahre und angesichts der immer brutaler werdenden Methoden der Gestapo innerlich das Aufbegehren wuchs. So bezeugt es Paul Schmidt nach dem Krieg. Auch wenn die Bundesleitung immer wieder auf Römer 13 verwies, um einem Protest entgegenzutreten, regte sich gegen Ende des Dritten Reichs Widerstand.

»Es war gewiß nicht immer leicht, bei all dem Geschehen stille zu halten, sondern das menschliche Aufbegehren lag nur allzunahe, und die Versuchung, es auch zur Tat werden zu lassen, stand täglich vor der Tür. [...] Viele der Unseren kamen in schwersten inneren Konflikt, wenn sie an die Entwicklung in ihrem Vaterland dachten und nicht mehr die innere Freiheit gewannen, unter diesem Umstand für den Sieg ihres Landes zu beten.«<sup>4</sup>

## 9.1. Die Einstellung zum Krieg

Der Zweifel, ob man für einen Sieg Deutschlands oder für den Frieden beten sollte, keimte bei den meisten erst in den letzten Kriegsjahren auf. Grundsätzlich war man bereit, für das Vaterland einzustehen, ob im Verteidigungsfall oder bei einem Angriffskrieg. 1942, kurz nachdem die Genehmigung für den BEFG erteilt worden war, wurde in einem Rundschreiben das Motto ausgegeben: »Fürchtet Gott, habt die Brüder lieb, ehret den Führer!«<sup>5</sup>

### 9.1.1. Offizielle Stellungnahmen in Zeitschriften

Es ist schwer zu sagen, ob es vor dem Krieg Christen in den Reihen der »Brüder« und der Baptisten gab, die einen Krieg ablehnten. Uwe A. Gieske verweist darauf, dass dies lediglich Ausnahmen gewesen seien.<sup>6</sup> Im Gegensatz zu Strübind<sup>7</sup> geht er davon aus, dass die

---

3 Friedrich Rockschieß / Paul Schmidt, »An unsere Prediger im Reichsgebiet«, 7. Oktober 1940, zit. nach: Günter Balders, »Kurze Geschichte der deutschen Baptisten«, in: ders. (Hg.), *Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe. 150 Jahre Baptistengemeinden in Deutschland 1834–1984*, Wuppertal/Kassel 1984, S. 99.

4 Schmidt, *Unser Weg*, S. 12 (DZ).

5 Schmidt/Vogelbusch, BEFG-Rundschreiben, November 1942 (DZ).

6 Vgl. Uwe A. Gieske, *Die unheilige Trias. Nation – Staat – Militär. Baptisten und andere Christen im Hitlerismus*, Berlin 1999, S. 73.

7 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 280. »Allerdings blieb die begeisterte Zustimmung zunächst aus, da die verheerenden Folgen des Ersten Weltkrieges wohl noch deutlich in Erinnerung waren« (ebd.).

Baptisten es aufgrund der Nähe zum Ersten Weltkrieg begeistert begrüßten, erneut für das Vaterland in den Krieg zu ziehen.<sup>8</sup> Mag beides in den Kreisen der freikirchlichen Christen vorhanden gewesen sein, so zeigt ein Artikel im *Wahrheitszeugen* vom 29. August 1939, kurz vor dem Angriff auf Polen, dass man den Ereignissen anfangs eher mit Skepsis entgegensah. »Wie vor 25 Jahren, in den kritischen Augusttagen 1914, hören wir wieder den dröhnenden Donnergang der Zeitereignisse.«<sup>9</sup> Aber von Anfang an verwies man auch auf die Treue »zu unserem Volk und Führer, [wir] erfüllen gewissenhaft unsere vaterländischen Pflichten und vergessen dabei nicht, immer wieder betende Hände zum Lenker aller Geschicke emporzuheben. Herr, >dein Wille geschehe!«<sup>10</sup> Dieser Tenor zog sich durch die Berichterstattung während der Kriegsjahre.

Die »Brüder« und die Baptisten sahen im Kriegsdienst ohne Zweifel eine vaterländische Pflicht. Sogar das 1944 verabschiedete Glaubensbekenntnis enthielt dazu ein Wort. In Artikel 9 wurde nicht nur die Anerkennung der Obrigkeit nach Römer 13 als eine Schöpfungsordnung genannt; die Glieder des BEFG »tun auch Kriegsdienst, weil die Obrigkeit nach Gottes Wort das Schwert nicht umsonst trägt«.<sup>11</sup>

In der Presse der »Brüder«- und Baptistenbünde folgte man bei der Darstellung der Kriegereignisse der offiziellen Propaganda. Es gab keine freie Presse mehr. Im September 1940, also knapp ein Jahr vor dem Verbot der christlichen Zeitschriften, wurden die Vertreter der kirchlichen und freikirchlichen Presse von Propagandaminister Goebbels zu einer Besprechung einberufen. Dort wurde heftig kritisiert, dass die kirchlichen Artikel nicht loyal genug seien. Eine staatliche Zensur der baptistischen Presse prägte spätestens seit diesem Zeitpunkt die Linie der Veröffentlichungen. Zu behandelnde Themen wurden vorgeschrieben, und missliebige Stellungnahmen hatten Verhöre und andere Behinderungen zur Folge. Nach Kriegsbeginn gebrauchte die christliche Presse ebensolche patriotischen Formulierungen, wie sie von den Nazis gern gesehen wurden. Obwohl man dem Krieg anfänglich mit Sorge entgegengesehen hatte, wollte man nun, da man ihm nicht mehr ausweichen konnte, mit Eifer der staatlichen Führung folgen. So hieß es am 3. September 1939 im *Wahrheitszeugen* schon weitaus positiver:

»Es kann keinen Deutschen geben, der in diesen Tagen nicht mit heißem Herzen hinter dem Führer und den Männern seines Vertrauens steht, die um die Beseitigung des Unrechts von Versailles ringen [...] Als Christen stehen wir in unbedingter Treue und in selbstverständlichem Gehorsam zu unserem Volk und seiner Führung.«<sup>12</sup>

Natürlich musste man auch dem Leid der Familien, die einen Sohn oder Ehemann verloren, begegnen. Paul Schmidt lobte den Tod der Soldaten als »Heldentod«. Im *Jungbrunnen*, dem Jugendblatt der deutschen Baptisten, veröffentlichte er einen Artikel unter der Überschrift »Sie gaben ihr Leben für das Vaterland«. Darin erklärte Schmidt, dass der Krieg zur Menschheitsgeschichte gehöre und es Gott offenbar »gefalle«, »auf diese Weise

---

8 Vgl. Gieske, *Trias*, S. 67.

9 *Der Wahrheitszeuge* 61 (1939), S. 294 (OA).

10 Ebd.

11 Glaubensbekenntnis des BEFG, Fassung vom 19. Februar 1945, S. 7 (DZ).

12 *Der Wahrheitszeuge* 61 (1939), zit. nach: Gieske, *Trias*, S. 73.

Geschichte zu machen«. <sup>13</sup> Die Erlösung durch Jesus Christus breche dem Tod allerdings den »Stachel«. <sup>14</sup>

Die Bundesleitung nahm in ihren Rundschreiben nicht zum Krieg Stellung. Vielmehr verlegte sie sich darauf, die Mission in den neuen Ostgebieten vorzubereiten. Die Erschließung dieser Möglichkeiten ließ sie zu folgendem Urteil kommen:

»Die deutschen Soldaten und der Führer der Deutschen werden als Gottesboten angesehen und verehrt. Sie bringen ihnen ja die Freiheit und haben sie von der roten Gewaltherrschaft befreit. Kaum in einem anderen Gebiet wird soviel für das Deutsche Volk und das Deutsche Heer gebetet wie gerade in jenen Gebieten.« <sup>15</sup>

Ab 1943 kamen jedoch immer mehr Zweifel an einem Sieg auf. Mehr und mehr betete man für den Frieden und die Bewährung der Christen im Leid. Schmidt schrieb rückblickend:

»Je näher wir der Katastrophe kamen, um so stärker wurde das von einzelnen gesehen und wurde es auch von unserer Bundesleitung erkannt. Gewisse stille Maßnahmen versuchten wenigstens äußerlich dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen.« <sup>16</sup>

Trotzdem verfolgte man die Absicherung bis zuletzt. Als am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler misslang, versandte die VEF ein Telegramm, in dem man den Führer beglückwünschte. »Zur Rettung vor ruchlosem Attentat senden mit inniger Freude, Dank gegen Gott und der Versicherung weiterer Fürbitte herzlichste Glückwünsche namens der Vereinigung evangelischer Freikirchen.« <sup>17</sup>

### 9.1.2. Als Soldat im Zweiten Weltkrieg

Für Ernst Schrupp hatte das Attentat ganz andere Folgen. Er hatte sich als junger Mann bei der Wehrmacht verpflichtet. Nach seinem Abitur im Frühjahr 1934 konnte er zwar für ein halbes Jahr den Studentenarbeitsdienst antreten, ein Studium kam für ihn aber nicht in Frage, da er ohne irgendeine Form der Parteizugehörigkeit Schwierigkeiten beim Fortkommen gehabt hätte. Anschließend absolvierte er den Militärdienst in Erlangen und nahm in den folgenden Jahren am Reserveübungsdienst teil. Die Zeit beim Militär erlebte er positiv, dort empfand er nicht so sehr den Einfluss der nationalsozialistischen Ideologie. <sup>18</sup> Die Zerreißprobe zwischen der Weltanschauung des Nationalsozialismus und den Werten des Christentums empfand er in der Wehrmacht nicht. Die Teilnahme an Gottesdiensten gehörte zu dieser Zeit noch zum guten Ton beim Militär.

Als der Krieg 1939 begann, wurde der Leutnant der Reserve eingezogen und mit seiner Einheit an die Westfront geschickt. Kurz bevor Ernst Schrupp abreiste, traf er seinen Onkel Wilhelm, der entgegen dem üblichen Kurs der Gemeinden sagte: »Der Krieg ist

---

13 *Der Jungbrunnen* 18 (1940), Heft 11, in: Gieske, *Trias*, S. 88.

14 Vgl. ebd.

15 Bundesmissionsgruß 28/1942, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 298f.

16 Schmidt, *Unser Weg*, S. 13f. (DZ).

17 *Amtsblatt des BEFG* 8/44, 10. August 1944, in: Gieske, *Trias*, S. 78.

18 Vgl. Anhang, S. 104.

verloren!«<sup>19</sup> Dieser Onkel arbeitete im Ausland, vornehmlich in Rotterdam, und hatte daher einen etwas anderen Blickwinkel auf die Ereignisse in Deutschland. Sein kritisches Urteil, die Deutschen litten »an einer total verkehrten Selbsteinschätzung«,<sup>20</sup> ging dem jungen Soldaten nach. Auch sein Vorgesetzter äußerte sich 1940 eher zurückhaltend zu den Fortschritten des Krieges. Dieser Offizier sah eine Parallele zum Verlauf des Ersten Weltkrieges, den die Deutschen nach ersten Gewinnen letztlich doch verloren hatten. Seine kritischen Äußerungen fielen negativ auf, und man führte den Offizier in den Unterlagen als »u. U.«, als »unangenehmen Untergebenen«.

Die Familie des Onkels von Schrupp fiel dem Krieg zum Opfer. Die Eltern wurden bei Bombenangriffen getötet, der Sohn kam als Kriegsdienstverweigerer in einem »Todeskommando« an der Front um. Die Tochter konnte sich zuerst nach Berlin retten. Dort fiel sie allerdings russischen Soldaten in die Hände, die sie vergewaltigten und dann verschleppten. Die Vernichtung dieser Angehörigen traf die Familie Schrupp sehr, da sie mit ihnen besonders verbunden war.

Ernst Schrupp wurde im Verlauf des Krieges an die Ostfront verlegt, wo er immer mehr Soldaten vorzustehen hatte und in seinem Rang aufstieg. Wegen seiner Verletzungen konnte Schrupp während des Krieges einige Heimataufenthalte wahrnehmen. Diese hatten aber immer zwei Gesichter. Auf der einen Seite freute seine Familie sich, wenn der Ehemann und Vater für eine Zeit in der Heimat sein konnte. Auf der anderen Seite wurde diese Zeit von den Bombenangriffen überschattet, die zu Hause drohten. Dazu empfand Schrupp dort den strikten nationalsozialistischen Kurs als beengend. »Ich war fast lieber an der Front als zu Hause«,<sup>21</sup> berichtet er. Die SS-Einheiten und das nationalsozialistische Gedankengut beeinflussten ihn in seinem Zug nicht so sehr wie in der Heimat.

Nach zwei leichteren Verletzungen wurde Ernst Schrupp lebensgefährlich verwundet. Die Zeit im Lazarett war für ihn eine Krise. Dort setzte er sich mit den Schriften des jungen Luther auseinander und bekam Rat von Pfarrern der Bekennenden Kirche, die ihn am Krankenbett besuchten. Schließlich gewann er eine neue Perspektive. Die gläubigen Pfarrer bestärkten ihn in seinem Vorhaben, nach dem Krieg Theologie zu studieren und einen Dienst innerhalb der Brüdergemeinden zu versehen.<sup>22</sup> Durch diese Kontakte kam er auch in Verbindung mit einem Kreis christlicher Offiziere, die sich gegenseitig im Glauben unterstützten. General Hans Graf von Kanitz, der Leiter dieser Gruppe, gab den so genannten »Sternbrief« heraus, in dem ermutigende Worte, Nachrichten und Gebetsanliegen an die über die ganze Front verstreuten Offiziere gesandt wurden. In einem solchen »Sternbrief« konnte auch ein Wort Schrupps veröffentlicht werden.<sup>23</sup> Er beschäftigte sich darin mit der Frage nach dem Leid.

Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde der Sternbrief-Kreis verdächtigt, in die Planung und Durchführung verwickelt gewesen zu sein. Das hatte zur Folge, dass General Graf Kanitz verhaftet und ins KZ gebracht wurde und die Mitglieder des Sternbrief-Kreises beim Heerespersonalamt auf die Schwarze Liste gesetzt wurden. Da jedoch die Niederlage und das Kriegsende sehr bald eintraten, hatte dies für die Mitglieder

---

19 Ebd., S. 105.

20 Ebd.

21 Ebd., S. 107.

22 Vgl. Ernst Schrupp, *Gott macht Geschichte. Die Bibelschule und das Missionshaus in Wiedenest*, Wuppertal/Zürich 1995, S. 118.

23 W. Müller, *Sternbriefe des Grafen Kanitz 1939–1944, Briefe christlicher Soldaten aus dem II. Weltkrieg – Dokumentation*, Delmenhorst 1995, S. 631–633.

des Sternbrief-Kreises keine negativen Konsequenzen mehr. Auch heute gibt es noch die so genannte »Kornelius-Bruderschaft« in der Bundeswehr, benannt nach dem gläubigen Hauptmann im Neuen Testament. Diese Vereinigung steht in der Tradition des Sternbrief-Kreises.

Nach seiner Genesung konnte Schrupp wieder die Führung von Soldaten übernehmen. In der letzten Phase des Krieges wurde seine Einheit an die Westfront geschickt. Immer stärker wuchs bei ihm das Bewusstsein, dass er einen Unrechtsstaat unterstützt hatte. Wie sein Onkel stellte er nun fest: »Wir dürfen nicht gewinnen«, und gleichzeitig verband sich damit die Frage: »Aber wie kommen wir da raus?«<sup>24</sup> Schrupp leitete damals eine Batterie-Abteilung mit mehreren hundert Männern, die er mit möglichst wenig Verlusten zurückziehen wollte. Sein Lebenswille und auch die Angst vor Kriegsgefangenschaft ließen ihn einen gewagten Schritt unternehmen. Er löste sich mit seiner Einheit aus der Front und kehrte nach Hause zurück. Das Kriegsende am 8. Mai 1945 erlebten Schrupp und die Soldaten seiner Einheit in der Heimat. Rückblickend sah er in dem Zusammenbruch eine »ganz große Gnade«.<sup>25</sup> »Ich war herausgerettet worden, meine Einheit war herausgerettet worden«.<sup>26</sup>

## 9.2. Haltung zur Judenverfolgung

Zu »kämpfen« hatten die Menschen in Deutschland nicht nur an der Kriegsfrente. Auch innerhalb Deutschlands wurde das Leben für viele erschwert. Vor allem die jüdischstämmige Bevölkerung hatte sehr unter Verfolgungen zu leiden. Während der Kriegsjahre spitzte sich die Situation zu, da die Deportationen von Juden in Ghettos und Konzentrationslager immer stärker vorangetrieben wurden.

Die Brüder- und Baptistengemeinden mussten sich insofern mit diesem Thema auseinandersetzen, als sich in ihren Kreisen auch »Judenchristen« befanden. Doch änderten sie den bereits eingeschlagenen Weg auch nach dem Zusammenschluss der Gemeindekreise nicht. Die Verfassung des BfC sah zwar keine Regelung im Umgang mit den judenchristlichen Mitgliedern nach dem Vorbild des Arierparagraphen vor, aber im ersten Artikel hieß es: »Der Bund freikirchlicher Christen ist eine Vereinigung von christusgläubigen Männern und Frauen, die den Wunsch haben, in Deutschland christliches Gemeindeleben zu pflegen.«<sup>27</sup> Entscheidend war hier die Formulierung »in Deutschland«, denn das bedeutete, dass ein »gemischtrassiges« Gemeindeleben verboten war. Nur wenige stellten an diese Praxis Anfragen. So fragte ein betroffener Judenchrist, Max Spiro aus Hamm, bei Becker an: »Werden nichtarische Christen (dem Fleische nach Juden) in den B. f. Ch. mit gleichen Rechten und Pflichten wie die Uebrigen aufgenommen?«<sup>28</sup> Spiro führte selbst die Gründe an, wieso eine Mitgliedschaft von »Nichtariern« vermutlich unmöglich sei. Becker wick eine Antwort aus, indem er aufgrund seiner angeblich beschränkten Zeit die Anfrage Spiros an den Ortsbeauftragten in Hamm weitergab.<sup>29</sup> Ein weiterer kritischer Be-

---

24 Anhang, S. 108.

25 Ebd., S. 109.

26 Ebd.

27 Verfassung des BfC, o. J. (DZ).

28 Schreiben von Max Spiro an Dr. Hans Becker, 2. November 1937, in: Kretzer, *Quellen*, S. 308.

29 Vgl. Schreiben von Dr. Hans Becker an Max Spiro, 11. November 1937, in: Kretzer, *Quellen*, S. 309.

obachter, Pfarrer Paul Kuhlmann, gab in einem »Wort an die Brüder« zu bedenken, dass diese »nicht nur das Führerprinzip, sondern auch das unbiblische Rasseprinzip übernehmen wollen«. <sup>30</sup> Entscheidend ist sein Hinweis, dass die »Brüder« damit nicht dem neutestamentlichen Zeugnis entsprächen. »Für die Gemeinde des Herrn aber gilt: ›Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Knecht noch Freier, hier ist kein Mann noch Weib; denn ihr seid allzumal Einer in Christo Jesu« (Gal. 3, 28)«. <sup>31</sup>

In den Gemeinden erkannte man auch nicht, dass die nationalsozialistische Ablehnung des Alten Testaments mit ihrem Antisemitismus in Verbindung stand und dass dies auch Christentumsfeindschaft zur Folge haben würde. <sup>32</sup> Auch in dieser Hinsicht passte man sich an. Predigten zu alttestamentlichen Texten wurden vermieden. Erst 1942 wurden Themen des Alten Testaments wieder verstärkt bearbeitet. Doch man achtete auch hier darauf, dass von einem »judaisierenden Gebrauch« <sup>33</sup> des biblischen Gesetzes abgesehen wurde.

Auch nach dem Pogrom vom 9. November 1938 ergriff man keine Partei für die Verfolgten. Die Anpassung an den Kurs des Staates ließ immer wieder die vermeintlich heilsgeschichtliche Rechtfertigung der Gräueltaten zu Wort kommen.

In den Baptistengemeinden erfuhren die Judenchristen nach der Pogromnacht ebenfalls nur selten Hilfe. Sie wurden zwar nicht aus den Gemeinden entfernt, doch riet man ihnen zu Zurückhaltung im Gottesdienst und im Gemeindeleben. Einzelne Pastoren und Gemeindeglieder unterstützten judenchristliche Mitglieder, versteckten sie oder verhalfen ihnen zur Ausreise. <sup>34</sup> Kurz vor der Pogromnacht waren die Baptisten in Kaufverhandlungen für leer stehende Synagogen eingetreten. Besonders grotesk erscheint der Rechtsstreit der Baptisten in Osterode (Ostpreußen) mit der jüdischen Gemeinde, nachdem die Synagoge im Zuge des Pogroms einer Brandstiftung zum Opfer gefallen war. Die Baptisten verlangten von der jüdischen Gemeinde eine Entschädigung für die bereits geleisteten Zahlungen.

Die Bundesleitung gab zu den schrecklichen Ereignissen der Novembernacht keine Stellungnahme ab. Paul Schmidt äußerte sich in seinem Jahresrückblick zu den zentralen Ereignissen sehr zurückhaltend, wenn auch nicht kritisch. »Die Heimkehr des Sudetenlandes brachte Erschütterungen mit sich, die uns hart an den Rand des Krieges führten, die Judengesetzgebung verändert unser geschäftliches und öffentliches Volksbild sehr stark.« <sup>35</sup> In seinem Rechenschaftsbericht 1946 sparte Schmidt diese Thematik völlig aus. Von der Schuld, die die Baptisten und »Brüder« des BEFG mit ihrem Schweigen auf sich geladen hatten, findet sich in Schmidts Stellungnahme kein Wort.

---

30 Paul Kuhlmann, *Ein Wort an die Brüder*, 1937 (DZ).

31 Ebd.

32 Vgl. Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 265.

33 W. Brockhaus, »Gesetz und Evangelium«, in: *Die Tenne* 19 (1941), S. 42 (DZ).

34 Vgl. Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 264–266.

35 *Bundespost* 4/38, Dezember 1938, zit. nach: Strübind, *Die unfreie Freikirche*, S. 267.

## 10. Die Nachkriegszeit

Der Weg der Gemeinden nach dem verlorenen Krieg und dem Ende des Dritten Reiches lässt sich hier nur ganz grob umreißen. Vielmehr soll darauf eingegangen werden, wie man auf die eigene Entwicklung in den Jahren 1933 bis 1945 reagierte.

### 10.1. Der BEFG nach 1945

Nach dem Zusammenbruch tagte die Bundesleitung zum ersten Mal Ende Juli 1945 in Velbert. Das darauf folgende Rundschreiben an die BEFG-Gemeinden enthält kein Wort zur Schuldfrage, wie überhaupt die Frage nach einem Schuldbekenntnis im BEFG zunächst nicht grundlegend berührt wurde.<sup>1</sup> Nach einem Blick auf den Zusammenbruch informierte die Bundesleitung alle »Heimkehrer« über die Entwicklung der Gemeindebünde bis hin zum Zusammenschluss der Baptisten mit dem BfC. Die gute gemeinsame Arbeit in vielen Bereichen empfanden sie als Ermutigung, »auf dem vom Herrn geführten Wege gläubig voranzuschreiten«.<sup>2</sup>

Nach der Veröffentlichung des Stuttgarter Schuldbekenntnisses der Evangelischen Kirche in Deutschland am 19. Oktober 1945 setzte man sich Anfang 1946 in der neuen Zeitschrift *Die Gemeinde* mit dieser Frage auseinander. Man zitierte den Lehrer des Predigerseminars Hans Rockel, der sich gegen ein kollektives Schuldbekenntnis der Freikirchen aussprach, da dies »nicht im Wesen der Freikirche«<sup>3</sup> liege. Ein Schuldbekenntnis sei aufgrund der Unabhängigkeit der Ortsgemeinden nicht vertretbar, geschweige denn repräsentativ:

»Der Weg der Freikirche in die Öffentlichkeit führt über die Verkündigung der autonomen Einzelgemeinde und über das Zeugnis des einzelnen Gemeindegliedes. Diese Verkündigung und dieses Zeugnis aber wird, wenn es echt und glaubhaft sein will, herauskommen aus einer aufrichtigen Beugung und Buße vor Gott.«<sup>4</sup>

In der Bundesleitung gab es allerdings nur wenige, die ihre Fehler in den vergangenen Jahren sahen und daher aus der Verantwortung zurücktraten. Hans Becker lehnte auf der Bundesratskonferenz vom 24. bis 26. Mai 1946 in Velbert seine erneute Berufung ab. Sonstige personelle Konsequenzen wurden nicht gezogen. Paul Schmidt verwies bei dieser Gelegenheit darauf, dass sich die Frage der »Entnazifizierung« lediglich auf den politischen Bereich erstreckte.<sup>5</sup> Selbst Becker wurde von Freunden dazu gedrängt, im nächsten Jahr wieder seinen Posten als Zweiter Vorsitzender zu übernehmen.

Innerhalb der Bundesleitung wurden die Fehler in und die Konfrontation mit der Vergangenheit verdrängt. Paul Schmidt sagte im Zusammenhang mit dem Stuttgarter Schuldbekenntnis:

---

1 Vgl. Balders, »Kurze Geschichte«, S. 87.

2 BEFG-Rundschreiben, 25. Juli 1945, in: Platte/Boddenberg, *Versammlungen*, S. 60.

3 *Die Gemeinde* 1 (1946), S. 21 (OA).

4 Ebd.

5 Vgl. Schmidt, *Unser Weg*, S. 21 (DZ).

»Schuldbekennnisse können aber auch nur dann abgegeben werden, wenn jemand vor Gott steht und sich vor Gott in Schuld weiß, nicht aber um dadurch irgendeiner Gruppe von Christen irgendwo zu gefallen oder irgendwo und irgendwann schneller einen neuen Lebensanschluß zu finden oder irgendwie einzugliedern.«<sup>6</sup>

Neben den beschämenden Anspielungen Schmidts auf das Schuldbekennnis ist hier auch zu erkennen, dass ihm selber ein solches Schuldbewusstsein nicht gekommen ist. Seine Akklamation an Hitler während des Dritten Reiches im Namen des Verlagshauses und später des Bundes musste er verdrängen, um zu solchen Aussagen kommen zu können.

Auf dem 7. Baptistischen Weltkongress in Kopenhagen vom 29. Juli bis 3. August 1947 äußerte sich der Vertreter der deutschen Delegation zur Schuldfrage. Jakob Meister bekannte, wenn auch sehr allgemein: »In Demut beugen wir uns unter die Schuld, die unser Volk durch die Gewaltherrschaft der vergangenen Jahre auf sich geladen hat.«<sup>7</sup> Deutlicher zeigten die Worte Hans Rockels vor der Sonderkonferenz der Jugendmitarbeiter dieser BWA-Tagung, wo das Versagen der Baptisten nach den biblischen Maßstäben lag:

»Als baptistische Jugend haben wir uns gefragt, worin unsere besondere Schuld lag [...] Wir haben das Erbe unserer alten Täufergemeinden gering geachtet. Freiheit des Gewissens, Kampf für die Wahrheit bis zum Märtyrertod – Glaube an die sieghafte Kraft des heiligen Geistes bis zur Ablehnung jeder Gewaltanwendung – heilige Bruderschaft, Liebe zu allen Menschen – das war das lodernde Feuer des Glaubens in den Täufergemeinden. Wir haben dieses Feuer verlöschen lassen. Das ist unsere Schuld. Aber Gott hat uns einen neuen Anfang geschenkt.«<sup>8</sup>

Von Seiten der »Brüder« im BEFG gab es keine solchen Bekenntnisse. Vielmehr loderte hier gleich nach Kriegsende der Streit um die Bundesfrage wieder auf. Die Schuldfrage bezog man allein auf die Bundesführung seit 1937 bzw. 1941. Der Streit um einen Weg zwischen Absonderung und Offenheit zu anderen Denominationen wurde wieder aufgenommen. Angesichts dieser Diskussionen verdrängte man die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Es kam zu einer großen Austrittsbewegung. Etliche BEFG-Mitglieder gingen in die früheren Christlichen Versammlungen zurück und wandten sich somit wieder der Geschlossenheit und Exklusivität zu. Ab 1949 gab es dann auch die Gruppe der »Bundesfreien Brüder«, die eher zur offenen Richtung tendierten, aber einen Bund ablehnten. Viele Gemeinden blieben als Evangelisch-Freikirchliche Gemeinden bestehen. Sie sind nach wie vor mit den Baptistengemeinden im BEFG vereinigt.

## 10.2. »Zwölf verlorene Jahre«

Ernst Schrupp erlebte einen neuen Anfang nach dem Dritten Reich bei einem Treffen der Überlebenden des Sternbrief-Kreises. Unter der Leitung von General Graf Kanitz fand es Pfingsten 1945 in Bethel bei Bielefeld statt. Alle, die sich dort trafen, hatten einen Zusammenbruch erfahren und konnten nun ein »Wiedersehen der Versöhnung«<sup>9</sup> erleben.

---

6 Ebd., S. 20.

7 *Bundespost* 3/47, Oktober 1947, S. 1 (OA).

8 Ebd.

9 Anhang, S. 110.

Unter den Teilnehmern an diesem Treffen waren auch gläubige englische Offiziere. Im gemeinsamen Austausch erfuhren die ehemaligen Soldaten gegenseitiges Vergeben.

Die Rückschau auf die Kriegszeit hatte Ernst Schrupp zum Bewusstsein gebracht, dass er im Dritten Reich und im Krieg schuldig geworden war. Und er musste eine Bestandsaufnahme über diese Zeit machen:

»Wer war ich darin? Nicht im Widerstand, wie ich es vielleicht hätte sein sollen. Auch angepasst, zwar kein Nazi, auch kein Judenmörder, aber in der Wehrmacht, die es überhaupt ermöglicht hat, der Juden in ganz Europa habhaft zu werden.«<sup>10</sup>

Diese Schuld bekannte er vor den anwesenden ehemaligen Mitkämpfern und den englischen Soldaten. Er erfuhr von ihnen Entlastung und, was noch wichtiger für ihn war, auch von Gott. Die »zwölf verlorenen Jahre« wurden ihm »erstattet«.<sup>11</sup> Ein Bibelwort aus Joel 2 gab ihm die Zusage, dass er von seiner Schuld befreit war. »Die Jahre, die dir die Heuschrecke weggefressen hat, die werde ich dir erstatten«,<sup>12</sup> das wurde zu seiner ganz persönlichen Zusage. Er erfuhr eine Begleichung der Jahre, in denen ihn der NS-Staat und der Krieg vom Studium abgehalten hatten. Sein besonderes Anliegen war es von nun an, die Jahre nicht mehr verstreichen zu lassen, sondern das Studium anzugehen und »Gott zu dienen«.<sup>13</sup> Seine Mitwirkung bei der Gründung der SMD (Studentenmission Deutschland), seine Arbeit im Missionswerk Bibelschule Wiedenest und sein vielfältiges Engagement im Gespräch mit Christen, Juden und Muslimen zeigen, dass er nach der Bewältigung der Vergangenheit diese Zeit tatsächlich nutzen konnte.

---

10 Ebd.

11 Ebd.

12 Ebd. »Und ich werde euch die Jahre erstatten, die die Heuschrecke, der Abfresser und der Vertilger und der Nager gefressen haben, mein großes Heer, das ich gegen euch gesandt habe« (Joel 2,25).

13 Anhang, S. 110.

# 11. Schlussbemerkungen

## 11.1. Zwischen Selbsterhaltung und Anpassung

»Zwischen Selbsterhaltung und Anpassung« standen viele Menschen im Dritten Reich – auch die »Brüder« und die Baptisten. Auf der einen Seite wollte man sich selber, die Gemeinde und schließlich auch den Gemeindebund erhalten und nicht der Verfolgung oder anderen Repressalien aussetzen, auf der anderen Seite konnten sich viele auch nicht davon frei machen, sich an das System anzupassen. Nicht nur als Selbstschutz, sondern auch aufgrund der Faszination und Begeisterung, die von der Inszenierung Hitlers und seiner Ideologie ausging, ließen sich viele in seinen Bann ziehen. Viele Beispiele haben gezeigt, dass die wenigsten »Brüder« und Baptisten zu Beginn der Hitler-Diktatur nicht in den Bann des »Führers« gezogen wurden. Kritische Stimmen wurden zu diesem Zeitpunkt meist nicht gehört. Mit der zunehmenden Verschärfung der kirchenpolitischen und gesellschaftlichen Einengung in Deutschland gingen immer mehr Menschen die Augen für das Unrecht auf. Doch nun war man so tief in die offizielle Linie der Loyalität zum Führer und zu Deutschland verstrickt, dass Widerspruch zur Bedrohung von Leib und Leben geführt hätte. So wurde aus der freiwilligen Anpassung an den nationalsozialistischen Staat immer mehr die Selbsterhaltung zur Triebfeder der Loyalität. Vor allem die Leitungskreise der Brüder- und Baptistengemeinden standen in diesem Zwiespalt, da sie für viele Menschen Verantwortung trugen.

Die wenigen, die sich gegen den BfC oder den BEFG entschieden hatten, erlitten Verfolgungen, da ihre Versammlungen verboten blieben. Meist waren sie den Zusammenschlüssen aufgrund ihres Gemeindeverständnisses und nicht aufgrund ihrer Opposition gegenüber dem Staat ferngeblieben. In den Verfahrensakten gegen die Teilnehmer an verbotenen Zusammenkünften der Christlichen Versammlung hieß es meist, dass diese Leute nicht politisch engagiert waren.<sup>1</sup> Die meisten wurden mit einer Geldstrafe oder einer kurzen Haft belegt. Wenn aus diesem Personenkreis nach dem Krieg Stimmen kamen, dass sie sich dem Staat nicht untergeordnet hätten, da sie dem BfC bzw. BEFG ferngeblieben seien, so sahen sie nicht, dass sie im Dritten Reich ebenfalls schuldig geworden waren. Vor allem wenn es um die Solidarisierung mit Judenchristen oder anderen Menschen jüdischer Abstammung ging, wäre jeder Deutsche gefragt gewesen, sich gegen das Unrecht, das diesen Menschen geschah, aufzulehnen. Doch hier soll nicht gerichtet werden. Auch heute ist jeder herausgefordert, seine Verantwortung im Zusammenleben mit anderen Christen, aber darüber hinaus auch mit Menschen anderer Prägungen wahrzunehmen. Denn negative Entwicklungen setzen sich in der Geschichte bis heute fort, auch wenn sie nicht mehr nur unter dem Zeichen des »Hakenkreuzes« geschehen.

## 11.2. Auf das Versagen reagieren

Die spannungsreiche Situation im Dritten Reich lässt die Frage aufkommen, ob man im Hitler-Staat leben konnte, ohne schuldig zu werden. Besonders eindrücklich hat dies das Beispiel des Onkels von Ernst Schrapp aus der Bekennenden Kirche gezeigt. Im offenen Widerstand gegen die Person Hitlers und die nationalsozialistische Ideologie gefährdete

---

1 Vgl. Kretzer, *Quellen*, S. 469–482.

er sein Leben und das Auskommen seiner Familie. Als er sich aufgrund der Drohungen der Gestapo gegen dieses offene Auftreten entschied, quälten ihn Gewissensbisse, da er sich nun nicht mehr gegen den Ungeist des Nationalsozialismus aussprechen konnte. Wofür er sich auch entschieden hätte – er wäre entweder an seiner Familie oder an den Verfolgten des NS-Staates schuldig geworden.

Viele derjenigen, die diese Zeit miterlebten, verdrängten die Gräueltaten und auch die eigene Haltung während der Hitler-Zeit. Erst spätere Generationen, auch in der Bundesleitung des BEFG, bearbeiteten und bekannten das Versagen der freikirchlichen Christen im Nationalsozialismus. So konnten auch von diesen Kreisen Schuldbekennnisse verfasst werden, die zwar nicht für die Einzelgemeinden sprachen, aber doch den falschen Weg des Bundes bekannten. Der damalige Präsident des BEFG, Günther Hitzemann, erklärte während des Kongresses der Europäischen Baptistischen Föderation vom 1. bis 5. August 1984 in Hamburg:

»Es beugt uns, daß wir als deutscher Bund der ideologischen Verführung jener Zeit oft erlegen sind und nicht größeren Mut zum Bekenntnis für Wahrheit und Gerechtigkeit bewiesen haben.«<sup>2</sup>

Das Missionshaus Bibelschule Wiedenest gab 1995, fünfzig Jahre nach Kriegsende, eine Erklärung ab. Auch wenn Ernst Schrupp zu diesem Zeitpunkt nicht mehr im Dienst des Missionshauses tätig war, konnte er an der Formulierung mitarbeiten. Deutlich beschreibt er hier noch einmal, worin das Versagen der »Brüder« lag. »Das Versagen lag im Nichterkennen der wahren Natur der Person des ›Führers‹, der NS-Ideologie und des NS-Staates als widergöttliche und unmenschliche Mächte.«<sup>3</sup> Neben dem unterlassenen Widerstand gegen das Unrecht an Juden oder politisch Verfolgten im NS-Staat bedauerte man auch, dass es »nach dem Zusammenbruch 1945 kein öffentliches Bekenntnis zu dem Versagen und der daraus folgenden Schuld unter der NS-Herrschaft gegeben«<sup>4</sup> hatte. Im Namen der Christen aus den Brüdergemeinden wurde diese Schuld bekannt. Als nachgeborene Generation stellten sich die Unterzeichner »unter diese Schuld in der Erkenntnis, daß wir in ähnlichen Situationen selber schuldig werden können, und bekennen sie vor Gott und vor Menschen«.<sup>5</sup> Diese Erklärung wurde am 8. Mai 1995 als Bekenntnis an den Zentralrat der Juden in Deutschland gesandt.

### 11.3. Konsequenzen aus der Vergangenheit für Gegenwart und Zukunft

Mit einem solchen Bekenntnis sollte allerdings die Aufarbeitung der eigenen Rolle im Dritten Reich nicht aufhören. Auch heutige Generationen müssen sich nach wie vor mit diesem Thema auseinandersetzen. Aus dem oben genannten Grund, dass man nämlich in einer ähnlichen Situation selber schuldig werden könnte, ist es notwendig, ein Geschichtsbewusstsein zu entwickeln. Auch wenn sich die Erfahrungen des Dritten Reiches nicht

---

2 Die Gemeinde 39 (1984), Heft 36, S. 2, zit. nach: Jordy, *Brüderbewegung*, Bd. 3, S. 294.

3 Erklärung als Kopie in meinem Besitz.

4 Ebd.

5 Ebd.

1 : 1 auf heutige Probleme übertragen lassen, können sie doch für aktuelle Ereignisse sensibel machen.

Eine heilsgeschichtliche Perspektive auf die Geschichte wird in den Kreisen der »Brüder« und der Baptisten auch heute noch favorisiert. Wenn sich die Wahrnehmung aber darauf beschränkt, Gottes Eingreifen in die Geschichte zu akzeptieren und die eigene Verantwortung darin zu verleugnen, unterläuft dieser Deutung ein Fehler. Die heilsgeschichtliche Perspektive der »Brüder« und der Baptisten im Dritten Reich diente oft als Rechtfertigung dafür, die Augen vor den Gräueln der Judenverfolgung zu verschließen. In den Geschehnissen und Veränderungen wurde der Wille und Weg Gottes, sein Heilsplan mit den Menschen gesehen. Es ist schwer zu sagen, ob man dieses Verständnis kritisieren kann. Zu hinterfragen bleibt allerdings, dass die Brüder der Christlichen Versammlung, des späteren BfC und der Baptistengemeinden sich in sich selbst und auf ihr geistliches Leben zurückgezogen haben. Die Absonderung, die Abgeschlossenheit von der »Welt« und ihren Veränderungen darf nicht zu Kritiklosigkeit, zum Aushalten und Übersehen von tatsächlichen Missständen führen. Die Rechtfertigung ihres Verhaltens mit biblischen Argumenten war vielfach eine Leugnung der Tatsachen, eine Flucht aus der »Welt« in das geistliche Leben. Doch standen und stehen Christen im »weltlichen« Leben und sollten daher auch Verantwortung übernehmen. Ernst Schrupp sieht besonders in der heutigen Zeit die Verantwortung der Christen, vor Fehlentwicklungen zu warnen:

»Und eben dies lehrt uns die Erfahrung des Dritten Reiches und fordert uns sogar heute noch zur Aufarbeitung heraus, daß sich nämlich der Durchblick durch das Zeitgeschehen [...] nicht schon automatisch ergibt, wenn man die richtige ›Heilsgeschichte‹ hat oder zu haben überzeugt ist.«<sup>6</sup>

Angesichts der Dimensionen weltpolitischer Ereignisse wie z. B. der Terroranschläge in New York und Washington am 11. September 2001, der Reaktionen in Amerika und Deutschland, des Krieges in Afghanistan und Ähnlichem sollten Christen auch heute beobachten und wahrnehmen, was in der Welt vor sich geht. Schon im persönlichen Umfeld muss eine kritische Wahrnehmung der Zeitgeschichte stattfinden und daraus im Umgang mit den Mitmenschen, seien es Christen oder nicht, die Konsequenz gezogen werden. Ein verantwortliches Reden und Handeln der Christen gehört in Gottes Geschichte mit den Menschen, und die Geschichte kann uns die Augen dafür öffnen.

---

6 Ernst Schrupp / Klaus Brinkmann (Hg.), *Gott – der Herr der Geschichte. Heilsgeschichte in Bibel und Mission*, Wuppertal 1998, S. 12.

## 12. Literaturverzeichnis

### 12.1. Benutzte Archive

Die jeweiligen Quellenangaben werden mit dem Kürzel des Archivs gekennzeichnet.

Dokumentationszentrum »Geschichte der Brüderbewegung in Deutschland«, Missionshaus Bibelschule Wiedenest (DZ).

Oncken-Archiv Elstal, Archiv des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (OA).

### 12.2. Weiterführende Literatur

#### Zeitschriften der Brüder- und Baptistengemeinden:

*Amtsblatt des Bundes der Baptistengemeinden in Deutschland und des Bundes freikirchlicher Christen*, ab 1942 *Amtsblatt des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland*, KdöR, Berlin 1941–1945.

*Botschafter des Heils in Christo*, Elberfeld bis 1938.

*Die Botschaft*, Elberfeld seit 1939 (außer 1942–1948).

*Die Gemeinde. Wochenzeitschrift des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden*, Kassel seit 1945.

*Gnade und Friede. Monatszeitschrift zur Förderung und Erbauung bibelgläubiger Christen*, Dillenburg bis 1939.

*Der Hilfsbote. Zeitschrift für Prediger und Mitarbeiter*, Kassel 1930–1939.

*Der Jungbrunnen. Organ des baptistischen Jugendbundes*, Kassel ab März 1934; *Organ der Gemeindejugend*, Kassel 1936–1939.

*Die Tenne*, Elberfeld 1923–1941 und 1951–1974.

*Der Wahrheitszeuge. Organ des Bundes der Baptistengemeinden*, Kassel 1928–1939.

#### Sonstige Literatur:

Arbeitsgruppe Literatur und Erfahrung (Hg.), *Oral history. Geschichte von unten* (Literatur & Erfahrung 10), Berlin 1982.

Balders, Günter (Hg.), *Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe. 150 Jahre Baptistengemeinden in Deutschland 1834–1984*, Wuppertal/Kassel 1984.

ders., »Kurze Geschichte der deutschen Baptisten«, in: ders. (Hg.), *Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe. 150 Jahre Baptistengemeinden in Deutschland 1834–1984*, Wuppertal/Kassel 1984, S. 17–167.

- ders., »Eine ›Theologie des Führerprinzips? Deutsche Baptisten auf der Suche nach einem Weg im Dritten Reich«, in: *Theologisches Gespräch* 1–2/1979, S. 29–40.
- ders., »Heilige Gefolgschaft. Über das ›Führerprinzip‹ im Bund der Baptistengemeinden am Anfang des Dritten Reiches«, in: *Theologisches Gespräch* 3–4/1979, S. 5–15.
- ders., »15 Thesen zur Entstehung des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden«, in: *Theologisches Gespräch* 5–6/1979, S. 14f.
- Beyreuther, Erich, *Der Weg der Evangelischen Allianz in Deutschland*, Wuppertal 1969.
- Bister, Ulrich, *Die Brüderbewegung in Deutschland von ihren Anfängen bis zum Verbot des Jahres 1937 – unter besonderer Berücksichtigung der Elberfelder Versammlungen*, masch. Diss. Marburg 1983.
- Boyens, Armin, *Kirchenkampf und Ökumene 1933–1939. Darstellung und Dokumentation*, München 1969.
- BWA 34: siehe Harnisch, Walter / Schmidt, Paul (Hg.).
- Geldbach, Erich, *Christliche Versammlung und Heilsgeschichte bei John Nelson Darby*, Wuppertal <sup>2</sup>1972.
- ders., *Freikirchen – Erbe, Gestalt und Wirkung*, Göttingen 1989, S. 181–189.
- Gieske, Uwe A., *Die unheilige Trias. Nation – Staat – Militär. Baptisten und andere Christen im Hitlerismus*, Berlin 1999.
- Gommert, Marcus, *Jugendarbeit in der Brüderbewegung*, Diplomarbeit Berlin 1990.
- Harnisch, Walter / Schmidt, Paul (Hg.), *Fünfter Baptisten-Welt-Kongreß. Deutscher Bericht des in Berlin vom 4. bis 10. August 1934 gehaltenen Kongresses*, Kassel 1934.
- Jordy, Gerhard, *Die Brüderbewegung in Deutschland*, Bd. 1: *Das 19. Jahrhundert: Englische Ursprünge und Entwicklung in Deutschland*, Wuppertal 1979.
- ders., *Die Brüderbewegung in Deutschland*, Bd. 2: *1900–1937*, Wuppertal 1981.
- ders., *Die Brüderbewegung in Deutschland*, Bd. 3: *Die Entwicklung seit 1937*, Wuppertal 1986.
- Kösling, Günther, *Die deutschen Baptisten 1933/34. Ihr Denken und Handeln zu Beginn des Dritten Reiches*, masch. Diss. Marburg 1980.
- Kretzer, Hartmut (Hg.), *Quellen zum Versammlungsverbot des Jahres 1937 und zur Gründung des BfC*, Neustadt/Weinstr. 1987.
- Liese, Andreas, »War alles ganz anders? Anmerkungen zur Geschichte der Brüderbewegung im Dritten Reich im Lichte neuerer Quellenfunde. Ein Forschungsbericht«, in: *Freikirchenforschung* 6 (1996), S. 120–130.
- Meier, Kurt, *Kreuz und Hakenkreuz. Die evangelische Kirche im Dritten Reich*, München <sup>2</sup>2001.
- Menk, Friedhelm, *Die Brüderbewegung im Dritten Reich. Das Verbot der »Christlichen Versammlung« 1937*, Bielefeld 1986.
- Müller, W. (Hg.), *Sternbriefe des Grafen Kanitz 1939–1944. Briefe christlicher Soldaten aus dem II. Weltkrieg – Dokumentation*, Delmenhorst <sup>2</sup>1995.

- Neuer, Werner, »Christlicher Volksdienst«, in: Burkhardt, Helmut / Swarat, Uwe (Hg.), *Evangelisches Lexikon für Theologie und Gemeinde*, Bd. 1, Wuppertal 1992, S. 376.
- Platte, Hans / Boddenberg, Dieter (Hg.), *Versammlungen der »Brüder«. Bibelverständnis und Lehre, mit einer Dokumentation der Geschichte von 1937–1950*, Dillenburg 1977.
- Pleasants, Phyllis Rodgerson, "Oral History: A Method of Historical Research", in: *Freikirchenforschung* 7 (1997), S. 190–207.
- Schrupp, Ernst, *Gott macht Geschichte. Die Bibelschule und das Missionshaus in Wiedeneck*, Wuppertal/Zürich 1995.
- Schrupp, Ernst / Brinkmann, Klaus (Hg.), *Gott – der Herr der Geschichte. Heilsgeschichte in Bibel und Mission*, Wuppertal 1998.
- Strübind, Andrea, *Die unfreie Freikirche. Der Bund der Baptistengemeinden im »Dritten Reich«*, Neukirchen-Vluyn 1991.
- Vorländer, Herwart (Hg.), *Oral History. Mündlich erfragte Geschichte*, Göttingen 1990.
- Zehrer, Karl, *Evangelische Freikirchen und das »Dritte Reich«*. *Geschichtliche Darstellung und Dokumente*, Berlin 1986.

# Anhang

Zeitzeugeninterview mit  
Ernst Schrupp, Wiedenest

## Interview mit Ernst Schrupp am 7. August 2001 von 15.15 bis 18.30 Uhr

Das Interview wurde anhand von Tonbandaufnahmen transkribiert. Versprecher und fehlerhafte Datenangaben werden weitgehend unverändert wiedergegeben.

S. *Zimmermann*: Also, es geht ja um deine Zeit im Nationalsozialismus beziehungsweise wie du das erlebt hast. Und, ja, würde ich dich einfach jetzt bitten, anzufangen zu erzählen, wo du aufgewachsen bist, wie alt du warst, als die Zeit des Nationalsozialismus begann, ja, einfach Erlebnisse, die dir einfallen.

E. *Schrupp*: Ja, als Hitler an die Macht kam, 1933, wurde ich gerade 18 Jahre alt. Und in meiner Familie verhielt man sich damals sehr zurückhaltend dem Nationalsozialismus gegenüber, auch in der Bewertung Hitlers und auch im Blick auf das, was jetzt so neu aufbrach. Meine Eltern waren jedenfalls, und zuallermeist auch in meiner großen Verwandtschaft, überzeugte Christen und hatten gar keine Sympathie für diese neue Bewegung, den Nationalsozialismus und auch die Partei, ihre Gliederungen, die SA, die SS, und im Blick auf den Führer Adolf Hitler sehr fragend. Ich selbst habe ja auch die Zeit vorher noch in etwa bewusst als junger Mann erlebt, als Schüler damals in der Oberschule und auch in der Zeit der mittleren Klassen, und bekam da so diese Spannungen mit, die Kämpfe auch hin und her, das war fast ein Bürgerkrieg in der Weimarer Republik. Und ich wollte mehr wissen und fragte meinen älteren Bruder – der war sieben Jahre älter als ich, der machte das Abitur, als ich dreizehn wurde, und ging dann ins Jurastudium. Und ich erinnere mich noch gut, auf einem Spaziergang, dass ich ihn fragte: »Sag mal, wie ist das eigentlich mit ›links‹ und ›rechts‹, davon spricht man so viel?« Die rechten Parteien, die linken Parteien und auch diese Schlägergruppen. Da waren die SA, die SS und die Roten, die Roten und die Kommunisten. Wieso »Linke«, wieso »Rechte«? Und da hat er mir sehr gut und klar deutlich gemacht, was das zu bedeuten hat, nämlich: »Ganz einfach«, sagt er, »im Reichstag sitzen sie da so in einer Halbrunde« [zeichnet mit den Händen das Halbrund in die Luft]. So sitzen die Parteien da: in der Mitte die katholische Partei, die sich deshalb auch damals »Zentrum« nannte, eben im Zentrum. Und rechts saßen die, ja, die Nationalsozialisten, und links saßen die, die Linken eben, die Kommunisten, und die anderen so dazwischen. So sprachen wir also von Linken und von Rechten. Ich fragte noch: »Ja, was, was unterschied die denn so?« Vor allen Dingen auch, dass die gegeneinander kämpften. Das ging ja fast bis zum Bluthass. Das hat er mir dann auch erklärt: »Die sind mit dem gegenwärtigen Staat nicht einverstanden, mit der Gesellschaft nicht einverstanden. Die wollen einen neuen Staat, die wollen eine andere Gesellschaft, die Rechten wie die Linken, sind deshalb in der Opposition. Nicht in der Regierung, sondern in der Opposition. Und sie wollen einen anderen Staat. Sie wollen auch die Gesellschaft ummodellieren.« Das hat mir mein Bruder damals klar gemacht. Da war ich dreizehn und noch eine ganze Zeit lang vor der Machtübernahme durch Hitler. [Unterbrechung durch Telefongespräch]

S. *Zimmermann*: Ja, eine Frage, die ich dir noch einmal stellen möchte, ist halt, wie deine Familie überhaupt sich zu, zu Politik verhalten hat. Ob Engagement im politischen Rahmen, also von links nach rechts oder in der Mitte, ob das überhaupt im Rahmen des Möglichen war oder ob man sich da ganz rausgehalten hat.

*E. Schrupp:* Ja, in unseren Kreisen, gemeindlich gesehen, hat man sich im Großen und Ganzen sehr unpolitisch verhalten. Man hat einfach alles so hingenommen, wie es war und kam. Eben gerade das hat zum Beispiel mein Vater nicht, mein Bruder auch nicht, überhaupt in meiner Familie war man da mehr engagiert. Mein Vater war sehr stark engagiert als Landwirt, ständepolitisch und auch in der Kommune – in dieser Landgemeinde. Er war Stadtverordneter, -beigeordneter, hatte eine ganze Reihe Dezernate zu versehen. Er war in einem Teil dieser großen Landgemeinde so etwas wie der Bürgermeister, in diesem Gebiet. Und er war im Kreistag, ja, und sollte auch in den Landtag, und dann kam eben der Wechsel, als dann der Hitler an die Macht kam, und dann konnte er das nicht mehr weitermachen. Hat aber durchaus Stellung noch genommen, und schließlich hat er all diese Ämter aufgegeben oder hat sie aufgeben müssen. Aber vorher war er ganz bewusst politisch tätig. Ständepolitisch, beruflich und gemeindlich, kommunal und auch im Kreis und wo immer er konnte. Und er hat sehr viele Ämter ehrenamtlich wahrgenommen, und zwar von der Sicht her als Christ, ganz bewusst als Christ, und auch von der Sicht her, dass man was tun soll für das Volk. In sozialer Hinsicht zu fördern, auch in nationalen Gesichtspunkten, aber nicht nationalistisch. Also, weder nationalistisch noch sozialistisch – sehr wohl national, sehr wohl sozial. Den Unterschied hat man sehr deutlich gemacht in unserer Familie, und der ist mir auch sehr früh klar geworden.

*S. Zimmermann:* Also, dein Vater war keiner Partei irgendwie angeschlossen?

*E. Schrupp:* Doch, er musste ja in einer Partei sein, sonst konnte er nicht ins Parlament, sonst konnte er auch nicht irgendwie mitbestimmen auf kommunaler Ebene und Kreisebene. Und das war damals – er hat so eine Koalition gebildet von Kräften, von der nationalen Seite bis hin zur Mitte, aber nicht sozialistisch, nach links rüber, und nicht nationalsozialistisch, nach rechts rüber. Und er hat deshalb auch eine Mehrheit gehabt, das war alles noch vor Hitler. Und er hat deshalb auch von daher mitregieren können, mitbestimmen können, hatte entsprechende Dezernate, in denen er dann zuständig war. Insofern durchaus politisch tätig. Allerdings war das nicht üblich in der Gemeinde. Von der Gemeinde her hat man ihn auch manchmal nicht verstanden. Aber man hat ihn gelassen, weil man sah, dass das sehr wohl, ja, ich sag es mal, wohltätig war, dass das eine Hilfe war. Er hat damals auch noch öffentliche Versammlungen mit Gebet eingeleitet – das hat er getan. Und sonntags ist er in die Gemeinde, den Gottesdienst gegangen. Wenn man von ihm doch etwas haben wollte, dann hat er gesagt: »Ja gut, ich geh aber zuerst in den Gottesdienst, Sie können ja mitgehen, und dann können wir hinterher drüber reden.« Ja, das war so mein Vater.

*S. Zimmermann:* Und der Christlich-Soziale Volksdienst?

*E. Schrupp:* Nein, da hat er auch nicht mitgemacht, nein, nein. Alles, was so nach links rüberrutschte, da hat er nicht mitgemacht, und das radikal Rechte, das war ihm zuwider.

*S. Zimmermann:* Das war jetzt einiges über die Familie, jetzt schwenke ich noch mal rüber zu dem, was du erlebt hast.

*E. Schrupp:* Ja, zur Familie ist noch zu sagen, welche Konsequenzen das zum Teil hatte. Also, mein Vater hat den Dienst verweigert, auch nach der Machtübernahme, das hat ihn auch gefährdet. Und er hat es auch nicht zugelassen, dass in den großen Linden vor unserem Haus auf dem Hof, der lag etwas höher, die Nazifahne gehisst

wurde. Das hat der glatt verboten. Und der hat auch in einigen öffentlichen Versammlungen gewarnt. Der war also regelrecht KZ-gefährdet. In der Nähe hatten wir auch ein KZ. Da musste ich immer vorbeifahren, wenn ich zur Schule fuhr. Von unserem Ort außerhalb von Wuppertal nach Wuppertal. Da ging ich ja ins Gymnasium. Das war mein Vater.

Mein Bruder, eben der mir damals diese gute Lektion gegeben hat über links und rechts, und der war dann nachher promovierter Assessor am Gericht, Oberlandgericht in Hamm, sah ja, was geschah, dass die Juden da rausgeworfen wurden und dass man sogar das Gerichtsgebäude mit äh, mit äh – ja, bewaffneten Angestellten überwachte. Und da ist er dann, ist ihm so klar geworden: Hier kann ich nicht weiter mitmachen, bei dieser Verdrehung des Rechtes, und ist rausgegangen. Was für mich auch nachher sehr wichtig war, ich hab das dann ja ähnlich gemacht – rausgegangen. Und er ist in die freie Wirtschaft gegangen, wurde dann als Jurist bei einer größeren Versicherungsgesellschaft eingestellt. Da hat er sich überworfen mit dem Führer, dem SS-Führer West, der direkt Himmler, dem Reichsführer SS unterstellt ist und gleichzeitig Polizeipräsident vom Regierungsbezirk Düsseldorf war. Das war so üblich: Wer eine Position in der Partei hatte, bekam eine gleichgestellte Position auch im Staat, das war die »Gleichschaltung«. Und was sich nicht gleichschalten ließ, wurde ja auch ausgeschaltet. Und damit ist mein Bruder gewissermaßen zusammengeknallt in einer Auseinandersetzung. Das ist dann – ja, ist er festgenommen worden und hat nachher eine Verwarnung bekommen wegen Volksaufwiegelung. Das konnte sehr übel auslaufen. Die Geheime Staatspolizei hat sich dann mit ihm befasst. Er hat sich beschwert. Die Beschwerde ging bis Himmler. Himmler hat ihm zwar Recht gegeben, der höhere SS-Führer musste sich sogar entschuldigen bei meinem Bruder. Aber das war jetzt sein Verhängnis. Jetzt hat ihn die Geheime Staatspolizei nicht mehr ruhig gelassen. Und entweder ihm drohte das KZ oder – er hat sich freiwillig an die Front gemeldet, und da ist er gleich gefallen. Das ist das Schicksal meines älteren Bruders gewesen. Er hat eine Frau und zwei Kinder hinterlassen.

Oder – der andere Bruder, der später den Beruf des Vaters übernommen hat, also der Landwirt. Es war ein führender Hof damals in der Gegend, und man wollte so gerne, dass mein Bruder auch Nationalsozialist wurde, in die Partei ging oder in eine der Gliederungen. Das hat er nicht getan. Er hat 'ne Warnung bekommen. Das muss man ja einfach mal sagen: Es hat manche Warnungen auch gegeben. Er wollte den Stallgiebel anstreichen von außen und kletterte die Leiter hoch mit seinem Farbtopf und Pinsel und hat dann einfach [Kassettenwechsel] in seinem jugendlichen Übermut ein Hakenkreuz an die Wand geschmiert. Als er den letzten Pinselstrich vollbracht hatte, ist er von der Leiter gefallen und hatte das Bein gebrochen. Und das hat ihm als bleibende Warnung gedient, nicht der Partei oder irgendeiner Gliederung sich anzuschließen, obwohl man viel versucht hat. Solche Warnungen hat es hier und da gegeben, jedenfalls in meinem Kreise. Etwa in der Familie meiner späteren Frau. Ein Fabrikant, gehörte zur Bekennenden Kirche, der also auch ein Stück in der Opposition stand in Wuppertal, er war Fabrikant und hat verweigert, dass ihm das Hakenkreuz – nein, das Bild des Führers, das war ja das andere, das Bild des Führers ins Büro gehängt würde. Aber das konnte er schließlich nicht verhindern. Man hat es ihm einfach reingehängt. Die Nacht darauf, das hat er uns später erzählt, hat er sehr schlecht geschlafen. Er träumt und sieht auf einmal so eine Fratze auf sich zukommen, so eine teuflische Fratze, und erkennt, dass das das Gesicht von Adolf Hitler ist. Das habe ich auch einmal so ganz nah gesehen, das vergisst man auch nicht. Und

dann schreit er »Herr Jesus!« und hört einen Knall und wacht auf. Am nächsten Morgen sieht er, dass das Hitler-Bild von der Wand runtergefallen war und zerbrochen. Denn das war es ja, das erkannten wir auch, das Hakenkreuz, das Zeichen und das Hitler-Bild, die Fahne und der Gruß »Heil Hitler«, mit der Hand ausgestreckt Richtung Hitler. Das sollte so die Gegenwart Hitlers und den nationalsozialistischen Geist immer wieder symbolisieren und gegenwärtig machen, wirksam machen. Und wer dagegen verstieß, wer also nicht »Heil Hitler« sagte, wer nicht die Fahne hisste, wer eben das Hitler-Bild nicht mochte, das musste ja in jede Klasse gehängt werden, in jeden öffentlichen Raum, oder wer – tja, der wurde bemerkt. Und einer meiner Onkel, hier so ein freier Bauer im Oberbergischen, der hat kategorisch nicht »Heil Hitler« gesagt, da wollt man ihn zwingen mit der Pistole, SA oder SS, das weiß ich nicht mehr, er hat's nicht gesagt. Zweimal hat man ihn zwingen wollen, er hat's nicht gesagt. Gefragt, warum nicht. »Weil ich in Hitler eine dämonische Gewaltgestalt sehe.« Das war es, was dieser Mann, also mein Onkel, genauso mein Vater und auch andere, ähnlich mein Bruder, sehen konnten: In diesem Mann, in dieser ganzen Bewegung ist etwas Dämonisches drin. Das konnte aber nur vom christlichen Glauben her wohl so erkannt werden. Und hier ist weitgehend das Versagen auch der Christen und eben auch der Kirchen gewesen, das zu wenig zu erkennen, welche Gewalt, welche Tendenzen eigentlich hier drin herrschten. Und das ist in meiner Familie ziemlich erkannt worden.

Noch eine Sache, und da merkt man den ganzen Gewissenskonflikt, in den die Leute, ja, wir damals reinkamen. Anderer Onkel von mir, auch Landwirt, der gehörte auch zur Bekennenden Kirche, hat hier und da gewarnt, ja, vor Hitler, vor den ganzen Tendenzen damals, hat das auch erklärt, bis er schließlich verhaftet worden ist, bis er schließlich verhaftet worden ist. Dann ist er noch mal wieder freigelassen worden, um in der Ernte zu helfen, die sollte ja eingebracht werden, und er hatte einen Hof. Und dann ist er wieder verhaftet worden, und dann hat man ihn vor die Wahl gestellt, entweder er unterschreibe jetzt, dass er so etwas nie wieder sage, oder dass ihm der Gang ins KZ wohl bevorstünde. Dann hat er unterschrieben. Und ich weiß von dieser Familie – ich habe ein enges Verhältnis zu ihr –, dass dieser Onkel Karl das nie wieder losgeworden ist, dass er das unterschrieben hat. Obwohl mir kürzlich noch seine Tochter, also meine Cousine, jünger als ich, sagte: »Also, wir sind unserem Vater dankbar gewesen, dass er wieder zurückgekommen ist. Meine Mutter, meine Brüder und auch der Hof ist ihm dankbar gewesen, dass er wieder zurückgekommen ist. Denn was hätten wir davon gehabt, wäre er als Märtyrer verschwunden?«

Aber hier war die Frage, mein Vater, alle, die ich eben schon genannt habe, waren gewissenmäßig irgendwie gehalten, nicht mitzumachen. Ja, bis zum Widerstand, der dann ins Martyrium führte, hat es für manche nicht gereicht. Das war eine ganz starke Herausforderung und von daher auch viel Versagen bei den Christen. Ja, das ist also ein Stück des Verhaltens in meiner Familie gewesen. Es gab einen Teil meiner Familie, die haben mitgemacht, waren in der SA, waren Parteivorsitzende, Ortspartei vorsitzende und dergleichen. Denen ging's dann ja auch ganz gut, aber glücklich geworden sind die dabei auch nicht. Das haben sie nachher auch bekannt. Da musste dann renazifiziert [= entnazifiziert] werden. Sie haben gesehen, dass sie sich nicht als Christen verhalten haben.

S. *Zimmermann*: Ja, weiter geht es um die Frage, wie dein Weg weitergegangen ist. Also, deine Ausbildung – wie war das überhaupt möglich im Nationalsozialismus? Üblich war es ja, dass man in der Hitlerjugend oder der SA war, um eine Ausbildung machen zu können. Wie ist da dein Werdegang?

E. *Schrupp*: Ja, als Hitler an die Macht kam, ich also gerade 18 wurde, war ich in der zweitletzten Klasse, in der Unterprima, kam dann in die Oberprima. Und meine älteste Tochter, die jetzt an demselben Gymnasium ist, an dem ich das Abitur gemacht habe, und die anlässlich meines achtzigsten Geburtstages etwas mehr über mich erfahren wollte, wie das war, als ich das Abitur gemacht habe – die da jetzt also Oberstudienrätin ist an dem Gymnasium, hat im alten Archiv nachgeguckt, was da über mich zu finden ist. Sie war dann erstaunt. Es war also diese Klasse, die das Abitur machte, ich war sowohl ein sehr guter Schüler, aber nicht in SA und SS, während die Mehrzahl da drin war. Und nun ging's ja darum, dass ich studieren könnte, ich sollte es natürlich, ich hatte ein gutes Abitur. Und auch die Lehrerschaft wollte das, der Direktor besonders. Und dann hat sie da rausgefunden, dass der Direktor eine Eingabe gemacht hat, mich unter allen Umständen zuzulassen zum Studium. Das war nun interessant zu lesen, dass er es begründete – er war selbst kein Nazi, im Gegenteil, er wurde damals strafversetzt deshalb, das hat man natürlich anders begründet, und mein Vater, damals noch mit einigem Einfluss, konnte zusammen mit der ganzen Elternschaft eine Rückversetzung durchkriegen bei dem Oberpräsidenten, der auch noch Christ war, damals. Die kannten sich von daher. [Den folgenden Wortlaut des Briefes liest Ernst Schrupp weitgehend von seinen handschriftlichen Notizen ab.] Ja, der Direktor begründete also den Antrag, dass ich studieren sollte, also die Hochschulreife bekommen sollte, folgendermaßen: Ich sei ein Sohn eines »Erbbauernhofes« – davon haben wir früher nie geredet, aber das war jetzt nationalsozialistisch –, die Reifeprüfung würde ich voraussichtlich mit »gut« – ich habe sie dann sogar mit »sehr gut« – bestehen, »und wir«, das Kollegium, »würden es als einen Verlust auch für die Allgemeinheit betrachten, wenn er nicht zum Studium käme. Da sein zweiter Bruder den Hof übernimmt, versprechen wir uns von ihm im Sinne der Absichten des Führers eine Befruchtung der akademischen Schichten aus wertvollstem bäuerlichen Blut.« Das war typisch nationalsozialistisch ausgedrückt, obwohl der Direktor völlig anderer Meinung war – wohl, dass ich studieren sollte, aber nicht diese Begründung. Also, das schrieb ein Oberstudiendirektor, der in seinem Geschichtsbuch »Neuere Geschichte für die Mittelstufe« einige Jahre vorher die nationalsozialistische Bewegung mehr oder weniger negativ beurteilt hatte. Ich habe ihn später auch persönlich genauer kennen gelernt. Der Schlussteil dieses Buches war inzwischen, ohne Befragung des Autors, ausgewechselt worden, der Schlussteil, der noch vom Nationalsozialismus sprach.

Tja, ich wurde dann zum Studentendienst zwar eingezogen, aber habe den Militärdienst dann auch anschließend gemacht, zum Studium jedoch bin ich im Dritten Reich nicht gekommen. Das konnte ich erst nachher nachholen, als das Dritte Reich zu Ende war. Aber da war noch lange Zeit, es geschah noch sehr viel mit der Frage: Zu welchem Ende kommen wir? Es bestanden für mich damals einfach keine Aussichten, wenn ich studieren würde, dass ich als »Nicht-Nationalsozialist« irgendetwas erreichen könnte. Da ging ich einfach wie mein Bruder, der ja als Gerichts-assessor rausgegangen ist aus der Gerichtslaufbahn und in die freie Wirtschaft, auch in die freie Wirtschaft zu einer Firma mit christlicher Leitung.

Man kann sagen, wir lebten im Zwiespalt des Widerspruchs. Mein Bruder hatte den Boykott jüdischer Geschäfte und die Vertreibung jüdischer Richter und Assessoren erfahren. Ich sagte schon: Zur »Sicherheit und Ordnung« innerhalb des Gerichtsgebäudes wurden uniformierte Wachen bereitgestellt. Er bemerkte also zunehmend diese Unrechtsprechung und dass man auch mit Gewalt vorgehen konnte und das auch getan hat. Und mein Bruder hat von vornherein in Protest gelebt und hat sich dann also später entsprechend auch auseinander gesetzt und dann zu diesem Überwurf mit diesem Polizeipräsidenten und Reichsführer, nicht Reichsführer, sondern – wie nannte er sich? – Führer, SS-Führer West, also für die ganzen Westbezirke in Deutschland. Ja, und damit war er KZ-gefährdet, und so ging er in den Krieg, an die Front, und ist dann da gefallen.

S. *Zimmermann*: Ja, du hast gerade schon angedeutet, dass dein Bruder mitbekommen hat, wie jüdische Menschen, ja, verfolgt wurden, wie die Verfolgungen anfangen. Was mich auch natürlich interessieren würde: Wie hast du oder was habt ihr in der Gemeinde oder so über die Arierparagraphen, über die Nürnberger Rassegesetze, die »Reichskristallnacht« – was habt ihr da erlebt, mitbekommen? Wie habt ihr darauf reagiert?

E. *Schrupp*: Also, mein Onkel, den ich eben erwähnte, der Bauer, der Landwirt, der den Hitlergruß verweigert hat und in Hitler eine dämonische Gewaltgestalt sah, hat auch von vornherein die Verfolgung der Juden erkannt, als Akt [Kassettenwechsel] nicht nur besonderen Unrechtes, sondern er sagte, er sehe in Hitler eine dämonische, eine dämonische Gewalt-, eine dämonische Ge... [kommt kurz ins Stocken] Gewaltgestalt. Und er hat zu der Zeit ganz bewusst so hinten herum, auf geheimem Wege die Juden unterstützt in ihren Lagern, in denen die zusammengetrieben wurden in seiner Gegend. Er sah das, ihm ist das ins Blickfeld gekommen. Vielen ist das nicht ins Blickfeld gekommen. Es wird ja immer noch wieder gesagt: Das haben wir gar nicht gewusst. »Das haben wir gar nicht gewusst« ist insofern falsch, als es ja gesehen wurde, dass die Juden verschwanden nach und nach, dass man da vielleicht am nächsten Morgen sah: Wieder ein Jude weg, wieder ein Geschäft geschlossen – wo sind die hin? Wenn man dann nachfragte – möglichst dann der [hält sich selbst die Hand kurz vor den Mund] Mund zugehalten wurde: Pass auf, sonst kommst du auch weg. Man hat also nicht weiter nachgeforscht. Aber dann kam die »Reichskristallnacht« vom 10. auf 11. November 1938 [richtig: 9./10. November 1938]. Da war es ja nicht mehr geheim. Und das war ja in allen Städten und wurde ja von der gesamten Bevölkerung auch gesehen. Zu der Zeit, in der Nacht habe ich selbst nichts gesehen. Wir lebten auch, meine Familie, etwas außerhalb von Wuppertal, aber in Wuppertal war die »Reichskristallnacht«, und mein späterer Freund, der hat sie mitbekommen. Und das ist ganz typisch, dass dann auch irgendwie deutlich wurde, das ist ein Auftakt zur Judenverfolgung größeren Ausmaßes, und man hat ja später auch von der »Endlösung der Judenfrage« gesprochen. Und das hat also mein Freund so weit erlebt. Er gehörte zur »Hitlerjugend« – er gehörte auch zur Gemeinde. War bewusster Christ, junger Christ, aber auch bei der Hitlerjugend. Das meinte er damals noch miteinander vereinigen zu können. Aber als das dann geschehen war, ist er zu seinem Hitlerjugend-Führer nach der Veranstaltung gegangen und hat gesagt: »Das geht ja nicht, da tret ich aus.« Da sagt der: »Beruhige dich, das ist 'ne Ausnahme hier in Wuppertal. Das sind so alte Kämpfer, die haben noch etwas auszumachen mit den Juden. Die Juden haben sich ja auch nicht immer ganz gut benommen. Beruhige dich, das ist nicht allgemein so, das ist nicht allgemein so.« Nun wurde

aber deutlich, es stand ja auch in allen Zeitungen, dass das doch allgemein so war. Und es war eine gewisse Unruhe, selbst hier jetzt, bei dieser Hitlerjugend, zu der mein junger Freund damals gehörte. Deswegen sah man, dass man die irgendwie beruhigen musste, dass man die jetzt aufklären musste, dass diese »Reichskristallnacht« nötig war. So wurde dann in Düsseldorf, in der Bezirksstadt, eine große Hitlerjugend-Versammlung veranstaltet. Und ein höherer Führer der Hitlerjugend hat sie dann aufgeklärt: Das sei nötig. Die Juden seien zu üppig geworden. Und sie seien irgendwie doch Gegner des Dritten Reiches, und man müsse die Juden, man müsse sie deckeln, man müsse ihnen wirklich [Schrupp sucht nach Worten] einen Dämpfer geben. Und dann sind überall große Bezirksversammlungen der Hitlerjugend damals, wurden dann diese Aktionen gerechtfertigt als notwendige Maßnahme gegen die »frechen Juden«. Und der höhere HJ-Führer steigerte sich dann damals in seiner Ansprache zu einer wirklich blasphemischen Äußerung über Jesus – »diesen Judenlummel!«, sagte er wörtlich und endete mit der bissigen Frage: »Oder ist hier noch jemand, der an diesen glaubt, der soll die Hand erheben!« – in der großen Versammlung, brechend voller Saal. Na ja, ängstlich betroffenes Schweigen und keine einzige erhobene Hand. Mein junger Freund aus christusgläubiger Familie und Gemeinde, Brüdergemeinde in Wuppertal, wagte es auch nicht. Dann ist er ganz beschämt nach Hause gegangen, meldete sich aus der Hitlerjugend ab. Aber nun drohte ihm ein Verfahren mit bösem Ausgang, dem er nicht entgehen konnte. Man wollte ihn befördern. Wenn er jetzt, in diesem Moment austrat, dann war das ein Affront gegen die Hitlerjugend insgesamt und auch gegen den Staat. Das hat ihm dann der Hitlerjugend-Führer, der ihm wohlgesonnen war, klar gemacht, hat gesagt: »Du, da kommst du nicht wieder raus. Meld dich lieber bei der Wehrmacht. Da bist du dann geschützt.« Das hat er dann getan. So hat er den Krieg mitgemacht, viel durchgemacht, aber ist dann da doch noch herausgerettet worden.

S. *Zimmermann*: Ja, wie war das denn in den Gemeinden bei euch? Also, da ist ja dann diese Problematik bestimmt auch zur Sprache gekommen – mit der »Reichskristallnacht« und den Juden.

E. *Schrupp*: Das ist es eben nicht. Das ist ganz typisch, dass geschwiegen wurde. Ich wusste von keinem Protest aus unserer Gemeinde gegen die »Reichskristallnacht«. War viel zu gefährlich, da etwas zu sagen. Insofern war das ein Versagen. Es gab sogar Sympathie zu solchen Aktionen, weil hier und da die Juden auch in den Gemeinden so angesehen wurden. Die Juden waren allgemein nicht beliebt. Was also da war, durchaus bis in die Gemeinden hinein, würden wir heute Antisemitismus nennen. Gewiss nicht bei jedem Einzelnen. Die Einzelnen hatten ein sehr gutes Verhältnis zu Juden, denen tat das Leid. Die konnten das nicht verstehen, das ist wahr. Aber die Propaganda war ja so, dass man dann über die Einzelnen hinweg sah, die waren gut und anständig, die hatte man ja auch persönlich kennen gelernt, aber das ganze Judentum in der Welt, das Weltjudentum wurde praktisch so dargestellt, als ob das ein Krebsgeschwür am Körper der Menschheit sei. »Das muss beseitigt werden.« Ich weiß noch genau, wie sehr stark das mit sanitär-, hygienischen, medizinischen Begriffen dargestellt wurde. »Die Insekten, die sich da in den Körper hineinfressen und die deshalb raus müssen. Manchmal ist auch 'ne tiefere Operation nötig. Man muss den Menschheitskörper in unserem deutschen Volkskörper säubern, reinigen von diesem Ungeziefer.« So waren die Ausdrücke. Und in der Schule wurde man damit sehr stark beeinflusst, vor allen Dingen im Biologieunterricht. Ich hatte zwar einen anderen Biologielehrer, das war auch erst am Anfang, der hat genau dagegen ge-

sprochen, aber nie im Blick auf die Juden, sondern was man sonst so vorhatte auf biologischem Gebiet, wie heute wieder. Beispielsweise: Frauen wurden ja prämiert entsprechend der Menge ihrer Kinder, die sie zeugten. Das sollten sie ja auch, der Staat braucht die. Da war auch unser Biologielehrer empört: »Man kann doch eine Frau, eine Mutter, nicht prämiieren nach der Zahl ihrer Kinder.« Der hatte noch ein Empfinden dafür. Aber andere Frauen bis hin zu christlichen Frauen haben sich das gerne gefallen lassen, dafür mehr Geld zu bekommen. Nicht im Sinne von Familienunterstützung, sondern einfach prämiert zu werden für die Geburt von Frauen [= Kindern]. Das ist uns auch damals bewusst geworden, dass man, wenn auf der einen Seite Juden und Behinderte beseitigt werden sollten, behindertes Leben, wiederum das wertvolle Leben, das reinrassige Leben geradezu gefördert und gezüchtet wurde. Da hat man beispielsweise eingerichtet die so genannten »Lebensborne«, wo man die reinrassigsten SS-Männer mit den hübschesten und reinrassigsten BDM-Mädchen – Bund Deutscher Mädchen – zusammengebracht hat so für ein paar schöne Wochen. Das waren dann die Kinder für den Führer, für den Staat. Die SS machte sich dann wieder weg, die hatten schöne Tage gehabt, und die jungen Mädchen freuten sich auf das Kind und wurden ja dafür auch sehr gelobt. Ich habe selbst später solch ein Mädchen, eine Frau und eine Mutter kennen gelernt, die dann später darunter gelitten hat.

S. *Zimmermann*: Ja, gerade waren wir bei der Frage oder bei der Thematik Gemeinde. Was für eine Gemeinde oder in was für einer Gemeinde warst du? Es gab ja verschiedene. Christliche Versammlung, offene – geschlossene Brüder ...

E. *Schrupp*: Ja, also ich gehörte einer kleinen Landgemeinde an, aus der Gemeinde der »Brüder«. Und damals gehörten zum Bund, nein, ja, Bund freikirchlicher Christen – BfC.

S. *Zimmermann*: Aber den gab's erst 1937, wart ihr dann von dem Verbot auch betroffen?

E. *Schrupp*: Die nicht sich so zusammenschlossen, die wurden von dem Verbot betroffen. Die sich aber so zusammenschlossen, waren dann anerkannt. Das gab dann eine gewisse Spaltung in diesem Kreis der »Brüder«, die bis heute noch zu sehen ist. Das ist auch zu verstehen. Nur was daraus geworden ist, ist schade. Anstatt sich gegenseitig zu helfen, hat man sich dann gegenseitig bekämpft. Nachher, nach dem Zusammenbruch, anstatt miteinander vielleicht auch echt Buße zu tun, denn auf allen Seiten war Unrecht geschehen, hat man sich gerechtfertigt. So ungefähr, wenn man vom Pferd runtergefallen ist, dass man sich unten streitet, ob man rechts oder links runtergefallen ist, anstatt sich gegenseitig wieder raufzuhelfen. Das fand ich sehr, sehr übel, weil man nichts gelernt hat aus dem Dritten Reich. Das ist so ein Punkt.

Im Übrigen hat sich die Gemeinde eben unpolitisch verhalten. Sie hat geschwiegen zu dem allen. »Das ist nicht unsere Sache. Wir haben dem Staat untertan zu sein. Wir haben untertan zu sein, Römer 13.« Römer 13 – das war gewissermaßen die Rechtfertigung, nicht zum Widerstand zu kommen. Das war ja auch billiger – im Dritten Reich kam man dann persönlich oder die Gemeinde doch noch einigermaßen weg. Man hatte nicht bewusst mitgemacht. Man war so offiziell nicht unbedingt dafür. Vor allem, weil auch viel gewählt wurde. Ich weiß von meinem Vater, der hat, der hat das nicht gewählt. Ich weiß von anderen, die haben's gewählt aus Angst: Das wird ja doch irgendwie kontrolliert. Ich selbst war noch jung, nachher war ich beim

Militär, und da brauchten wir ja nicht zu wählen. Mein Bruder hat auf keinen Fall gewählt – beide Brüder nicht. Aber das war schon ein Stück gefährlich. Ja, und auf der anderen Seite, selbst beim Abendmahlstisch: führende Brüder mit Hakenkreuz am Revers da saßen und mitmachten und gleichzeitig das christliche Abendmahl feierten. Das war schizophran. Aber das ist nicht so bewusst geworden.

S. *Zimmermann*: Habt ihr sonst also in der Zeit des Nationalsozialismus als Gemeinde Einschränkungen gehabt? Dass zeitweise Räumlichkeiten beschlagnahmt wurden ...

E. *Schrupp*: Nein, also in meinem Erfahrungsbereich war das so nicht. Nein. Natürlich, wenn eine Gemeinde verboten war aus gewissen Gründen, dann schon. [Kassettenwechsel] Man durfte evangelisieren, sogar durchs Zelt, aber was man nicht durfte: Stellung nehmen für Juden. Gewissermaßen hat man sich dadurch das Schweigen im Blick auf die Judenverfolgung erkaufte. Dass man sich doch für diesen Staat einsetzte, war es dann doch erlaubt, dass man in diesem Staat evangelisierte. Darauf haben sich später auch noch viele berufen. Das heißt also, dass dieser Widerspruch da war, der auch manchem wirklich eine Gewissensfrage geworden ist. »Wenn wir doch mitmachen, dann können wir doch auch evangelisieren. Wenn wir nicht mitmachen, können wir nicht mehr evangelisieren.« Das war eine Gewissensfrage.

S. *Zimmermann*: Das kenne ich von den methodistischen Gemeinden auch.

E. *Schrupp*: Ja, nicht wahr? Die Zeugen Jehovas beispielsweise haben einfach nicht mitgemacht. Die sind wirklich ins KZ gegangen. Die sind wirklich umgebracht worden. Mennoniten zum Teil auch, ganz recht. Aber das ist in, in, in Brüdergemeinden, Baptisten und so weiter kaum vorgekommen. Nein, nein.

S. *Zimmermann*: Kannst du dich noch erinnern – also ich weiß, dass Brüdergemeinden nicht so stark organisierte Jugendarbeit hatten. Aber 1934, Anfang des Jahres, ist ja die Jugendarbeit verboten worden. Also, alle christlichen Jugendverbände sind aufgelöst worden. Man sollte sich möglichst der HJ anschließen. Betraf euch das auch oder ...?

E. *Schrupp*: Na ja, das betraf insofern uns nicht, ich sagte schon, ich bin weder in die SA noch SS noch in die Hitlerjugend gegangen. Mein Freund damals ja. Aber das schaltete nicht aus, dass man in der eigenen Gemeinde doch auch Jugendarbeit machte. Aber in dieser Jugendarbeit hütete man sich sehr wohl, etwa gegen Hitler, gegen den Nationalsozialismus, gegen diese Tendenz etwas zu sagen, etwas zu äußern. Das konnte höchstens in persönlichen Gesprächen geschehen. Da ist es wohl auch geschehen. Aber wahrscheinlich nicht genug. Aber das fällt nun nicht mehr in meine Zeit, denn da war ich ja raus aus dem Alter. Dann war ich im Arbeitsdienst, weil ich ja studieren wollte, und deshalb musste ich in den Arbeitsdienst. Und das war ein halbes Jahr kräftige Arbeit draußen auf dem Land, das war ja nicht schlimm. Und dann der Militärdienst. Da ist nichts Nationalsozialistisches damals drin gewesen, überhaupt nicht. Da ging man auch in den Gottesdienst, das war sogar komisch, wenn man nicht in den Gottesdienst ging. Aber das war später anders. Aber das war noch gerade zu meiner Zeit, also am Anfang.

S. *Zimmermann*: Und als 1937 die Christlichen Versammlungen verboten wurden und der BfC gegründet wurde, habt ihr das in der Diskussion in der Familie oder so als Gleichschaltung empfunden? Wegen der Struktur mit dem Reichsbeauftragten ...

E. *Schrupp*: Ja, es war schon im Gespräch, aber es hat nicht so sehr berührt, denn so konnte das Leben in der Gemeinde einfach weitergehen wie bisher. Es hat nicht so sehr berührt. Mehr hat berührt, dass dann unter Umständen so ein Riss durch die Familie ging. Dass die einen meinten, da können wir nicht mitmachen, haben sich also lieber verbieten lassen, und dann natürlich im Geheimen zusammengekommen sind und dadurch Schwierigkeiten hatten. So sehr viel war das auch nicht, aber immerhin, sie hatten dann doch Schwierigkeiten. Und die anderen meinten: Doch, da können wir mitmachen, wir können dann ja auch weitermachen wie bisher. Also, es war so: Wir können dann ja weitermachen wie bisher, warum sollen wir nicht uns organisieren? Nur war das insofern schwierig, insofern schwierig, als für die Brüdergemeinden überhaupt Organisation in Frage stand, was immer auch für eine Organisation. Denn sie hatten auch vorher beispielsweise keine Pastoren oder Gemeindeführer oder dergleichen, und jetzt musste nun jede Gemeinde einen Ortsbeauftragten haben. So etwas wie ein Leiter dieser Gemeinde. Das war gegen Brüderart. Das war also weniger jetzt eine Verneinung dem Staat gegenüber, sondern der Organisation gegenüber. Das war nicht Brüderart, sich so zu organisieren.

S. *Zimmermann*: Du bist ja dann der Wehrmacht beigetreten. Wie wurde denn Kriegsdienst allgemein in Gemeinden bewertet?

E. *Schrupp*: Der wurde positiv gewertet. Denn man sah es so, der Krieg, man sah es so, so ist es besser gesagt, man sah es auch so: Der Krieg ist eben ausgebrochen, Deutschland war in Gefahr, ist angegriffen worden beziehungsweise musste sich verteidigen, und das ist Verteidigung des Vaterlandes. Das war in keinster Weise zu beanstanden. Das konnte man von der Schrift her auch noch begründen. Aber man sah wieder nicht dahinter. Mein Onkel sah dahinter, der sagte mir gleich am Anfang, beim Ausbruch des Krieges, als ich dann auch eingezogen wurde und gleich an die Front musste: »Der Krieg ist verloren!« Ich sage: »Wie kannst du das sagen?« Aber mein Onkel, dieser Onkel, war im Ausland tätig, wohnte auch dort, leitete eine internationale Handelsgesellschaft. Er kam rum in der Welt und wusste von daher besser, was in Deutschland geschah, als wir selbst. Er wusste besser um die ganze Weltlage und auch die Möglichkeit: Kann denn Deutschland überhaupt einen Krieg gewinnen oder nicht? Und der sagte mir: »Der Krieg ist verloren!« Ich sage: »Onkel Wilhelm, wie kannst du das denn sagen?« Was er da sagte, das habe ich behalten bis heute. »Die Deutschen leiden an einer total verkehrten Selbsteinschätzung.« Hab ich noch viel drüber nachdenken müssen.

Dann hatte ich gleich am Anfang einen Chef in meiner Batterie, das ist wie eine Kompanie, der war auch kein Nationalsozialist, der war Rechtsanwalt und Notar von Beruf und war sauber, Offizier im Rang eines Hauptmanns, und leitete diese Batterie. Ich war eben einer seiner Offiziere. Wir verstanden uns sehr gut. Und als es relativ zügig vorwärts ging im Westen, sodass da der Gegner sehr bald völlig besiegt war und die Engländer rausgeworfen wurden, Dünkirchen, der sagte: »Ja, so war das auch 1914, aber den Krieg haben wir doch verloren.« Der sah das da auch schon. Er galt nachher als ein »unangenehmer Untergebener« – u. U. stand in seinen Papieren.

S. *Zimmermann*: Hast du das irgendwann mal anders bewertet? Also, klar, du hast es unter der Voraussetzung »Ich diene meinem Vaterland« gemacht, bist du in der Armee gewesen. Hast du das irgendwann mal so gesehen: Ich habe damit Hitler unterstützt?

E. *Schrupp*: Also, ich habe damals gesehen: Das ist einfach meine Pflicht, ich bin dafür auch ausgebildet als Reservist, und jetzt eben im Krieg ist man dann eben aktiv. Und ich war also schon am Anfang Leutnant Reserve in der Artillerie und habe da meinen Dienst dann getan. Das sah ich dann als meine Pflicht. Das sah ich als meine Pflicht. Das war gar nichts Besonderes, das galt auch als nichts Besonderes, auch in den Gemeinden nicht. In den Gemeinden wurde auch für uns gebetet. Es wurde auch gebetet, dass Deutschland nicht den Krieg verlieren möchte, sondern gewinnen möchte. Da hat man weitgehend nicht gewusst, was man eigentlich getan hat. Mein Onkel sah das. Ich sah das zunächst auch nicht. Das ist gewiss erst später gekommen. Dass ich überhaupt bei der Wehrmacht war und dass ich sogar Offizier war, also leitend, das habe ich bis heute nicht zu bedauern gehabt. Ich war auch kein schlechter Soldat, kein schlechter Offizier, und das ist auch meiner Einheit zugute gekommen. Und ich muss sagen, in meiner Einheit ging's auch sauber her, nicht, das ist wahr. Was mir dann aber später richtig deutlich wurde, dann allerdings ging es mir sehr aufs Gewissen: Du hast gedient deinem Staat, in diesem Instrument Wehrmacht in dieser kritischen Situation. Was hat diese Wehrmacht machen müssen? Ganz Europa besetzen. Und was ist hinter der Front geschehen? Das wurde mir dann zur ganz großen Not, aber eben später erst. Hinter der Front wurden die Juden zusammengetrieben und kamen in die Vernichtungslager. Das heißt, dieses an sich gute Instrument Wehrmacht diente diesem ganz bösen Zweck. Das war's. Das hatte ich aufzuarbeiten. Das habe ich auch getan. Da sah ich meine Schuld. Ich persönlich bin ja nicht schuldig geworden einem Juden gegenüber, aber bitte, in einem Instrument habe ich gearbeitet, durch das es dem Staat, der Führung, dem Hitler möglich wurde, die Juden alle einzukassieren und in die Vernichtung hineinzutreiben. Das war eins seiner Hauptziele. Durch meine Zugehörigkeit zu diesem Instrument habe ich ihm geholfen. Was hätte ich tun sollen? Tja.

Es hat auch noch andere Nöte gegeben. Es gibt aber auch keinen, denn wenn man schon im öffentlichen Leben war, der so oder so nicht schuldig geworden wäre. Dann hättest du rausgehen müssen aus diesem Staat. Dann hättest du Fahnenflucht machen müssen, raus aus dieser Wehrmacht. Ja. Einer meiner Neffen – Entschuldigung: einer meiner Vettern hat das getan. Der Sohn eben von diesem Onkel aus dem Ausland. Sie lebten in Holland, waren aber deutsche Staatsbürger, lebten in Holland, hatten wohl auch holländische Staatsangehörigkeit, das weiß ich jetzt nicht mehr genau. Aber jetzt war ja Holland besetzt durch die Deutschen. Und da wurde auch er, er war etwas jünger als ich, eingezogen von der deutschen Wehrmacht und sollte also auch in den Krieg. Hat er verweigert. Das ist vor Gericht gekommen, und er ist zum Tode verurteilt worden. Er ist dann zwar pro forma noch begnadigt worden, aber zum Sonderkommando, Todeskommando an die Front geschickt, von der dann niemand mehr zurückkam. Also doch hingerichtet. Dieser Familie hat der Krieg sehr übel zugespielt. Mein Onkel, der klipp und klar sagte: »Der Krieg ist verloren«, ist unter deutschen Bomben in Rotterdam, wo er ja wohnte, umgekommen. Und das war noch so furchtbar schwer für meinen Vater. Wir hatten den Onkel sehr lieb. Das war auch der Lieblingsbruder von meinem Vater und unser Lieblingsonkel, der war jünger als mein Vater. Und die drei Kinder waren mit uns drei, mit meiner Familie auch so innig verbunden. Deswegen empfanden wir das als so tragisch. Der das, der das Flugkommando damals leitete über Rotterdam, war ein uns ganz bekannter führender Mann aus der Gemeinde aus ...bach [Ortsname unverständlich]. Die Bombe von da oben, die traf unten unseren Onkel. Bruder oben,

Bruder unten. Tragisch. Seine Frau wurde evakuiert nach Schweinfurt – englische Bomben trafen da meine Tante. [Kassettenwechsel] Ich erwähnte schon, dass mein Vetter, etwas jünger als ich, den Kriegsdienst verweigerte, man muss eigentlich sagen: das Töten verweigerte, so sah er das, und deshalb selbst in den Tod geschickt worden ist und zum Tode verurteilt.

Die noch jüngere Schwester, die blieb noch alleine über, und ein älterer Vetter von mir hat sich ihrer angenommen und nach Berlin in seine Firma aufgenommen. Da war sie dann in dieser Zeit doch geschützt und gut untergebracht, in der Familie, die auch eine Firma haben. Und dann kommen die Russen. Das war ein besonders hübsches Mädchen, von Russen vergewaltigt, mitgeschleppt, nie wiedergekommen. Die ganze Familie ausgelöscht.

*S. Zimmermann:* Du warst selber im Krieg, wie ist es dir ergangen?

*E. Schrupp:* Ja, also mir ist es so ergangen, dass ich einerseits gute Gemeinschaft in meiner Einheit hatte zunächst als Offizier in einer Batterie mit einem guten Chef und dann als Leiter, als Führer, als Chef dieser Batterie und später auch einer Abteilung, das sind dann mehrere Batterien.

*S. Zimmermann:* Wie viel Leute sind das dann, die du unter dir hattest?

*E. Schrupp:* Ja, eine Batterie, das sind so hundertfünfzig Männer, in einer Abteilung sind dann viermal hundertfünfzig, also so sechshundert. Aber die waren wir ja dann bald nicht mehr, und immer weniger. Am Schluss nur noch ein dezimiertes Häuflein. Aber ich hab's bis zuletzt leiten können. Bin selbst dreimal verwundet worden. Das hat mich dann auch immer wieder ins Lazarett und in die Heimat zurückgebracht, auch zur Familie dann, sodass dann auch während des Krieges drei Kinder geboren sind. Das war eine Hilfe für meine Frau, dass sie dann eben nicht alleine war, ohne ihren Mann, sondern die Kinder von ihm hatte. In der Heimat waren sie auch immer gefährdet durch die Bombenangriffe. Aber diese Verbindung ist nicht abgebrochen. Insofern war mein Dasein in meiner Einheit innerlich gesehen erträglich, äußerlich natürlich immer gefährlich. Ich war fast lieber an der Front als zu Hause. Denn zu Hause ging es strikt nationalsozialistisch zu, an der Front nicht. An der Front nicht. Wir scheuten sogar die SS-Einheiten, die gab's ja an der Front. Wir wollten damit nichts zu tun haben. Das war kein nationalsozialistischer Zug bei uns, jedenfalls nicht bei mir in, in, in der Batterie, in der Abteilung – das nicht. Aber wir dienten eben diesem Zweck, wie ich es eben sagte, gewissermaßen Europa zu erobern, Länder zu erobern dazu, zu Deutschland dazu, im Osten, die Vorherrschaft in Europa und, was dann deutlich wurde später, dass die Juden vernichtet werden konnten.

Aber dann die dritte Verwundung, die war sehr gefährlich, die hat mich also an den Rand des Todes gebracht. Und das brachte mich dann auch im Lazarett hin und her auch mehr zur Besinnung. Da kam ich mit einem Kreis von Offizieren in Berührung, Offiziere aus dem Heer von der Front, die alle gläubig waren, Christen waren wie ich auch. Und wir haben Verbindung miteinander aufgenommen, uns gegenseitig geschrieben. Und das war gegenseitige Unterstützung im Glauben. Und wir hatten auch einen sehr guten führenden Offizier, General Graf Kanitz, der wegen Verwundung und so weiter nicht mehr an der Front sein konnte, sondern leitete dann die Karlstadt-Schule in Celle. Zu dem schrieben wir unsere Anliegen, auch Gebetsanliegen. Der machte daraus einen Rundbrief, »Sternbrief« genannt, sodass wir den alle wieder bekamen und so ständig in Verbindung miteinander waren.

S. *Zimmermann*: War der denn geheim, der Sternbrief?

E. *Schrupp*: Davon wusste man nichts, es war weder verboten noch erlaubt. Es war einfach da. Da oben steht noch ein Buch [deutet auf das Regal und steht auf, um das Buch zu holen], das also im Krieg entstanden ist. [Unterbrechung] Sternbriefe 1939, als der Krieg begann, 1944, da sind all die Briefe drin, die noch erhalten geblieben sind, die nicht vernichtet worden sind, die also wirklich geheim gehalten worden sind. Von uns Offizieren von der Front. Da ist sogar ein Brief auch von mir drin. Ich hab mich da auseinander gesetzt mit der Frage nach dem Leid. Warum all das Leid? Warum all das Leid? Ich könnte es heute nicht besser sagen, als ich es darin geschrieben habe. Dass ich sagte: Das Leid betrifft alle, auch Christen. Auch wir Christen sind im Krieg und leiden da darin. Jetzt kommt's drauf an, wer wir dann sind, was wir dann sind. Dass im Übrigen denen, die Gott lieben, die in dieser Verbindung mit Gott sind, doch alles zum Besten dienen muss, dass das meine Erfahrung auch ist, auch die Erfahrung der anderen. Aber dieser Sternbrief-Kreis, wie wir ihn nannten, oder später Kornelius-Bruderschaft von dem Hauptmann Kornelius, der zum Glauben an Jesus gekommen ist durch den Petrus, ist nachher doch bekannt geworden, und zwar weil einige mehr noch mit dem Widerstand aus dem Heer heraus irgendwie verbunden waren. Denn im Heer war Widerstand, bei einem Teil der Offiziere, Stauffenberg und so weiter. Und da sind zwei, wahrscheinlich sogar drei von uns, die direkt zu diesem Sternbrief gläubiger Offiziere gehörten, dann zum Tode verurteilt worden, nach dem Misslingen, Misslingen des Attentats auf den Führer am 22. [richtig: 20.] Juli 1944. Die sind an den Galgen gekommen. Dann ist nachgeforscht worden weiter nach uns. Und den Graf Kanitz, also unseren leitenden General, haben sie eingesperrt, und wir alle, das haben wir später rausbekommen, standen auf der Schwarzen Liste beim Heerespersonalamt. Das heißt, wir wären alle noch drangekommen, wenn der Krieg noch weiter, noch länger gedauert hätte. Uns war klar: Wir dürfen den Krieg nicht gewinnen. Uns war klar: Wir dürfen den Krieg nicht gewinnen. Und interessant sind die Zeugnisse hier in diesem Sternbrief, wo das auch immer wieder zum Ausdruck kam und das Unrecht unsererseits zum Ausdruck kam und dass wir beten mussten. Natürlich waren die Briefe auch wieder vorsichtig geschrieben. Kannste mal mitnehmen.

S. *Zimmermann*: Gerne.

E. *Schrupp*: Dieser Sternbrief-Kreis und diese Korrespondenz und diese Grußzeilen – wir beten füreinander – hat mir sehr geholfen. Während der Lazarettzeiten kamen Pfarrer aus der Bekennenden Bewegung zu mir, mich besuchen. Die erkannten nun, wer ich war. Und das war für mich jedes Mal eine große Hilfe. Sie beteten mit mir, es gab wieder weitere klare Ausrichtung für mich und – sodass ich die Verbindung mit Gott während der ganzen Zeit gehabt habe und immer klarer Einsichten kamen, mir immer deutlicher wurde: Das ist ein Unrechtsstaat, und im Krieg ist ein Unrecht geschehen. Wir dürfen nicht gewinnen, aber wie kommen wir da raus? Ich bin dann noch mal raus aus dem Lazarett, kam dann in den Ersatztruppenteil, sogar führender Offizier innerhalb des Regimentes. Und schließlich wurden wir dann noch mal an die Front geworfen, und zwar im Westen. Das war die letzte Verzweiflung, als dann der Gegner aus Amerika, England reinkam und wir nicht nur nach Osten, sondern auch neu nach Westen zu kämpfen hatten. Und dieser Kampf nach Westen war jetzt nichts anderes als eine Verteidigung zum Rückzug. Da bin ich auch dann ganz rein geraten. Das war jetzt die Aufgabe in meiner Einheit, und das war jetzt eine Ab-

teilung, drei Batterien und Nachrichten-Batterie, so zurückzuziehen, dass wenig Verluste waren. Da ist mir tatsächlich etliches gelungen – dass massive Angriffe kamen und ich so abwehren konnte, dass der Angriff abgewehrt wurde. Wäre der durchgekommen, wäre die ganze Einheit vernichtet gewesen. Und ich war sogar am linken Flügel des ganzen Armeeabschnittes, dadurch habe ich, durch solch eine Abwehr, die auch beim Feind nicht viel Opfer gebracht hat, sondern die waren einfach erschrocken durch diese massive Abwehr, die allerdings durch gewisse günstige Taktik unsererseits, ja, bewirkt war, dass die sich also zurückziehen mussten und dann nicht nur wir, diese eine Einheit, sondern der ganze Frontabschnitt wenigstens für diese paar Tage gerettet war. Doch es half nichts, dem Krieg auch nicht, zu einem anderen Ende zu führen. Das war es ja, was jetzt nötig war, sich so zurückzuziehen, dass es möglichst wenig Verluste gab. Mir war auch klar: Nicht in Gefangenschaft! Ich wollte nicht in Gefangenschaft, und das galt auch für meine Einheit. Und das ist wieder das: Ich bin noch mal eingekreist gewesen. Eigentlich konnte ich da nicht mehr raus. Und das hätte ja bedeutet, dass wir dann doch, diese ganze, meine Einheit in Gefangenschaft gekommen wäre und auch später umgebracht worden wäre. Aber ich bin doch noch herausgekommen und hab mich selbständig gemacht, meine ganze Einheit aus der Front rausgelöst, habe etwas gemacht, was mich an sich auch an den Galgen hätte bringen können, nämlich sie nach Hause geschickt. So bin ich auch nach Hause gekommen. Aber ich nicht alleine, sondern mit meiner Einheit. Da ist mir auch etwas klar geworden, dass ich mit meiner Einheit sehr wohl zusammengehörte, dass ich die nicht einfach im Stich lassen konnte – wäre ich ein Deserteur gewesen –, sondern wenn ich schon eine Einheit leitete, dann hatte ich sie auch bis zuletzt zu leiten, mit allen Konsequenzen. Und ich wollt nicht in Gefangenschaft, und das heißt dann also: doch noch die ganze Einheit. Natürlich wollte ich auch nicht fallen, ich wollte zurück zu meiner Frau und den Kindern. Und außerdem merkte ich: Gott hat noch was vor – ich durfte nicht fallen. Na gut, und da musste auch die Einheit die Möglichkeit haben, nicht zu fallen. Tatsächlich, das habe ich später, hinterher auch feststellen können: Die Einheit ist dadurch herausgerettet.

Für mich war das ein Zusammenbruch. Das ganze Reich, Deutsche Reich, Hitler-Reich war zusammengebrochen in diesem elenden Ende. Das konnte auch nicht anders sein, durfte auch nicht anders sein. Aber für mich war es auch ganz große Gnade. Ich war herausgerettet worden, meine Einheit war herausgerettet worden, und viele sind ja noch rausgerettet worden, auch nach dem Krieg noch. [Kassettenwechsel]

*S. Zimmermann:* Wie ging es denn nach dem Krieg für dich weiter?

*E. Schrupp:* Ja, zunächst also zu meiner Familie, die sofort herausgeholt aus einem gefährdeten Gebiet, hochgebracht zu dem Hof meines Vaters. Mein Bruder war auch noch eingezogen worden, der Landwirt. Der andere Bruder war ja schon gefallen. Und das war nur gerade recht, da konnte ich den Hof zunächst einmal weiter bewirtschaften. Und das war ja auch ein günstiges Bild, dass ich also da war, den Hof weiter zu bewirtschaften. War ja umgezogen in Zivil und meine Familie mit. Aber die Besetzung kam doch, und das war jetzt die große Gefahr: Die kriegen mich ja doch noch. Was machen sie dann mit mir? Und dann habe ich einfach Führungen, Bewahrung Gottes erlebt, das wirklich sozusagen, dass ich nicht auch gefangen bin, sondern bleiben konnte und neu anfangen konnte.

Der Neuanfang kam so: Der General Graf Kanitz, den ich eben erwähnt habe, der im KZ war, ehemals Leiter unserer Gruppe gläubiger Offiziere, der ist doch noch wieder freigekommen. Der ist auch so aus dem Krieg noch herausgerettet und hat dann sofort die Leute vom Sternbrief-Kreis zusammengerufen, Pfingsten, also bald nach der Kapitulation, nach Bethel/Bielefeld, dort nach Bethel. Und, ja, die er noch erreichen konnte – viele waren gefallen, viele waren in Gefangenschaft, andere waren im Lazarett oder sonstwie nicht bewegungsfähig, aber ein kleiner Rest, und dazu gehörte ich, war doch da, und die kamen nach Bethel. Das war natürlich ein Wiedersehen. Es waren ja alles im Krieg, sie waren gewiss gestandene Leute, aber sie waren zusammengebrochen. Und wir hatten ebenso dabei englische Offiziere, die wie wir auch gläubig an Jesus Christus waren. Dieses jetzt nicht An-der-Front-Wiedersehen, sondern Nach-dem-verlorenen-Krieg-Wiedersehen in Bethel war dann ein Wiedersehen der Versöhnung. Wir waren ja vorher Gegner. Das ging unter vielen Tränen. Und ein gegenseitiges Vergeben. Und ich musste da meine Schuld, die ich so jetzt auch erkannt hatte, bekennen. Verlorener Krieg, nicht nur verlorener Krieg, sondern das nationalsozialistische Reich – was war das? Ein Unrechtsreich. Wer war ich darin? Nicht im Widerstand, wie ich es vielleicht hätte sein sollen. Auch angepasst, zwar kein Nazi, auch kein Judenmörder, aber in der Wehrmacht, die es überhaupt ermöglicht hat, der Juden in ganz Europa habhaft zu werden. Das musste ich da bekennen und habe ich auch bekannt als meine Schuld. Da las ich – zuerst einmal haben die Engländer ihrerseits entlastet, ja, und das war ja nicht die Hauptsache, sondern ich bekam ja jetzt die Entlastung direkt aus der Bibel. Ich schlug dann meine Bibel auf und lese eine Stelle, die ich bis dahin überhaupt noch nicht kannte, aus Joel 2. Ich sagte immer: »Das sind verlorene Jahre« – und es waren ja auch verlorene Jahre, meine besten Jahre, die Zwanziger. Als es reinging in dieses Reich, war ich achtzehn, als ich rausging, war ich dreißig. Zwölf Jahre – zwölf verlorene Jahre – zwölf schuldhaftige Jahre – verlorene Jahre. Als ich dann diese Stelle las, da war sofort, sofort so die Zusage, die mir ins Herz ging. Und da steht: »Die Jahre, die dir die Heuschrecke weggefressen hat, die werde ich dir erstatten.« Da war ich befreit. Das war dann für mich ein neues Leben. Auch vorher wusste ich, wenn ich fallen würde, da stand mir schon der Himmel offen, das wusste ich seit zwölf Jahren, dreizehn Jahren. Aber jetzt war es klarer. Erstattet hieß aber jetzt für mich: Die weiteren Jahre, die müssen anders sein. Jetzt bist du dazu da, mit den Möglichkeiten, die du hast, Gott zu dienen und den Sohn aus dem Himmel zu erwarten. Fallen konnte ich und wusste, du gehst in den Himmel, aber Gott zu dienen – das heißt, es brach für mich jetzt eine neue Zeit an, in der ich ganz bewusst Gott dienen wollte und auch gedient habe. Das war dann die Wende. Das Erste, was ich jetzt getan habe: das nachgeholt, was ich im Dritten Reich nicht konnte – ich habe studiert. Und zwar konnte ich sofort anfangen, weil diese Hochschule sofort wieder erlaubt wurde, nachdem sie vorher verboten war. Das war die Kirchliche Hochschule in Wuppertal, ja, die Kirchliche Hochschule, die theologische Hochschule. Und mir schwebte so vor, dass ich Lehrer werden könnte vielleicht, und dabei auch Religionsunterricht gebe. So konnte ich ja mit Theologie anfangen, hier bei dieser Kirchlichen Hochschule. Denn die Universitäten konnten erst im Herbst öffnen. Also war dieses erste Semester für mich schon Theologie, und dabei bin ich dann auch geblieben. Und, aber nicht nur das, sondern wir fingen dann an »Jugend für Christus« anstatt Hitlerjugend, Jugend für Hitler, BDM, Mädchen für das Dritte Reich, Bund Deutscher Mädchen, nein, sondern Jugend für Hitler, Jugend für Hitler, also Hitlerjugend [meint hier eigentlich: Jugend für Christus!]. Das organisierten wir dann auch, und

ich war mit in dem Vorstand. Ja, und jetzt studierte ich. Was war für mich natürlicher, dass es da heißen sollte: Studenten für Christus, Schüler für Christus. Daraus ist dann die Studentenmission geworden, die ich dann mitgegründet habe. Und aus dieser Bewegung heraus bin ich dann hier nach Wiedenest, in dieses Missionswerk berufen worden, das zunächst nur Schule war und dann gerade eben durch meine Berufung Missionshaus geworden ist. Da bin ich noch an diesem Ort.

*S. Zimmermann:* Ja. Und deine Gemeinde, wie lief das da weiter? Also, da war ja dieser Bund freikirchlicher Christen, aber das war ja nicht mehr nötig eigentlich nach dem Krieg.

*E. Schrupp:* Ja, wie ist es gemeindlich weitergegangen? Das ist nach meinem Erleben, Empfinden leider nicht auch so gewesen. Ein wirkliches volles Einsehen des Gerichtes Gottes, unter das wir uns dann alle restlos zu stellen gehabt hätten – nicht der Teil weniger und der Teil mehr, es war ein gesamtes Versagen, besonders der Leitung in Kirche und Freikirche und Gemeinschaft, sondern sehr viel Entschuldigung vorgebracht, gegenseitige Beschuldigung. Also, ich habe das nicht erlebt in der Gemeinde, was ich erlebt habe unter Schülern, Studenten und in meinem Kreis. Eine Buße und eine Erneuerung, eine Erweckung, die ist damals nicht auf den Grund der Gemeinde durchgegangen. Das war für mich eine große Enttäuschung. Und es kam viel Ablenkung – Wirtschaftswunder, dann die 68er, mit denen die Gemeinden und die Kirchen wieder nichts Richtiges anzufangen wussten, und heute sind diese Leute an der Regierung. Und ich habe mich dann manchmal zurückgesehnt nach dieser größeren Entschiedenheit aus dem Krieg heraus, aus dem Versagen heraus dann diese Umkehr zu Gott und jetzt wirklich sich ihm zur Verfügung zu stellen. Das ist gewesen in einzelnen Kreisen. Aber ich habe es nicht erlebt, dass das wirklich so durch die Gemeinden durchgegangen ist, sondern sehr viel Selbstrechtfertigung und gegenseitige Beschuldigung, sodass es nicht zu der Erweckung gekommen ist hier in Deutschland, wie es eigentlich nötig gewesen wäre, wenn man bedenkt, was vorausgegangen ist. Es war Gericht. Nur ist die Frage, wie weit wir uns diesem Gericht gestellt haben, wie weit wir denn wirklich zur Buße gekommen sind und damit zu einem wirklichen radikalen Neuanfang. Ja, das war fortan irgendwie mein Anliegen. Es hat erweckliche Kreise gegeben. Durch die junge Generation ging damals auch so gewisser Zug in der Richtung – der ist nicht durchgekommen. Ich habe festgestellt, dass das Aufarbeiten des Dritten Reiches aufgeschoben worden ist und dann nicht mehr geschehen ist. Das erleben wir heute noch, das sehe ich, sodass heute manches da ist, was auch im Dritten Reich da war, nur in anderen Formen. Wir haben keinen Hitler mehr, nein, was haben wir für Leute? Wir sagen nicht mehr »Heil Hitler«, was haben wir heute? Das ist eine Frage, mit der ich mich weiter zu beschäftigen habe. Und dann vor allen Dingen die Frage der Juden. Vom Dritten Reich her, da selbst noch nicht, aber dann musste ich mich damit intensiv beschäftigen. Bin selbst auch etliche Male nach Israel gereist. Und genauso die Gegnerschaft. Der stärkste Gegner ist der Islam. Und wir waren damals, Drittes Reich, auf der einen Seite judenverachtend, auf der anderen Seite waren die Araber, die Türken ja unsere Verbündeten. Und der Großmufti von Jerusalem seinerzeit, Arafat ist sein Neffe, als der damalige Palästinenserführer, der ist bei Hitler in Audienz gewesen, hat ihn gebeten, Hitler möge mit der Wehrmacht doch runterkommen, also durch Stalingrad durch, durch den Balkan nach Palästina, und Rommel mit seinem Nordafrika-Korps über Ägypten weiter nach Palästina, um Palästina, die Araber von den Engländern und von den Juden zu befreien. Und das hat Hitler zugesagt. Aber Gott hat ihnen in

Stalingrad Stopp gegeben – mit riesigen Verlusten für die Deutschen. Und er hat auch in Ägypten Stopp gegeben mit Riesenverlust für die Deutschen. Sonst wär' der Ring geschlossen gewesen. So ist er nicht geschlossen gewesen. [Kassettenwechsel] Drei Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, das ja die Endlösung der Judenfrage in Europa bewirken sollte, ist der Staat Israel in Palästina gegründet worden, und das geht weiter. Und da sehe ich eine direkte Entwicklung und sehe mich da, und da meine ich eben die Gemeinden, mit hineingestellt und erlebe wieder, wie die Gemeinden das gar nicht deutlich genug sehen, jedenfalls viele Gemeinden nicht. Viele Leiter von Gemeinden nicht. Aber das ist jetzt ein weiteres Kapitel.

Ich möchte noch sagen, dass ich eigentlich erst befriedigt war, als das Werk, dem ich lange dann vorgestanden habe, eine klare Erklärung rausgegeben hat, die eben das Dritte Reich betrifft und uns Christen im Dritten Reich, speziell jetzt auch diesen Gemeindekreis im Dritten Reich. [Liest von seinem Vorabdruck der Erklärung:] »Die Zeit des Nationalsozialismus, der nationalsozialistischen Herrschaft traf die Brüdergemeinden in Deutschland unvorbereitet. Bestimmte theologische Überzeugungen wie die Auslegung von Römer 13, die zur kritiklosen Zustimmung zum jeweiligen Staat führte, die Abkehr von jeder politischen Verantwortung und eine nationale Haltung, wie sie vom Kaiserreich her in allen Kreisen der Gläubigen üblich war, hatte die Brüder wie die meisten Christen unfähig gemacht zur Beurteilung der politischen Situation. Das Versagen lag im Nichterkennen der wahren Natur der Person des ›Führers‹ – Führer in Anführungsstrichen –, »der nationalsozialistischen Ideologie und des nationalsozialistischen Staates als widergöttliche und unmenschliche Mächte.« Das sind meine Formulierungen, diese Erklärung. »Aus anfänglichem Irrtum wurde Schuld, als bei fortschreitender Entwicklung des Bösen die Unrechtsstruktur des Staates immer deutlicher wurde. So hätten Judenboykott, Rassengesetze, die Reichspogromnacht, die Einrichtung der Konzentrationslager, die grausame Behandlung von politischen Gegnern und derjenigen, die die Juden schützen wollten, und schließlich auch der Versuch, mit den Deutschen Christen die evangelische Kirche gleichzuschalten, die Augen öffnen und mindestens zum inneren Widerstand führen müssen, wenn sich denn schon angesichts der Brutalität des Regimes ein Reden und Handeln gegen das offensichtliche Unrecht wegen der damit verbundenen Lebensgefahr zu verbieten schien. Andererseits hat es durchaus Männer und Frauen gegeben, die aus ihrer Christusnachfolge heraus mutig gesprochen, gehandelt und auch gelitten haben. Aber die Gemeinde, die Gemeinden passten sich mit ihren verantwortlichen Personen, abgesehen von Einzelfällen, insgesamt den staatlichen Forderungen an, wussten sich als Gemeinschaft nicht für das politische Handeln ihrer Glieder verantwortlich und konnten deshalb auch keine Hilfestellung und Weisung geben. Die einzelnen Gläubigen waren allein gelassen und mussten in Entscheidungssituationen selbst urteilen – bei einem staatlicherseits gewünschten Partei- oder SS-Beitritt, in der Begegnung mit der Gewalt, bei Einschüchterungen oder in der Beziehung zu Juden und Judenchristen. Stattdessen gab es Begeisterung für den ›Führer‹, für seine politischen oder militärischen Erfolge, für die nationalsozialistische Ideologie, kritiklose Zustimmung für deren Parolen oder auch nur Schweigen aus Unkenntnis oder Furcht und verweigerte Nächstenliebe gegenüber Verfolgten. So wurden Christen, die Gottes Wort liebten, schuldig.« Das hast du aber wörtlich, nicht?

Und dann kam die Zeit nach dem Zusammenbruch, wenn du das haben wolltest, kannst du ja sehen, ob du das noch willst. Jedenfalls das ist die Erklärung, und dann

steht hier ein Bekenntnis. Das steht aber auch drin: »Wir bekennen: Unsägliches Leid ist durch den Zweiten Weltkrieg und die Judenverfolgung über viele Millionen von Menschen gekommen. Deshalb liegt eine große Schuld auf unserem deutschen Volk. Auch wir Christen aus den Brüdergemeinden«, das ist ja dein Thema, »haben teil an dieser Schuld, weil wir uns zum großen Teil der antigöttlichen und von Hass erfüllten nationalsozialistischen Ideologie angepasst, diesem Unrechtsstaat gedient haben und auch an Menschen, besonders an unseren jüdischen Mitbürgern, schuldig geworden sind. Menschen zu richten, die in einer ganz andern Zeit und unter ganz anderen Umständen schuldig geworden sind, steht uns Heutigen nicht zu.« Aber ich schreib das ja, also das sind Erklärungen, die ich selbst aufgesetzt habe, die dann hier vom Werk, aber auch von der Arbeitsgemeinschaft der Brüdergemeinden aufgenommen worden sind und unterschrieben. Deshalb: »Wir bitten Gott, uns um Jesu Christi willen diese Schuld zu vergeben, uns von dieser Last der Vergangenheit zu befreien und unserem deutschen Volk gnädig zu sein. Missionshaus Bibelschule Wiedenest, für den Vorstand und Bruderrat: gezeichnet Artur Volkmann und Gerhard Jordy, für die Werksleitung: Klaus Brinkmann, Hartwig Schnurr und Paul-Gerhard Kalthoff.« Ich hätte auch unterschrieben, aber ich war ja hier nicht mehr in Funktion, aber die Formulierungen sind von mir. »Diese Erklärung«, das habe ich selbst noch besorgt, »ist am 8. Mai 95«, da war ich gerade achtzig geworden, das war mir auch so ein Anliegen noch, »dem 50. Jahrestag des Kriegsendes, 8. Mai 1935 [= 1945], dem Zentralrat der Juden in Deutschland als Bekenntnis gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern zugesandt worden.« Ich habe es persönlich dem Bubis, mit dem ich Korrespondenz hatte, geschickt, und der hat es auch bestätigt. Da hast du doch was.

Ja – fehlt was? Wenn du jetzt so weiter fragst, kommt natürlich das ein oder andere. Wenn du dann noch gezielte Fragen hättest, dann kannst du es ja immer noch, wenn es dir zu lang ist, sortieren, was wichtig ist, was weniger wichtig ist, nicht? Wortlaut, gut, also wo mein Deutsch ein bisschen holperig ist, kannst du da richtiges Deutsch draus machen. Sonst ist es ja auch ganz gut, wenn es ein bisschen Originalton ist. Und es ist ja »live«, nicht, das muss man ja auch betonen. Deshalb auch das mit dem Buch, nicht, dass ich einfach mit dem Buch jetzt gerade gekommen bin. Das wirkt ja immer ganz gut, wenn du noch ein bisschen das daraus kriegst, dass du merkst, der ist ja immer noch leidenschaftlich dabei, dann ist das in Ordnung. Das bin ich noch, das werde ich auch bleiben.

*S. Zimmermann:* Noch eine Frage, die mir so noch gekommen ist: Wie habt ihr Bolschewismus oder Kommunismus gesehen?

*E. Schrupp:* Ja, das kannst du irgendwo mal zwischen reinbringen, das ist richtig. Wir hatten im Grunde genommen Angst davor, dass der auch nach Deutschland rüberkommen würde. Das hat ein Stück dazu verleitet, weniger die Gefahr von der rechten Seite zu sehen. Wir sahen die linke Gefahr als gefährlicher an, das ist wahr. Und deshalb auch mehr so die Zustimmung des Krieges nach links, also jetzt, so gesehen, gegen die Sowjetunion, nicht? Dass wir nach rechts angegriffen haben, ja, das wurde dann eigentlich damit entschuldigt, um rechts den Rücken frei zu haben. Denn mit einer Invasion von rechts rechnete keiner. Siehst du, und das ist vielleicht gut reinzubringen, diese Sicht war allgemein da. Wenn schon der Krieg, warum gegen Westen? Beispielsweise weil sich, ja, um den Rücken frei zu haben. Nach Osten, das wurde auch von daher von vielen Christen gutgeheißen, weil es gegen den Bolsche-

wismus ging, so wurde es jedenfalls dargestellt, der Bolschewismus als die größere Gefahr gesehen wurde, auch von den Leuten, allgemein ist – und dass man zu wenig gesehen hat, dass das ja dem galt, dass man dieses Gebiet unter deutsche Herrschaft bekam, sie auch besetzte, um drin zu bleiben, nicht um wieder rauszugehen. Ja, das könnte ich jetzt auch noch sagen, dass wir also beispielsweise im Kampf dahin sehr wohl, wenn wir also Gefangene machten, sie sehr anständig behandelt haben, während die von anderen umgebracht worden sind. Aber das führt zu weit.

Wir sind ja begeistert empfangen worden im Baltikum, begeistert empfangen worden, weil sich manche Soldaten auch dann so richtig ausgelassen haben, weil sie von den Mädchen auch empfangen wurden. Verstehst du? Da wurde dann von der Führung auch wenig gesagt. Obwohl, in meiner Einheit habe ich immer wieder klipp und klar gesagt: »Denkt an eure Schwestern zu Hause, was ihr macht hier, Männer!« Aber, na ja, das ist immer so eine Sache, das muss man nicht immer extra erwähnen, das ist immer, immer, immer, die menschliche Natur, die geht dann durch, die braucht ein Mädchen, wenn man zu lang von zu Hause weg ist, die Männer. Da sind natürlich auch manche Ehemänner schuldig geworden. Das musste auch hinterher aufgearbeitet werden, wenn es sich um Christen handelte. Da habe ich sehr bald hinterher eine Freizeit geleitet oder mitgeleitet – aber muss man nicht erwähnen, aber es gehört noch mit darein –, eine Freizeit geleitet für Heimkehrer, Spätheimkehrer in Rehe, da kamen diese jungen Männer: »Ich bin meiner Frau untreu geworden« und so weiter und so weiter. Aber das ist dann aufgearbeitet worden. Da hab ich gedacht: Wenn das ganze deutsche, also wenn alle Christen damals, und zwar in diesem Alter, diese Freizeit mitgemacht hätten! Diese Reinigung von der Front, von der Verunreinigung des Dritten Reichs, dazu gehörte das ja auch. Aber das hat man leider nicht. Wir haben solche, jawohl, das muss ich schon sagen, kannst du ja auch ruhig erwähnen, wir haben solche Freizeiten durchgeführt. Das waren dann immer befreiende, vom Dritten Reich, von diesem ganzen Unrecht befreiende Freizeiten. Die das mitgemacht haben, die waren nachher auch irgendwie frei.

*S. Zimmermann:* Wer hat die durchgeführt?

*E. Schrupp:* Wir – ja, ja, das wär' vielleicht zu sagen. Aber nicht im Dritten Reich, na ja, im Dritten Reich hat es auch Freizeiten gegeben, wo man dann persönlich ein bisschen geholfen hat. Aber das war doch wenig. In moralischer Hinsicht war das Dritte Reich ja besser als heute. Nur natürlich – was ist das für eine Moral, wenn sie von oben her solche »Lebensborne« einrichten? Aber das war dann eingerichtet aus, tja, wie soll ich das sagen, aus sozialpolitischen Gründen, um Kinder zu haben, erbgesunde Kinder, also von vornherein, dass sie nicht später abgetrieben werden mussten, sondern sie von vornherein nur das zeugten oder bekamen, was der Staat auch wollte – wenn du das irgendwie mit reinbringen kannst. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Was machen wir denn heute? Ich sehe in vielem gar keinen Unterschied. Damals war das Diktat von oben, heute kommt es aus dem Volk selbst. Das ist vielleicht mehr der Unterschied. Aber weil das Volk so geführt ist. Die Führer des Volkes kommen ja auch von unten. Damals der Führer des Volkes, der kam ganz von unten, war keiner von den Adelligen, von oben. Wer kam im Endeffekt aus der Masse damals? Hitler. Also, ich sehe so viele Parallelen. Das sehen die wenigsten heute. Die meinen: Nein, nein. Ich sage: Ich sage euch, und seht, es entwickelt sich auch wieder so. Bald werden wir wieder wegkommen von den Juden. Noch ist das Dritte Reich mit der Judenvernichtung in Erinnerung, sodass Deutschland in Europa wahr-

scheinlich der Staat ist, der am ehesten noch zu Israel hält. Die anderen nicht, Frankreich schon gar nicht. Erklärerweise hat Frankreich ... [Kassettenwechsel] Aber um nicht missverstanden zu werden: Israel heute, was es heute tut, und die Palästinenser heute, beides ist Unrecht und treibt ins Gericht, treibt ganz sicher ins Gericht, und dann – liest du in der Bibel, da siehst du es ganz deutlich. Kampf um Jerusalem ist im Gang. Und sie werden schließlich alle nach Jerusalem ziehen, um es einzunehmen, und dann hast du das Ende. Dann ist es das Gericht über alle. Wenn sie dann den Messias anrufen, dann wird er auch kommen, dann wird noch ganz Israel gerettet werden. Eine andere Rettung gibt es nicht. Aber das ist nicht dein Thema. Begreifst du das? Was im Dritten Reich geschehen ist, wenn du jetzt richtig vergleichst, sehr wohl zu erkennen ist, was da geschehen ist, geschieht heute weiter.

*S. Zimmermann:* Nur halt in anderen Formen.

*E. Schrupp:* Wie zum Teil auch in anderen Aspekten, aber im Grunde genommen. Das ist der Abfall seit dem Dritten Reich. Dem deutschen Volk ist der Charakter gebrochen, kannst du sagen. Männer sind durchweg feige geworden. Die Männer! Und der Feminismus – ja, einerseits verständlich, aber es ist pervers: Die Frauen sind heute stärker als die Männer. Die Männer sind die Versagenden. Das ist meine Erfahrung. Wenn ich das hinterleuchte, sagen die anderen: »Da hast du aber auch Recht.«

Ich war eingeladen von einem Juden, der hat einen Vortrag von mir gehört über Nahost-Krise, das hat der in der Zeitung gelesen, ist auch gekommen. Kommt er hinterher zu mir, bedankt sich, er könnte das alles nur bestätigen. Ich denk: Wer bist du denn, dass du das bestätigen kannst? Gibt er mir seine Visitenkarte: Eli Levi, ehemaliger Flottillenadmiral in Israel. Ja, der wusste natürlich Bescheid. Ja, und dann – er konnte mir also voll zustimmen. Und die Leute, die ich da so gebracht habe, sagt er, »die kenn ich ja alle. Ich schätze die genauso ein wie Sie.« Dann hab ich ihm ein Buch von mir geschenkt, bedankt er sich schriftlich. Dann hab ich ihm noch ein Buch von mir geschenkt. Bedankt er sich mündlich, stimmt also auch wieder zu. Sagt er: »Ich muss Sie unbedingt mal einladen, meine Frau möchte Sie auch noch ein bisschen näher kennen lernen.« Na, und dann haben die beiden uns eingeladen und haben dazu noch gebeten die, die, die Schwester von dem Schuhboss, Doktor Deichmann. Und in dessen Büro hatte der sein Büro, er war nämlich der Vertreter der Ben-Gurion-Universität in Beersheba in Israel. Doktor Deichmann hat diese gesponsert. Er hat sogar einen Ehrendoktor von daher, sogar jetzt den Ehrenprofessor bekommen von der Universität in Beersheba. Ja, und dieser Mann kam also von daher und hatte dann, an dem Abend, die Schwester von Doktor Deichmann dabei, die interessierte sich, und hatte dann noch eine Theologin dabei, das war so ein bisschen seltsam dann, mit ihrem Hin und Her. Aber er hatte noch einen Sikh dabei, promovierter Mann aus Indien, aus der Sikh-Religionsgemeinschaft. Und ein sehr geweckter Mann, den fragte ich: »Sie sind ja nun schon lange in Deutschland, und Sie kennen jetzt die Deutschen ganz gut. Was halten Sie so jetzt von den Deutschen?« Sagt er: »Darf ich ehrlich sein?« – »Ja«, ich sage, »bitte.« – »Die Männer sind feige geworden in Deutschland.« Ja – gehört das auch dazu? [lacht]

Also, was du sehen kannst, ist, dass das Erleben, sowohl Weimar als dann auch das Hitler-Reich, der Zusammenbruch und weiter, ja, für mich eine ganze Geschichte ist, die einfach weitergeht bis in die Gegenwart, wo ich auch sehe, wie es weitergeht in der Zukunft, wo dann sehe: genau wie es in der Schrift steht. [Unterbrechung durch Telefongespräch]

S. *Zimmermann*: Eine weitere Frage habe ich noch: Was verbindest du mit der Stündchenbewegung? Ist dir das ein Begriff?

E. *Schrupp*: Von dieser Stündchenbewegung habe ich natürlich auch etwas mitbekommen. Ich war mal auch in einem solchen Stündchen, in dem dann eben Brüder, Gläubige zusammenkommen über dem Wort und darüber sich austauschen, tiefer forschen und auch beten. Ich empfand das gut. Vielleicht nicht so gut, dass das nun wieder so eine eigene Gruppe war, sehr intellektuell zugeht und vielleicht, bei aller Vertiefung ins Wort, zu wenig wieder die Praxis des Dritten Reiches hinterleuchtete. Denn gerade der Führer dieser Stündchenbewegung war eigentlich ein Aktiver im Dritten Reich. [Unterbrechung]

S. *Zimmermann*: Ja, was verbindest du mit der NSDAP, der Abkürzung für Hitlers Partei im Dritten Reich? Wie füllt sich das für dich, oder wie erklärst du dir das?

E. *Schrupp*: Ja, sie hatten ja schon lange diesen Namen. Wir sagen heute einfach »Nazi«, und das ist ja eine Abkürzung für [stockt kurz und buchstabiert langsam, mit den Fingern abzählend] NSDAP, also »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei«. Also, mehr kann man gar nicht zusammenbringen von dem, was damals da war. »Deutsch« – ja, deutsch wollten sie alle sein und waren sie ja auch. Die Kommunisten allerdings – [Unterbrechung durch Telefongespräch]. Deutsche – ja, Kommunisten haben schließlich auch ihr Deutschtum mehr oder weniger verleugnet. Sie verstanden sich ja auch von vornherein international. Und gerade deshalb waren sie dann ja auch von der NSDAP her besonders angegriffen. Denn die verstand sich ja eben völlig national. Das ist ein anderer Begriff in NSDAP, »national«. Aber dieses »national« ging ins Nationalistische, nämlich dass diese Nation in ihrer Art besonders gefördert wurde, und das hieß arisch, germanisch, erbgesund, und damit von vornherein eine Aversion, ja eine Gegnerschaft zum Beispiel gegen Juden und Vermischung mit Juden oder anderem Blut. Arisches Blut musste reingehalten werden. So, in dieser Weise ging dieses national, nationalistisch, und das war dann gefährlich. Denn das war selektiv, schließt also alles andere aus. Es galt eben nur diese Rasse, es galt nur dieses Volk, bis hin dass Hitler mal vom »erwählten Volk« gesprochen hat, im Unterschied, als ihm aufmerksam gesagt wurde: Ja, er bekämpft die Juden, aber die verstehen sich doch als erwähltes Volk. Da ist er fast wütend geworden: »Erwähltes Volk, wenn es das überhaupt gibt, dann sind wir das, die Deutschen.« Also nationalistisch. Dann »sozialistisch« – ja, sozial ist gut, soziale Werke, aber sozialistisch, das ist weltanschaulich und ist nicht nur einfach die Forderung sozialen Wesens, sozialer Gesinnung, sondern wieder selektiv in dem Sinne einer besonderen Herausarbeitung einer besonderen Klasse auch. Das war also klassistisch – oder wie soll ich das sagen? – gemeint. Nationalsozialistisches – und hier verband man ganz bewusst nationale Kräfte mit sozialist-, mit sozialen Kräften, eben um sie in der Partei zu einen, nationale Kräfte und soziale Kräfte, aber nationalistisch-sozialistisch, in dieser Richtung. »Arbeiterpartei« – ja, eben die wollte man gerade haben, die Arbeiter. Also, das Bürgertum, aber ergänzt durch das, durch die Arbeiter, insofern war es auch eine Förderung der Bauernschaft, der Landwirtschaft, obwohl das bei ihr gar nicht so angekommen ist. Das weiß ich selbst, weil ich aus der Landwirtschaft komme. Also eine Zusammenfassung dieser verschiedenen Tendenzen und Kräfte: national, aber nationalistisch, sozial, aber sozialistisch, deutsch in jedem Fall, aber als Deutschtum, als diese bevorzugte Rasse und Rassenreinheit war damit gefordert, Arbeiterpartei. Insofern stand sie gerade in diesem Konglomerat von dem Ganzen

zu allen anderen im Widerspruch. Sowohl nach links – international, bolschewistisch – als zum Zentrum in der Mitte, und da war es vor allen Dingen auch das Christentum, katholisch. Mit der evangelischen Kirche hat man ja so einen Versuch gemacht, sie zur Reichskirche zu machen. Man hätte am liebsten die Katholiken dabei, aber das ging nicht. Dass man die Evangelischen als Reichskirche zusammenfasste, und das sind dann die »Deutschen Christen«, wieder also diese Kombination – Christ, aber eben deutsch, wobei dann deutsch überwiegt. »Gut, ich bin Christ, aber ich bin in erster Linie deutsch.« Und das waren ja die Deutschen Christen, die schließlich die Mehrheit in der evangelischen Kirche ausmachten und damit hervorgerufen haben diesen Widerstand von der so genannten »Bekennenden Kirche« her. Da geht es nun also nicht um Bekenntnis des Deutschtums, sondern um das Bekenntnis Jesu Christi.